

Zwischenbericht
zum 30. Juni 2015
Leistung aus Leidenschaft



Die Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	Jan. – Jun.	
	2015	2014
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	26,95 €	25,70 € ¹
Aktienkurs höchst	33,42 €	38,15 € ¹
Aktienkurs tiefst	23,48 €	25,47 € ¹
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	0,80 € ²	1,20 € ³
Ergebnis je Aktie (verwässert)	0,78 € ²	1,17 € ³
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio	1.391	1.097 ³
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	1.419	1.127 ³
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	3,8 %	4,6 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	3,8 %	4,7 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	4,8 %	6,2 %
Aufwand-Ertrag-Relation ⁴	84,3 %	81,0 %
Personalaufwandsquote ⁵	35,2 %	39,0 %
Sachaufwandsquote ⁶	49,1 %	42,0 %
in Mio €		
Erträge insgesamt	19.553	16.253
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	369	496
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	16.476	13.159
Ergebnis vor Steuern	2.708	2.597
Gewinn nach Steuern	1.377	1.341
in Mrd €		
(sofern nicht anders angegeben)	30.6.2015	31.12.2014
Bilanzsumme	1.694	1.709
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	70,8	68,4
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	50,64 €	49,32 €
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	39,42 €	38,53 €
Harte Kernkapitalquote (CRR/CRD 4) ⁷	14,2 %	15,2 %
Harte Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁷	11,4 %	11,7 %
Kernkapitalquote (CRR/CRD 4) ⁷	14,9 %	16,1 %
Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁷	12,5 %	12,9 %
Anzahl		
Niederlassungen	2.796	2.814
Davon: in Deutschland	1.833	1.845
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	98.647	98.138
Davon: in Deutschland	45.807	45.392
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	A3	A3
Standard & Poor's	BBB+	A
Fitch Ratings	A	A+
DBRS Ratings ⁸	A (high)	–

Die Überleitung des durchschnittlichen Active Equity und darauf basierender Kennzahlen befindet sich im Abschnitt „Sonstige Informationen“ dieses Zwischenberichts.

¹ Die historischen Kurse bis und einschließlich 5. Juni 2014 (letzter Handelstag Cum-Bezugsrecht) wurden im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung 2014 nachträglich durch Multiplikation mit dem Korrekturfaktor 0,9538 (R-Faktor) angepasst.

² Im Zusammenhang mit den im April 2015 gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis um 228 Mio € nach Steuern angepasst.

³ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor Juni 2014 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

⁴ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

⁵ Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

⁶ Prozentualer Anteil des Zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den Zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

⁷ Werte für 2014 basieren auf CRR/CRD 4 unter Berücksichtigung der Übergangsregeln und „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“ gemäß der vollständigen Anwendung des CRR/CRD 4-Regelwerks. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den gesamten risikogewichteten Aktiva.

⁸ Das Rating für die Deutsche Bank von DBRS wurde am 27. Februar 2015 eingeführt.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Berechnungen von aufsichtsrechtlichem Eigenkapital und Kapitalquoten, die in diesem Bericht dargestellt sind, berücksichtigen die Entscheidung (EU) (2015/4) der Europäischen Zentralbank (EZB) vom 4. Februar 2015 über die Anrechnung von Jahresend- und Zwischengewinnen im Harten Kernkapital.

Lagebericht

- 02** Überblick zur Finanz- und Ertragslage
 Wirtschaftliches Umfeld – 2
 Ergebnis der Deutschen Bank – 4
 Ertragslage des Konzerns – 4
 Segmentergebnisse – 8
 Vermögenslage – 21
 Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 26
 Vorstand und Aufsichtsrat – 26
 Wesentliche Transaktionen – 27
 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 27
- 28** Ausblick
 Die Weltwirtschaft – 28
 Die Bankenbranche – 29
 Der Deutsche Bank-Konzern – 30
 Die Segmente – 32
- 34** Risikobericht
 Einführung – 34
 Zusammenfassende Risikobewertung – 35
 Risikoprofil – 36
 Behandlung von weiteren wesentlichen Risiken – 39
 Risikomanagement – Überblick – 40
 Kreditrisiko – 42
 Qualität von Vermögenswerten – 48
 Kreditrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung – 52
 Verbriefungen – 58
 Marktrisiko – 61
 Operationelle Risiken – 63
 Liquiditätsrisiko – 65
 Kapitalmanagement – 66
 Aufsichtsrechtliches Eigenkapital – 67
 Bilanzmanagement – 81
 Interne Kapitaladäquanz – 83

Bestätigungen

- 85** Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 86** Bescheinigung nach prüferischer
 Durchsicht

Konzernabschluss

- 87** Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
- 88** Konzern-Gesamtergebnisrechnung
- 89** Konzernbilanz
- 90** Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
- 92** Konzern-Kapitalflussrechnung

Anhangangaben

- 93** Grundlage der Erstellung
- 94** Effekt aus Änderungen der
 Bilanzierungsmethoden
- 96** Segmentberichterstattung
- 98** Angaben zur Konzern-Gewinn-
 und Verlustrechnung
- 101** Angaben zur Konzernbilanz
- 126** Sonstige Finanzinformationen

Sonstige Informationen

- 145** Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle
 Messgrößen
- 149** Impressum

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage

Wirtschaftliches Umfeld

Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich im zweiten Quartal 2015 leicht auf 3,2 % gegenüber dem Vorjahresquartal verlangsamt haben. Während sich das Wachstum in den Industrieländern leicht auf 1,9 % beschleunigt haben dürfte, verlangsamte sich das Wachstum in den Schwellenländern im zweiten Quartal 2015 voraussichtlich auf 4,5 %.

Die Wirtschaft in der Eurozone dürfte im zweiten Quartal 2015 annualisiert um 1,7 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt haben, nachdem sie im ersten Quartal um 1,6 % expandierte. Unterstützend wirkten der niedrige Ölpreis und ein schwächerer Euro. Die deutsche Wirtschaft dürfte, hauptsächlich durch die Binnenwirtschaft getrieben, im zweiten Quartal 2015 um 1,8 % gewachsen sein. Im Vorquartal lag das Wachstum bei 1,1 %.

Nach einem vor allem von Sonderfaktoren getriebenen Rückgang von annualisiert 0,2 % gegenüber dem Vorquartal im ersten Quartal 2015 dürfte sich die Dynamik in den USA im zweiten Quartal auf 2,5 % erhöht haben. Das Wachstum der japanischen Wirtschaft dürfte sich im zweiten Quartal 2015 auf 1,0 % gegenüber dem Vorquartal verlangsamt haben, nachdem es im ersten Quartal 2015 3,9 % betragen hatte.

In China lag das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 7,0 %. Die russische Wirtschaft dürfte nach einem Rückgang um 1,9 % im ersten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahr im zweiten Quartal 2015 um 4,3 % geschrumpft sein.

Die globale Bankenbranche setzte während des zweiten Quartals 2015 ihre allmähliche Erholung fort und erwies sich dabei als bislang relativ robust gegenüber der Griechenlandkrise, die sich erheblich zugespitzt hatte. Im Euroraum setzte sich das leichte Wachstum der Kredite an private Haushalte fort, während die Kreditvergabe an Unternehmen im Grunde stagnierte. Auf der Einlagenseite hielt der Aufwärtstrend an, zudem könnten die Einlagen von Unternehmen erstmals die Grenze von 2 Bio € überschritten haben (bei Haushalten liegt das Volumen mittlerweile bei 6,5 Bio €). Bei der Ausweitung der Bilanzsumme waren die Banken nach dem rasanten Anstieg zu Jahresbeginn nun etwas zurückhaltender.

In Deutschland schwächte sich die Kreditvergabe an Unternehmen nach dem starken Jahresauftakt im zweiten Quartal 2015 wieder ab, dafür blieb die Expansion des privaten Hypothekengeschäfts ungebrochen und auch die Konsumentenkreditfinanzierung zeigte sich relativ stabil.

In den USA sank das Wachstumstempo in der Kreditvergabe an Unternehmen deutlich, blieb aber weiterhin hoch. Zuvor hatte es angesichts von Zuwachsraten von teilweise 15 % (annualisiert) Anzeichen einer Überhitzung gegeben. Das Immobilienkreditgeschäft mit Privatpersonen fiel in die Stagnation zurück, bei Konsumentenkrediten jedoch gab es eine leichte Belebung. Die Einlagen des Privatsektors wuchsen zum zweiten Mal in den letzten drei Quartalen deutlich schwächer als im Durchschnitt der letzten Jahre, so dass sich die Expansionsrate auf nur noch 5,3 % verringerte. Dies ist ein allerdings immer noch beachtlicher Wert angesichts des herrschenden Niedrigzinsumfelds und stellt damit keinen Grund zur Besorgnis dar, wenn man den bei US-Banken sehr hohen Anteil der Einlagenrefinanzierung berücksichtigt.

Im Investmentbanking verlief das zweite Quartal 2015 insgesamt etwas schwächer gegenüber dem starken zweiten Quartal 2014, die Ergebnisse blieben aber sehr robust. Im Fremdkapitalsegment lagen die Volumina und die entsprechenden Erträge der Banken deutlich unter dem Rekordniveau des Vorjahres, waren aber nichtsdestoweniger solide. Moderate Rückgänge gab es sowohl im Investment-Grade- als auch im Hochzinssegment, während nach Regionen die USA entgegen dem globalen Trend insgesamt Zuwächse verzeichnen konnten. Ein erneut gutes Quartal verbuchten Eigenkapitalemissionen, auch wenn die Volumina leicht unter dem starken Vorjahresniveau blieben. Wie schon im ersten Quartal 2015 schnitten Folgeplatzierungen im zweiten Quartal 2015 ausgesprochen gut ab, während Börsengänge etwas schwächelten. Nicht zuletzt deswegen gingen unter dem Strich die Erträge der Banken gegenüber dem Vorjahr auch leicht zurück, blieben aber auf einem ordentlichen Niveau. Starkes Wachstum fand in Asien statt, der europäische Markt schrumpfte dagegen etwas überraschend. Im Geschäft mit der Beratung bei Fusionen und Übernahmen hielt das ausgesprochen positive Umfeld an, auch wenn die Ertrags- nicht ganz mit der Volumenentwicklung Schritt halten konnte. Auch hier lag Asien beim Wachstum vorn, gefolgt von den USA und einem signifikant weniger dynamischen Europa. Die Handelsvolumina lagen sowohl im Aktien- als auch im festverzinslichen Bereich leicht über dem Vorjahresniveau.

In der Vermögensverwaltung dürften die Banken von weiterhin hohen Bewertungen an den Kapitalmärkten bei gleichzeitig gestiegener Volatilität profitiert haben. Nicht nur die sich zuspitzende Lage in Griechenland, sondern auch Unsicherheiten über die weitere (Auseinander-)Entwicklung der Geldpolitik in den USA und im Euro-Raum sowie die konjunkturelle Abkühlung vieler Schwellenländer und insbesondere Chinas hatten während des zweiten Quartals 2015 zu teils beträchtlichen Schwankungen an den globalen Finanzmärkten geführt. Die Rendite für 10-jährige Bundesanleihen markierte zunächst ein neues Allzeittief von nahezu null, bevor sie abrupt anstieg und zum Ende des zweiten Quartals 2015 bei 0,8 % lag. Die Rendite für US-Staatsanleihen notierte Ende Juni bei rund 2,3 % und damit knapp einen halben Prozentpunkt höher als Ende März 2015.

Unter dem Strich dürften sowohl die US-amerikanischen als auch die europäischen Banken im zweiten Quartal 2015 vergleichsweise gute Ergebnisse erzielt haben, auch dank geringerer Belastungen aus Rechtsstreitigkeiten, wohingegen das Bild bei der Risikovorsorge eher gemischt ausgefallen sein könnte.

Mit Blick auf neue regulatorische Entwicklungen blieb im zweiten Quartal 2015 ein wesentlicher Fokus auf den Diskussionen über eine weitere Erhöhung der Eigenkapitalstandards für Banken mittels einer Reihe verschiedener Maßnahmen: die grundlegende Überprüfung der Risikogewichte im Handelsbuch, die angestrebte Harmonisierung der Risikogewichte durch die Einführung von Schwellenwerten in internen Risikobewertungsmodellen, die Verpflichtung der Banken, weitere Kapitalkomponenten (Total Loss Absorbing Capacity (TLAC)) über das harte Kernkapital hinaus vorzuhalten, die im Bedarfsfall für eine Restrukturierung/Bail-in herangezogen werden können, und eine mögliche Erhöhung der Verschuldungsquote (Leverage-Ratio) über die bislang unter Basel III geplanten 3 % hinaus.

Ergebnis der Deutschen Bank

Auch im zweiten Quartal 2015 wirkte sich das anhaltend starke Wachstum in allen Geschäftsbereichen positiv aus. Die Erträge sind aufgrund eines verbesserten Marktumfelds, der erhöhten Marktvolatilität und günstiger Wechselkursbewegungen gestiegen. Die Einsparungen aus unserem OpEx-Programm wurden mehr als kompensiert durch Kosten für Rechtsstreitigkeiten, Wechselkursänderungen und Investitionsausgaben. Wir haben unsere Verschuldungsposition weiter gesenkt und unsere Kapital-, Kultur- und Kosteninitiativen fortgesetzt.

Die wesentlichen Finanzkennzahlen des Konzerns für das erste Halbjahr 2015 und 2014 sind in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst:

Konzernfinanzkennzahlen	30.6.2015	30.6.2014
Erträge	19,6 Mrd €	16,3 Mrd €
Ergebnis vor Steuern	2,7 Mrd €	2,6 Mrd €
Gewinn nach Steuern	1,4 Mrd €	1,3 Mrd €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren materiellen Eigenkapital) ¹	4,8 %	6,2 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ¹	3,8 %	4,7 %
Aufwand-Ertrag-Relation ²	84,3 %	81,0 %
Kostenersparnis ³	3,9 Mrd €	2,6 Mrd €
Umsetzungskosten (OpEx) ⁴	3,3 Mrd €	2,4 Mrd €
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ⁵	11,4 %	11,5 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ⁶	3,6 %	3,4 %

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Berichts zu finden.

² Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikoversorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.

³ Kostenersparnis aus der Implementierung des OpEx-Programms.

⁴ Umsetzungskosten sind Kosten, die bei der Erzielung von Einsparungen im Rahmen des OpEx-Programms anfallen.

⁵ Die Harte Kernkapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Harten Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁶ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht zu finden.

Ertragslage des Konzerns

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge:								
Davon:								
CB&S	4.313	3.509	804	23	8.967	7.549	1.418	19
PBC	2.358	2.353	6	0	4.828	4.801	27	1
GTB	1.144	1.029	115	11	2.277	2.048	229	11
Deutsche AWM	1.415	1.133	282	25	2.794	2.198	596	27
NCOU	201	- 53	253	N/A	537	9	528	N/A
Erträge insgesamt	9.177	7.860	1.317	17	19.553	16.253	3.300	20
Risikoversorge im Kreditgeschäft	151	250	- 98	- 39	369	496	- 127	- 26
Zinsunabhängige Aufwendungen	7.798	6.693	1.105	17	16.476	13.159	3.317	25
Ergebnis vor Steuern	1.228	917	311	34	2.708	2.597	110	4
Ertragsteueraufwand	410	679	- 269	- 40	1.331	1.256	74	6
Gewinn nach Steuern	818	238	580	N/A	1.377	1.341	36	3

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Im zweiten Quartal 2015 verzeichneten alle Geschäftsbereiche einen Ertragsanstieg gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Auslöser dafür waren das günstigere Marktumfeld, eine erhöhte Marktvolatilität und günstige Wechselkursbewegungen. Unterstützt wurde dies von anhaltenden Fortschritten bei unseren Bemühungen um Risikoabbau in der NCOU und von einem Übertrag von aufgelaufenen Marktwertverlusten in die Gewinn- und Verlustrechnung im zweiten Quartal 2014. Im Fokus des Operational Excellence (OpEx)-Programms standen komplexere Initiativen, die zu weiteren Kostensenkungen im zweiten Quartal 2015 führten. Zusätzlich dazu wurden die Umsetzungskosten wie geplant verringert. Diese Einsparungen wurden jedoch durch höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten, Investitionsausgaben und durch negative Effekte aus Wechselkursbewegungen mehr als neutralisiert.

Die Konzernerträge stiegen im zweiten Quartal 2015 um 1,3 Mrd € (17 %) auf 9,2 Mrd € gegenüber 7,9 Mrd € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Diese Entwicklung wurde durch günstige Wechselkursbewegungen unterstützt. Die Erträge im Unternehmensbereich CB&S beliefen sich auf 4,3 Mrd € und lagen damit um 804 Mio € (23 %) über dem Vergleichswert des zweiten Quartals 2014. Die Erträge in PBC beliefen sich im Berichtsquarter auf 2,4 Mrd €, was einem leichten Anstieg gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres entsprach. Die Erträge in Global Transaction Banking (GTB) beliefen sich im zweiten Quartal 2015 auf 1,1 Mrd € und waren damit um 115 Mio € (11 %) höher als im Vergleichsquarter des Vorjahres. Die Erträge von Deutsche AWM beliefen sich auf 1,4 Mrd € und verbesserten sich damit gegenüber dem Vorjahresquarter um 282 Mio € (25 %). Die Erträge in der NCOU beliefen sich auf 201 Mio € und lagen damit um 253 Mio € über dem Vergleichswert des zweiten Quartals 2014. Die Erträge in Consolidation & Adjustments (C&A) beliefen sich im Berichtsquarter auf negative 254 Mio € nach negativen Erträgen in Höhe von 111 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im zweiten Quartal 2015 auf 151 Mio € und war damit um 98 Mio € (39 %) geringer als im Vorjahreszeitraum. Nahezu alle Geschäftsbereiche verzeichneten ein Ausbleiben großer Einzelkundenkreditereignisse sowie fortlaufende Auflösungen, die teilweise im Zusammenhang mit dem Verkauf von notleidenden Krediten standen. Der Rückgang wurde insgesamt durch höhere Risikovorsorge in CB&S, vor allem im Leveraged-Finance-Portfolio, teilweise neutralisiert.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich im Berichtsquarter auf 7,8 Mrd € und lagen damit um 1,1 Mrd € (17 %) über dem Vergleichswert des Vorjahres. Die Hauptursache waren Kosten im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und negative Auswirkungen aus Wechselkursbewegungen. Der Personalaufwand betrug 3,4 Mrd € und war damit im Vergleich zum Vorjahresquarter um 456 Mio € (15 %) höher. Dies ist auf bestimmte Neueinstellungen im regulatorischen Bereich und im Zusammenhang mit Wachstumsstrategien zurückzuführen. Des Weiteren wurden Anpassungen der Vergütung aufgrund des Marktumfeldes vorgenommen. Der Sach- und sonstige Aufwand in Höhe von 4,3 Mrd € stieg gegenüber dem Vorjahresquarter um 770 Mio € (22 %). Primär ist diese Zunahme auf die oben genannten Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 1,2 Mrd € im Vergleich zu 470 Mio € im zweiten Quartal 2014 zurückzuführen. Aufgewogen wurde dies teilweise durch Einsparungen aus der fortlaufenden Implementierung unseres OpEx-Programms sowie den Verkauf von The Cosmopolitan of Las Vegas in 2014 und die Reduzierung der Umsetzungskosten für das OpEx-Programm. Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft beliefen sich im zweiten Quartal 2015 auf 10 Mio €, was einem Rückgang um 70 Mio € im Vergleich zum Vorjahresquarter entspricht. Diese Verringerung der Aufwendungen wird von Marktwertschwankungen bei Investitionen, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken, aufgehoben.

Das Konzernergebnis vor Steuern betrug im Berichtsquartal 1,2 Mrd € nach 917 Mio € im zweiten Quartal 2014. Dieser Anstieg ist vor allem auf die günstige Ertragsentwicklung und niedrigere Risikovorsorge im Kreditgeschäft zurückzuführen, der teilweise durch einen Anstieg der zinsunabhängigen Aufwendungen vor allem für Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten kompensiert wurde.

Der Gewinn nach Steuern belief sich im zweiten Quartal 2015 auf 818 Mio € gegenüber 238 Mio € im Vorjahreszeitraum. Der Ertragsteueraufwand lag im Berichtsquartal bei 410 Mio €, verglichen mit 679 Mio € im zweiten Quartal 2014. Die effektive Steuerquote von 33 % im laufenden Quartal wurde durch Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sowie durch den Ansatz und die Bewertung latenter Steuern negativ beeinflusst. Zum Teil gegenläufig wirkten Ertragsteuern für frühere Jahre. Die effektive Steuerquote des Vorjahresquartals in Höhe von 74 % wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen, darunter Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, sowie Ertragsteuern für frühere Jahre beeinflusst.

Halbjahresvergleich 2015 versus 2014

In den ersten sechs Monaten 2015 wurden im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in allen Unternehmensbereichen höhere Erträge verzeichnet. Ursächlich dafür waren ein günstigeres Marktumfeld, eine höhere Marktvolatilität und positive Währungseffekte sowie die anhaltenden Fortschritte beim Risikoabbau in der NCOU. Im Fokus des Operational Excellence (OpEx)-Programms standen komplexere Initiativen, die zu weiteren Kostensenkungen im ersten Halbjahr 2015 führten. Zusätzlich dazu wurden die Umsetzungskosten wie geplant verringert. Diese Einsparungen wurden jedoch durch gestiegene Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, höhere Aufwendungen bezogen auf Bankenabgaben, strengere aufsichtsrechtliche Anforderungen, anhaltende Investitionen in die Integration von Geschäftsplattformen und Prozessverbesserungen sowie negative Währungseffekte mehr als aufgehoben.

Die Erträge des Konzerns sind im Berichtszeitraum von 16,3 Mrd € im ersten Halbjahr 2014 um 3,3 Mrd € (20 %) auf 19,6 Mrd € gestiegen, was durch positive Währungseffekte unterstützt wurde. In CB&S betragen die Erträge 9,0 Mrd €, eine Zunahme um 1,4 Mrd € (19 %) im Vergleich zum ersten Halbjahr 2014. Die Erträge in PBC beliefen sich im ersten Halbjahr 2015 auf 4,8 Mrd € und lagen damit um 27 Mio € (1 %) über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Die Erträge in GTB beliefen sich im ersten Halbjahr 2015 auf 2,3 Mrd € und waren damit um 229 Mio € (11 %) höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In Deutsche AWM stiegen die Erträge im Vergleich zu den ersten sechs Monaten 2014 um 596 Mio € (27 %) auf 2,8 Mrd €. Die Erträge in der NCOU waren mit 537 Mio € um 528 Mio € höher als im ersten Halbjahr 2014. Die Erträge in Consolidation & Adjustments (C&A) betragen im Berichtszeitraum 150 Mio € nach negativen Erträgen von 353 Mio € im Vergleichsquarteral des Vorjahres.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im ersten Halbjahr 2015 auf 369 Mio € und war damit um 127 Mio € (26 %) geringer als im Vorjahreszeitraum. Dieser Rückgang ist auf nahezu alle Unternehmensbereiche zurückzuführen, da ein Ausbleiben großer Einzelkundenkreditereignisse sowie fortlaufende Auflösungen von Risikovorsorge, die teilweise im Zusammenhang mit dem Verkauf von notleidenden Krediten standen, zu verzeichnen war. Die gestiegene Risikovorsorge in CB&S war auf unsere Leveraged Finance- und Shipping- Portfolios zurückzuführen und wurde teilweise durch einen Rückgang in anderen Bereichen ausgeglichen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich im ersten Halbjahr 2015 auf 16,5 Mrd € und lagen damit um 3,3 Mrd € (25 %) über dem Vergleichswert des Vorjahres. Dies resultierte hauptsächlich aus Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, negativen Wechselkurseffekten und höheren Bankenabgaben. Der Personalaufwand betrug 6,9 Mrd €, was einem Anstieg um 540 Mio € (9 %) gegenüber den ersten sechs Monaten 2014 entspricht. Dies spiegelt anhaltende Einstellungen im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Erfordernissen, marktgetriebene Anpassungen und Einstellungen in weiteren bestimmten Bereichen wider. Der Sach- und sonstige Aufwand erhöhte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 2,8 Mrd € (43 %) auf 9,4 Mrd €. Haupttreiber für diesen Anstieg waren in erster Linie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und die Bankenabgabe. Die Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beliefen sich im ersten Halbjahr 2015 auf 2,8 Mrd € im Vergleich zu 470 Mio € im ersten Halbjahr 2014. Die Aufwendungen für die Bankenabgaben erhöhten sich um 493 Mio €. Dies resultierte aus einer gestiegenen Bankenabgabe und einem abweichenden Zeitpunkt für ihre Erfassung im Berichtsjahr infolge von Änderungen der gesetzlichen Vorschriften. Darüber hinaus erhöhten sich die Zinsunabhängigen Aufwendungen aufgrund höherer aufsichtsrechtlich bedingter Kosten. Dem standen die Senkung der Umsetzungskosten für unser OpEx-Programm sowie laufende Einsparungen im Rahmen unseres OpEx-Programms und aus dem Verkauf von The Cosmopolitan of Las Vegas sowie der BHF-BANK im Jahr 2014 gegenüber. Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft beliefen sich im ersten Halbjahr 2015 auf 163 Mio € und waren damit um 31 Mio € höher als im Vorjahreszeitraum. Diesen Aufwendungen standen Marktwertschwankungen bei Investitionen gegenüber, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life abdecken.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im ersten Halbjahr 2015 auf 2,7 Mrd € gegenüber 2,6 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dieser Anstieg ist vor allem auf die günstige Ertragsentwicklung und niedrigere Risikovorsorge im Kreditgeschäft zurückzuführen. Diesen Entwicklungen stand eine Erhöhung der zinsunabhängigen Aufwendungen, vor allem für Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, gegenüber.

Der Gewinn nach Steuern belief sich im ersten Halbjahr 2015 auf 1,4 Mrd € nach 1,3 Mrd € im ersten Halbjahr 2014. Im ersten Halbjahr 2015 belief sich der Ertragsteueraufwand wie auch in der Vergleichsperiode auf 1,3 Mrd €. Die effektive Steuerquote von 49 % für das erste Halbjahr 2015 wurde im Wesentlichen durch Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst. Im Vergleichszeitraum 2014 belief sich die effektive Steuerquote auf 48 %.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das zweite Quartal 2015 und 2014 sowie den Sechsmonatszeitraum 2015 und 2014. Für Informationen zu den Änderungen in der Segmentberichterstattung siehe den entsprechenden Abschnitt „Segmentberichterstattung“ in den Anhangangaben.

	2. Quartal 2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge	4.313	2.358	1.144	1.415	201	-254	9.177
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	57	100	-12	1	5	0	151
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.035	1.775	874	993	1.104	17	7.798
Davon:							
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	10	0	0	10
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	7	-2	-2	0	3	0	6
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	22	0	0	0	0	-22	0
Ergebnis vor Steuern	1.200	483	283	422	-909	-250	1.228
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	70	75	76	70	N/A	N/A	85
Aktiva	1.184.557	260.873	113.621	90.925	34.756	9.444	1.694.176
Risikogewichtete Aktiva (CRR/CRD 4 – Vollumsetzung)	201.972	78.629	51.668	20.559	43.924	19.028	415.780
Durchschnittliches Active Equity	32.511	15.952	7.673	8.151	6.673	0	70.960
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	11	11	11	40	N/A	N/A	6
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %)	15	12	15	21	N/A	N/A	7
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %) ¹	10	8	10	13	N/A	N/A	5

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für das zweite Quartal 2015 33 % betrug. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

	2. Quartal 2014						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge	3.509	2.353	1.029	1.133	-53	-111	7.860
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	44	145	47	-6	19	0	250
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.636	1.828	761	936	518	14	6.693
Davon:							
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	80	0	0	80
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	37	3	6	10	1	0	57
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	0	0	0	0	-1	0
Ergebnis vor Steuern	828	379	221	204	-590	-124	917
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	75	78	74	83	N/A	N/A	85
Aktiva	1.158.803	262.326	111.054	75.473	48.457	9.297	1.665.410
Risikogewichtete Aktiva (CRR/CRD 4 – Vollumsetzung)	185.691	79.654	42.019	15.480	56.663	19.166	398.674
Durchschnittliches Active Equity	23.733	14.383	5.597	6.263	7.446	0	57.422
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	11	10	12	32	N/A	N/A	2
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %)	14	11	16	13	N/A	N/A	6
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %) ¹	9	7	10	8	N/A	N/A	2

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für das Vergleichsquartal des Vorjahres 74 % betragen hatte. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

	Jan. – Jun. 2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern Insgesamt
Erträge	8.967	4.828	2.277	2.794	537	150	19.553
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	93	235	2	4	33	1	369
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.994	3.574	1.583	2.077	1.794	455	16.476
Davon:							
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	163	0	0	163
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	29	-1	-2	0	3	0	29
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	38	0	0	0	0	-38	0
Ergebnis vor Steuern	1.842	1.019	692	713	-1.290	-268	2.708
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	78	74	70	74	N/A	N/A	84
Aktiva	1.184.557	260.873	113.621	90.925	34.756	9.444	1.694.176
Risikogewichtete Aktiva	201.972	78.629	51.668	20.559	43.924	19.028	415.780
Durchschnittliches Active Equity	31.542	16.077	7.418	7.840	7.411	14	70.302
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	9	11	14	36	N/A	N/A	5
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %)	12	13	19	18	N/A	N/A	8
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %) ¹	8	8	12	12	N/A	N/A	4

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für die ersten sechs Monate 2015 49 % betrug. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

	Jan. – Jun. 2014						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern Insgesamt
Erträge	7.549	4.801	2.048	2.198	9	-353	16.253
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	60	285	71	-7	86	1	496
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.203	3.662	1.399	1.836	1.056	4	13.159
Davon:							
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	132	0	0	132
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	81	6	9	14	3	0	113
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	22	0	0	-1	0	-21	0
Ergebnis vor Steuern	2.265	854	578	371	-1.133	-337	2.597
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	69	76	68	84	N/A	N/A	81
Aktiva	1.158.803	262.326	111.054	75.473	48.457	9.297	1.665.410
Risikogewichtete Aktiva	185.691	79.654	42.019	15.480	56.663	19.166	398.674
Durchschnittliches Active Equity	22.431	14.391	5.484	6.226	7.588	0	56.120
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	16	11	16	30	N/A	N/A	6
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %)	20	12	21	12	N/A	N/A	9
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %) ¹	13	8	14	8	N/A	N/A	5

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für die ersten sechs Monate 2014 48 % betragen hatte. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge:								
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.110	1.824	286	16	4.752	4.259	493	12
Sales & Trading (Equity)	975	701	274	39	1.987	1.471	516	35
Emissionsgeschäft (Debt)	456	416	40	10	889	774	115	15
Emissionsgeschäft (Equity)	253	265	-12	-5	459	425	34	8
Beratung	144	130	14	11	290	237	53	22
Kreditgeschäft	283	255	29	11	560	509	51	10
Sonstige Produkte	92	-82	174	N/A	31	-125	157	N/A
Erträge insgesamt	4.313	3.509	804	23	8.967	7.549	1.418	19
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	57	44	12	28	93	60	34	56
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.035	2.636	398	15	6.994	5.203	1.791	34
Davon:								
Restrukturierungsaufwand	7	37	-29	-80	29	81	-52	-64
Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	22	1	22	N/A	38	22	16	74
Ergebnis vor Steuern	1.200	828	372	45	1.842	2.265	-423	-19

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Trotz der anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Unsicherheiten im Zusammenhang mit Griechenland hat CB&S für das zweite Quartal 2015 solide Ergebnisse verzeichnet, die auf eine erhöhte Marktvolatilität und eine günstige Wechselkursentwicklung zurückzuführen sind.

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) lagen im Berichtsquartal mit 2,1 Mrd € im zweiten Quartal 2015 um 286 Mio € (16 %) über dem Wert des zweiten Quartals im Vorjahr. Die Erträge im Devisenhandel waren aufgrund der gestiegenen Marktvolatilität deutlich höher als im Vorjahresquartal. Im Bereich Distressed Products wurden im Berichtszeitraum aufgrund der starken Performance in Europa und Nordamerika deutlich höhere Erträge als im Vergleichsquartal des Vorjahres erzielt. Im Flow-Credit-Geschäft lagen die Erträge infolge der schwierigen Marktbedingungen und der deutlichen Ausweitung der Spreads unter dem Vergleichswert des Vorjahresquartals. Die Erträge in Global Liquidity Management waren aufgrund der gedämpften Performance in Europa deutlich niedriger. Die Erträge aus RMBS waren stark rückläufig, und die Erträge in Emerging Markets waren niedriger als im Vergleichsquartal des Vorjahres. Diese Entwicklung ist auf eine schwierige Marktlage zurückzuführen. In den Bereichen Credit Solutions und Rates waren die Erträge gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres in etwa konstant. Die Erträge von Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) beinhalteten zwei Bewertungsanpassungen, die zu einer Ertragszunahme um 99 Mio € führten: erstens einen Marktwertgewinn von 87 Mio € (zweites Quartal 2014: einen Verlust von 43 Mio €) im Zusammenhang mit Absicherungsgeschäften zur Senkung der risikogewichteten Aktiva (RWA) bei kreditbezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustment – CVA), zweitens einen Gewinn aus refinanzierungsbezogenen Wertanpassungen (Funding Valuation Adjustment – FVA) in Höhe von 12 Mio € (zweites Quartal 2014: Gewinn von 3 Mio €).

Die Erträge in Sales & Trading (Equity) beliefen sich im Berichtsquartal auf 1,0 Mrd €, was im Vergleich zum Vorjahresquartal einem Anstieg um 274 Mio € (39 %) entspricht. Prime Finance verzeichnete aufgrund der Zunahme von Kundenvolumina gegenüber dem Vorjahresquartal einen deutlichen Ertragsanstieg. Im Bereich Equity Derivatives wurden im Berichtszeitraum aufgrund der starken Performance in Asien signifikant höhere Erträge als im Vergleichsquartal des Vorjahres erzielt. Dies spiegelt die günstigen Marktbedingungen wider. Im Bereich Equity Trading blieben die Erträge auf dem Niveau des Vorjahresquartals.

Im Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich die Erträge im Berichtsquartal auf 853 Mio €, was einem Anstieg um 42 Mio € (5 %) gegenüber dem zweiten Quartal 2014 entsprach. Treiber für den Anstieg der Erträge im Bereich Advisory gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres war das höhere Gebührenaufkommen im Markt. Die Erträge im Anleiheemissionsgeschäft haben sich aufgrund des Ertragsanstiegs in Nordamerika verbessert. Im Aktienemissionsgeschäft blieben die Erträge auf dem Niveau des Vorjahresquartals.

Die Erträge im Kreditgeschäft beliefen sich im zweiten Quartal 2015 auf 283 Mio € im Vergleich zu 255 Mio € im Vorjahresquartal.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten erhöhten sich im zweiten Quartal 2015 um 92 Mio € nach einem Verlust von 82 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Darin enthalten ist ein Gewinn von 105 Mio € (nach einem Verlust von 64 Mio € im zweiten Quartal 2014) aus der Wertanpassung für bestimmte Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften (Debt Value Adjustments, DVA).

Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurde im Unternehmensbereich CB&S im zweiten Quartal 2015 eine Nettozuführung von 57 Mio € nach 44 Mio € im Vorjahresquartal ausgewiesen. Diese Zunahme ist auf eine Erhöhung der Rückstellungen für das Leveraged Finance Portfolio zurückzuführen, die durch niedrigere Vorsorgen für Schiffsfinanzierungen teilweise kompensiert wurden.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich auf 3,0 Mrd € und stiegen damit gegenüber dem Vorjahresquartal um 398 Mio € (15 %). Ursächlich für diese Zunahme waren negative Wechselkursänderungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Anforderungen einschließlich der Bankenabgabe.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im Berichtsquartal auf 1,2 Mrd € im Vergleich zu 828 Mio € im zweiten Quartal 2014. Ursächlich für diesen Anstieg war die gute Ertragsentwicklung, die durch höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Anforderungen einschließlich der Bankenabgabe teilweise neutralisiert wurde.

Halbjahresvergleich 2015 versus 2014

CB&S erzielte im ersten Halbjahr 2015 solide Erträge, die auf eine erhöhte Marktvolatilität und günstige Wechselkursänderungen zurückzuführen sind.

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) lagen im ersten Halbjahr 2015 mit 4,8 Mrd € um 493 Mio € (12 %) über dem Vergleichswert des Vorjahreszeitraums. Die Erträge im Devisenhandel waren aufgrund der verstärkten Marktvolatilität deutlich höher als im Vorjahreszeitraum. Die gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 höheren Erträge im Bereich Rates resultierten aus gestiegenen Kundenaktivitäten vor allem in Europa. Die Erträge aus RMBS gingen gegenüber den ersten sechs Monaten 2014 aufgrund schwieriger Marktbedingungen zurück. Die Erträge in Global Liquidity Management waren gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres aufgrund einer gedämpften Performance in Europa rückläufig. Die Erträge im Bereich Distressed Products waren deutlich niedriger als im ertragsstarken ersten Halbjahr des Vorjahres. Die Erträge in den Bereichen Credit Solutions und Emerging Markets blieben gegenüber den Vergleichszahlen des Vorjahreszeitraums unverändert. Die Erträge von Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) beinhalteten zwei Bewertungsanpassungen, die zu einem Gesamtverlust von 111 Mio € führten: erstens einen Marktwertgewinn von 71 Mio € (erstes Halbjahr 2014: einen Verlust von 15 Mio €) im Zusammenhang mit Absicherungsgeschäften zur Senkung der risikogewichteten Aktiva bei kreditbezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustment, CVA), zweitens einen Verlust aus Bewertungsanpassungen in Bezug auf Refinanzierungskosten bei bestimmten Derivaten (Funding Value Adjustment, FVA) von 181 Mio € (erstes Halbjahr 2014: Gewinn 17 Mio €), der einen negativen Effekt von 84 Mio € aufgrund einer Verfeinerung der Berechnungsmethode beinhaltete.

Die Erträge in Sales & Trading (Equity) lagen im ersten Halbjahr 2015 mit 2,0 Mrd € um 516 Mio € (35 %) über dem Vergleichswert des ersten Halbjahres 2014. Prime Finance verzeichnete in den ersten sechs Monaten aufgrund der Zunahme von Kundenvolumina einen deutlichen Ertragsanstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Aufgrund der günstigen Marktbedingungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres verzeichnete der Bereich Equity Derivatives deutlich höhere Erträge und aus dem gleichen Grund stiegen auch in Equity Trading die Erträge.

Die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft lagen im ersten Halbjahr 2015 mit 1,6 Mrd € um 201 Mio € (14 %) über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Im Beratungsgeschäft konnten aufgrund eines gestiegenen Provisionsaufkommens im Markt höhere Erträge als im ersten Halbjahr 2014 erwirtschaftet werden. Die Erträge im Anleiheemissionsgeschäft haben sich aufgrund der starken Performance in Nordamerika verbessert. Im Aktienemissionsgeschäft blieben die Erträge gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 unverändert.

Die Erträge im Kreditgeschäft beliefen sich im ersten Semester 2015 auf 560 Mio € im Vergleich zu 509 Mio € im ersten Halbjahr 2014.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten stiegen in den ersten sechs Monaten 2015 um 31 Mio € nach einem Verlust von 125 Mio € im Vorjahreszeitraum. Darin enthalten ist ein Gewinn von 92 Mio € (nach einem Verlust von 106 Mio € in den ersten sechs Monaten 2014) im Zusammenhang mit einer Bewertungsanpassung für bestimmte Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften (Debt Value Adjustment, DVA).

Die Netto-Zuführung zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Unternehmensbereich CB&S in den ersten sechs Monaten 2015 auf 93 Mio € gegenüber 60 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Diese Zunahme ist zurückzuführen auf erhöhte Risikovorsorgen in dem Leveraged Finance- sowie dem Shipping-Portfolio.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 um 1,8 Mrd € (34 %). Ursächlich für diesen Anstieg waren deutlich höhere Kosten für Rechtsstreitigkeiten, negative Wechselkursänderungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Das Ergebnis vor Steuern lag in den ersten sechs Monaten 2015 bei 1,8 Mrd €, verglichen mit 2,3 Mrd € im Vorjahreszeitraum. Dieser Rückgang war vorwiegend zurückzuführen auf Kosten für Rechtsstreitigkeiten und höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Anforderungen, die nur teilweise durch gestiegene Erträge ausgeglichen werden konnten.

Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge:								
Kreditgeschäft	914	858	55	6	1.843	1.704	140	8
Einlagengeschäft	685	749	-63	-8	1.379	1.505	-126	-8
Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft	239	246	-7	-3	474	494	-19	-4
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	355	308	48	15	761	656	105	16
Postdienstleistungen und bankfremde Produkte	61	103	-43	-41	122	208	-86	-41
Sonstige Produkte	105	88	16	19	248	234	14	6
Erträge insgesamt	2.358	2.353	6	0	4.828	4.801	27	1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	100	145	-45	-31	235	285	-51	-18
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.775	1.828	-53	-3	3.574	3.662	-88	-2
Davon: Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	483	379	104	27	1.019	854	165	19
Aufgliederung von PBC nach Geschäftsbereich¹								
Privat- und Geschäftskundenbank:								
Erträge insgesamt	919	923	-4	0	1.873	1.949	-76	-4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	15	19	-4	-20	29	39	-10	-26
Zinsunabhängige Aufwendungen	768	809	-41	-5	1.583	1.613	-30	-2
Ergebnis vor Steuern	137	96	41	43	261	297	-37	-12
Advisory Banking International:								
Erträge insgesamt	601	531	70	13	1.184	1.051	133	13
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	57	63	-6	-10	117	129	-12	-10
Zinsunabhängige Aufwendungen	320	322	-2	-1	638	671	-33	-5
Ergebnis vor Steuern	224	146	78	53	430	251	179	71
Postbank:²								
Erträge insgesamt	838	898	-60	-7	1.771	1.801	-30	-2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	29	64	-35	-55	89	117	-28	-24
Zinsunabhängige Aufwendungen	687	697	-10	-1	1.353	1.378	-25	-2
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	-10	0	0	0	-46
Ergebnis vor Steuern	122	137	-15	-11	328	305	23	7

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 hat PBC die internen Kostenallokationen zwischen der Privat- und Geschäftskundenbank und Advisory Banking International adjustiert. Vorperioden wurden entsprechend angepasst.

² Beinhaltet wesentliche Geschäftsaktivitäten der Postbank AG sowie von BHW und norisbank.

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Das Marktumfeld war mit anhaltend niedrigen Zinsen, steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen und einem wettbewerbsintensiven Geschäftsumfeld für PBC im zweiten Quartal 2015 weiterhin herausfordernd. Trotz dieser Herausforderungen verzeichnete PBC im zweiten Quartal 2015 ein starkes Ergebnis vor Steuern. Das ist auf einen Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen, eine niedrigere Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie gestiegene Erträge aus dem Kredit-, Wertpapier- und Versicherungsgeschäft zurückzuführen.

In PBC erhöhten sich die Erträge im Vergleich zum Vorjahresquartal um 6 Mio €. Die im Vergleich zum zweiten Quartal 2014 um 55 Mio € (6 %) gestiegenen Erträge im Kreditgeschäft sind auf höhere Kreditvolumina, vor allem im Hypotheken- und Konsumentenfinanzierungsgeschäft, zurückzuführen. Diese Entwicklung ging mit positiven Effekten aus erfolgreichen Vertragsanpassungen mit Geschäftspartnern der Postbank einher. Die Zunahme der Erträge im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft um 48 Mio € (15 %) gegenüber dem Vorjahresquartal spiegelte die positive Entwicklung des Wertpapiergeschäfts und der Vermögensverwaltung mit höheren Transaktionsvolumina wider. Der Rückgang der Erträge im Einlagengeschäft um 63 Mio € (8 %) gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres wurde vor allem durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld in

Europa verursacht. Die Erträge aus Postdienstleistungen und bankfremden Produkten sanken im Vergleich zum zweiten Quartal 2014 um 43 Mio € (41 %). Dieser Rückgang war auf einen neuen Vertrag mit der Deutsche Post DHL zurückzuführen und wurde teilweise durch geringere Kosten im Zusammenhang mit diesen Vertragsänderungen kompensiert. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft gingen im Vergleich zum Vorjahresquartal um 7 Mio € (3 %) leicht zurück. Dies resultierte unter anderem aus strengeren Regulierungen in Bezug auf Gebühren im Kartengeschäft. Die Erträge aus Sonstigen Produkten stiegen gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres um 16 Mio € (19 %). Die bessere Performance der Beteiligung an der Hua Xia Bank wurde durch niedrigere Erträge aus nicht operativen Aktivitäten der Postbank teilweise aufgehoben.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich um 45 Mio € (31 %). Dies war auf die Effekte aus dem Verkauf ausgewählter Portfolios, die Qualität des Kreditportfolios von PBC und das anhaltend günstige wirtschaftliche Umfeld in Deutschland zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen verringerten sich gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres um 53 Mio € (3 %) auf 1,8 Mrd €. Die Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms und der Postbank-Integration gingen unter der Berücksichtigung der Diskussion über die Strategie 2020 um 56 Mio € zurück. Zudem wirkte sich im Vergleich zum Vorjahresquartal der Wegfall der Aufwendungen für die Erstattung von Kreditbearbeitungsgebühren, die auf zwei Urteile des Bundesgerichtshofs im Jahr 2014 zurückzuführen waren, günstig aus. Neben diesen Effekten erzielte PBC dank Effizienzsteigerungen im Rahmen des OpEx-Programms weiterhin inkrementelle Einsparungen. Diese Effekte wurden teilweise durch höhere Kosten aufgehoben, die vor allem durch gestiegene aufsichtsrechtliche Anforderungen und Aufwendungen für Technologie verursacht wurden.

Das Ergebnis vor Steuern stieg gegenüber dem Vorjahresquartal um 104 Mio € (27 %) auf 483 Mio €. Diese Entwicklung spiegelte einen Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen, eine niedrigere Risikovorsorge im Kreditgeschäft wie auch gestiegene Erträge wider.

Die Invested Assets verringerten sich gegenüber dem 31. März 2015 um 8 Mrd €. Dies war hauptsächlich auf negative Marktwertentwicklungen in Höhe von 6 Mrd € und Mittelabflüsse im Einlagengeschäft zurückzuführen.

Halbjahresvergleich 2015 versus 2014

Trotz des weiter anhaltenden Niedrigzinsumfeldes verzeichnete PBC im ersten Halbjahr 2015 ein sehr starkes Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, der von einem Einmalgewinn aus einem Geschäftsverkauf in einer vorangegangenen Berichtsperiode profitierte. Die starke Performance von PBC war auf eine niedrigere Risikovorsorge im Kreditgeschäft, einen Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen und ein starkes Ergebnis im Kredit- sowie Wertpapier- und Versicherungsgeschäft zurückzuführen.

In PBC erhöhten sich die Erträge im Vergleich zum ersten Halbjahr 2014 um 27 Mio €. Der Anstieg der Erträge im Kreditgeschäft um 140 Mio € (8 %) gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014 ist vor allem auf höhere Kreditvolumina, insbesondere im Hypotheken- und Konsumentenfinanzierungsgeschäft, zurückzuführen. Dies ging mit spezifischen Effekten aus den erfolgreichen Vertragsanpassungen mit Geschäftspartnern der Postbank sowie Sondereffekten im Zusammenhang mit der Anpassung interner Refinanzierungsmodelle in der Privat- und Geschäftskundenbank einher. Die gestiegenen Erträge aus dem Wertpapier- und Versicherungsgeschäft von 105 Mio € (16 %) spiegelten eine weiterhin starke Geschäftsdynamik in allen Geschäftsbereichen von PBC wider. Die Erträge aus Sonstigen Produkten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 14 Mio € (6 %). Dies ist vor allem auf eine verbesserte Performance der Beteiligung an der Hua Xia Bank sowie höhere Erträge im Zusammenhang mit nicht operativen Aktivitäten der Postbank zurückzuführen. Diese Effekte konnten den Einmalgewinn aus einem Geschäftsverkauf in einer vorangegangenen Berichtsperiode im ersten Halbjahr 2014 mehr als ausgleichen. Der Rückgang der Erträge im Einlagengeschäft um 126 Mio € (8 %) gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wurde vor allem durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld in Europa verursacht. Die Erträge aus Postdienstleistungen und bankfremden Produkten sanken im Vergleich zum Vergleichszeitraum 2014 um 86 Mio € (41 %). Dieser Rückgang war auf einen neuen Vertrag mit der

Deutsche Post DHL zurückzuführen und wurde teilweise durch geringere Kosten im Zusammenhang mit diesen Vertragsänderungen kompensiert. Ursächlich für den Rückgang der Erträge aus dem Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft um 19 Mio € (4 %) gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 war die strengere Regulierung in Bezug auf Gebühren im Zahlungsverkehr und Kartengeschäft.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich um 51 Mio € (18 %). Dies war auf die Effekte aus dem Verkauf ausgewählter Portfolios, die Qualität des Kreditportfolios von PBC und das anhaltend günstige wirtschaftliche Umfeld in Deutschland zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen reduzierten sich gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres um 88 Mio € (2 %) auf 3,6 Mrd €. Die Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms und der Postbank-Integration gingen unter der Berücksichtigung der Diskussion über die Strategie 2020 um 79 Mio € zurück. Zudem wirkte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum der Wegfall der Aufwendungen für die Erstattung von Kreditbearbeitungsgebühren, die auf zwei Urteile des Bundesgerichtshofs im Jahr 2014 zurückzuführen waren, günstig aus. Neben diesen Effekten erzielte PBC dank Effizienzsteigerungen im Rahmen des OpEx-Programms weiterhin inkrementelle Einsparungen. Diese Effekte wurden teilweise durch höhere Kosten aufgehoben, die vor allem durch gestiegene aufsichtsrechtliche Anforderungen und Aufwendungen für Technologie verursacht wurden.

Das Ergebnis vor Steuern stieg gegenüber dem ersten Halbjahr um 165 Mio € (19 %) auf 1,0 Mrd €. Diese Entwicklung spiegelte einen Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen, eine niedrigere Risikovorsorge im Kreditgeschäft wie auch gestiegene Erträge wider.

Die Invested Assets erhöhten sich gegenüber dem 31. Dezember 2014 um 4 Mrd €, was hauptsächlich Folge von positiven Marktwertentwicklungen war. Mittelzuflüsse im Wertpapiergeschäft wurden durch Mittelabflüsse im Einlagengeschäft kompensiert.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge insgesamt:								
Transaction Services	1.144	1.029	115	11	2.277	2.048	229	11
Summe Erträge insgesamt	1.144	1.029	115	11	2.277	2.048	229	11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-12	47	-59	N/A	2	71	-69	-97
Zinsunabhängige Aufwendungen	874	761	113	15	1.583	1.399	184	13
Davon:								
Restrukturierungsaufwand	-2	6	-8	N/A	-2	9	-11	N/A
Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	283	221	62	28	692	578	114	20

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Im zweiten Quartal 2015 hielt das schwierige Marktumfeld aufgrund anhaltend niedriger Zinsen, erhöhter geopolitischer Risiken und eines wettbewerbsintensiven Umfelds an. Während sich die Abschwächung des Euro infolge der in Fremdwährung denominierten Aktivitäten positiv auf den Ertragsbeitrag auswirkte, wurden die Zinsunabhängigen Aufwendungen negativ beeinflusst. Darüber hinaus waren in beiden Berichtszeiträumen 2014 und 2015 Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten enthalten, wobei die hierfür entstehenden Kosten im laufenden Quartal die des Vorjahresquartals überstiegen.

In diesem Umfeld stiegen die Erträge in GTB gegenüber dem Vorjahresquartal um 115 Mio € (11 %), wozu die vorgenannten Wechselkursänderungen und Volumenszuwächse beitrugen. Die Erträge in Trade Finance erhöhten sich trotz anhaltend niedriger Margen. Securities Services verzeichnete ein Ertragswachstum hauptsächlich in Amerika. Cash Management litt nach wie vor unter einem anhaltend niedrigen Zinsniveau.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich auf positive 12 Mio € und ging aufgrund hoher Auflösungen sowie eines geringen Risikovorsorgeniveaus gegenüber dem zweiten Quartal 2014 um 59 Mio € zurück.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresquartal um 113 Mio € (15 %). Der Anstieg war hauptsächlich auf Kosten im Zusammenhang mit einer Rechtsstreitigkeit sowie höhere Ausgaben zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen zurückzuführen. Das Ergebnis des zweiten Quartals 2015 beinhaltet Umsetzungskosten für das OpEx-Programm in Höhe von 17 Mio €. Im zweiten Quartal 2014 hatten sich diese Kosten auf 32 Mio € belaufen.

Das Ergebnis vor Steuern ist trotz höherer Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten um 62 Mio € (28 %) gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres gestiegen. Diese Entwicklung war vor allem auf starke Erträge und eine niedrigere Risikovorsorge im Kreditgeschäft zurückzuführen.

Halbjahresvergleich 2015 versus 2014

Wie oben erwähnt blieb das Marktumfeld in den ersten sechs Monaten 2015 herausfordernd. Dies zeigte sich in anhaltend niedrigen Zinssätzen, einem wettbewerbsintensiven Umfeld und schwierigen geopolitischen Bedingungen auf einigen Märkten von GTB. Sowohl das erste Halbjahr 2015 als auch das erste Halbjahr 2014 beinhalteten Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten. Darüber hinaus wirkten sich im Vergleich zu 2014 die Wechselkursänderungen positiv auf das in Fremdwährung ausgewiesene Ergebnis von GTB aus.

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurde ein deutlicher Anstieg der Erträge um 229 Mio € (11 %) verzeichnet, wozu die vorgenannten Wechselkursänderungen und Volumenszuwächse beitrugen. Die Erträge in Trade Finance erhöhten sich trotz anhaltend niedriger Margen. Securities Services verzeichnete ein Ertragswachstum hauptsächlich in Amerika. Cash Management litt nach wie vor unter einem anhaltend niedrigen Zinsniveau. Das erste Halbjahr 2014 beinhaltete einen Gewinn aus dem Verkauf der registrar services GmbH.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Berichtszeitraum auf 2 Mio € gegenüber 71 Mio € im ersten Halbjahr 2014, was vor allem auf hohe Auflösungen sowie ein niedriges Risikovorsorgeniveau zurückzuführen war.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 184 Mio € (13 %). Wie oben erwähnt ist der Anstieg auf Währungseffekte und einen Anstieg von Kosten im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen. Des Weiteren waren die Ausgaben zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und ertragsbezogene Kosten höher als im Vorjahr. Die Umsetzungskosten im Zusammenhang mit dem OpEx-Programm sanken um 22 Mio € (43 %) gegenüber dem ersten Halbjahr 2014.

Trotz der höheren Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten verbesserte sich das Ergebnis vor Steuern aufgrund starker Erträge und einer geringeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 114 Mio € (20 %).

Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge:								
Managementgebühren und sonstige laufende Erträge	816	642	174	27	1.596	1.255	341	27
Transaktionsbezogene Erträge	225	159	66	41	410	342	68	20
Zinsüberschuss	191	151	40	27	383	299	84	28
Sonstige Erträge	182	101	81	80	228	172	55	32
Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life	1	80	-79	-98	178	130	48	37
Erträge insgesamt	1.415	1.133	282	25	2.794	2.198	596	27
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	-6	7	N/A	4	-7	12	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	993	936	57	6	2.077	1.836	241	13
Davon:								
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	10	80	-70	-88	163	132	31	24
Restrukturierungsaufwand	0	10	-10	N/A	0	14	-15	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A	0	-1	0	-67
Ergebnis vor Steuern	422	204	218	107	713	371	343	93

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Im zweiten Quartal 2015 hat Deutsche AWM weiterhin von steigenden Märkten, anhaltenden Nettomittelzuflüssen und einer Zunahme des verwalteten Vermögens profitiert.

Die Erträge in Deutsche AWM lagen im Berichtsquartal mit 1,4 Mrd € um 282 Mio € (25 %) über dem Wert des Vorjahresquartals.

Die Managementgebühren und sonstigen laufenden Erträge nahmen um 174 Mio € (27 %) zu. Grund hierfür war ein Anstieg des durchschnittlichen verwalteten Vermögens im Berichtsquartal nach Mittelzuflüssen sowie positiven Markt- und Währungseffekten. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge sowie sonstigen einmaligen Erträge nahmen infolge der höheren erfolgsabhängigen Provisionen und Transaktionsgebühren im Geschäft mit alternativen Anlagen sowie gestiegenen transaktionsbezogenen Erträgen aus Aktien sowie strukturierten und Devisenprodukten zu. Der Zinsüberschuss erhöhte sich infolge positiver Währungseffekte, reduzierter Finanzierungskosten und eines gestiegenen Kreditvolumens um 40 Mio € (27 %). Die Erträge aus Sonstigen Produkten verbesserten sich gegenüber dem zweiten Quartal 2014 um 81 Mio € (80 %), hauptsächlich aufgrund günstiger Auswirkungen auf zum beizulegenden Zeitwert bewertete Garantien für Altersvorsorgeprodukte und gestiegener Erträge aus alternativen Anlagen. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life sanken gegenüber dem Vorjahresquartal um 79 Mio €.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb auf einem sehr niedrigen Niveau. Das Vergleichsquartal des Vorjahres enthält einen hohen Erlös aus einer abgeschriebenen Position in den USA.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im zweiten Quartal 2015 mit 1,0 Mrd € um 57 Mio € (6 %) über dem Vergleichswert des Vorjahresquartals. Dies resultierte aus Währungseffekten, höheren ertragsgetriebenen Aufwendungen, gestiegenen Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und erhöhten Vergütungsaufwendungen, die vor allem auf strengere aufsichtsrechtliche Anforderungen und strategische Neueinstellungen zurückzuführen waren. Diese Effekte wurden teilweise durch geringere Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms und gesunkene Aufwendungen im Versicherungsgeschäft ausgeglichen.

Das Ergebnis vor Steuern betrug im Berichtsquartal 422 Mio € und war damit um 218 Mio € (107 %) höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ursächlich hierfür war der vorgenannte Ertragsanstieg.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. Juni 2015 auf 1,1 Bio €. Der Rückgang um 24 Mrd € im Vergleich zum 31. März 2015 ist hauptsächlich auf negative Markt- und Währungsentwicklungen von jeweils 19 Mrd € und 18 Mrd € zurückzuführen. Dem stehen Nettomittelzuflüsse von 15 Mrd € in allen Produkten und Regionen entgegen, insbesondere jedoch im Geschäft mit aktiven und passiven Produkten sowie in der Vermögensverwaltung.

Halbjahresvergleich 2015 versus 2014

In den ersten sechs Monaten 2015 hat Deutsche AWM weiterhin von steigenden Märkten, höheren Neumittelzuflüssen und einem Anstieg des verwalteten Vermögens im Vergleich zum Vorjahreszeitraum profitiert.

Die Erträge von Deutsche AWM stiegen im ersten Halbjahr 2015 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 596 Mio € (27 %). Die Managementgebühren und sonstigen laufenden Erträge nahmen um 341 Mio € (27 %) zu. Grund hierfür war ein Anstieg des durchschnittlichen verwalteten Vermögens aufgrund von Zuflüssen sowie positiven Markt- und Währungseffekten. Die erfolgsabhängigen und Transaktionsgebühren sowie die sonstigen einmaligen Erträge stiegen um 68 Mio € (20 %), was auf höhere erfolgsabhängige und Transaktionsgebühren aus alternativen Anlagen sowie gestiegene Transaktionserträge aus Kapitalmarkttransaktionen und strukturierten sowie Devisenprodukten für Privatkunden zurückzuführen war. Der Zinsüberschuss stieg infolge positiver Währungseffekte, reduzierter Finanzierungskosten und eines gestiegenen Kreditvolumens um 84 Mio € (28 %). Die Erträge aus Sonstigen Produkten erhöhten sich gegenüber den ersten sechs Monaten 2014 um 55 Mio € (32 %). Dies war hauptsächlich auf gestiegene Erträge aus alternativen Anlagen zurückzuführen, die durch eine Abschreibung im Zusammenhang mit dem HETA Engagement von 110 Mio € bei aktiven Produkten im ersten Quartal 2015 aufgehoben wurden. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life stiegen gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 um 48 Mio € (37 %).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb auf einem sehr niedrigen Niveau. Das Vergleichshalbjahr des Vorjahres beinhaltet einen hohen Erlös aus einer abgeschriebenen Position in den USA..

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Halbjahr 2015 mit 2,1 Mrd € um 241 Mio € (13 %) über dem Vergleichswert des Vorjahres. Grund dafür waren Währungseffekte, höhere ertragsgetriebene Kosten, gestiegene Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und erhöhte Vergütungsaufwendungen, die vor allem auf strengere aufsichtsrechtliche Anforderungen und strategische Neueinstellungen zurückzuführen waren, sowie gestiegene Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Diese Effekte wurden teilweise durch geringere Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms ausgeglichen.

Das Ergebnis vor Steuern betrug im Berichtszeitraum 713 Mio € und war damit um 343 Mio € (93 %) höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ursächlich hierfür war der vorgenannte Ertragsanstieg.

In den ersten sechs Monaten 2015 beliefen sich die Invested Assets auf 1,1 Bio €. Der Anstieg um 96 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2014 war hauptsächlich auf Währungseffekte von 45 Mrd €, Zuflüsse von 32 Mrd € sowie auf positive Marktwertentwicklungen von 27 Mrd € zurückzuführen. Dem stand ein negativer Effekt aus Veräußerungen in Höhe von 6 Mrd € entgegen.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit (NCOU)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge insgesamt	201	-53	253	N/A	537	9	528	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	5	19	-14	-72	33	86	-53	-62
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.104	518	586	113	1.794	1.056	738	70
Davon:								
Restrukturierungsaufwand	3	1	2	N/A	3	3	0	-6
Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	-909	-590	-319	54	-1.290	-1.133	-157	14

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Im Berichtsquartal hat die NCOU ihre Strategie zur Risikoreduzierung mit einem besonderen Fokus auf Kapitalbeitrag und Initiativen zum Schuldenabbau fortgesetzt. Beim Abbau von Risikoaktiva wurden im zweiten Quartal Gewinne von 94 Mio € erzielt. Das Ergebnis vor Steuern wurde jedoch durch einen Anstieg der Zinsunabhängigen Aufwendungen beeinflusst, der vor allem auf die Entwicklung der Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen war.

Die Erträge der NCOU erhöhten sich im Berichtszeitraum um 253 Mio € auf 201 Mio €. Diese Zunahme resultierte vorwiegend aus der Übertragung von 314 Mio € Marktwertverlusten aus der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung in die Gewinn- und Verlustrechnung im zweiten Quartal 2014, insbesondere im Zusammenhang mit der Fremdfinanzierung von Maher Terminals. Außerdem haben sich die Portfolioerträge nach der Veräußerung von Vermögenswerten reduziert. Dieser Rückgang wurde teilweise durch die Nettoeffekte aus Bewertungs- und Marktwertanpassungen kompensiert. Die NCOU generierte im Berichtsquartal durch ihre Aktivitäten zum Risikoabbau Gewinne von 71 Mio € gegenüber Gewinnen von 52 Mio € im Vergleichsquartal 2014.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug im Berichtsquartal 14 Mio € und war damit um 72 % geringer als im Vorjahresquartal. Zu diesem Rückgang trugen alle Anlageklassen bei, vor allem jedoch eine niedrige Risikovorsorge aus nach IAS 39 umklassifizierten Vermögenswerten.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen gegenüber dem zweiten Quartal 2014 um 586 Mio € (113 %). Der Anstieg war im Wesentlichen durch höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten bedingt. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten waren um 27 % niedriger als im Vorjahr. Grund hierfür war die Veräußerung von Vermögenswerten einschließlich The Cosmopolitan of Las Vegas.

Der Verlust vor Steuern erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresquartal um 319 Mio € auf 909 Mio €. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten in diesem Quartal zurückzuführen.

Halbjahresvergleich 2015 versus 2014

Im Berichtszeitraum hat die NCOU ihre Strategie zur Risikoreduzierung mit einem besonderen Fokus auf Kapitalbeitrag und Initiativen zum Schuldenabbau fortgesetzt. Beim Abbau von Risikoaktiva wurden im ersten Halbjahr 2015 Gewinne von 205 Mio € erzielt. Das Ergebnis vor Steuern wurde jedoch durch einen Anstieg der Zinsunabhängigen Aufwendungen beeinflusst, der vor allem auf die Entwicklung der Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen war.

Die Erträge in der NCOU waren um 528 Mio € höher als im ersten Halbjahr 2014. Dies resultierte hauptsächlich aus einer Zahlung von 219 Mio € im Zusammenhang mit einer spezifischen Rechtsstreitigkeit im ersten Quartal 2015 und der einmaligen Übertragung von Marktwertverlusten von 314 Mio € aus der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung in die Gewinn- und Verlustrechnung im zweiten Quartal 2014. Die

Portfolioerträge haben sich nach der Veräußerung von Vermögenswerten reduziert. Dieser Rückgang wurde teilweise durch den Nettoeffekt aus Marktwertschwankungen, wie Verlusten der Special Commodities Group von 151 Mio € in 2014, kompensiert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft war in den ersten sechs Monaten 2015 um 53 Mio € (62 %) niedriger als im ersten Halbjahr 2014. Dieser Rückgang war vor allem auf geringere Kreditverluste aus gemäß IAS 39 umklassifizierten Vermögenswerten zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich im ersten Halbjahr 2015 auf 738 Mio €. Der Anstieg um 70 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum war durch höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten bedingt. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten waren um 35 % niedriger als im Vorjahr. Grund hierfür war die Veräußerung von Vermögenswerten, einschließlich The Cosmopolitan of Las Vegas.

Der Verlust vor Steuern stieg gegenüber der ersten Hälfte des Vorjahres um 157 Mio € auf 1,3 Mrd €. Die Geschäftsentwicklung wurde in beiden Zeiträumen von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren beeinflusst.

Consolidation & Adjustments (C&A)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge insgesamt	-254	-111	-143	129	150	-353	503	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	0	0	N/A	1	1	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	17	14	4	28	455	4	451	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-22	-1	-22	N/A	-38	-21	-17	78
Ergebnis vor Steuern	-250	-124	-125	101	-268	-337	69	-20

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Im zweiten Quartal 2015 verzeichnete C&A einen Verlust vor Steuern von 250 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 124 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Ursächlich für diese Entwicklung waren im Wesentlichen Bewertungs- und zeitliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und der Berichterstattung gemäß IFRS, die zu einem negativen Effekt von 156 Mio € gegenüber negativen 12 Mio € im Vorjahresquarter führten. Dieser Effekt ist hauptsächlich auf den Anstieg der Euro- und US-Dollar-Zinskurven zurückzuführen, der teilweise durch eine leichte Ausweitung des Basis-Spread zwischen EUR und USD sowie des Bonitätsaufschlags der Deutschen Bank kompensiert wurde. Des Weiteren leistete eine refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassung auf interne unbesicherte Derivategeschäfte zwischen CB&S und Treasury im zweiten Quartal 2015 einen negativen Beitrag von 109 Mio € gegenüber einem negativen Effekt von 26 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Außerdem beinhaltet das zweite Quartal einen negativen Effekt von 92 Mio € aus dem Erwerb zusätzlicher Postbank-Aktien. Diese Effekte wurden teilweise durch einen positiven Effekt von 139 Mio € aus Bankenabgaben gegenüber negativen 3 Mio € im Vorjahresquarter aufgehoben. Die in C&A im ersten Quartal 2015 gebuchte Abgrenzung für Bankenabgaben wird im Laufe des Jahres auf die Unternehmensbereiche verteilt.

Halbjahresvergleich 2015 versus 2014

C&A verzeichnete im ersten Halbjahr 2015 einen Verlust vor Steuern von 268 Mio € nach einem Verlust vor Steuern von 337 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf Bewertungs- und zeitliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und der Berichterstattung gemäß IFRS zurückzuführen, die zu einem positiven Effekt von 168 Mio € gegenüber negativen 146 Mio € im Vorjahreszeitraum führten. Dieser Effekt resultiert zum einen aus einer signifikanten Ausweitung des Basis-Spread zwischen EUR und USD sowie des Bonitätsaufschlags der Deutschen Bank und zum anderen aus einem Gewinn aus dem Rückkauf von Tier-1-Kapital. Dem stand jedoch ein wesentlicher Anstieg der Euro- und US-Dollar-Zinskurven gegenüber. Die positive Entwicklung im Zusammenhang mit bewertungs- und zeitlichen Unterschieden zwischen den verschiedenen Bilanzierungsme-

thoden wurde teilweise durch einen negativen Effekt aus Bankenabgaben von 287 Mio € im ersten Halbjahr 2015 im Vergleich zu negativen 2 Mio € im ersten Halbjahr 2014 aufgehoben. Dies resultierte aus einer Abgabenerhöhung und einem abweichenden Zeitpunkt für die Bilanzierung im Berichtsjahr, was beides aus der Veränderung des Regelwerkes bezüglich Bankenabgaben resultierte. Die Bankenabgabe wird im Laufe des Berichtsjahres den Unternehmensbereichen zugewiesen. Außerdem beinhaltet das erste Halbjahr 2015 einen negativen Effekt von 92 Mio € aus dem Erwerb zusätzlicher Postbank-Aktien.

Vermögenslage

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2015	31.12.2014	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Barreserve	25.641	20.055	5.586	28
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	64.382	63.518	864	1
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	56.378	43.630	12.748	29
Handelsaktiva	206.382	195.681	10.701	5
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	539.665	629.958	-90.294	-14
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	115.655	117.285	-1.630	-1
Davon:				
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	59.052	60.473	-1.421	-2
Forderungen aus Wertpapierleihen	18.434	20.404	-1.969	-10
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	425.019	405.612	19.406	5
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	135.791	115.054	20.737	18
Übrige Aktiva	125.264	117.910	7.353	6
Summe der Aktiva	1.694.176	1.708.703	-14.528	-1
Einlagen	573.236	532.931	40.304	8
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	10.896	13.226	-2.330	-18
Handelspassiva	50.664	41.843	8.821	21
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	513.442	610.202	-96.760	-16
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	41.894	37.131	4.763	13
Davon:				
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	24.970	21.053	3.917	19
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.340	1.189	151	13
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	32.543	42.931	-10.388	-24
Langfristige Verbindlichkeiten	160.255	144.837	15.418	11
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	164.987	143.210	21.776	15
Übrige Passiva	70.523	69.170	1.352	2
Summe der Verbindlichkeiten	1.618.440	1.635.481	-17.041	-1
Eigenkapital insgesamt	75.736	73.223	2.513	3

Entwicklung der Aktiva

Der berichtete Rückgang unserer Bilanzsumme um 15 Mrd € (oder 1 %) im Laufe des ersten Halbjahres 2015 war hauptsächlich auf eine Reduktion der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von 90 Mrd €, insbesondere getrieben durch Zins- und Währungskursschwankungen, zurückzuführen. Diese Reduktion wurde durch Anstiege in anderen Bilanzpositionen, wie nachfolgend ausgeführt, größtenteils ausgeglichen. Die Gesamtveränderung beinhaltet eine Erhöhung um 78 Mrd € aufgrund von Wechselkursveränderungen durch die Abwertung des Euro gegenüber allen anderen Hauptwährungen in der Berichtsperiode, davon entfielen 71 % auf die deutliche Aufwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro. Diese durch Wechselkursveränderungen bedingten Erhöhungen sind auch in den Veränderungen pro Bilanzposition enthalten, die in diesem Abschnitt diskutiert werden. Bereinigt um Währungseffekte haben wir unsere Bilanzsumme im Berichtszeitraum um 93 Mrd € reduziert.

Der signifikante Rückgang der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten wurde jedoch von Anstiegen in folgenden Bilanzpositionen größtenteils ausgeglichen:

Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung erhöhten sich um 21 Mrd €, infolge des üblicherweise zu verzeichnenden saisonalen Musters von niedrigeren Beständen zum Jahresende gegenüber höheren Volumina im Jahresverlauf.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft stiegen um 19 Mrd € an, davon entfielen 12 Mrd € auf Wechselkursveränderungen.

Im ersten und zweiten Quartal stiegen die Handelsaktiva um 11 Mrd € an, wobei mehr als die Hälfte des Anstiegs auf Aktientitel zurückzuführen war.

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind um 9 Mrd € angestiegen, verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten sowie die Barreserve erhöhten sich zusammen um 6 Mrd €. Beide Erhöhungen waren hauptsächlich auf Wechselkursveränderungen zurückzuführen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (in den Übrigen Aktiva enthalten) erhöhten sich um 7 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch einen Anstieg von hochliquiden Wertpapieren, die im Rahmen der strategischen Liquiditätsreserve des Konzerns gehalten werden. Dieser Anstieg resultiert aus der fortgesetzten Optimierung der Liquiditätsreserven durch den Konzern.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Zum 30. Juni 2015 verringerte sich die Summe der Verbindlichkeiten um 17 Mrd € (oder 1 %) gegenüber dem Jahresende 2014. Ähnlich wie für die Aktivseite spiegelt die Gesamtverringerung der Verbindlichkeiten ebenfalls den Effekt aus Wechselkursveränderungen während der Berichtsperiode wider.

Die Veränderungen der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Verringerung um 97 Mrd €) sowie von Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung (Anstieg um 22 Mrd €) während der ersten Jahreshälfte waren hauptsächlich auf die gleichen Ursachen zurückzuführen, die für positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sowie Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung bereits oben beschrieben wurden.

Einlagen erhöhten sich um 40 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch Anstiege unserer Refinanzierung in den Bereichen Transaction Banking, im Wesentlichen aus höheren Sichteinlagen im Zusammenhang mit Clearing-Aktivitäten, Retail sowie unbesicherter Wholesale-Refinanzierung. Wechselkursveränderungen trugen ebenfalls maßgeblich zu diesem Anstieg bei.

Handelsspassiva erhöhten sich um 9 Mrd € im Einklang mit der Veränderung, die für Handelsaktiva zu beobachten war.

Langfristige Verbindlichkeiten haben sich um 15 Mrd € erhöht, hauptsächlich aufgrund höherer Finanzierungsaktivitäten, die das Volumen der im Laufe des Berichtsjahres fällig gewordenen Verbindlichkeiten überstiegen, sowie aufgrund von Wechselkursschwankungen.

Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen gingen um 10 Mrd € zurück, hauptsächlich aufgrund der Reduzierung unserer Finanzierung über Finanzierungsvehikel sowie – in geringerem Umfang – in GTB.

Liquidität

Die Liquiditätsreserven beliefen sich zum 30. Juni 2015 auf 199 Mrd € (im Vergleich zu 184 Mrd € zum 31. Dezember 2014), woraus im Stressszenario zum 30. Juni 2015 ein positives Ergebnis resultierte (in einem kombinierten Szenario).

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich zwischen dem 31. Dezember 2014 und dem 30. Juni 2015 insgesamt um 2,5 Mrd € erhöht. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus einem positiven Effekt aus Wechselkursänderungen in Höhe von 2,6 Mrd € (vor allem US-Dollar). Zum Anstieg des Eigenkapitals trug des Weiteren das den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbare Konzernergebnis von 1,3 Mrd € bei. Teilweise gegenläufig zu dieser positiven Entwicklung waren die Dividendenzahlung an Deutsche Bank-Aktionäre von 1,0 Mrd €, unrealisierte Verluste (per Saldo) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 367 Mio €, die hauptsächlich aus niedrigeren Marktpreisen von festverzinslichen Wertpapieren europäischer Emittenten resultierten, sowie die Couponzahlung für Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile von 228 Mio € nach Steuern.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die Berechnung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, unserer risikogewichteten Aktiva und unserer Kapitalquoten auf Basis der Eigenkapitalanforderungen erfolgt gemäß der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive 4 (CRD 4), die am 27. Juni 2013 veröffentlicht wurde, einschließlich der darin enthaltenen Übergangsregelungen. Das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Kapitalquoten, die in diesem Bericht dargestellt sind, berücksichtigen die Entscheidung (EU) (2015/4) der Europäischen Zentralbank (EZB) vom 4. Februar 2015 über die Anrechnung von Jahresend- oder Zwischengewinnen im Harten Kernkapital. Für die Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln verwenden wir die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen Rahmenwerks verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“.

Das Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 betrug 62,2 Mrd € zum Ende des zweiten Quartals 2015 und war damit 1,7 Mrd € niedriger als am Jahresende 2014. Die CRR/CRD 4-Kernkapitalquote belief sich zum 30. Juni 2015 auf 14,9 % und lag damit unter den 16,1 % zum Jahresende 2014. Das CRR/CRD 4-Harte Kernkapital (CET 1) verringerte sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 um 1,0 Mrd € auf 59,1 Mrd €. Die CRR/CRD 4 Harte Kernkapitalquote betrug zum Ende des Berichtsquartals 14,2 %, verglichen mit 15,2 % zum Jahresende 2014. Das Zusätzliche Kernkapital (AT1) gemäß CRR/CRD 4 verringerte sich um 0,7 Mrd € auf 3,1 Mrd €.

Der Rückgang im Harten Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 in den ersten sechs Monaten 2015 resultierte aus dem Anstieg in unseren Instrumenten und Rücklagen des Harten Kernkapitals in Höhe von 2,4 Mrd €, die durch höhere aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals in Höhe von 3,4 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2014 mehr als ausgeglichen wurden. Beide Entwicklungen gehen im Wesentlichen auf Währungsumrechnungseffekte zurück. Die Anpassungen betreffen überwiegend Kapitalabzüge vom Harten Kernkapital, im Wesentlichen immaterielle Vermögenswerte und latente Steueransprüche, die in 2015 mit einem ‚Phase-in‘-Satz von 40 % (20 % in 2014) zu berücksichtigen sind. Das den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbare Ergebnis nach Steuern der ersten Jahreshälfte 2015 in Höhe von 1,3 Mrd € wurde durch die Dividendenabgrenzung größtenteils kompensiert, da gemäß der oben erwähnten EZB-Entscheidung eine Ausschüttungsquote in Höhe von 89 % zur Anwendung kommt und somit ein Restbetrag in Höhe von 136 Mio € im Harten Kernkapital Berücksichtigung findet.

Der Rückgang in unseren Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals gemäß CRR/CRD 4 in Höhe von 2,9 Mrd € in den ersten sechs Monaten 2015 im Vergleich zum 31. Dezember 2014 war im Wesentlichen auf unsere Kündigungen von ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumenten zurückzuführen. Ein ausgleichender Effekt ergab sich aus bestimmten Abzügen (hauptsächlich immaterielle Vermögenswerte), die schrittweise abnehmend vom Zusätzlichen Kernkapital abgesetzt werden. Diese Abzüge stellen den Restbetrag von bestimmten Kapitalabzügen des Harten Kernkapitals (das heißt 60 % in 2015 verglichen mit 80 % in 2014) dar, die bei Anwendung der CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung vom Harten Kernkapital abgezogen werden, während der Übergangszeit jedoch vom Zusätzlichen Kernkapital abgezogen werden dürfen. Dieser Effekt führte in den ersten sechs Monaten 2015 zu niedrigeren aufsichtsrechtlichen Anpassungen des Zusätzlichen Kernkapitals in Höhe von 2,2 Mrd €.

Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen 417 Mrd € zum 30. Juni 2015 im Vergleich zu 397 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg um 20 Mrd € beruht größtenteils auf Fremdwährungsschwankungen in Höhe von 13 Mrd € und risikogewichteten Aktiva aus dem operationellen Risiko in Höhe von 13 Mrd €, die durch die Berücksichtigung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie durch die Erhöhung des operationellen Verlustprofils der kompletten Branche entstehen. Der Anstieg wurde teilweise durch geringere Risikovolumen und Bemühungen zur Risikoreduzierung bei den risikogewichteten Aktiva im Marktrisiko und CVA ausgeglichen.

Unser CRR/CRD 4-Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 51,9 Mrd € zum 30. Juni 2015 und war damit 1,2 Mrd € höher als zum Jahresende 2014. Die CRR/CRD Kernkapitalquote (Vollumsetzung) belief sich zum 30. Juni 2015 auf 12,5 % und lag damit unter den 12,9 % zum 31. Dezember 2014. Unser CRR/CRD 4 Hartes Kernkapital in der Vollumsetzung erhöhte sich in den ersten sechs Monaten 2015 um 1,3 Mrd € auf 47,4 Mrd €. Die Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung belief sich zum 30. Juni 2015 auf 11,4 % und lag damit unter den 11,7 % zum 31. Dezember 2014.

Der Anstieg des Harten Kernkapitals gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung in den ersten sechs Monaten 2015 basierte im Wesentlichen auf Währungsumrechnungseffekten in Höhe von 1,4 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2014. Der positive Effekt aus dem Harten Kernkapital wurde in seiner Auswirkung auf die Quote allerdings mehr als ausgeglichen durch den Anstieg der RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung betragen 416 Mrd € zum 30. Juni 2015 im Vergleich zu 394 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg resultiert aus den gleichen Veränderungen wie zuvor für die risiko-gewichteten Aktiva unter Anwendung der Übergangsbestimmungen beschrieben. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung waren um 0,8 Mrd € geringer als die RWA unter Anwendung der Übergangsbestimmungen. Der Unterschied kommt durch niedrigere risiko-gewichtete Aktiva aus unseren latenten Steueransprüchen, die aus temporären Differenzen resultieren, und unseren signifikanten Beteiligungen in Instrumente des harten Kernkapital von Unternehmen der Finanzbranche, welche beide in die Schwellenwert-Ausnahmeregelung gemäß Artikel 48 CRR einbezogen werden, zustande.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

Zum 30. Juni 2015 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 6,4 Mrd € (31. Dezember 2014: 7,4 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug 6,3 Mrd € per 30. Juni 2015 (31. Dezember 2014: 7,4 Mrd €). Diese Vermögenswerte werden vom Unternehmensbereich NCOU gehalten.

Für zusätzliche Informationen bezüglich dieser Vermögenswerte und zu den Auswirkungen ihrer Umwidmung wird auf die Anhangangabe „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ verwiesen.

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern

Die nachfolgenden Tabellen beinhalten einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung erworbener Monolineabsicherungen.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite

in Mio €	30.6.2015				31.12.2014			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹
AA Monolines: ²								
Sonstige Subprime	97	24	-5	19	95	30	-7	23
Alt-A	1.429	441	-69	372	1.405	423	-61	361
AA Monolines insgesamt³	1.527	465	-74	391	1.500	452	-68	384

¹ Für erworbene Monolineabsicherungen mit gehandelten Credit Default Swaps (CDS) werden die Bewertungsanpassungen anhand eines vollständig auf CDS basierenden Modellansatzes ermittelt. Im Gegensatz dazu werden für erworbene illiquide Monolineabsicherungen die Bewertungsanpassungen anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt einschließlich marktbedingter Ausfallwahrscheinlichkeiten, potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.

² Die Zuordnung zu den Bonitätsklassen basiert jeweils auf den niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Bonitätseinstufung.

³ Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert. Die Veränderung im Nominalwert wird ohne Umrechnungskursveränderungen in der Periode gezeigt.

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolineversicherern

in Mio €	30.6.2015				31.12.2014			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹
AA Monolines: ²								
TPS-CLO	1.368	321	-61	261	1.269	254	-43	210
CMBS	638	-1	0	-1	712	-2	0	-2
Studentenkredite	352	49	-10	39	322	44	-9	35
Sonstige	842	96	-26	70	506	72	-14	59
AA Monolines insgesamt	3.199	465	-97	368	2.810	368	-66	302
Nicht-Investment-Grade Monolines: ²								
TPS-CLO	48	6	-3	3	329	77	-16	61
CMBS	1.547	-2	0	-2	1.476	-2	0	-2
Corporate Single-Name/Corporate CDO	29	5	-1	4	28	5	0	5
Studentenkredite	734	69	-9	60	679	66	-9	57
Sonstige	508	100	-30	70	774	136	-50	86
Nicht-Investment-Grade Monolines insgesamt	2.866	179	-43	136	3.285	282	-75	207
Insgesamt^{3,4}	6.066	644	-140	504	6.095	650	-141	509

¹ Für erworbene Monolineabsicherungen mit gehandelten Credit Default Swaps (CDS) werden die Bewertungsanpassungen anhand eines vollständig auf CDS basierenden Modellansatzes ermittelt. Im Gegensatz dazu werden für erworbene illiquide Monolineabsicherungen die Bewertungsanpassungen anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt einschließlich marktbedingter Ausfallwahrscheinlichkeiten, potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.

² Die Zuordnung zu den Bonitätsklassen basiert jeweils auf den niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Bonitätseinstufung.

³ Ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“ von 22 Mio € zum 30. Juni 2015 (31. Dezember 2014: 22 Mio €) ist nicht enthalten. Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

⁴ Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert. Die Veränderung im Nominalwert wird ohne Umrechnungskursveränderungen in der Periode gezeigt.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen zu einigen Unternehmen, an denen wir bedeutenden Anteilsbesitz halten. Zudem haben wir Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Unternehmen, bei denen Mitglieder unseres Vorstands Mandate in Aufsichtsräten oder Non-Executive Boards wahrnehmen. Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehungen zu diesen Unternehmen erbringen wir diverse Finanzdienstleistungen, die wir üblicherweise unseren Kunden anbieten. Weitere Informationen sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Vorstand und Aufsichtsrat

Seit 1. Januar 2015 ist Christian Sewing Mitglied unseres Vorstands. Zunächst war er verantwortlich für die Bereiche Legal, Interne Revision und Incident Management Group und wurde zum 22. Mai 2015 auch zuständig für den Geschäftsbereich Privat & Business Clients, den Rainer Neske zu diesem Termin an ihn übergab.

Marcus Schenck wurde nach Abschluss der Hauptversammlung am 21. Mai 2015 Mitglied unseres Vorstands und wurde unser Chief Financial Officer. Stefan Krause übernahm die Verantwortung für den Geschäftsbereich Global Transaction Banking von Anshuman Jain und für die Non-Core Operations Unit von Jürgen Fitschen; er ist außerdem für die Dekonsolidierung der Postbank zuständig. Anshuman Jain wurde die Verantwortung für den Bereich Strategy and Organisational Development, der bis dahin von Stefan Krause verantwortet wurde, übertragen. Die beiden Co-Vorstandsvorsitzenden wurden auch administrativ zuständig für die Interne Revision. Unser Chief Operating Officer, Henry Ritchotte, übernahm zusätzlich die neue Rolle des Chief Digital Officer.

Zum 30. Juni 2015 verließen Anshuman Jain und Rainer Neske unseren Vorstand.

Zum 1. Juli verließ John Cryan unseren Aufsichtsrat und wurde zum Mitglied unseres Vorstands sowie zunächst zum Co-Vorstandsvorsitzenden zusammen mit Jürgen Fitschen ernannt. Er übernahm außerdem die Zuständigkeit für die Geschäftsbereiche Corporate Banking & Securities und Deutsche Asset & Wealth Management, für den Bereich Strategy and Organisational Development sowie für Legal und Incident Management Group. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, John Cryan mit dem Ausscheiden von Jürgen Fitschen aus dem Vorstand zum Ablauf der Hauptversammlung 2016 zum alleinigen Vorstandsvorsitzenden zu bestellen.

Wesentliche Transaktionen

Um die 95 %-Schwelle für den Squeeze-out der Postbank-Minderheitsaktionäre zu erreichen, hat die Deutsche Bank am 22. April 2015 einen Vertrag zum Erwerb zusätzlicher 5,9 Millionen (2,7 %) Postbank-Aktien unterzeichnet. Damit steigt der Anteil des Konzerns an der Postbank von 94,1 % auf 96,8 %. Die Transaktion führte zu einem Verlust vor Steuern von rund 92 Mio €, der in C&A im zweiten Quartal 2015 erfasst wurde.

Am 7. Juli 2015 hat die Deutsche Bank ihr Squeeze-out-Verlangen der Postbank gegenüber konkretisiert, einschließlich der Höhe der Barabfindung, die auf 35,05 € je Postbank-Aktie festgelegt wurde. Der Squeeze-out wird zu einem Verlust vor Steuern von rund 69 Mio € führen, der im dritten Quartal 2015 erfasst werden wird.

Weitere Informationen sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf unsere Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage hatten.

Ausblick

Der folgende Abschnitt sollte in Verbindung mit dem Ausblick im Lagebericht des Finanzberichts für das Jahr 2014 und des Zwischenberichts des ersten Quartals 2015 gelesen werden.

Die Weltwirtschaft

Nach der relativ schwachen Entwicklung in den vergangenen drei Jahren dürfte das Wachstum der Weltwirtschaft im Jahresdurchschnitt 2015 mit etwas über 3 % anhaltend moderat bleiben. Zurück geht dies teilweise auf negative Einmaleffekte am Jahresanfang. Für das Jahr 2016 rechnen wir mit einer Wachstumsbeschleunigung auf fast 4 % und mittelfristig dürfte das globale Wachstum bei soliden 3,5 % bis 4 % liegen. Die Wirtschaft in der Eurozone dürfte ihren Erholungspfad in den kommenden Jahren fortsetzen. Die extrem expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) dürfte die Konjunktur weiter stützen und wir rechnen mit einer ersten Leitzinsanhebung erst im Jahr 2017. Die US-Wirtschaft dürfte dank des erstarkten Arbeits- und Häusermarktes sowie einer nur graduellen Normalisierung der Geldpolitik durch die Federal Reserve in den kommenden Jahren ebenfalls solide expandieren. Die japanische Wirtschaft sollte einem stabilen Wachstumspfad folgen, wobei die japanische Zentralbank erst im Jahr 2019 den Leitzins erhöhen dürfte. Das Wachstum in den Schwellenländern dürfte von einer stärkeren Nachfrage der Industrieländer profitieren. Die Wachstumsabschwächung in China auf mittelfristig etwa 6,5 % dürfte zwar die Weltwirtschaft dämpfen, dies sollte jedoch teilweise durch das stärkere Wachstum Indiens ausgeglichen werden.

Im Jahr 2015 dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft leicht auf 3,2 % verlangsamen und damit unter der Trendwachstumsrate bleiben. Die globale Inflationsrate dürfte sich durch die vor allem zu Jahresbeginn schwache Entwicklung der Rohstoffpreise und weiter unterausgelastete Kapazitäten auf 3,3 % abschwächen.

Für die Industrieländer rechnen wir mit einer leichten Wachstumsbeschleunigung auf 1,9 % und einem gedämpften Anstieg der Verbraucherpreise um 0,5 %. Dagegen erwarten wir eine Wachstumsabschwächung in den Schwellenländern auf 4,2 %. Die Inflationsrate dürfte bei 5,5 % liegen.

Das BIP der Eurozone dürfte sich, unterstützt von der extrem expansiv ausgerichteten Geldpolitik der EZB und niedriger Ölpreise, im Jahr 2015 um 1,4 % erhöhen. Dämpfend wirken die anhaltenden geopolitischen Risiken sowie die Notwendigkeit des Abbaus der Verschuldung im privaten und öffentlichen Sektor. Die insgesamt moderate Konjunkturerholung dürfte nur für eine langsame Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt sorgen. Wir erwarten, dass die Arbeitslosenquote auf knapp unter 11 % im Jahresdurchschnitt 2015 fällt. Die schwache Entwicklung der Rohstoffpreise und die unterausgelasteten Kapazitäten dürften den Anstieg der Verbraucherpreise im Jahr 2015 auf 0,3 % begrenzen. Die Konjunktur der Eurozone wird durch die anhaltend expansiv ausgerichtete Geldpolitik der EZB kräftig unterstützt, die im März 2015 im Rahmen ihrer unkonventionellen Maßnahmen mit dem erweiterten Kauf von Vermögenswerten von monatlich 60 Mrd € begonnen hat. Die politische Unsicherheit dürfte durch die anhaltend schwierige Lage in Griechenland sowie die anstehenden Wahlen in Portugal und Spanien, wo eurokritische Parteien Stimmengewinne erzielen könnten, im Verlauf des Jahres relativ hoch bleiben. Die deutsche Wirtschaft dürfte im Jahr 2015, vornehmlich binnenwirtschaftlich getrieben, um 1,6 % und damit erneut stärker als die Eurozone insgesamt wachsen.

Für die USA erwarten wir im Jahr 2015 ein Wachstum von 2,3 %. Nach dem hauptsächlich durch Sonderfaktoren wie den Wettereffekt und den Hafestreik bedingten BIP-Rückgang im ersten Quartal 2015 dürfte die US-Wirtschaft im weiteren Jahresverlauf relativ kräftig expandieren. Die fortgesetzte Belebung des Arbeitsmarktes und des Wohnungsbaus sorgen wahrscheinlich für ein kräftigeres Wirtschaftswachstum. Gesunkene Energiekosten dürften dem privaten Konsum einen Schub geben. Die Verbraucherpreise steigen im Jahr 2015 infolge schwacher Rohstoffpreise und eines nur moderaten Lohndrucks wahrscheinlich um 0,4 %. Die Geldpolitik der Federal Reserve dürfte die US-Konjunktur weiter unterstützen. Wir rechnen mit einer ersten Erhöhung des Leitzinses im September 2015 und mit einem Leitzins von 0,6 % zum Jahresende 2015.

Die japanische Wirtschaft dürfte im Jahr 2015 um 1,1 % wachsen. Die Fiskalpolitik und die weiter extrem expansiv ausgerichtete Geldpolitik dürften Wachstumsimpulse liefern. Zudem dürfte die zunehmende Verknappung auf dem Arbeitsmarkt für Lohndruck sorgen und den privaten Konsum unterstützen. Die Inflation dürfte nach dem Auslaufen des Effekts der Mehrwertsteuererhöhung und schwacher Rohstoffpreise im Jahr 2015 auf 0,9 % fallen.

Wir erwarten, dass sich das Wachstum in den Schwellenländern im Jahr 2015 abschwächen dürfte. Das Wachstum in Asien (ohne Japan) dürfte sich leicht auf 6,3 % abschwächen und die Inflation bei 2,6 % liegen. Chinas Wirtschaft dürfte im Jahr 2015 zum Großteil durch die Abkühlung am Immobilienmarkt und schwache ausländische Nachfrage nur noch um 7,0 % zulegen und eine Inflationsrate von 1,6 % erreichen. Die Geld- und Fiskalpolitik dürfte noch expansiver ausgerichtet werden, um die Wirtschaft zu stützen. In Indien dürfte sich das Wachstum im Jahr 2015 auf 7,5 % beschleunigen und die Verbraucherpreise um 5,3 % steigen.

In den Schwellenländern Osteuropas, des Nahen Ostens und Afrikas dürfte sich das Wachstum auf 1,2 % im Jahr 2015 verlangsamen und die Verbraucherpreise um 8,6 % steigen. Der schwache Ölpreis belastet das Wirtschaftswachstum in den Ölförderländern, was sich insbesondere in der russischen Wirtschaft bemerkbar machen dürfte. Wir gehen davon aus, dass die russische Wirtschaft in die Rezession rutschen wird und dadurch um 3,2 % schrumpft. Dämpfend wirken zudem die verhängten Sanktionen infolge der Ukraine-Krise. Die Inflation dürfte in Russland bei 15,2 % liegen, was den Spielraum der Zentralbank stark einschränken dürfte.

In Lateinamerika dürfte sich das Wachstum im Jahr 2015 auf 0,0 % abkühlen, weil Angebotsbeschränkungen und schwache Rohstoffpreise dämpfen. Die Verbraucherpreise dürften um 13,0 % steigen. Die brasilianische Wirtschaft dürfte im Jahr 2015 um 1,7 % schrumpfen und die Verbraucherpreise um 8,6 % steigen.

Risiken für unsere Prognosen liegen unter anderem in den USA, wo der anstehende Kurswechsel der US-Geldpolitik zu einem deutlich stärker als von uns unterstellten Zinsanstieg am Rentenmarkt führen könnte. Dies hätte negative Folgen für andere Assetklassen und könnte insbesondere in den Schwellenländern zu Kapitalabflüssen führen. Andererseits könnte die US-\$-Aufwertung den US-Außenhandel stärker als erwartet belasten. In Europa könnten eine aufflammende Diskussion über den weiteren Kurs der Geldpolitik und die Zukunft der Eurozone, eine ausbleibende fiskalische Konsolidierung und eine Verzögerung bei der Implementierung von Strukturreformen sowie eine gestiegene Zustimmung für eurokritische Parteien erhebliches Störpotential für unsere Prognosen entfalten. Risiken für unseren Ausblick auf die Entwicklung in den Schwellenländern bestehen vor allem durch eine schwächer als erwartete Nachfrage aus den Industrieländern, eine Verschärfung geopolitischer Risiken sowie eine harte Landung Chinas.

Die Bankenbranche

In den nächsten zwölf Monaten ist eine weitere Verbesserung der Geschäftsentwicklung bei den europäischen Banken zu erwarten. Das Kreditgeschäft mit Unternehmen dürfte nach langer Zeit wieder leicht expandieren, ebenso die Kreditvergabe an private Haushalte. Ein weiterer, allerdings nicht mehr so kräftiger Rückgang der Kreditrisikovorsorge ist dank der konjunkturellen Belebung wahrscheinlich. Die Einlagenvolumina werden vermutlich ebenfalls weiter moderat ansteigen.

In den USA ist bis Sommer nächsten Jahres von einer anhaltenden Ausweitung der Bilanzsummen auszugehen, ebenso wie von leicht steigenden Risikokosten und einer Stabilisierung der Zinsmarge aufgrund der bis dahin voraussichtlich eingeleiteten Geldpolitik der Federal Reserve.

Im globalen Investmentbanking sind die Aussichten für die Banken grundsätzlich gut, wobei zunehmender Margendruck eine positive Volumenentwicklung teilweise kompensieren könnte. Die Perspektiven im M&A-Geschäft und auch bei Eigenkapitalemissionen bleiben nicht zuletzt aufgrund sich abzeichnender weiterer regulatorischer Verschärfungen vielversprechender als im Fremdkapital-, Devisen- und Rohstoff-Bereich.

In der weltweiten Vermögensverwaltung werden die Banken voraussichtlich ebenfalls von einem generell freundlichen Umfeld an den globalen Kapitalmärkten profitieren, vorausgesetzt die Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) für Griechenland verlaufen erfolgreich, wodurch Risiken für politisch-ökonomische Turbulenzen in Europa begrenzt würden.

Mit Blick auf Themen der Finanzmarkt-Regulierung und -Aufsicht könnten in den nächsten zwölf Monaten einerseits die globalen Debatten um weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung von Banken und ihrer Abwickelbarkeit im Krisenfall im Fokus stehen (höhere Risikogewichte für Handelsbuchpositionen, Vereinheitlichung von Risikobewertungen, „Total Loss Absorbing Capacity“ (TLAC)), andererseits speziell in Europa verschiedene bereits länger diskutierte Vorhaben wie die sogenannte Bankenstrukturreform oder die Finanztransaktionssteuer. Der konkreten Ausgestaltung des Großprojekts Kapitalmarktunion wird erhebliche Bedeutung zukommen. Fest steht in jedem Fall, dass in der Bankenunion mit dem Jahr 2016 der einheitliche Abwicklungsmechanismus mitsamt Abwicklungsbehörde und Abwicklungsfonds voll zu greifen beginnt (Letzterer muss dann allerdings noch schrittweise aufgebaut werden). Ob die Belastungen der Bankenbranche aus Rechtsstreitigkeiten nachhaltig rückläufig sein werden, ist hingegen nicht vorhersehbar.

Der Deutsche Bank-Konzern

Im April 2015 haben wir mit der „Strategie 2020“ die nächste Phase unserer Strategie angekündigt. Seit dieser Bekanntgabe gab es zahlreiche Veränderungen im Vorstand einschließlich der Ernennung eines neuen Co-Vorstandsvorsitzenden. Ungeachtet der Veränderungen bekennt sich der Vorstand weiterhin uneingeschränkt zur Strategie 2020 und den damit verbundenen sechs grundlegenden Entscheidungen.

Unsere Strategie 2020 wird durch folgende grundlegende Entscheidungen gestützt:

- Wir wollen Corporate Banking & Securities (CB&S) neu positionieren, um einen nachhaltigeren kundenorientierten Bereich aufzubauen. Wir planen, unser Leverage Exposure gemäß CRR/CRD 4 in CB&S um rund 200 Mrd € (brutto) durch eine Fokussierung unseres Geschäftsmodells zu reduzieren, und 50 - 70 Mrd € in kundengetriebenes Geschäft zu reinvestieren. Wir sind der Ansicht, dass wir die Verschuldung erheblich reduzieren können, ohne unsere Investmentbank wesentlich zu beeinträchtigen.
- Wir beabsichtigen, unser Privatkundengeschäft neu auszurichten und zu einer führenden, stark digitalisierten Beratungsbank für Privat- und Firmenkunden zu entwickeln. Außerdem planen wir, die Postbank durch einen erneuten Börsengang zu entkonsolidieren. Gleichzeitig bekennen wir uns weiterhin zu unserem Privat- und Firmenkundengeschäft, dessen Effizienz und Dienstleistungsqualität wir verbessern wollen. Wir planen, in den nächsten fünf Jahren weitere 400 - 500 Mio € in die Digitalisierung zu investieren und bis zum Jahr 2017 bis zu 200 Filialen zu schließen.
- Wir wollen die Digitalisierung all unserer Geschäftsbereiche und unserer operativen Plattform weiter vorantreiben, um neue Erträge zu generieren, die Effizienz unserer Plattform zu steigern und neue Angebote für unsere Kunden zu entwickeln. Wir beabsichtigen, bis zum Jahr 2020 insgesamt bis zu 1 Mrd € zu investieren, um dieses Ziel zu erreichen.

- Wir planen, in beschleunigtes Wachstum von Global Transaction Banking (GTB) und Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) zu investieren. Dazu beabsichtigen wir, bis zum Jahr 2020 mehr als 1,5 Mrd € in diese Unternehmensbereiche zu investieren.
- Wir wollen unsere geografische Präsenz optimieren, indem wir unser Ländernetzwerk fokussieren und in die Standorte investieren, die für unsere Kunden besonders wichtig sind.
- Wir wollen unser Geschäftsmodell durch eine Reduzierung der Komplexität, Stärkung der Kontrollen und Steigerung der Effizienz weiterentwickeln. Unser Ziel ist es, bei Umsetzungskosten von insgesamt rund 3,7 Mrd € jährlich zusätzliche Kosteneinsparungen von rund 3,5 Mrd € zu erreichen.

Auf Grundlage dieser Entscheidungen haben wir die folgenden mittelfristigen Finanzziele festgelegt:

- Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) von mindestens 5 %,
- Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) von rund 11 %,
- Eigenkapitalrendite nach Steuern von mehr als 10 %, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital,
- Organische Bruttokostensenkungen von rund 3,5 Mrd € und eine Aufwand-Ertrag-Relation von rund 65 %,
- Das Bestreben, eine Ausschüttungsquote von mindestens 50 % durch Dividenden und Aktienrückkäufe zu erreichen.

Die Gespräche über die weitere Ausarbeitung der Strategie 2020 und die Umsetzung der Entscheidungen dauern noch an. Nähere Informationen zum Implementierungsplan werden bis Ende Oktober 2015 vorgestellt. Da wir die aus der Strategie 2020 resultierenden detaillierten Implementierungspläne noch nicht finalisiert haben, sind die Auswirkungen dieser Entscheidungen noch nicht in unseren finanziellen Ergebnissen reflektiert. Diese Pläne und Einzelheiten der Umsetzung könnten negative Auswirkungen auf unsere finanziellen Ergebnisse in den Jahren 2015 und 2016 haben.

Die Umsetzung der Ziele unserer Strategie 2020 und die Realisierung ihres erwarteten Nutzens können durch zahlreiche interne und externen Faktoren wie Markt-, wirtschaftliche und politische Unsicherheiten beeinträchtigt oder behindert werden. Wirtschaftliche Unsicherheiten wie ein erneutes Auftreten extremer Turbulenzen an den Märkten, eine Verschlechterung der globalen, regionalen und nationalen Wirtschaftslage, ein anhaltendes Niedrigzinsumfeld, ein verstärkter Wettbewerb am Markt und politische Instabilität, besonders in Europa, können sich auf unsere Fähigkeit zur Erreichung dieser Ziele auswirken. Aufsichtsrechtliche Veränderungen könnten ebenfalls negative Auswirkungen auf unsere strategischen Ziele haben. Insbesondere könnten Aufsichtsbehörden Änderungen unseres Geschäftsmodells oder unserer Organisationsstruktur verlangen, die möglicherweise unsere Profitabilität senken. Außerdem unterliegen wir zahlreichen Rechts-, Schlichtungs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren sowie Untersuchungen in Deutschland und im Ausland, insbesondere in den USA, deren Ausgang äußerst unsicher ist. Obwohl wir eine Reihe wichtiger Rechtsfälle beigelegt und bei anderen Fortschritte erzielt haben, erwarten wir in dieser Hinsicht ein weiterhin herausforderndes Umfeld. Sollten Rechtsstreitigkeiten und regulatorische Angelegenheiten im selben Maße wie in den vergangenen Jahren anhalten, können wir die Ziele unserer Strategie 2020 möglicherweise nicht erreichen.

Falls wir unsere strategischen Initiativen nicht oder nur teilweise implementieren können, diese nicht den erwarteten Nutzen bringen oder die Umsetzungskosten die erwarteten 3,7 Mrd € überschreiten, können wir unsere finanziellen Ziele unter Umständen nicht erreichen oder einen Verlust erleiden. Des Weiteren könnte auch unsere Profitabilität sinken oder sich unsere Kapitalbasis verringern und unser Aktienkurs könnte wesentlich und nachteilig beeinflusst werden.

Die Segmente

Nach einem starken Start in das Jahr im ersten Quartal 2015 verzeichneten **Corporate Banking & Securities (CB&S)** und die gesamte Investmentbankingbranche im zweiten Quartal 2015 einen Rückgang der Marktvolamina, der auf eine geringere Volatilität, Marktunsicherheiten und übliche saisonale Schwankungen zurückzuführen war. Für das nächste Jahr rechnen wir damit, dass die Erträge in der Investmentbankingbranche aufgrund des günstigeren makroökonomischen Ausblicks und der erhöhten Volatilität moderat steigen. Wir werden jedoch weiterhin vor Herausforderungen stehen einschließlich der anhaltend hohen regulatorischen Anforderungen, des fortgesetzten Drucks auf Ressourcen und der potenziellen Auswirkungen geopolitischer Ereignisse. Im Bereich Sales & Trading rechnen wir im Jahr 2015 mit einem leichten Anstieg der Erträge im weltweiten Fixed Income-Geschäft gegenüber dem Jahr 2014, der durch eine gestiegene Volatilität und Kundenaktivität infolge der zunehmenden Unterschiede in der Geldpolitik unterstützt wird. Die Erträge in Sales & Trading (Equity) dürften im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der stärkeren Volatilität und der höheren Preise von Vermögenswerten ebenfalls leicht zunehmen. In Corporate Finance erwarten wir für das Jahr 2015 ein Provisionsaufkommen, das leicht über dem Niveau des Vorjahres liegen wird. Wie im April 2015 bekannt gegeben, werden wir das Leverage Exposure von CB&S um brutto rund 200 Mrd € und netto rund 130 - 150 Mrd € reduzieren. Dies wollen wir durch die Veräußerung von Vermögenswerten mit niedriger Rendite (hauptsächlich langfristigen Derivatepositionen), die Fokussierung des Kundenkreises und Produktangebots sowie einen Abbau von Derivaten erreichen. Wir wollen unsere risikogewichteten Aktiva in einer disziplinierten Art und Weise aktiv verwalten. Wir werden in Abhängigkeit von den Marktbedingungen und den erzielbaren Renditen weitere Reinvestitionen vornehmen.

Im Rahmen der neuen Strategie 2020 plant der Unternehmensbereich **Private & Business Clients (PBC)** sein Geschäftsmodell neu auszurichten. Mit der geplanten Entkonsolidierung der Postbank werden wir uns auf das Beratungsgeschäft refokussieren und unsere Verschuldungsquote weiter verringern. Darüber hinaus beabsichtigen wir, unser Vertriebsmodell dem veränderten Kundenverhalten anzupassen, indem wir die Kapazität unseres Omnikanal-Modells durch zusätzliche Investitionen in digitale Lösungen erhöhen und bis zu 200 Filialen in Deutschland bis 2017 schließen. Zudem wollen wir weiterhin in die Verbesserung unserer Effizienz und Servicequalität investieren und die Kosten für unsere Infrastruktur und die zugrundeliegenden Geschäftsprozesse optimieren. Diese Transformation wird es uns ermöglichen, PBC als eine führende, beratungsorientierte, digitale Bank für Privat- und Geschäftskunden zu positionieren. Die Umsetzung der damit verbundenen Maßnahmen wird voraussichtlich bereits in diesem Jahr beginnen und könnte damit unser Ergebnis im Jahr 2015 negativ beeinflussen. Unser weiteres Ziel ist es, die Produktivität unserer Bilanz durch einen Fokus auf Anlage- und Versicherungsprodukte zu steigern. Im Kreditgeschäft streben wir des Weiteren nach einer ausgewogenen Entwicklung unter Beibehaltung der strengen Risikodisziplin und bei gezielter Optimierung unseres Kapitaleinsatzes an. Trotz dieser geschäftlichen Chancen könnten das gesamtwirtschaftliche Umfeld, das niedrige Zinsniveau sowie steigende aufsichtsrechtliche Anforderungen unsere Ergebnisentwicklung auch künftig negativ beeinflussen.

Auch im Jahr 2015 dürften das anhaltende Niedrigzinsumfeld mit negativen Zinssätzen in Kernmärkten, ein äußerst starker Wettbewerb sowie Herausforderungen aufgrund geopolitischer Ereignisse für Abwärtsdruck im Geschäft von **Global Transaction Banking (GTB)** sorgen. Wir erwarten jedoch, dass der Volumenzuwachs in Securities Services, Institutional Cash, Cash Management Corporates und bestimmten Trade Finance-Bereichen anhalten wird. Außerdem dürfte sich das Zinsumfeld gegen Ende des Jahres an bestimmten Märkten leicht erholen, was zur Lösung dieser Herausforderungen beitragen dürfte. Wir legen weiterhin den Fokus auf den Aufbau und die Vertiefung von Kundenbeziehungen. Dies wird durch unsere umfassende Palette an hochwertigen und innovativen Produkten sowie Dienstleistungen unterstützt. Wir glauben, dass wir dadurch gut aufgestellt sind, um in dem herausfordernden Umfeld erfolgreich zu bestehen und das Geschäft von GTB weiter auszubauen.

Für **Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM)** erwarten wir, dass sich die anhaltende Erholung der Weltwirtschaft in 2015 positiv auf die Vermögensverwaltungsbranche und besonders auf große lösungsorientierte Anbieter wie Deutsche AWM auswirken wird. Bestimmte makroökonomische Entwicklungen wie die griechische Schuldenkrise, die Volatilität in Schwellenländern und das sich verändernde regulatorische Umfeld sorgen allerdings für Unsicherheit. Weiter steigende Kosten in der Vermögensverwaltung stehen im Besonderen dem Wachstum bei alternativen und passiven Anlagen sowie Altersvorsorgeprodukten entgegen. Außerdem könnten ein Rückgang der Transaktionsaktivitäten, geringere erfolgsabhängige Provisionen und das Niedrigzinsumfeld, das sich auf die Margen im Einlagengeschäft auswirkt, einen Anstieg der Erträge und der Profitabilität dämpfen. Deutsche AWM erwartet jedoch, seinen Wachstumskurs wie geplant fortsetzen zu können. Die Gründe hierfür sind ein Ertragswachstum dank eines steigenden Marktanteils in wichtigen Kundensegmenten, die Bereitstellung innovativer Investmentlösungen sowie die Präsenz in Wachstumsmärkten. Wir werden unser diszipliniertes Kosten- und Ressourcenmanagement beibehalten. Des Weiteren erwarten wir eine fokussierte Umsetzung laufender Transformationsprojekte in Bezug auf unsere Betriebsplattform, einschließlich einer Verbesserung der Systeme für das Anlagemanagement, den Kundenservice und die Berichterstattung. Im Asset Management kombinieren wir unsere traditionellen Stärken im aktiven Anlagemanagement mit einem zunehmenden Fokus auf passive und börsennotierte Fonds, alternative Anlagen sowie Multi-Asset-Lösungen, damit wir sich ändernden Kundenanforderungen gerecht werden. Im Wealth Management bauen wir unsere Beziehungen mit sehr vermögenden Kunden in Schwellen- und Industrieländern mithilfe unseres globalen Betreuungsmodells und integrierten Leistungsangebots aus. Die engere Zusammenarbeit mit anderen Bereichen des Deutsche Bank-Konzerns bleibt ebenfalls eine Kernpriorität für Deutsche AWM. Dadurch können wir den Vertrieb unserer Produkte und Dienstleistungen erweitern sowie gemeinsame Initiativen nutzen, um unseren Kunden einen besseren Service zu bieten.

Die **Non-Core Operations Unit (NCOU)** plant weiterhin, sich auf den Abbau der Verschuldung, der risikogewichteten Aktiva und der Komplexität zu fokussieren. Die Herausforderungen im derzeitigen Marktumfeld kann die erfolgreiche Umsetzung unserer Strategie zum Risikoabbau beeinflussen. Solche Herausforderungen können zu Abweichungen im Zeitplan für den Risikoabbau führen und sich auf künftige Ergebnisse auswirken. Darüber hinaus fallen in der NCOU weiterhin Kosten für die Inanspruchnahme der Infrastruktur des Deutsche Bank-Konzerns an sowie Kosten aufgrund hochverzinslicher Verbindlichkeiten, die sich jedoch bei einer zukünftigen Entkonsolidierung der Postbank vermindern. Die Geschwindigkeit des Risikoabbaus hat sich verlangsamt, da das Portfoliovolumen gesunken ist. Neben den Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Strategie zum Risikoabbau in der NCOU rechnen wir mit einem weiterhin herausfordernden Umfeld für Rechtsstreitigkeiten und Durchsetzungen.

Risikobericht

Einführung

Rahmenwerk für das Risikomanagement

Vor dem Hintergrund unserer breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir handeln als integrierter Konzern durch unsere Konzern- und Geschäftsbereiche sowie die Infrastrukturfunktionen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen und Organisationsstrukturen sowie Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzern- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Weitere Informationen zu unserem Risiko- und Kapitalmanagement, das prinzipiell unverändert zum Jahresende 2014 ist, sind in unserem Finanzbericht 2014 enthalten.

Basel 3 und CRR/CRD 4

In der Europäischen Union wurde das neue Basel 3-Kapitalrahmenwerk durch die „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation, „CRR“), wie geändert, und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, „CRD 4“), wie geändert, eingeführt und am 27. Juni 2013 veröffentlicht. Das CRR/CRD 4-Rahmenwerk ersetzte die Gesetze zur Umsetzung der internationalen Eigenkapitalanforderungen entsprechend den Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, allgemein als Basel 2 und Basel 2.5 bezeichnet. Um ein einheitliches „Regelwerk“ für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen in der Europäischen Union zu schaffen, wurde die CRR unmittelbar zur Anwendung für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen gestaltet, was die Notwendigkeit von einzelstaatlichen Vorschriften in Bezug auf die von ihr erfassten Regelungsbereiche verminderte. Infolgedessen wurde das deutsche Kreditwesengesetz (KWG) geändert, um alle Bestimmungen zu entfernen, die durch die CRR ersetzt worden sind. Neue Bestimmungen für aufsichtsrechtliche Eigenmittelanforderungen, die aufsichtsrechtliche Bewertung des Ausfallrisikos und von Verbriefungen und viele weitere für die Deutsche Bank relevante Regelungen befinden sich nun in der CRR. Ergänzend erfolgte die Umsetzung der CRD 4 in deutsches Recht über Anpassungen im deutschen KWG und in der deutschen Solvabilitätsverordnung (SolvV) sowie in den begleitenden Verordnungen. Zusammen stellen diese Gesetze und Regulierungen das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk dar, welches in Deutschland unter anderem in Bezug auf das Kapital, die Verschuldung, die Liquidität und auch Veröffentlichungen anwendbar ist.

Das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk trat am 1. Januar 2014 unter Berücksichtigung verschiedener Übergangsregeln in Kraft. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des final angestrebten Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. Gleichzeitig bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken einschließlich Basel 2.5 eingeführt wurden, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesem Fall geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln Ende 2017 gemindert werden.

Die neuen Mindestkapitalquoten wurden schrittweise bis Anfang 2015 eingeführt. Der überwiegende Teil der aufsichtsrechtlichen Anpassungen (das heißt Kapitalabzüge und aufsichtsrechtliche Filter in Korrekturposten) tritt phasenweise bis 2018 in Kraft. Kapitalinstrumente, die nach den neuen Regelungen nicht qualifiziert sind, sind bis 2022 phasenweise nicht mehr zu berücksichtigen. Neue Anforderungen zu Kapitalpuffern werden

phasenweise bis 2019 eingeführt. Obwohl die aufsichtsrechtliche Berichterstattung bereits in 2014 begann, wurden bindende Mindestanforderungen für die kurzfristige Liquidität in 2015 wirksam und ein Standard für die langfristige Liquidität wird in 2018 erwartet. Die Einführung eines verpflichtenden Verschuldungsgrades wird für 2018 erwartet, während die Veröffentlichung der Kennziffer in 2015 beginnt.

Zum besseren Verständnis haben wir die Nomenklatur des CRR/CRD 4-Rahmenwerks bezüglich der Bestandteile des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals im gesamten Bericht angepasst.

Da hinsichtlich der CRR/CRD 4-Regelungen immer noch Interpretationsunsicherheiten bestehen und einige der darauf bezogenen verpflichtenden technischen Regulierungsstandards auch noch nicht final vorliegen, werden wir unsere Annahmen und Modelle kontinuierlich in dem Maße anpassen, wie unser sowie das Verständnis der Industrie und die Interpretation der Regeln sich entwickeln. Vor diesem Hintergrund können unsere CRR/CRD 4-Messgrößen von unseren früheren Erwartungen abweichen. Auch die Annahmen und Einschätzungen unserer Wettbewerber über die Einführung mögen sich verändern, so dass unsere CRR/CRD 4-Kennzahlen nicht mit ähnlich bezeichneten Messgrößen unserer Wettbewerber vergleichbar sind.

Konsolidierungsansatz

Die folgenden Abschnitte beziehen sich auf den Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den „International Financial Reporting Standards“ (IFRS). Daraus resultiert, dass die Berichterstattung grundsätzlich auf den IFRS-Regeln für Bewertungen und Konsolidierung beruht. Jedoch sind insbesondere im Rahmen von Säule 3 die aufsichtsrechtlichen Regeln zur Konsolidierung relevant, die von denen für den Konzernabschluss abweichen. Diese sind in unserem Finanzbericht 2014 genauer beschrieben. In den Fällen, in denen die aufsichtsrechtliche Abgrenzung für den Konzern angewandt wird, ist dies explizit genannt.

Zusammenfassende Risikobewertung

Zu den für uns wichtigen Risikokategorien gehören das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko (einschließlich Rechtsrisiko), das Geschäftsrisiko (einschließlich des steuerlichen und des strategischen Risikos), das Reputationsrisiko, das Liquiditätsrisiko, das Modellrisiko und das Compliance-Risiko (MaRisk, das heißt entsprechend den Mindestanforderungen an das Risikomanagement). Wir steuern die Identifikation und die Bewertung von Risiken sowie Maßnahmen zur Reduzierung der wichtigen und möglichen zukünftigen Risiken durch einen internen Governance-Prozess mithilfe von Risikomanagementtools und -prozessen. Unser Ansatz zur Identifizierung und Folgenabschätzung zielt darauf ab, Auswirkungen dieser Risiken auf unser finanzielles Ergebnis, unsere langfristigen strategischen Ziele und unsere Reputation zu reduzieren.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Analyse von Risiken und deren Zusammenhängen werden die Sensitivitäten der wichtigsten Portfoliorisiken durch eine induktive Risikobewertung sowie eine deduktive Analyse makroökonomischer und politischer Szenarien überprüft. Dieser duale Ansatz erlaubt es uns, nicht nur Risiken zu erfassen, die sich auf unsere Risikobestände und Geschäftsbereiche auswirken, sondern auch solche, die nur für bestimmte Portfolios relevant sind.

Die aktuellen portfolioweiten Risiken, welche wir beobachten, beinhalten die sich verschlechternde Situation in Griechenland inmitten der schwierigen Verhandlungen bezüglich einer Rettung, Kapitalkontrollen und den Rückfall der inländischen Wirtschaft in eine Rezession sowie die Ansteckungsgefahr für andere europäische Länder. Nach der Einigung sind weitere Verhandlungen für das dritte Programm im dritten Quartal notwendig und es bleibt ein erhöhtes Implementierungsrisiko bestehen. Zudem fokussieren wir uns auf Szenarien wie eine durch China angeführte Abschwächung des asiatischen Wachstums, eine Verschärfung der amerikanischen Geldpolitik und ihrer Auswirkung insbesondere auf Entwicklungsländer, das Risiko einer geopolitischen Krise (Erschütterung), die möglichen Folgen der anhaltenden Spannungen zwischen Russland und der Ukraine wie auch die Auswirkungen eines niedrigen Ölpreises auf Ölförderländer und -industrien. Diese Risiken haben wir kontinuierlich über die letzten Quartale beobachtet. Auf manchen Finanzmärkten konnten wir eine

starke Volatilität im zweiten Quartal beobachten und es verbleibt Potential für deutliche Korrekturen und/oder weiter anhaltende Volatilität insbesondere angesichts der aktuellen niedrigen Marktliquidität.

Die Bewertung der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken erfolgt durch Integration in unsere konzernweiten Stresstests, die unsere Absorptionsfähigkeit dieser Ereignisse für den Fall ihres Eintritts bewerten. Die Ergebnisse dieser Tests zeigten, dass wir derzeit ausreichend Kapital und Liquiditätsreserven vorhalten, um die Auswirkungen dieser Risiken zu absorbieren, falls sie in Übereinstimmung mit den Testparametern eintreten.

In den ersten sechs Monaten 2015 hielt der in 2014 beobachtete globale aufsichtsrechtliche Trend zu mehr Regulierung an, der sich aus unserer Sicht auch in den nächsten Jahren wahrscheinlich fortsetzen wird. Wir konzentrieren uns daher darauf, potenzielle aufsichtsrechtliche Änderungen zu identifizieren und deren mögliche Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell und unsere Prozesse zu bewerten.

Risikoprofil

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf, berechnet für das Kredit-, Markt-, operationelle und Geschäftsrisiko, für die angegebenen Stichtage. Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht.

Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf nach Risikoklasse

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2015	31.12.2014	Veränderung 2015 gegenüber 2014	
			in Mio €	in %
Kreditrisiko	12.510	12.885	- 375	- 3
Marktrisiko	18.062	14.852	3.210	22
Marktrisiko aus Handelspositionen	5.360	4.955	405	8
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	12.701	9.898	2.803	28
Operationelles Risiko	9.006	7.598	1.408	19
Geschäftsrisiko	2.480	3.084	- 604	- 20
Diversifikationseffekte über die Risikoarten ¹	- 7.249	- 6.554	- 695	11
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	34.808	31.866	2.942	9

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente)

Zum 30. Juni 2015 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 34,8 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 2,9 Mrd € oder 9 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 31,9 Mrd €.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Kreditrisiko reduzierte sich zum 30. Juni 2015 auf 12,5 Mrd €, 375 Mio € oder 3 % niedriger im Vergleich zum Jahresende 2014. Der Rückgang reflektiert hauptsächlich den geringeren Ökonomischen Kapitalbedarf für CB&S im Wesentlichen resultierend aus niedrigeren Risikopositionswerten für Derivate.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelspositionen erhöhte sich zum 30. Juni 2015 auf 5,4 Mrd € im Vergleich zu 5,0 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg resultiert aus einem höheren Kapitalbedarf für das handelsbezogene Ausfallrisiko. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen erhöhte sich um 2,8 Mrd € oder 28 %, hauptsächlich resultierend aus dem Anstieg von strukturellen Währungsrisiken aufgrund des gestiegenen US-Dollar Kurses, sowie aufgrund von Modellanpassungen für das Risiko aus aktienbasierten Vergütungen.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken betrug 9,0 Mrd € zum 30. Juni 2015, was einem Anstieg von 1,4 Mrd € oder 19 % gegenüber 7,6 Mrd € Ökonomischem Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2014 entspricht. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Erhöhung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie aus der Erhöhung des operationellen Verlustrisikoprofils der kompletten Branche.

Dies drückt sich in den Verlustdaten aus, welche zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten und weitgehend der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und regulatorischen Durchsetzungsmaßnahmen geschuldet ist.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko besteht aus einer strategischen Risikokomponente, die implizit auch Komponenten von Nicht-Standard-Risiken wie das Refinanzierungs- und das Reputationsrisiko beinhaltet, sowie einer Steuerrisikokomponente. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko reduzierte sich um 604 Mio € auf 2,5 Mrd € zum 30. Juni 2015. Der Rückgang reflektierte einen geringeren Ökonomischen Kapitalbedarf für die strategische Risikokomponente, der aus einem verbesserten Geschäftsausblick für 2015 resultierte.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs zwischen den einzelnen Risiken über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko hinweg stieg zum 30. Juni 2015 um 695 Mio € oder 11 %. Dieser Anstieg reflektiert hauptsächlich den erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf vor Diversifikation und eine Methodenanpassung beim Diversifikationsmodell im ersten Quartal 2015.

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert verschiedene Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch unsere nicht diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor risikoartenübergreifenden Effekten auf Konzernebene wider.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals und risikogewichteter Aktiva im Vergleich zu Erfolgskennzahlen

								30.6.2015
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	5.365	3.641	2.322	388	764	30	12.510	36
Marktrisiko	5.497	3.831	209	2.049	1.386	5.088	18.062	52
Operationelles Risiko	6.029	610	796	1.151	420	0	9.006	26
Geschäftsrisiko	1.857	0	6	1	616	0	2.480	7
Diversifikationseffekte ¹	- 4.339	- 1.048	- 494	- 707	- 459	- 202	- 7.249	- 21
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	14.409	7.034	2.839	2.882	2.728	4.916	34.808	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt (in %)	41	20	8	8	8	14	100	N/A
Risikogewichtete Aktiva ²	201.972	78.629	51.668	20.559	43.924	19.028	415.780	N/A
								Jan. – Jun. 2015
Ergebnis vor Steuern	1.842	1.019	692	713	- 1.290	- 268	2.708	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem Tangible Shareholders Equity) (in %) ³	9	11	14	36	- 25	N/A	5	N/A
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Average Active Equity) (in %) ⁴	12	13	19	18	- 35	N/A	8	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

² Risikogewichtete Aktiva basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

³ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die im Sechsmonatszeitraum 2015 49 % betrug. Für die Segmente wird für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity eine Steuerquote von 35 % angewendet.

⁴ Die Buchkapitalallokation wird gesteuert über die risikogewichteten Aktiva und die Verschuldungsposition. Siehe auch „Segmentberichterstattung“ für eine Beschreibung der Zuordnung des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals zu den Geschäftsbereichen.

	30.6.2014 ¹							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	4.701	3.705	2.172	309	1.004	31	11.923	40
Marktrisiko	6.389	3.057	180	1.607	793	2.431	14.456	48
Operationelles Risiko	3.095	1.055	133	742	1.360	0	6.385	21
Geschäftsrisiko	2.329	0	5	1	669	0	3.004	10
Diversifikationseffekte ²	-3.110	-1.031	-218	-563	-802	-6	-5.730	-19
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	13.404	6.786	2.272	2.096	3.024	2.456	30.038	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt (in %)	45	23	8	7	10	8	100	N/A
Risikogewichtete Aktiva ³	185.691	79.654	42.019	15.480	56.663	19.166	398.674	N/A
	Jan. – Jun. 2014							
Ergebnis vor Steuern	2.265	854	578	371	-1.133	-337	2.597	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem Tangible Shareholders Equity) (in %) ⁴	16	11	16	30	-22	N/A	6	N/A
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Average Active Equity) (in %) ⁵	20	12	21	12	-30	N/A	9	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Beträgszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 30. Juni 2015 angepasst.

² Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

³ Risikogewichtete Aktiva basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

⁴ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die im Sechsmonatszeitraum 2014 48 % betrug. Für die Segmente wird für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity eine Steuerquote von 35 % angewendet.

⁵ Die Buchkapitalallokation wird gesteuert über die risikogewichteten Aktiva und die Verschuldungsposition. Siehe auch „Segmentberichterstattung“ für eine Beschreibung der Zuordnung des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals zu den Geschäftsbereichen.

Das Risikoprofil von Corporate Banking & Securities (CB&S) wird geprägt vom Handel zur Unterstützung der Tätigkeiten als Originator sowie Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken unterliegen. Weiterhin bestehen Kreditrisiken durch Ausleihungen an Unternehmen und Finanzinstitute. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil von CB&S hat sich über das letzte Jahr deutlich erhöht und reflektiert ein erhöhtes Verlustrisikoprofil der kompletten Branche, interne Verluste als auch eine Änderung in der Allokationsmethode innerhalb des Konzerns. Der übrige Teil des Risikoprofils von CB&S leitet sich aus dem Geschäftsrisiko ab, das die Ertragsschwankungsrisiken reflektiert. Die Eigenkapitalrendite von CB&S reduzierte sich in der ersten Hälfte 2015 vor Steuern um 8 Prozentpunkte auf 12 % und nach Steuern um 7 Prozentpunkte auf 9 %. Diese Entwicklung liegt vor allem an der gestiegenen Allokation des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals als Folge der Kapitalerhöhung im Mai 2014 und Veränderungen in den Wechselkursen auf Konzernebene sowie der Erhöhung der risikogewichteten Aktiva in CB&S. Das CB&S Ergebnis vor Steuern reduzierte sich um 423 Mio € oder 19 % in den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Jahres 2014. Dies trug zusätzlich zu den niedrigeren Renditen bei und wurde durch Kosten für Rechtsstreitigkeiten und Ausgaben für regulatorische Programme verursacht, teilweise kompensiert durch starke Erträge zum Teil aus Wechselkursveränderungen.

Das Risikoprofil von Private & Business Clients (PBC) spiegelt Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden und kleinen und mittleren Unternehmen sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus Investitionsrisiken, aus der Einlagenmodellierung und aus Credit-Spread-Risiken wider. Bei weitgehend unverändertem Risikoprofil von PBC über das letzte Jahr erhöhte sich das berichtete Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum ersten Halbjahr 2014 um 165 Mio € oder 19 % aufgrund niedrigerer zinsunabhängiger Aufwendungen, einer niedrigeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft und gestiegenen Erträgen. Eine gestiegene Allokation des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals wirkte dem erhöhten Gewinn vor Steuern entgegen, was somit zu einer nahezu unveränderten Eigenkapitalrendite vor und nach Steuern führte.

Die Umsätze von Global Transaction Banking (GTB) umfassen mehrere Produkte mit unterschiedlichen Risikoprofilen. Der Großteil der Risiken stammt von Kreditrisiken aus Handelsfinanzierungsgeschäften, während andere Geschäftsbereiche wenig bis kein Kreditrisiko haben. Der relativ geringe Anteil von Marktrisiken ergibt sich aus der Modellierung der Kundeneinlagen. Trotz einer deutlichen Steigerung des Vorsteuerergebnisses in Global Transaction Banking um 114 Mio € oder 20 % getrieben durch eine gute Ertragssituation und einem Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in den ersten sechs Monaten 2015 im Vergleich zur ersten Hälfte des Jahres 2014 reduzierte sich die Eigenkapitalrendite vor und nach Steuern um 2 Prozentpunkte auf 19 % bzw. 14 %. Dieser Rückgang liegt vor allem in der gestiegenen Allokation des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals als Folge der Kapitalerhöhung im Mai 2014 und Veränderungen in den Wechselkursen auf Konzernebene. Zudem ergab sich ein Anstieg der risikogewichteten Aktiva, der in erster Linie von RWA für operationelles Risiko verursacht wurde.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche AWM entsprechende operationelle Risiken mit sich. Die Eigenkapitalrendite vor und nach Steuern im Bereich AWM erhöhte sich um 6 Prozentpunkte auf 18 % bzw. 36 % zum 30. Juni 2015 im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2014 durch höhere Erträge aufgrund eines Anstiegs im verwalteten Vermögen. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs resultierte hauptsächlich aus einem höheren Marktrisiko aus Nichthandelspositionen für Garantiefonds sowie einer höherer Allokation vom operationellen Risiko.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasst Risiken über die gesamte Bandbreite unseres Unternehmens und enthält hauptsächlich Kredit- und Marktrisiken, für die der gezielte beschleunigte Risikoabbau vorgesehen ist. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil der NCOU hat über das letzte Jahr durch eine Änderung in der Allokationsmethode innerhalb des Konzerns deutlich abgenommen. Die Entwicklung der Eigenkapitalrenditen vor und nach Steuern spiegelt ein negativeres Ergebnis in den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 im Vergleich zum Jahr 2014 bei einer weitgehend unveränderten Eigenkapitalallokation wider hauptsächlich verursacht durch Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten.

Consolidation & Adjustments beinhaltet hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten für strukturelle Währungsrisiken, das Risiko aus Pensionsverpflichtungen sowie das Aktienvergütungsrisiko. Der Anstieg im Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten im Vergleich zur ersten Hälfte 2014 resultiert hauptsächlich aus einem erhöhten strukturellen Währungsrisiko, beruhend auf einem stärkeren US-Dollar wie auch einer methodischen Änderung des Aktienvergütungsrisikos.

Behandlung von weiteren wesentlichen Risiken

Hinsichtlich der wesentlichen Risikoarten „Kreditrisiko“, „Marktrisiko“, „operationelles Risiko“ und „Liquiditätsrisiko“ sowie ihrer Entwicklung innerhalb des zweiten Quartals des Jahres 2015 können weitere Details den jeweiligen Abschnitten dieses Risikoberichts entnommen werden, die den spezifischen Risikoarten gewidmet sind. In Bezug auf die weiteren wesentlichen Risikoarten „Geschäftsrisiko“, „Reputationsrisiko“, „Modellrisiko“ und „Compliance-Risiko“ finden sich Informationen zu ihrer Definition, ihrer Identifizierung und ihrem Management in verschiedenen Abschnitten unseres Finanzberichts 2014 (hier sei im Besonderen auf die dezidierten Abschnitte in der „Risikoinventur“ und dem „Rahmenwerk zum Risikomanagement – Wesentliche Risikoarten“ verwiesen). Es gibt keine wesentlichen Änderungen bezüglich der Behandlung, des Managements und der Berichterstattung dieser Risikoarten im Vergleich zu den Erläuterungen und Ausführungen, die im Finanzbericht 2014 veröffentlicht wurden. Alle als wesentlich identifizierten Risikoarten werden in unserem

internen Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess (ICAAP) abgedeckt, der im Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“ dieses Berichts dargestellt wird. Modellierungs- und Bewertungsansätze zur Quantifizierung von Kapital und Kapitalanforderungen sind über alle wesentlichen Risikoarten implementiert. Nicht-Standard-Risikoarten (Reputationsrisiko, Modellrisiko und Compliance-Risiko) sind implizit durch unser Rahmenwerk zum Ökonomischen Kapital abgedeckt, hier primär im operationellen und strategischen Risiko.

Risikomanagement – Überblick

Kreditrisiküberblick

- Das globale Wachstum hat sich stabilisiert und die Erholung in Europa hält an, auch wenn es nur begrenzten Raum für weiteren Anstieg gibt. Die makroökonomischen Daten zeigen eine Erholung in den USA nach einer kurzfristigen Schwäche im ersten Quartal. Im Gegensatz dazu hat sich das Wachstum in Entwicklungsländern verlangsamt, obwohl das Risiko einer starken Wachstumsreduzierung in China zurückgegangen ist angesichts geld- und fiskalpolitischer Anreize. Wesentliches Risiko für die weitere Entwicklung beinhaltet eine erneute Eskalation der Griechenland-Krise mit einer entsprechenden Ansteckung der europäischen Länder sowie der Einfluss der amerikanischen Geldpolitik insbesondere auf die Entwicklungsländer und das Risiko eines geopolitischen Schocks sowie die anhaltenden Spannungen zwischen Russland und der Ukraine. Mögliche Einflüsse auf das Kreditportfolio werden von uns eng beobachtet, wir erwarten jedoch keine wesentlichen Kreditverluste. Das Kreditengagement mit Russland nach dem Herkunftslandprinzip beträgt 4,0 Mrd € zum 30. Juni 2015 (im Vergleich zu 4,8 Mrd € zum 31. Dezember 2014), hauptsächlich mit Firmen in strategisch wichtigen Branchen. Das Kreditengagement für die Ukraine ist relativ klein mit 0,4 Mrd € zum 30. Juni 2015 (im Vergleich zu 0,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014).
- Unser Firmenkreditportfolio hat zum 30. Juni 2015 ein Investment-Grade-Rating von 71,2 %, welches sich verglichen mit 71,0 % zum 31. Dezember 2014 leicht verbessert hat. Das Firmenkreditengagement stieg um 49,5 Mrd € oder 9,0 % während der ersten sechs Monate 2015 an, zum Großteil bedingt durch Wechselkurseffekte und Anstiege vor allem mit Geschäftspartnern mit Investment-Grade-Rating.
- Zum 30. Juni 2015 ist unser Konsumentenkreditengagement gegenüber dem Jahresende 2014 um 1,5 Mrd € (oder 0,8 %) hauptsächlich in Deutschland, Polen und Indien leicht angestiegen, aufgrund Erhöhungen in unseren Kreditbüchern. Der Anstieg des Konsumentenkreditengagements ausserhalb Deutschlands ist durch Währungskursveränderungen gegenüber dem Euro sehr stark beeinflusst worden. Zum 30. Juni 2015 verzeichneten wir für 68 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 %.
- Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im ersten Halbjahr 2015 auf 369 Mio € und war damit um 127 Mio € (26 %) geringer als im Vorjahreszeitraum. Beinahe alle Geschäftsbereiche verzeichneten ein Ausbleiben großer Einzelkundenkreditereignisse sowie fortlaufende Auflösungen, die teilweise im Zusammenhang mit Verkäufen standen. Die gestiegene Risikovorsorge in CB&S war auf unsere Leveraged Finance- und Shipping- Portfolios zurückzuführen und wurde teilweise durch den Rückgang in den anderen Geschäftsbereichen ausgeglichen.
- Die RWA für das Kreditrisiko haben sich seit dem 31. Dezember 2014 um 11,4 Mrd € oder 5 % auf 256 Mrd € erhöht, was hauptsächlich durch Fremdwährungsbewegungen zu begründen ist. Zum Anstieg trugen weiterhin eine begrenzte Ausweitung unserer Geschäftsaktivitäten im Kerngeschäft sowie Anpassungen in den Risikoparametern bei.
- Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Kreditrisiko reduzierte sich zum 30. Juni 2015 auf 12,5 Mrd € gegenüber 12,9 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Rückgang reflektiert den geringeren Ökonomischen Kapitalbedarf für CB&S hauptsächlich resultierend aus niedrigeren Risiko-Positionswerten für Derivate.

Marktrisikouberblick

- Der durchschnittliche Value-at-Risk unserer Handelsbereiche betrug 47,6 Mio € innerhalb der ersten sechs Monate des Jahres 2015 im Vergleich zu 51,6 Mio € im Jahr 2014. Der Rückgang ist durch eine Verbesserung des Diversifikationseffektes und durch die Reduzierung des Zinsrisikos zu erklären.
- Die RWA für das handelsbezogene Risiko reduzierten sich seit dem 31. Dezember 2014 um 2,6 Mrd € oder um 4,0 % auf 61,6 Mrd €. Der Rückgang ergibt sich größtenteils aufgrund geringerer Beträge für den Marktrisiko-Standardansatz für verbrieft Positionen, Value-at-Risk sowie Stressed Value-at-Risk
- Der verwendete nicht handelsbezogene Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten erhöhte sich zum 30. Juni 2015 um 2,8 Mrd € auf 12,7 Mrd € gegenüber 9,9 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg ist hauptsächlich auf ein höheres strukturelles Währungsrisiko infolge des erstarkten US-Dollars und eine veränderte Methode für das Aktienkompensationsrisiko zurückzuführen.
- Der verwendete handelsbezogene Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten belief sich zum 30. Juni 2015 auf 5,4 Mrd €, verglichen mit 5,0 Mrd € am Jahresende 2014. Der Anstieg lässt sich hauptsächlich durch die handelsbezogene Ausfallsrisikokomponente aus dem Handelsbuch und dem zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Bankbuch.

Operationelle Risiken – Überblick

- Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg zum 30. Juni 2015 auf 9 Mrd € im Vergleich zu 7,6 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Erhöhung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie aus der Erhöhung des operationellen Verlustrisikoprofils der kompletten Branche. Dies drückt sich in den Verlustdaten aus, welche zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten und weitgehend der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und regulatorischen Durchsetzungsmaßnahmen geschuldet sind.
- Der Ökonomische Kapitalbedarf enthält formal weiterhin die in unserem AMA-Modell (Advanced Measurement Approach) eingebettete Sicherheitsmarge, die im Jahr 2011 zur Deckung unvorhergesehener Haftungsrisiken implementiert wurde. Risikosensitive Modellverbesserungen zur Ablösung der Sicherheitsmarge wurden im zweiten Quartal 2014 bei der BaFin zur Genehmigung eingereicht. Diese Verbesserungen werden zukünftig zu einem höheren Bedarf an Ökonomischem Kapital für operationelle Risiken im Vergleich zur Sicherheitsmarge führen. Das Management hat entschieden, diese Erhöhung ab dem zweiten Quartal 2014 zu berücksichtigen.
- Die RWA für das operationelle Risiko erhöhten sich zum 30. Juni 2015 auf 80,3 Mrd € im Vergleich zu 67,1 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg von 13,2 Mrd € ist durch eine Erhöhung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten und durch die Erhöhung des operationellen Verlustprofils der kompletten Branche begründet.

Liquiditätsrisikouberblick

- Die Liquiditätsreserven zum 30. Juni 2015 beliefen sich auf 199 Mrd € (zum Vergleich: 184 Mrd € zum 31. Dezember 2014). Wir erhielten eine positive Netto-Liquiditätsposition unter Stress zum 30. Juni 2015 (in einem kombinierten Szenario).
- Die Emissionsaktivitäten am Kapitalmarkt in den ersten sechs Monaten 2015 betragen 22,4 Mrd €, im Vergleich zu einem geplanten Gesamtvolumen für das Jahr 2015 in Höhe von 30 bis 35 Mrd €.
- Unsere Refinanzierung stammte zu 75 % aus Refinanzierungsquellen, die wir als die stabilsten einstufen. Dazu gehören Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital sowie Einlagen von Privatkunden und Transaktionsbankkunden.

Kapitalmanagementüberblick

- Die Harte Kernkapitalquote berechnet gemäß CRR/CRD 4 („Phase-in“-Rate von 40 %) betrug 14,2 % zum 30. Juni 2015, verglichen mit 15,2 % zum Jahresende 2014 („Phase-in“-Rate von 20 %).
- Das Harte Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 sank um 1,0 Mrd € auf 59,1 Mrd €, verglichen mit 60,1 Mrd € Hartem Kernkapital zum 31. Dezember 2014. Die Verminderung ist auf aufsichtsrechtliche Anpassungen in Höhe von 3,4 Mrd € zurückzuführen, im Wesentlichen aufgrund von Abzügen vom Harten Kernkapital wie immaterielle Vermögensgegenstände, die in 2015 mit 40 % angesetzt werden im Vergleich zu 20 %

in 2014. Die Reduktion in den ersten sechs Monaten 2015 wurde teilweise kompensiert durch den Anstieg in unseren Instrumenten und Rücklagen des Harten Kernkapitals in Höhe von 2,4 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2014.

- Das Zusätzliche Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 sank um 0,7 Mrd € auf 3,1 Mrd €, verglichen mit 3,8 Mrd € Zusätzlichen Kernkapital zum Jahresende 2014.
- Das Zusätzliche Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 Vollumsetzung blieb stabil bei 4,6 Mrd €.
- Die RWA sind um 20 Mrd € von 397 Mrd € per 31. Dezember 2014 auf 417 Mrd € per 30. Juni 2015 gemäß CRR/CRD 4 gestiegen. Der Anstieg ist hauptsächlich durch Effekte aus Bewegungen der Fremdwährungskurse verursacht worden und reflektiert darüber hinaus höhere risikogewichtete Aktiva, die durch die Berücksichtigung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie durch die Erhöhung des operationellen Verlustprofils der kompletten Branche entstehen. Der Anstieg wurde teilweise durch geringere Risikovolumen und Bemühungen zur Risikoreduzierung bei den RWA im Marktrisiko und CVA ausgeglichen.
- Die Interne Kapitaladäquanzquote reduzierte sich auf 164 % zum 30. Juni 2015, verglichen mit 177 % zum 31. Dezember 2014. Der Rückgang resultierte hauptsächlich aus dem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf.
- Die Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung sank in den ersten sechs Monaten von 11,7 % zum 31. Dezember 2014 auf 11,4 % zum 30. Juni 2015.

Bilanzmanagementüberblick

Zum 30. Juni 2015 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung 3,6 % verglichen mit 3,5 % am 31. Dezember 2014, unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 51,9 Mrd € im Verhältnis zum anzuwendenden Risikomaß in Höhe von 1.461 Mrd € (50,7 Mrd € sowie 1.445 Mrd € per 31. Dezember 2014).

Kreditrisiko

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst Privatdarlehen, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Kredite an Selbständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner

30.6.2015

in Mio €	Ausfallwahrscheinlichkeit ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	51.986	24.086	5.261	22.290	57.110	160.734
iA	0,04–0,11 %	45.556	42.137	25.028	14.194	4.037	130.952
iBBB	0,11–0,50 %	60.711	47.222	15.089	8.144	1.981	133.147
iBB	0,50–2,27 %	53.187	40.228	9.223	6.182	2.798	111.618
iB	2,27–10,22 %	21.094	19.242	4.699	1.728	11	46.774
iCCC und schlechter	10,22–100 %	9.634	1.893	1.484	399	9	13.418
Insgesamt		242.168	174.808	60.784	52.937	65.946	596.643

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,6 Mrd € zum 30. Juni 2015 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

31.12.2014

in Mio €	Ausfall- wahr- schein- lichkeit ¹	Kredite ²	Unwiderrufliche Kreditzusagen ³	Eventual- verbindlich- keiten	Außerbörsliche Derivate ⁴	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	46.493	22.938	6.281	23.068	50.808	149.589
iA	0,04–0,11 %	44.799	39.336	17.696	9.469	3.371	114.670
iBBB	0,11–0,50 %	54.167	40.145	20.190	7.810	1.746	124.057
iBB	0,50–2,27 %	50.183	31.492	11.640	3.926	3.140	100.380
iB	2,27–10,22 %	19.359	18.924	4.929	2.253	17	45.482
iCCC und schlechter	10,22–100 %	9.417	1.612	1.352	552	50	12.983
Insgesamt		224.418	154.446	62.087	47.078	59.132	547.161

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet vor allem in der Kategorie „iCCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 5,6 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

³ Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

⁴ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die obige Tabelle zeigt einen generellen Anstieg unseres Firmenkreditengagements von 49,5 Mrd € oder 9,0 % in den ersten sechs Monaten 2015. Unwiderrufliche Kreditzusagen machen über 40 % des Anstiegs (€ 20,4 Milliarden) aus. 61 % des Anstiegs war bedingt durch einen generellen Anstieg des Geschäftsvolumens und Wechselkursänderungen sind für 39 % des Anstiegs verantwortlich. Der Anstieg in den Krediten von 17,8 Mrd € ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung in der Investment-Grade-Klasse zurückzuführen. Die Erhöhung bei zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapieren ergibt sich ausschließlich aus Produkten der drei höchsten Bonitätsklassen, wohingegen sich das Engagement innerhalb der Nicht-Investment-Grade-Klassen verringerte. Die Qualität des Firmenkreditengagements vor Kreditrisikominderung mit Investment-Grade-Bewertung ist leicht angestiegen auf 71,2 % im Vergleich zu 71,0 % zum 31. Dezember 2014.

Konsumentenkreditengagement

In unserem Konsumentenkreditengagement überwachen wir den Anteil der Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und die auf Jahresbasis berechneten Nettokreditkosten nach Eingängen auf abgeschriebene Forderungen.

Konsumentenkreditengagement

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in %		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements ³	
	30.6.2015	31.12.2014 ¹	30.6.2015	31.12.2014 ¹	30.6.2015	31.12.2014 ¹
Konsumentenkreditengagement Deutschland	148.900	147.647	1,10	1,15	0,18	0,22
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	20.050	19.553	4,00	4,01	0,92	1,12
Immobilienfinanzierungen	128.850	128.094	0,65	0,71	0,07	0,08
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	38.989	38.761	4,95	5,32	0,59	0,68
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	13.026	13.003	9,80	10,95	1,32	1,55
Immobilienfinanzierungen	25.963	25.758	2,52	2,48	0,23	0,25
Konsumentenkreditengagement insgesamt²	187.889	186.408	1,90	2,02	0,27	0,32

¹ In 2015 beginnend haben wir unsere Berichterstattung überprüft, was zu einer Reklassifizierung von 427 Mio € von Kleinbetriebsfinanzierungen in Immobilienfinanzierungen (im Wesentlichen Kredite betreffend Entwicklungsbanken) in Deutschland und von 1,1 Mrd € von Immobilienfinanzierungen nach Kleinbetriebsfinanzierungen (im Wesentlichen gewerbliche Baufinanzierungen) außerhalb Deutschlands führte.

² Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 4,1 Mrd € zum 30. Juni 2015 und 4,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

³ Nettokreditkosten für den zum Bilanzstichtag endenden 12-Monatszeitraum dividiert durch das Kreditengagement an diesem Bilanzstichtag.

Zum 30. Juni 2015 ist unser Konsumentenkreditengagement gegenüber dem Jahresende 2014 um 1,5 Mrd € oder 0,8 % gestiegen, hauptsächlich in Deutschland (gestiegen um 1,3 Mrd €), Polen (gestiegen um 388 Mio €) und Indien (gestiegen um 253 Mio €). Der Anstieg des Konsumentenkreditengagements in Polen und Indien ist durch Währungskursveränderungen gegenüber dem Euro stark beeinflusst worden. Im Gegensatz dazu ist das Konsumentenkreditengagement in Italien um 296 Mio € gesunken, hauptsächlich durch einen Verkauf leistungsgestörter Kredite.

Die Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite im gesamten Konsumentenkreditengagement sank von 2,02 % per Jahresende 2014 auf 1,90 % zum 30. Juni 2015.

Die Nettokreditkosten als Prozentsatz des Konsumentenkreditengagements gingen von 0,32 % per Jahresende 2014 auf 0,27 % zum 30. Juni 2015 zurück. Diese Entwicklung wurde durch Portfolioverkäufe in Deutschland und Italien beeinflusst, basiert aber auf einer sich weiter verbessernden oder stabilisierenden allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland und in den Ländern Südeuropas, in denen wir aktiv sind.

Konsumenten-Immobilienfinanzierungsengagement, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen¹

	30.6.2015	31.12.2014
≤ 50 %	68 %	68 %
> 50 ≤ 70 %	16 %	16 %
> 70 ≤ 90 %	9 %	9 %
> 90 ≤ 100 %	2 %	2 %
> 100 ≤ 110 %	1 %	1 %
> 110 ≤ 130 %	1 %	1 %
> 130 %	2 %	1 %

¹ Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf setzt das Gesamtengagement in Prozent zum Wert einer Immobilie.

Unser Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit geteilt wird. Diese Werte werden regelmäßig aktualisiert. Das Gesamtengagement von Transaktionen, welche zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, wird um den Wert dieser Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Verbindlichkeiten das Gesamtengagement erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten als Immobiliensicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Zum 30. Juni 2015 verzeichneten wir für 68 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 % (zum 31. Dezember 2014: 68 %).

Kreditrisikoengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Vor dem Hintergrund der Risikosituation in der Eurozone wird in nachstehenden Tabellen ein Überblick über ausgewählte Länder der Eurozone gegeben. Das erhöhte Risiko für die betroffenen Staaten wird von einer Reihe von Faktoren bestimmt, unter anderem hoher Staatsverschuldung und/oder von Budgetdefiziten, eingeschränktem Zugang zu Kapitalmärkten, anstehenden Fälligkeiten, schwachen ökonomischen Rahmendaten beziehungsweise Aussichten (einschließlich niedrigem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, geringer Wettbewerbsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und politischer Unsicherheit).

Die Risiken in Griechenland haben sich im ersten Halbjahr 2015 erheblich inmitten langwieriger Verhandlungen zwischen der Regierung und den Geldgebern bezüglich der Konditionen des Rettungsprogrammes erhöht. Die Wirtschaft ist in eine Rezession zurückgefallen, mit verhängten Kapitalkontrollen inmitten der Kapitalflucht bei Inlandsbanken. Nach der Einigung sind weitere Verhandlungen für das dritte Programm im dritten Quartal notwendig und es bleibt ein erhöhtes Implementierungsrisiko bestehen. Das Risiko der Ansteckung der unten genannten Länder ist begrenzt, aufgrund nur geringer Verbindungen von deren Privatsektoren mit Griechenland und unterstützt durch das Anleihenankaufprogramm der EZB wie auch geldpolitische Outright-Geschäfte (Outright Monetary Transaction (OMT)) und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), welche zuverlässigen, wenn auch noch nicht getesteten Schutz bieten und helfen, die Refinanzierungskosten einzudämmen. Für alle diese Länder wird ein Bruttoinlandsproduktwachstum in 2015 erwartet.

Für die Darstellung unserer Engagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone verwenden wir zwei grundsätzliche Konzepte wie folgt:

- In unserer „Risikomanagement-Perspektive“ berücksichtigen wir das Sitzland der Konzernmutter und spiegeln die Kreditnehmereinheit wider. Darunter werden alle Kreditlinien an eine Gruppe von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (zum Beispiel durch eine Einheit, die eine Mehrheit der Stimmrechte oder des Kapitals an einer anderen Einheit hält), unter einem Schuldner konsolidiert. Diese Gruppe von Kreditnehmern wird in der Regel dem Herkunftsland der jeweiligen Muttergesellschaft zugeordnet. Beispielsweise ist ein Darlehen an einen Geschäftspartner in Spanien ein spanisches Risiko aus Sicht des Sitzlandes der Gesellschaft, aber ein deutsches Risiko aus Risikomanagement-Perspektive, wenn die jeweilige Gegenpartei eine Muttergesellschaft mit Sitz in Deutschland hat, die nach dem oben genannten Prinzip mit einem Schuldner verbunden ist. Aufrechnungen im Derivategeschäft sowie Sicherungsgeschäfte und Kreditsicherheiten werden in der Risikomanagement-Perspektive berücksichtigt. Die Bewertung der Sicherheiten folgt denselben stringenten Methoden und Prinzipien wie an anderer Stelle in unserem Finanzbericht 2014 aufgezeigt. Ergänzend ordnen wir aus Sicht des Risikomanagements das Engagement gegenüber Zweckgesellschaften dem Sitzland der zugrunde liegenden Vermögenswerte und nicht dem Sitzland der Zweckgesellschaft zu. Ähnliche Überlegungen gelten für strukturierte Produkte. Wenn beispielsweise ein strukturiertes Wertpapier von einer Zweckgesellschaft in Irland ausgegeben wird, wird es als ein irisches Risiko in der „Sitzland-Perspektive“ betrachtet, aber wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte, die das strukturierte Wertpapier besichern, deutsche Hypothekendarlehen sind, wären die Engagements als deutsches Risiko in der Risikomanagement-Perspektive enthalten.
- In unserer „Sitzland-Perspektive“ aggregieren wir das Kreditrisikoengagement unabhängig von jeglichen Verbindungen zu anderen Kreditnehmern auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers oder im Falle von Kreditabsicherungen (CDS) nach den zugrunde liegenden Vermögensgegenständen zu den entsprechenden Ländern der Eurozone. Aus diesem Grund beziehen wir auch Kunden mit ein, deren Muttergesellschaft außerhalb dieser Länder ansässig ist, sowie Engagements mit Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögensgegenstände ihr Sitzland außerhalb dieser Länder haben.

Zusammengefasstes Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Risikomanagement-Perspektive

in Mio €	30.6.2015	31.12.2014 ¹
Griechenland	416	416
Irland	1.905	1.398
Italien	14.369	14.920
Portugal	757	1.002
Spanien	7.885	8.273
Insgesamt	25.332	26.009

¹ Die Vorjahreszahlen wurden um Risikopositionen in Höhe von 0,8 Mrd € gegenüber Irland und Italien betreffend Verbriefungstransaktionen und Kunden im Immobilienbereich angepasst, die zum 31. Dezember 2014 irrtümlicherweise nicht erfasst waren.

Das Nettokreditengagement reduzierte sich gegenüber dem Jahresende 2014 um 0,7 Mrd € überwiegend durch eine Verminderung von gehandelten Kreditpositionen in Italien, Spanien und Portugal, die teilweise wieder aufgehoben wurden durch einen Anstieg von Verbriefungstransaktionen in Irland. Das Engagement gegenüber Griechenland blieb überwiegend gleich, ausgenommen in US-Dollar geführten Schiffsfinanzierungen in Höhe von 0,3 Mrd €. Das verbleibende Engagement in Höhe von 0,1 Mrd € wird weiterhin streng überwacht.

Unser oben dargestelltes Engagement besteht hauptsächlich aus stark diversifizierten, risikoarmen Retail-Portfolios, Klein- und Mittelstandskunden in Italien und Spanien sowie stärkeren Unternehmen und diversifizierten Mittelstandskunden. Unser Engagement gegenüber Finanzinstituten ist vornehmlich auf größere Banken in Spanien und Italien ausgerichtet, die typischerweise besichert sind. Das Engagement gegenüber Staaten ist unserer Ansicht nach auf einem überschaubaren Niveau. Nicht beachtet wurde dabei ein grundsätzliches Ansteckungsrisiko nach einem Ausstieg Griechenlands aus dem Euro.

Die folgenden, auf der Sitzland-Perspektive basierenden Tabellen zeigen unsere Bruttoexposition, die darin enthaltenen nicht gezogenen Kreditlinien (ausgewiesen als „darunter“-Position) und unser Nettoengagement gegenüber diesen europäischen Ländern. Die Bruttoexposition reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung gekaufter Besicherung über Kreditderivate mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltener Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden insbesondere in unserem Retail-Portfolio gehalten, aber auch gegenüber Finanzinstituten – vorwiegend in Bezug auf Nachschussvereinbarungen für Derivate – sowie Unternehmen. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Die Nettoengagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen inklusive der nominalen Nettoposition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten gezeigt. Die dargestellten Brutto- und Nettoforderungen an ausgewählte Länder der Eurozone beinhalten keine Tranchen von Kreditderivaten und Kreditderivate in Bezug auf unser Korrelationsgeschäft, die konstruktionsbedingt kreditrisikoneutral sein sollen. Die Tranchenstruktur sowie die Korrelationen dieser Positionen eignen sich außerdem nicht für eine disaggregierte Darstellung der Nominalwerte je Land, da zum Beispiel identische Nominalwerte unterschiedliche Risikostufen für verschiedene Tranchenebenen repräsentieren.

Bruttoexposition, darin enthaltene nicht gezogene Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Sitzland-Perspektive

in Mio €	Staat		Finanzinstitutionen		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt	
	30.6. 2015	31.12. 2014	30.6. 2015	31.12. 2014 ⁴	30.6. 2015	31.12. 2014 ⁴	30.6. 2015	31.12. 2014 ⁴	30.6. 2015	31.12. 2014 ⁴	30.6. 2015 ¹	31.12. 2014 ⁴
Griechenland												
Brutto	62	100	561	716	1.218	1.167	6	6	0	34	1.847	2.022
Nicht gezogen	0	0	40	20	176	63	0	1	0	0	216	84
Netto	50	89	105	107	139	125	1	2	0	34	295	357
Irland												
Brutto	546	553	1.286	1.100	8.245	8.230	38	39	3.661 ²	2.350 ²	13.775	12.273
Nicht gezogen	0	0	37	48	2.982	2.206	0	0	333 ²	476 ²	3.353	2.730
Netto	47	-21	807	524	5.685	5.103	6	5	3.640 ²	2.350 ²	10.186	7.960
Italien												
Brutto	3.592	4.673	4.995	5.736	8.645	8.509	18.472	19.310	557	1.310	36.261	39.537
Nicht gezogen	0	0	1.027	952	3.110	3.061	153	179	24	28	4.314	4.220
Netto	958	244	2.798	3.431	5.660	5.897	7.172	6.749	531	1.229	17.120	17.551
Portugal												
Brutto	-74	-5	308	404	1.492	1.052	1.756	2.023	65	205	3.546	3.679
Nicht gezogen	0	0	35	37	177	121	26	30	0	0	237	189
Netto	-123	-76	235	357	1.012	503	177	220	65	205	1.366	1.209
Spanien												
Brutto	245	696	1.929	2.465	9.415	9.332	10.038	10.580	698	839	22.325	23.911
Nicht gezogen	0	0	993	738	3.724	3.819	294	476	0	15	5.012	5.048
Netto	148	275	1.073	2.084	6.225	6.824	1.772	1.890	925	790	10.143	11.863
Brutto insgesamt	4.371	6.018	9.079	10.421	29.014	28.290	30.309	31.958	4.981	4.736	77.754	81.423
Nicht gezogen	0	0	2.132	1.795	10.169	9.271	473	687	358	519	13.132	12.272
Netto insgesamt³	1.081	511	5.018	6.503	18.722	18.453	9.127	8.866	5.161	4.608	39.109	38.940

¹ Ungefähr 56 % des Gesamtengagements werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

² Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

³ Nettoposition insgesamt beinhaltet keine Bewertungsanpassungen für das Ausfallrisiko für Derivate in Höhe von 182 Mio € zum 30. Juni 2015 und 300 Mio € zum 31. Dezember 2014.

⁴ Die Vorjahreswerte wurden um 107 Mio € im Bruttoengagement und 101 Mio € im Nettoengagement reduziert. Der Ausschluss der widerrufenen Kreditzusagen wurde vorgenommen, um eine Vergleichbarkeit mit anderen Kreditengagementangaben in diesem Bericht sicherzustellen.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten Ländern der Eurozone ist nahezu unverändert verglichen mit den ersten sechs Monaten im Jahr 2015. Der Anstieg gegenüber den Staaten Italien und Irland, Sonstige in Irland und Spanien, Unternehmen in Irland und Portugal sowie Retail in Italien wurde durch den Rückgang gegenüber Finanzinstituten in Spanien, Italien und Portugal kompensiert.

Aggregiertes Netto-Kreditrisikoengagement nach Finanzinstrumenten gegenüber Kunden mit Sitz in ausgewählten Staaten der Eurozone

30.6.2015

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		Insgesamt ³
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Derivate	Sonstige	
Griechenland	113	88	157	0	47	18	311
Irland	3.090	3.060	2.762	1.213	1.003	2.025	10.064
Italien	11.362	10.426	3.456	645	3.530	2.132	20.189
Portugal	455	397	312	15	46	812	1.583
Spanien	5.652	5.010	3.642	203	359	1.412	10.626
Insgesamt	20.671	18.982	10.330	2.076	4.986	6.398	42.773

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

31.12.2014

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		Insgesamt ^{3,4}
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle ⁴	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle ⁴	Sonstige ^{1,4}	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Derivate	Sonstige	
Griechenland	191	172	92	0	85	28	377
Irland	2.049	2.016	2.706	481	843	1.728	7.775
Italien	10.764	9.753	3.791	672	4.071	3.085	21.372
Portugal	638	587	306	20	36	558	1.506
Spanien	5.613	4.974	3.635	231	510	2.015	11.365
Insgesamt	19.255	17.502	10.530	1.404	5.545	7.414	42.395

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁴ Die Vorjahreswerte wurden um 101 Mio € reduziert. Der Ausschluss der wiederufflichen Kreditzusagen wurde vorgenommen um eine Vergleichbarkeit mit anderen Kreditengagementangaben in diesem Bericht sicherzustellen.

Die obigen Tabellen enthalten keine derivativen Kreditengagements, welche separat in der folgenden Tabelle dargestellt werden. Für unsere derivativen Kreditengagements in diesen Ländern der Eurozone zeigen wir Nominalwerte für gekaufte und verkaufte Sicherungsinstrumente als Bruttowerte und die resultierenden Nett nominalwerte sowie ihre beizulegenden Zeitwerte. Eine detailliertere Beschreibung über die Verwendung von Kreditderivaten, um unser Kreditrisiko zu steuern, befindet sich im entsprechenden Risikoabschnitt unseres Finanzberichts 2014.

Engagement in Kreditderivaten mit Sitz der Referenzaktiva in diesen europäischen Staaten

30.6.2015

31.12.2014

in Mio €	30.6.2015				31.12.2014			
	Eigene Verkäuferposition	Eigene Käuferposition	Nettoposition	Beizulegender Zeitwert netto	Eigene Verkäuferposition	Eigene Käuferposition	Nettoposition	Beizulegender Zeitwert netto
Griechenland	1.132	- 1.148	- 16	7	901	- 921	- 20	2
Irland	3.156	- 3.034	122	12	4.344	- 4.158	186	4
Italien	46.369	- 49.439	- 3.070	- 85	41.433	- 45.253	- 3.821	156
Portugal	5.024	- 5.241	- 218	19	5.876	- 6.173	- 297	6
Spanien	18.951	- 19.434	- 483	- 16	18.061	- 17.563	498	10
Insgesamt	74.633	- 78.297	- 3.664	- 63	70.614	- 74.068	- 3.454	177

Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Die nachfolgende Darstellung reflektiert eine Netto-Sitzland-Perspektive für das Kreditengagement gegenüber Staaten.

Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter Länder der Eurozone

in Mio €	30.6.2015				31.12.2014			
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Netto-nominal-betrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokredit-engagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Netto-nominal-betrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokredit-engagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²
Griechenland	62	- 12	50	6	100	- 11	89	1
Irland	44	3	47	2	- 26	4	- 21	2
Italien	3.524	- 2.565	959	16	4.600	- 4.356	244	133
Portugal	- 74	- 49	- 123	- 8	- 5	- 71	- 76	2
Spanien	240	- 92	148	- 16	688	- 413	275	1
Insgesamt	3.796	- 2.715	1.081	- 1	5.358	- 4.848	511	139

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen, klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Der Anstieg des Nettokreditengagements um 0,6 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2014 resultierte hauptsächlich aus Änderungen des Engagements in Kreditausfallversicherungen (CDS), Derivatepositionen und Krediten. Der Anstieg unseres Nettokreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone ist hauptsächlich bedingt durch einen starken Anstieg gegenüber Italien. Dieser resultiert vor allem durch Anstiege bei Kreditausfallversicherungen (CDS), Handelsbeständen an Staatspapieren und positiven Marktwerten bei Derivaten. Ebenso gab es einen leichten Anstieg des Engagements gegenüber Irland aufgrund eines Anstiegs in den Handelsbeständen an Staatspapieren.

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet Bilanzwerte für staatliche Kredite, die zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet werden und sich zum 30. Juni 2015 für Italien auf 275 Mio € und für Spanien auf 459 Mio € beliefen (zum 31. Dezember 2014: für Italien 279 Mio € und für Spanien 580 Mio €).

Qualität von Vermögenswerten

Dieser Abschnitt beschreibt die Qualität unserer Kredite. Alle Kredite, bei denen vorliegende Informationen über mögliche Kreditprobleme von Schuldern dazu führen, dass unser Management schwerwiegende Zweifel an der Einbringlichkeit der vertraglichen Verpflichtungen des Schuldners hat, sind in diesem Abschnitt enthalten.

Übersicht über nicht leistungsgestörte, überfällige, neuverhandelte und wertgeminderte Kredite nach Kundengruppen

in Mio €	30.6.2015			31.12.2014		
	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt
Kredite weder überfällig noch neuverhandelt oder wertgemindert	236.228	180.313	416.541	217.772	177.925	395.697
Überfällige Kredite, nicht neuverhandelt oder wertgemindert	1.097	2.990	4.087	1.307	3.652	4.959
Neuverhandelte, nicht wertgeminderte Kredite	311	464	775	349	473	821
Wertgeminderte Kredite	4.532	4.122	8.654	4.990	4.358	9.348
Insgesamt	242.168	187.889	430.057	224.418	186.408	410.825

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, die nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind („Verlustereignis“). Bei unserer Beurteilung berücksichtigen wir entsprechend den Anforderungen in IAS 10 Informationen zu solchen Ereignissen, die uns bis zum Zeitpunkt vorliegen, an dem der Geschäftsbericht zur Veröffentlichung autorisiert wird;
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte;
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags zu jedem Berichtsstichtag vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Finance durchgeführt wird. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden an ein Aufsichtskomitee berichtet und von diesem genehmigt. Es setzt sich aus Mitgliedern der höheren Führungsebene von Finance und Risk zusammen.

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der diskontierten erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neu verhandelt oder auf sonstige Weise angepasst, ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermittelt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in unserer Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr gibt, und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden.

Wir beurteilen zunächst Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, hinsichtlich der Frage, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Weitere Details zur Bestimmung des Wertminderungsverlusts und zu den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sind in unserer Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in unserem Finanzbericht 2014 zu finden.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle und Deckungsquoten der Geschäftsbereiche

in Mio €	30.6.2015			31.12.2014			Veränderung 2015 gegenüber 2014	
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %-Punkten
Corporate Banking & Securities	618	417	67	637	318	50	- 19	18
Private & Business Clients	4.016	2.401	60	4.269	2.486	58	- 253	2
Global Transaction Banking	1.478	933	63	1.574	995	63	- 96	0
Deutsche Asset & Wealth Management	75	34	45	66	33	50	9	- 5
Non-Core Operations Unit	2.467	1.253	51	2.803	1.380	49	- 336	2
Davon: gem. IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmete Aktiva	777	411	53	986	518	53	- 209	0
Insgesamt	8.654	5.039	58	9.348	5.212	56	- 694	2

Wertgeminderte Kredite nach Branchenzugehörigkeit

in Mio €	30.6.2015			31.12.2014		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Banken und Versicherungen	1	0	1	0	0	0
Fondsmanagement	32	2	34	64	0	64
Verarbeitendes Gewerbe	495	224	719	525	232	757
Handel	329	224	553	362	229	591
Private Haushalte	410	3.104	3.514	451	3.299	3.750
Gewerbliche Immobilien	1.592	295	1.887	1.733	314	2.047
Öffentliche Haushalte	13	0	13	50	0	50
Sonstige	1.660	273	1.933	1.806	284	2.090
Insgesamt	4.532	4.122	8.654	4.990	4.359	9.348

Wertgeminderte Kredite nach Regionen

in Mio €	30.6.2015			31.12.2014		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Deutschland	1.510	1.781	3.291	1.604	1.896	3.499
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.483	2.163	4.646	2.683	2.303	4.986
Osteuropa	107	169	276	107	152	259
Nordamerika	257	2	259	423	2	425
Mittel- und Südamerika	29	0	29	2	0	3
Asien/Pazifik	130	6	136	170	5	174
Afrika	14	1	15	0	1	1
Sonstige	2	0	2	1	0	1
Insgesamt	4.532	4.122	8.654	4.990	4.359	9.348

Entwicklung der wertgeminderten Kredite

in Mio €	Jan. – Jun. 2015			Gesamtjahr 2014		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	4.990	4.359	9.348	5.922	4.221	10.143
Im Jahr als wertgemindert klassifiziert	290	830	1.120	2.112	2.181	4.293
Aufgehobene Wertminderungen im Jahr ¹	- 584	- 681	- 1.265	- 1.425	- 1.182	- 2.607
Abschreibungen	- 246	- 391	- 637	- 1.037	- 613	- 1.651
Verkäufe wertgeminderter Kredite	- 49	- 11	- 59	- 514	- 254	- 768
Wechselkursveränderungen/Sonstige	131	16	147	- 68	6	- 62
Bestand am Periodenende	4.532	4.122	8.654	4.990	4.359	9.348

¹ Unter Berücksichtigung von Rückzahlungen.

In den ersten sechs Monaten 2015 reduzierten sich unsere wertgeminderten Kredite um 694 Mio € (7,4 %) auf 8,7 Mrd €, wobei sowohl unser Portfolio einzeln-, als auch unser Portfolio kollektiv bewerteter notleidender Kredite Rückgänge aufwies. Die Reduktion unserer einzeln bewerteten notleidenden Kredite resultiert im Wesentlichen aus Abschreibungen und Verkäufen von nach IAS 39 reklassifizierten Vermögenswerten, die wir in NCOU ausweisen, während der Rückgang unserer kollektiv bewerteten notleidenden Kredite hauptsächlich auf Abschreibungen (größtenteils bezogen auf Verkäufe) in der Postbank und in Italien beruht.

Die Deckungsquote der wertgeminderten Kredite (definiert als Summe des in der Bilanz ausgewiesenen Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln wertgeminderten oder kollektiv ermittelten Kredite im Verhältnis zu den gemäß IFRS wertgeminderten Krediten (ohne Berücksichtigung von Sicherheiten)) verbesserte sich leicht von 56 % zum Jahresende 2014 auf 58 % zum 30. Juni 2015.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 777 Mio € an reklassifizierten Krediten und Forderungen gemäß IAS 39. Diese Position reduzierte sich um 209 Mio € (21 %) im Wesentlichen infolge von Abschreibungen und durch Verkäufe.

Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft besteht aus den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sowie den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft.

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Jun. 2015						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	127	216	343	17	9	26	369
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	- 31	- 43 ¹	- 74 ¹	0	0	0	- 74 ¹
Nettoabschreibungen:	- 222	- 327	- 549	0	0	0	- 549
Abschreibungen	- 246	- 391	- 637	0	0	0	- 637
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	24	64	88	0	0	0	88
Sonstige Veränderungen	24	8	32	3	8	11	43
Bestand am Periodenende	2.293	2.746	5.039	104	159	263	5.302
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	- 63	- 67	- 131	4	0	4	- 127
In %	- 33	- 24	- 28	32	- 4	17	- 26
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	418	- 143	275	0	0	0	275
In %	- 65	78	- 33	0	0	0	- 33

¹ Beinhaltet Auflösungen von 26 Mio € im Zusammenhang mit einem Verkauf, der im zweiten Quartal 2015 vereinbart aber in dritten Quartal 2015 ausgeführt wird (das heißt die entsprechende Abschreibung und die Ausbuchung des wertgeminderten Kredits wird erst in dritten Quartal 2015 abgebildet).

Der Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 5,3 Mrd € am 30. Juni 2015 im Vergleich zu 5,4 Mrd € zum Jahresende 2014. Dieser Rückgang wurde verursacht durch Abschreibungen, die primär im Zusammenhang mit Verkäufen wertgeminderter Kredite standen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich um 127 Mio € im Vergleich zum ersten Halbjahr 2014, verursacht durch den Rückgang der Wertberichtigungen für Kreditausfälle um 131 Mio €. Der Rückgang der Wertberichtigung für Kreditausfälle entstand zu annähernd gleichen Teilen in unseren einzeln sowie kollektiv bewerteten Kreditportfolios. Der Rückgang der Risikovorsorge in unserem einzeln bewerteten Kreditportfolio ist die Folge eines sehr niedrigen Niveaus neuer Kreditausfälle zusammen mit anhaltend hohen Auflösungen von in Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen und Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen, insbesondere in GTB und der NCOU. Höhere Risikovorsorge in CB&S, verursacht durch unsere Portfolios für Leveraged Finance und Schiffskredite, hat den gesamten Rückgang leicht kompensiert. Die geringere Risikovorsorge in unserem kollektiv bewerteten Kreditportfolio folgt aus höheren Auflösungen von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem Verkauf notleidender Kredite sowie einem andauernd positiven Kreditumfeld in Deutschland und einer Stabilisierung in den Kreditmärkten in Südeuropa.

Der Rückgang der Abschreibungen im Vergleich zum zweiten Quartal des Vorjahres um 275 Mio € wird hauptsächlich von der Postbank beeinflusst und ist auf das hohe Niveau des Vorjahres zurückzuführen, das durch einen einmaligen Effekt einer Prozessanpassung verursacht wurde. Der gesamte Rückgang wurde teilweise kompensiert durch höhere Abschreibungen in Italien sowie für IAS 39 reklassifizierte Kredite, die jeweils überwiegend im Zusammenhang mit Verkäufen notleidender Kredite stehen.

Unsere Wertberichtigung für Kreditausfälle, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden und in der NCOU berichtet werden, betrug 412 Mio € zum 30. Juni 2015 und damit 8 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, ein Rückgang um 21 % gegenüber 518 Mio € zum Jahresende 2014 (10 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle). Dieser Rückgang resultierte hauptsächlich aus Nettoabschreibungen in Höhe von 118 Mio € und Nettoauflösungen in Höhe von 24 Mio €, teilweise kompensiert durch Wechselkursveränderungen der überwiegend nicht in EUR denominierten, nach IAS 39 reklassifizierten Kredite.

Im Vergleich zu den ersten sechs Monaten 2014 sank die Risikovorsorge für Kreditausfälle für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte um 61 Mio € und die Nettoabschreibungen stiegen um 74 Mio € an. Beide Veränderungen wurden hauptsächlich durch Verkäufe wertgeminderter Kredite verursacht.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Jun. 2014						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.857	2.732	5.589	102	114	216	5.805
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	191	283	474	13	9	22	496
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	-40	-4	-44	0	0	0	-44
Nettoabschreibungen:	-640	-184	-824	0	0	0	-824
Abschreibungen	-662	-230	-892	0	0	0	-892
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	23	46	69	0	0	0	69
Sonstige Veränderungen	-16	-6	-23	0	1	0	-22
Bestand am Periodenende	2.392	2.824	5.216	114	124	238	5.454
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	-341	3	-338	7	-1	6	-332
In %	-64	1	-42	142	-13	38	-40
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	-319	-73	-391	0	0	0	-391
In %	99	66	91	0	0	0	91

Kreditrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung

Dieser Abschnitt behandelt unsere Risikopositionswerte (Exposure at Default, EAD) sowie RWA nach regulatorischer Risikopositionsklasse und Modellansatz einschließlich unserer Verbriefungspositionen. Die Tabellen basieren für den aktuellen Berichtsstichtag und die Vergleichsperiode auf dem CRR/CRD 4-Rahmenwerk. Alle dargestellten quantitativen Angaben berücksichtigen den regulatorischen Konsolidierungskreis.

Grundsätzlich wenden wir den fortgeschrittenen Internal Ratings Based Approach (IRBA) für den Großteil unseres dafür infrage kommenden Kreditportfolios zur Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach Maßgabe des CRR/CRD 4-Rahmenwerks und gemäß den von der BaFin erhaltenen Genehmigungen an. Der fortgeschrittene IRBA stellt den fortschrittlichsten Ansatz innerhalb des aufsichtsrechtlichen Regelwerks für das Kreditrisiko dar, wodurch wir sowohl interne Bonitätseinstufungsverfahren nutzen als auch interne Schätzungen von verschiedenen spezifischen Risikoparametern vornehmen können. Darüber hinaus wenden wir den IRBA-Basis-Ansatz an für ein Projektfinanzierungs-Portfolio und einen Teil des Kreditportfolios der Postbank an, für den die Postbank die Genehmigung der BaFin in früheren Jahren erhalten hatte.

Wir haben die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinsichtlich der Abdeckungsquote auf Basis von EAD und RWA gemäß § 11 SolvV zu jeder Zeit eingehalten. Da die Institute angehalten sind, den fortgeschrittenen IRBA so umfassend wie möglich anzuwenden, setzen wir unsere Anstrengungen zum weiteren Ausbau unserer Abdeckungsquote fort. Wir ordnen einige wenige verbleibende, für den fortgeschrittenen IRBA infrage kommende Portfolios vorübergehend dem Standardansatz zu. Bezüglich dieser Portfolios wurde ein Implementierungs- und Genehmigungsplan in Abstimmung mit den zuständigen Behörden, der BaFin, der Bundesbank und der EZB, erstellt.

Die im Rahmen der Überprüfungsprozesse für den fortgeschrittenen IRBA erhaltenen BaFin-Genehmigungen für unsere Adressenausfallrisikopositionen ermöglichen uns, 68 intern entwickelte Bonitätseinstufungssysteme bei der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ohne Postbank zu verwenden. Die Genehmigungen, die die Postbank ohne die PB Capital Corporation von der BaFin durch deren Prüfungsprozesse für das Adressenausfallrisiko erhalten hat, ermöglichen die Anwendung von 14 intern entwickelten Bonitätseinstufungssystemen bei der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über unsere Kreditrisikopositionen, unterteilt nach Modellansätzen und Geschäftsbereichen.

Die Position „Sonstige“ im fortgeschrittenen IRBA beinhaltet Risikopositionen aus Verbriefungen im Anlagebuch, bestimmte Beteiligungspositionen und sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen. Innerhalb des Standardansatzes beinhaltet die Position „Zentralregierungen oder Zentralbanken“ Risikopositionen gegenüber „Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften“, „Öffentliche Stellen“, „Multilaterale Entwicklungsbanken“ und „Internationale Organisationen“. Die Position „Sonstige“ im Standardansatz beinhaltet „durch Immobilien besicherte Positionen“, „ausgefallene Positionen“, „Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen“, „Gedekte Schuldverschreibungen“, „Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung“, „Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)“, „Beteiligungspositionen“ (mit Bestandsschutz) und „Sonstige Positionen“.

Risikopositionswert nach Modellansätzen für unsere Kreditrisikoportfolios

	30.6.2015						
in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko							
Fortgeschrittener IRBA	337.396	234.092	113.453	57.443	16.829	10.960	770.173
Zentralregierungen und Zentralbanken	76.962	1.098	22.010	1.931	398	3.744	106.141
Institute	35.907	12.103	13.820	1.019	1.191	232	64.271
Unternehmen	162.216	20.477	73.585	51.345	8.352	1.356	317.331
Mengengeschäft	1.386	192.176	87	2.718	1.710	0	198.078
Sonstige	60.926	8.238	3.950	430	5.179	5.628	84.352
IRB-Basis-Ansatz	2.411	7.381	205	0	11	0	10.008
Zentralregierungen und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	2.411	7.381	205	0	11	0	10.008
Standardansatz	86.388	31.233	15.251	3.710	12.693	21.829	171.104
Zentralregierungen oder Zentralbanken	51.344	19.722	6.900	218	509	265	78.957
Institute	25.553	2.029	301	30	56	149	28.118
Unternehmen	7.317	1.846	5.003	1.531	5.519	687	21.904
Mengengeschäft	8	5.903	476	53	883	20	7.344
Sonstige	2.165	1.734	2.571	1.877	5.726	20.707	34.779
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.506	57	0	0	1	0	1.565
Insgesamt	427.701	272.763	128.909	61.153	29.534	32.789	952.850

							31.12.2014
in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko							
Fortgeschrittener IRBA	298.982	225.016	115.780	50.954	20.890	8.248	719.868
Zentralregierungen und Zentralbanken	58.284	989	30.048	1.694	390	574	91.978
Institute	41.988	7.651	10.662	1.000	1.497	297	63.095
Unternehmen	151.859	19.570	72.600	46.275	11.970	1.239	303.513
Mengengeschäft	823	188.652	112	1.604	1.936	0	193.127
Sonstige	46.028	8.154	2.359	380	5.097	6.138	68.156
IRB-Basis-Ansatz	2.410	7.708	142	0	10	0	10.269
Zentralregierungen und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	2.410	7.708	142	0	10	0	10.269
Standardansatz	84.565	31.721	15.734	3.767	8.702	26.572	171.060
Zentralregierungen oder Zentralbanken	48.777	19.474	7.910	264	565	185	77.175
Institute	29.195	2.973	98	20	32	173	32.491
Unternehmen	5.323	1.522	5.720	1.529	1.340	548	15.982
Mengengeschäft	10	5.761	743	64	1.523	24	8.124
Sonstige	1.260	1.990	1.264	1.891	5.243	25.641	37.288
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.531	62	1	0	2	0	1.595
Insgesamt	387.487	264.506	131.656	54.720	29.603	34.820	902.793

Der Anstieg in den Risikopositionswerten im ersten Halbjahr 2015 wird hauptsächlich durch Fremdwährungsschwankungen verursacht, die 46 Mrd € der Gesamtveränderung von 50 Mrd € ausmachen. Weiterhin sehen wir einen Anstieg der Risikopositionswerte im fortgeschrittenen Ansatz in der Risikopositionsklasse „Sonstige“, welcher hauptsächlich auf zusätzliche Aktivitäten bei synthetischen Verbriefungen zurückzuführen ist.

Die Bewegungen in den Risikopositionswerten in der Forderungsklasse „Zentralregierungen und Zentralbanken“ im fortgeschrittenen Ansatz resultieren hauptsächlich aus höheren Positionen bei verzinslichen Einlagen gegenüber Zentralbanken und deren Reallokation zwischen den Geschäftsbereichen.

Der Rückgang in den Risikopositionswerten in der Forderungsklasse „Sonstige“ im Standardansatz ist hauptsächlich auf unsere leistungsorientierten Pensionsfondsvermögen zurückzuführen.

Interne Ratings und Ausfallwahrscheinlichkeiten

Alle internen Ratings und Bewertungen basieren auf einer einheitlichen Masterskala, die jedem Rating oder jedem Scoring-Ergebnis die Ausfallwahrscheinlichkeit zuweist, die für diese Klasse bestimmt ist.

Interne Ratings und die korrespondierenden Bandbreiten der Ausfallwahrscheinlichkeiten

Internes Rating	Ausfallwahrscheinlichkeiten in % ¹
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02
iAA	> 0,02 ≤ 0,03
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04
iA+	> 0,04 ≤ 0,05
iA	> 0,05 ≤ 0,07
iA-	> 0,07 ≤ 0,11
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83
iBB	> 0,83 ≤ 1,37
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27
iB+	> 2,27 ≤ 3,75
iB	> 3,75 ≤ 6,19
iB-	> 6,19 ≤ 10,22
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99
Ausfall	100,00

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit über einen Einjahreszeitraum.

Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA gegenüber Unternehmen

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA gegenüber Unternehmen einschließlich der Portfolios der Postbank. Die Darstellung beinhaltet keine Adressenausfallrisikopositionen aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften (Securities Financing Transactions, auch „SFT“). Die Risikopositionen werden, unter Angabe der Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten für jede Stufe, auf einer internen Skala der Bonitätseinstufungen verteilt. Die internen Bonitätseinstufungen entsprechen den jeweiligen externen Ratingäquivalenten von Standard & Poor's. Die aufsichtsrechtlichen Risikopositionswerte werden zusammen mit risikopositionsgewichteten Durchschnittswerten für Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, auch „PD“) und Verlustquoten bei Ausfall (Loss Given Default, auch „LGD“), risikogewichteten Aktiva (RWA) sowie durchschnittlichen Risikogewichten (Risk Weight, auch „RW“) dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Die Auswirkungen eines gleichzeitigen Ausfalls („Double-Default-Effekt“), sofern relevant für Positionen außerhalb der Postbank, sind in den Angaben zu den durchschnittlichen Risikogewichten berücksichtigt. Der Double-Default-Effekt unterstellt, dass für eine garantierte Risikoposition nur dann ein Verlust auftritt, wenn sowohl der vorrangige Schuldner als auch der Gewährleistungsgeber gleichzeitig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Netto-Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Unternehmen
(ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben)

Interne Bonitätseinstufung	30.6.2015						31.12.2014					
	Netto EAD	Durchschnittliche PD in % ¹	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto EAD in %	Netto EAD	Durchschnittliche PD in % ¹	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto EAD in %
iAAA	5.560	0,03	23,64	477	8,58	0,01	4.893	0,03	21,82	325	6,64	0,01
iAA+	5.690	0,03	22,06	360	6,33	0,01	5.700	0,03	20,58	326	5,72	0,01
iAA	10.811	0,03	19,75	613	5,67	0,01	11.377	0,03	16,32	534	4,69	0,00
iAA-	11.789	0,04	32,25	1.361	11,55	0,01	12.583	0,04	33,75	1.405	11,17	0,01
iA+	14.811	0,05	31,83	1.934	13,06	0,02	13.744	0,05	29,51	1.849	13,45	0,01
iA	18.789	0,07	30,95	3.281	17,46	0,02	20.367	0,07	31,06	3.363	16,51	0,02
iA-	19.631	0,09	33,81	4.669	23,78	0,03	20.146	0,09	35,14	4.756	23,61	0,03
iBBB+	21.334	0,14	34,95	6.181	28,97	0,05	19.495	0,14	34,90	5.734	29,41	0,05
iBBB	23.137	0,23	29,05	7.160	30,95	0,06	21.891	0,23	30,95	7.238	33,06	0,07
iBBB-	21.776	0,39	31,43	9.025	41,44	0,11	20.057	0,39	31,70	8.730	43,53	0,12
iBB+	13.924	0,64	30,43	6.984	50,16	0,18	13.892	0,64	29,84	6.752	48,60	0,18
iBB	16.403	1,08	27,62	9.281	56,58	0,29	13.993	1,08	26,46	7.647	54,65	0,27
iBB-	16.445	1,77	24,40	9.957	60,54	0,41	13.013	1,77	25,07	7.838	60,23	0,41
iB+	9.748	2,92	19,63	5.970	61,24	0,56	8.157	2,92	19,93	4.942	60,59	0,56
iB	9.097	4,80	22,45	7.531	82,78	1,06	8.096	4,80	20,92	6.215	76,76	1,00
iB-	4.640	7,93	17,67	3.545	76,39	1,42	4.339	7,93	17,21	3.210	73,99	1,35
iCCC+	3.407	14,51	10,63	1.816	53,31	1,43	1.382	12,99	20,65	1.420	102,72	2,69
iCCC	824	21,87	16,09	768	93,23	3,52	643	21,56	16,75	655	101,80	3,81
iCCC-	590	31,00	15,12	508	86,10	4,72	535	31,00	14,78	458	85,59	4,59
Insgesamt ohne Ausfall	228.407	1,19	28,38	81.419	35,65	0,23	214.302	0,99	28,65	73.397	34,25	0,21
Ausfall	7.175	100,00	28,93	1.865	25,99	N/A	7.531	100,00	26,72	1.963	26,07	N/A
Insgesamt mit Ausfall	235.582	4,20	28,40	83.284	35,35	0,23	221.832	4,36	28,58	75.360	33,97	0,21

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Eine höhere durchschnittliche PD in % als für die internen Bonitätseinstufungsskalen iAAA und iAA+ definiert resultiert aus einer Mindestausfallwahrscheinlichkeit von 3 Basispunkten für die Forderungsklasse „Unternehmen“.

Die Mehrheit dieser Engagements besteht gegenüber Kunden im Investment-Grade-Bereich. Die Engagements in niedrigeren Bonitätseinstufungen sind überwiegend besichert.

Die Risikopositionswerte sind innerhalb der Berichtsperiode hauptsächlich durch Fremdwährungsschwankungen und durch die Ausweitung unserer Geschäftsaktivitäten in CB&S und GTB gestiegen. Der Rückgang der Risikopositionswerte in einigen Investment-Grade Bonitätsstufen basiert auf einer regulatorischen Änderung bezüglich der Gleichbehandlung der aufsichtsrechtlichen und regulatorischen Voraussetzungen von Nicht-EU-Ländern, wie zum Beispiel China. Dies führt dazu, dass Risikopositionen aus Unternehmen in Institute umklassifiziert werden.

Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz gegenüber Unternehmen

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz gegenüber Unternehmen. Sie enthält keine Adressenausfallrisikopositionen aus Derivaten- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften. Die Risikopositionen werden, unter Angabe der Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten für jede Stufe, auf einer internen Skala der Bonitätseinstufungen verteilt. Die internen Bonitätseinstufungen korrespondieren mit den jeweiligen externen Standard & Poor's-Bonitätseinstufungen. Die aufsichtsrechtlichen Risikopositionswerte werden zusammen mit den ermittelten RWA sowie den durchschnittlichen RW dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt.

Netto-Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Unternehmen (ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

Interne Bonitätseinstufung	30.6.2015				31.12.2014			
	Netto EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	Netto EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA	1.810	0,03	183	10,11	1.767	0,03	180	10,20
iAA-	673	0,04	59	8,76	18	0,04	2	13,26
iA+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iA	36	0,06	6	16,51	26	0,06	4	16,90
iA-	224	0,09	44	19,55	814	0,08	133	16,31
iBBB+	513	0,15	129	25,14	540	0,15	121	22,32
iBBB	767	0,23	285	37,20	879	0,23	379	43,12
iBBB-	567	0,38	313	55,16	549	0,38	306	55,82
iBB+	634	0,69	450	71,06	736	0,69	494	67,12
iBB	108	1,23	70	64,60	236	1,23	162	68,79
iBB-	68	2,06	43	64,07	35	2,06	28	78,64
iB+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iB	27	3,78	27	100,90	32	3,78	17	54,16
iB-	26	7,26	38	147,41	28	7,26	32	113,90
iCCC+	0	12,76	0	61,13	5	12,76	11	198,16
iCCC	194	18,00	529	272,36	62	18,00	156	250,41
iCCC-	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Insgesamt ohne Ausfall	5.645	0,90	2.176	38,54	5.727	0,52	2.025	35,36
Ausfall	80	100,00	0	0,01	165	100,00	0	0,11
Insgesamt mit Ausfall	5.726	2,28	2.176	38,00	5.892	3,31	2.025	34,38

Der leichte Anstieg der risikogewichteten Aktiva resultiert hauptsächlich aus erhöhten Geschäftsaktivitäten und wird teilweise reduziert durch Ratingverbesserungen im Postbank-Factoring-Portfolio. Der leichte Rückgang der Risikopositionswerte resultiert aus dem Wechsel einzelner Engagements vom Basisansatz in den fortgeschrittenen Ansatz.

Verbriefungen

Überblick über unsere Verbriefungsaktivitäten

Wir engagieren uns in verschiedenen Geschäftsaktivitäten, die Verbriefungsstrukturen verwenden. Die wesentlichen Ziele sind, Anlagekunden den Zugang zu Risiko- und Ertragsprofilen bestimmter Portfolios von Vermögensgegenständen zu ermöglichen, ausleihenden Kunden Zugang zu Refinanzierungen zu gewähren sowie die Steuerung unserer eigenen Kreditrisiken.

Die in den nachfolgenden Tabellen dargestellten Beträge zeigen Details zu unseren verbrieften Forderungen jeweils für das aufsichtsrechtliche Anlage- und Handelsbuch. Details zu unseren Verbriefungspositionen im Handelsbuch, die dem Marktrisiko- Standardansatz („MRSA“) unterliegen, sind in diesem Kapitel dargestellt, während Verbriefungspositionen im Handelsbuch, die dem Umfassenden Risikoansatz („CRM“) unterliegen, im Kapitel „Marktrisiko“ beschrieben werden.

Verbriefungen im Anlagebuch

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband

in Mio €	30.6.2015			31.12.2014		
	Risiko- positions- wert	Kapital- anfor- derung, IRBA ¹	Kapitalanfor- derung, Stan- dardansatz	Risiko- positions- wert	Kapital- anfor- derung, IRBA ¹	Kapitalanfor- derung, Stan- dardansatz
≤ 10 %	62.440	340	0	44.968	246	0
> 10 ≤ 20 %	3.081	27	9	4.170	37	9
> 20 ≤ 50 %	2.357	129	19	2.427	97	1
> 50 ≤ 100 %	2.572	98	52	2.313	124	53
> 100 ≤ 350 %	342	57	1	313	40	3
> 350 ≤ 650 %	180	60	0	160	51	0
> 650 < 1.250 %	343	212	0	299	202	0
1.250 %	655	349	25	424	266	29
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	71.969	1.273	105	55.074	1.064	95

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1, 2) CRR. Einschließlich der Kapitalanforderungen aus Laufzeitunterschieden von synthetischen Verbriefungen nach Risikogewichtsband, definiert als nominal gewichtetes durchschnittliches Risikogewicht des verbrieften Portfolios.

Der Risikopositionswert im Risikogewichtsband ≤ 10 % erhöhte sich um 17,5 Mrd € hauptsächlich aufgrund von Aktivitäten als Originator und Wechselkursänderungen. Generell erhöhte sich der Risikopositionswert im Anlagebuch um 30,7 % auf 72,0 Mrd €, die Kapitalanforderung erhöhte sich um 15,9 % auf 1,4 Mrd €.

Der größte Anteil der verbrieften Forderungen im Anlagebuch wird durch den Aufsichtsrechtlichen Formelansatz (SFA) abgedeckt. Für die verbleibenden, dem IRBA zuzuordnenden Verbriefungspositionen, verwenden wir den internen Bewertungsansatz (IAA), im Wesentlichen für die von uns gesponsorten ABCP-Aktivitäten oder den ratingbasierten Ansatz (RBA).

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Ratingbasierter Ansatz (RBA)

in Mio €	30.6.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-RBA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-RBA ¹	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen ²	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen ²	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	4.889	0	30	0	5.295	0	33	0
> 10 ≤ 20 %	2.289	0	24	0	2.056	0	21	0
> 20 ≤ 50 %	685	808	90	25	854	1.064	50	34
> 50 ≤ 100 %	1.554	18	87	1	1.487	29	120	1
> 100 ≤ 350 %	51	31	4	3	78	7	7	1
> 350 ≤ 650 %	41	19	13	6	58	0	19	0
> 650 < 1.250 %	250	11	138	6	154	16	85	9
1.250 %	567	14	282	15	342	46	244	19
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	10.325	902	668	55	10.324	1.162	579	64

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1, 2) CRR.

² Einschließlich der Kapitalanforderungen aus Laufzeitunterschieden von synthetischen Verbriefungen nach Risikogewichtsband, definiert als nominal gewichtetes durchschnittliches Risikogewicht des verbrieften Portfolios.

Der Risikopositionswert für Verbriefungen unter dem IRBA-RBA blieb nahezu konstant. Der Risikopositionswert für Wiederverbriefungen unter dem IRBA-RBA reduzierte sich leicht auf 0,9 Mrd €.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA)

in Mio €	30.6.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-IAA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-IAA ¹	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	118	0	1	0	996	0	7	0
> 10 ≤ 20 %	116	0	1	0	1.160	0	11	0
> 20 ≤ 50 %	85	31	2	1	245	33	5	1
> 50 ≤ 100 %	94	0	5	0	47	0	3	0
> 100 ≤ 350 %	111	0	23	0	166	0	28	0
> 350 ≤ 650 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 650 < 1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	524	31	33	1	2.614	33	53	1

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1,2) CRR.

Die Reduktion des Risikopositionswerts unter dem IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA) resultierte hauptsächlich aus einer Management-Entscheidung, das Verbriefungsportfolio, finanziert durch ABCP-Conduits, zu reduzieren. Der Risikopositionswert reduzierte sich dadurch um 79,0 % auf 0,6 Mrd €, verglichen mit 2,6 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Aufsichtsrechtlicher Formelansatz (SFA)

in Mio €	30.6.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-SFA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-SFA ¹	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	57.433	0	309	0	38.676	0	206	0
> 10 ≤ 20 %	80	54	1	1	317	49	3	1
> 20 ≤ 50 %	268	0	9	0	217	0	7	0
> 50 ≤ 100 %	121	0	6	0	5	0	0	0
> 100 ≤ 350 %	140	0	27	0	36	0	5	0
> 350 ≤ 650 %	120	0	42	0	102	0	32	0
> 650 < 1.250 %	81	0	68	0	129	0	108	0
1.250 %	49	0	52	0	7	0	3	0
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	58.292	54	515	1	39.487	49	365	1

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1, 2) CRR.

Im Anlagebuch erhöhte sich der Risikopositionswert unter dem IRBA-Aufsichtsrechtlicher Formelansatz (SFA) auf 58,3 Mrd €. Diese Erhöhung resultierte im Wesentlichen aus Aktivitäten als Originator, Verbriefungspositionen, die zuvor durch ABCP Conduits finanziert wurden und noch unter den IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA) fielen, und Währungskursänderungen.

Der Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) wird für Verbriefungspositionen verwendet, bei denen das zugrunde liegende Portfolio vornehmlich aus Kreditrisiken besteht, die, sofern sie von uns direkt gehalten würden, als KSA-Risikopositionen eingestuft würden.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß Kreditrisiko-Standardansatz (KSA)

in Mio €	30.6.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, SA		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, SA	
	Ver-briefungen	Wiederver-briefungen	Ver-briefungen	Wiederver-briefungen	Ver-briefungen	Wiederver-briefungen	Ver-briefungen	Wiederver-briefungen
≤ 10 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 10 ≤ 20 %	542	0	9	0	588	0	9	0
> 20 ≤ 50 %	479	0	19	0	14	0	1	0
> 50 ≤ 100 %	785	0	52	0	745	0	53	0
> 100 ≤ 350 %	9	0	1	0	27	0	3	0
> 350 ≤ 650 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 650 < 1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1.250 %	18	6	18	6	23	6	23	6
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	1.834	6	99	6	1.398	6	89	6

Verbriefungen im Handelsbuch

Für nicht dem Umfassenden Risikoansatz zugeordnete Verbriefungspositionen wird die Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko nach MRSA ermittelt. Das MRSA-Risikogewicht für Verbriefungspositionen im Handelsbuch wird generell mit den gleichen Methoden ermittelt, die auch für die Verbriefungspositionen im Anlagebuch angewandt werden.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem Marktrisiko-Standardansatz (MRSA) unterliegen

in Mio €	30.6.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, MRSA		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, MRSA	
	Ver-briefungen	Wiederver-briefungen	Ver-briefungen	Wiederver-briefungen	Ver-briefungen	Wiederver-briefungen	Ver-briefungen	Wiederver-briefungen
≤ 10 %	7.789	0	19	0	4.540	0	26	0
> 10 ≤ 20 %	5.774	641	65	0	4.568	0	51	0
> 20 ≤ 50 %	1.329	239	31	7	1.289	249	29	8
> 50 ≤ 100 %	1.004	140	58	9	582	100	35	6
> 100 ≤ 350 %	1.303	86	61	12	533	96	73	14
> 350 ≤ 650 %	338	40	27	10	174	36	63	13
> 650 < 1.250 %	262	18	27	7	81	18	45	11
1.250 %	3.599	326	785	297	1.008	302	1.008	302
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	21.399	1.491	1.073	342	12.774	801	1.329	353

Der Anstieg der Verbriefungspositionen im Handelsbuch seit dem letzten Jahresende ist vorwiegend auf eine regulatorische Änderung zurückzuführen, welche dazu führte, dass die Summe der netto Long und netto Short Kapitalanforderungen im Vergleich zum Maximalbetrag berücksichtigt werden muss (Artikel 337 (4) CRR). Obwohl der betrachtete Risikopositionswert um 68,6 % anstieg, sank die Kapitalanforderung um 15,9 %. Dies ist zum einen auf eine deutliche Reduzierung von mit hohen Risikogewichten bewerteten Positionen und zum anderen auf synthetische Verbriefungspositionen zurückzuführen, welche zum Risikopositionswert beitragen, jedoch einer Deckelung der Eigenmittelanforderungen gemäß Artikel 335 CRR unterliegen.

Marktrisiko

Marktrisiko der Handelsportfolios (ohne Postbank)

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag.

Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zins- risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko ¹		Rohwarenpreis- risiko	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Durchschnitt ²	47,6	51,6	-43,1	-34,9	20,9	25,1	33,3	31,2	17,6	14,8	17,5	13,2	1,4	2,2
Maximum ²	65,6	71,4	-59,2	-61,9	30,2	42,8	40,3	38,9	28,3	24,6	25,0	21,2	4,0	10,2
Minimum ²	35,1	35,4	-31,8	-24,4	17,7	15,7	28,1	25,9	9,2	9,9	10,2	6,9	0,5	0,7
Periodenende ³	40,4	49,0	-50,6	-36,0	24,5	18,1	28,2	29,6	18,9	15,5	16,9	20,5	2,4	1,3

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

² Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte in den ersten sechs Monaten 2015 beziehungsweise im Gesamtjahr 2014 bewegten.

³ Angaben für 2015 zum 30. Juni 2015 und Angaben für 2014 zum 31. Dezember 2014.

Der durchschnittliche Value-at-Risk innerhalb der ersten sechs Monate 2015 betrug 47,6 Mio € und ging um 4 Mio € gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2014 zurück. Der durchschnittliche Zins-Value-at-Risk reduzierte sich und es ergab sich eine Erhöhung des durchschnittlichen Währungs-Value-at-Risk, des Aktien-Value-at-Risk und des Credit-Spread-Value-at-Risk. Das Währungsrisiko erhöhte sich aufgrund einer im Durchschnitt erhöhten US-Dollar-Position im Vergleich zum Durchschnitt im Jahr 2014 und das Aktienrisiko erhöhte sich aufgrund eines erhöhten Engagements in einzelnen Aktientiteln. Zusätzlich ergaben sich Zunahmen aufgrund der erhöhten Marktvolatilität innerhalb des Einjahreszeitraums, welcher für die Berechnung des Value-at-Risk verwendet wird. Dies beeinflusste insbesondere das Währungs- und Aktienkursrisiko. Der allgemeine Rückgang ist auf eine verbesserte Diversifikation zurückzuführen, welche sich durch eine geänderte Zusammensetzung der Zinsrisikokomponente des gesamten Portfolios einstellte.

In den ersten sechs Monaten 2015 erzielten unsere Handelsbereiche an 94 % der Handelstage einen positiven Ertrag gegenüber 95 % im Kalenderjahr 2014.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko

Im handelsbezogenen Marktrisiko waren der umfassende Risikoansatz und der Marktrisiko-Standardansatz teilweise von der Umsetzung des neuen CRR/CRD 4 Rahmenwerks beeinflusst, wie in den entsprechenden Abschnitten erläutert wird.

Stress-Value-at-Risk

Die folgende Tabelle zeigt den Stress-Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) unserer Handelsbereiche.

Stress-Value-at-Risk nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zins- risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko ¹		Rohwarenpreis- risiko	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Durchschnitt ²	105,2	109,6	-137,6	-125,4	66,0	64,4	117,6	124,0	21,3	11,5	35,3	29,7	2,6	5,4
Maximum ²	135,1	161,1	-186,7	-168,0	84,2	85,9	154,5	142,8	68,7	42,6	59,8	70,3	7,6	16,7
Minimum ²	82,4	81,6	-111,7	-102,3	50,1	48,8	95,3	100,7	0,1	0,0	13,5	13,7	0,7	1,4
Periodenende ³	99,4	120,7	-119,6	-139,3	61,8	52,3	101,6	140,8	21,8	18,8	28,2	46,2	5,6	1,8

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

² Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte in den ersten sechs Monaten 2015 beziehungsweise im Gesamtjahr 2014 bewegten.

³ Angaben für 2015 zum 30. Juni 2015 und Angaben für 2014 zum 31. Dezember 2014.

Der durchschnittliche Stress-Value-at-Risk in den ersten sechs Monaten 2015 betrug 105,2 Mio € und reduzierte sich um 4,4 Mio € gegenüber dem Durchschnitt für das Jahr 2014. Der Rückgang resultierte hauptsächlich aus einem erhöhten Diversifikationseffekt, welcher sich durch eine geänderte Zusammensetzung der Zinskomponente des Portfolios ergab. Es ergab sich eine Reduzierung des Credit-Spread-Stress-Value-at-Risk, welche teilweise durch Erhöhungen des Aktienkursrisiko-Stress-Value-at-Risk und des Währungsrisiko-

Stress-Value-at-Risk aufgewogen wurde. Der im Durchschnitt erhöhte Aktienkursrisiko-Stress-Value-at-Risk lässt sich auf erhöhte Positionen in einzelnen Aktientiteln und eine reduzierte Verlustabsicherung im Vergleich zum Jahr 2014 zurückführen. Der Währungsrisiko-Stress-Value-at-Risk erhöhte sich infolge einer gestiegenen Risikoposition in US-Dollar. Die Reduzierung des Credit-Spread-Stress-Value-at-Risk im Durchschnitt und zum Periodenende lässt sich auf eine Verbesserung des Korrelationsansatzes zurückführen, welcher zur Aggregation der Komponenten innerhalb des Credit-Spread-Value-at-Risk verwendet wird.

Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert des Stichtags- oder des Durchschnittswerts der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag. Der inkrementelle Risikoaufschlag für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage ist der Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximum- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag.

Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)³

in Mio €	Insgesamt		Fixed Income & Currencies		Structured Finance		Emerging Markets - Debt		NCOU		Sonstige	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Durchschnitt ¹	1.236,2	811,9	807,0	532,8	334,7	152,2	275,5	164,1	12,1	-3,6	-193,2	-33,5
Maximum ¹	1.453,3	1.065,4	1.049,5	719,3	445,0	189,3	323,0	220,2	38,7	39,4	-134,8	64,7
Minimum ¹	1.070,5	647,9	569,2	381,8	242,8	106,3	221,4	119,5	-0,4	-25,8	-251,3	-88,0
Periodenende ²	1.094,1	1.037,8	769,8	603,4	274,4	159,8	221,4	170,5	7,7	39,4	-179,1	64,7

¹ Die Werte wurden auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 30. Juni 2015 beziehungsweise am 31. Dezember 2014 endete.

² Angaben für 2015 zum 30. Juni 2015 und Angaben für 2014 zum 31. Dezember 2014.

³ Die Aufteilung auf die Geschäftsfelder wurde für das Reporting in 2015 angepasst, um die aktuelle Geschäftsstruktur besser abzubilden.

Der Inkrementelle Risikoaufschlag zum Ende der ersten sechs Monate des Jahres 2015 betrug 1,1 Mrd € und erhöhte sich um 56 Mio € (5 %) gegenüber dem Jahresende 2014. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt Inkrementelle Risikoaufschlag für die ersten sechs Monate 2015 belief sich auf 1,2 Mrd € und lag damit 424 Mio € (52 %) über dem Zwölf-Wochen-Durchschnitt für die am 31. Dezember 2014 endende Periode. Dieser Anstieg ist zurückzuführen auf einen Anstieg der Risikopositionen in konzentrierten Einzeladressen, vornehmlich betreffend staatliche Emittenten, die in besonderer Weise den Inkrementellen Risikoaufschlag beeinflussen.

Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem Minimumwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem Verbriefungsrahmenwerk.

Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten)

in Mio €	2015	2014
Durchschnitt ¹	203,7	246,9
Maximum ¹	220,0	257,5
Minimum ¹	193,8	223,0
Periodenende ²	146,8	222,0

¹ Der Wert für den aufsichtsrechtlichen Umfassenden Risikoansatz wurde auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 30. Juni 2015 beziehungsweise am 31. Dezember 2014 endete.

² „Spot“-Betrag des internen Modells auf Basis des Umfassenden Risikoansatzes zum Periodenende.

Der Umfassende Risikoansatz am Periodenende der ersten sechs Monate im Jahr 2015 betrug 147 Mio € und reduzierte sich um 75 Mio € (34 %) gegenüber dem Jahresende 2014. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt des Umfassenden Risikoansatzes für die ersten sechs Monate 2015 betrug 204 Mio € und lag um 43 Mio € (18 %) unter dem Zwölf-Wochen-Durchschnittswert für die am 31. Dezember 2014 endende Periode. Der Rückgang erfolgte durch kontinuierlichen Risikoabbau in das Korrelationshandelsportfolio.

Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“)

Zum 30. Juni 2015 führten Verbriefungspositionen, für die das spezifische Zinsrisiko gemäß dem Marktrisiko-Standardansatz berechnet wird, zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 1.415 Mio €, die risikogewichteten Aktiva in Höhe von 17,7 Mrd € entsprachen. Zum 31. Dezember 2014 erzeugten diese Positionen Eigenkapitalanforderungen von 1.682 Mio € mit entsprechenden risikogewichteten Aktiva in Höhe von 21,0 Mrd €. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Risikoabbau zurückzuführen. Allerdings wurde dieser zum Teil durch einen Anstieg aufgewogen, welcher sich auf das Ende der Übergangsfristen, die in Artikel 337 (4) CRR festgeschrieben sind, zurückführen lässt, da die nun geltende Berechnung auf der Summe der gewichteten Netto-Kauf-Positionen sowie der Summe der gewichteten Netto-Verkaufs-Positionen basiert anstatt auf der größeren der beiden Summen.

Die Eigenkapitalanforderungen für nth-to-Default-Derivate stiegen auf 19 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 237 Mio € entsprach, verglichen mit 1 Mio € und 19 Mio € zum 31. Dezember 2014. Grund für die Anstiege sind die zuvor erwähnten regulatorischen Änderungen.

Des Weiteren beliefen sich die Eigenkapitalanforderungen für Investmentanteile im Marktrisiko-Standardansatz zum 30. Juni 2015 auf 72 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 903 Mio € entsprach, im Vergleich zu 91 Mio € und 1.139 Mio € zum 31. Dezember 2014.

Die Eigenkapitalanforderungen für das Langlebigerkeitsrisiko im Marktrisiko-Standardansatz betragen für NCOU und PIRM 37 Mio € zum 30. Juni 2015, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 460 Mio € entsprach, im Vergleich zu 26 Mio € und 326 Mio € zum 31. Dezember 2014.

Marktrisiko des Handelsbuchs der Postbank

Der Value-at-Risk des Postbank-Handelsbuchs betrug bei einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Halte-dauer von einem Tag 0 € am 30. Juni 2015 sowie am 31. Dezember 2014. Die derzeitige Handelsbuch-Strategie der Postbank erlaubt keine neuen Handelsaktivitäten in Bezug auf das Handelsbuch. Daher enthielt das Handelsbuch der Postbank zum 30. Juni 2015 und zum 31. Dezember 2014 keine Positionen. Gleichwohl wird die Postbank als Handelsbuchinstitut klassifiziert.

Operationelle Risiken

In den ersten sechs Monaten 2015 waren unsere operationellen Risikoverluste weiterhin durch Verluste aus Rechtsstreitigkeiten und durch Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten bestimmt. Für einen Überblick über unsere bestehenden rechtlichen und regulatorischen Verfahren verweisen wir auf das Kapitel „Sonstige Finanzinformationen“ in diesem Zwischenbericht. Unsere nicht auf Rechtsstreitigkeiten beruhenden operationellen Risikoverluste waren weiterhin geringer als in den ersten sechs Monaten 2014. Der Ausblick für das verbleibende Jahr bleibt aufgrund des rechtlichen und regulatorischen Umfeldes, das sich unseres Erachtens weiterhin auf unser Geschäft auswirken wird, verhalten. Die zukunftsorientierte Steuerung unseres operationellen Risikos wird durch die Überwachung der potenziellen Gewinn- und Verlustsituation auf Basis von regulären Überprüfungen von Rechtsrisiken, Trendanalysen zu eingetretenen Verlusten und Risikoindikatoren gefördert.

Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken nach Geschäftsbereichen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2015	31.12.2014	Veränderung 2015 gegenüber 2014	
			in Mio €	in %
Corporate Banking & Securities	6.028	3.569	2.459	69
Private & Business Clients	610	1.088	- 478	- 44
Global Transaction Banking	796	150	646	431
Deutsche Asset & Wealth Management	1.151	722	429	59
Non-Core Operations Unit	420	2.070	- 1.650	- 80
Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken insgesamt	9.006	7.598	1.408	19

Der Ökonomische Kapitalbedarf für operationelle Risiken erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2014 um 1,4 Mrd € oder 19 % und betrug zum 30. Juni 2015 9,0 Mrd €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus internen und externen Verlusten aus Rechtsstreitigkeiten, die in unserem Kapitalmodell genutzt werden und ein erhöhtes operationelles Risikoverlustprofil der gesamten Branche widerspiegeln. Abgesehen von der Gesamtzunahme des Ökonomischen Kapitals wurden die geschäftsbereichsbezogenen Veränderungen auf Quartalsbasis durch eine Änderung der Allokationsmethode hervorgerufen. Insbesondere wurde die Kapitalallokationsmethode für die Non-Core Operations Unit (NCOU) auf eine vermögenswertbasierte Methode angepasst. Die neue Allokation ersetzt die komplexere, jedoch ungenauere bisherige Allokation und berücksichtigt unseres Erachtens das zurückgehende Restrisiko bei dem Abbau von Geschäftseinheiten in angemessener Art und Weise. Dies führt zu einem Anstieg im Ökonomischen Kapital von CB&S.

Entwicklung des Rahmenwerks im operationellen Risikomanagement

Um das Risikoprofil angemessen widerzuspiegeln, wird unser AMA-Modell (Advanced Measurement Approach) fortlaufend validiert und optimiert. Im Zuge der kontinuierlichen Verbesserung und Validierung unseres Modells wurden Modellveränderungen entwickelt, die wir zur Genehmigung bei der BaFin eingereicht haben, und wir erwarten deren Genehmigung durch die gemeinschaftliche Aufsicht (BaFin und EZB). Diese Veränderungen beinhalten eine verbesserte Methode zur Validierung und Rekalibrierung der Versicherungsparameter, Modifizierungen bei der Modellierung der Verlustfrequenz sowie verbesserte Bewertungsmechanismen für die Self-Assessment-Ergebnisse unseres AMA-Modells.

Ferner haben wir einen weiteren Antrag auf Modellveränderung bei der BaFin eingereicht, um die in unserem AMA-Modell seit 2011 berücksichtigte Sicherheitsmarge auf das Ökonomische Kapital von 1 Mrd € durch eine zukunftsgerichtete, risikosensitivere Komponente zu ersetzen. Im Ergebnis führt diese Modellveränderung, auch nach Herausnahme der Sicherheitsmarge, zu einem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf. Diese Modellveränderung verbessert unseren fortgeschrittenen Messansatz (AMA-Modell) dahingehend, dass unsere „relevanten Verlustdaten“ um die Berücksichtigung von hinreichend wahrscheinlichen Verlusten aus Rechtsstreitigkeiten erweitert werden. Diese hinreichend wahrscheinlichen Verluste aus Rechtsstreitigkeiten, welche aus anhängigen und auch künftigen Rechtsstreitigkeiten resultieren können, werden jedes Quartal überprüft und basieren auf Bewertungen unserer Rechtsexperten.

Ogleich unsere Gespräche mit der gemeinschaftlichen Aufsicht über diese Modellverbesserungen noch andauern, hat die Geschäftsführung beschlossen, die Auswirkungen dieser Änderungen im zweiten Quartal 2014 zu berücksichtigen, was zu einem Anstieg des Kapitalbedarfs gegenüber den derzeit von der BaFin genehmigten Modellen führen wird.

Im ersten Quartal 2015 erlaubte uns die gemeinschaftliche Aufsicht die Nutzung einer erweiterten divisionalen Kapitalallokationsmethode, die durch eine divisionsspezifische Verlusthöhenverteilung der Kerngeschäftsfelder sowie durch eine verbesserte Allokation auf die Non-Core Operations Unit gekennzeichnet ist. Die sich unseres Erachtens aus der Nutzung der neuen Methode ergebenden wesentlichen Vorteile sind ein gesteigertes Augenmerk auf eigenständige divisionale Risikoprofile sowie eine maßgebliche Reduzierung geschäftsfeldübergreifender Effekte. Darüber hinaus sind wir von der Nutzung einer komplexen, die Abwicklung des NCOU-Geschäfts nicht vollständig widerspiegelnden Allokation, auf eine neue vermögenswertbasierte NCOU-Allokation übergegangen. Überdies wurde die Allokation der Sicherheitsmarge für das Ökonomische Kapital von 1 Mrd €, die RWA von Kerngeschäftsfeldern zur Non-Core Operations Unit verschiebt, als nicht mehr angemessen erachtet und entfernt. Diese Veränderungen sind bereits umgesetzt und spiegeln sich in den Ergebnissen seit dem ersten Quartal 2015 wider.

Liquiditätsrisiko

Zusammensetzung unserer externen Finanzierungsquellen in Milliarden Euro sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2015		31.12.2014	
Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital	218	22 %	214	23 %
Privatkunden	311	32 %	301	33 %
Transaction Banking	207	21 %	184	20 %
Sonstige Kunden ¹	79	8 %	74	8 %
Unbesicherte Wholesale Refinanzierung	60	6 %	55	6 %
Besicherte Refinanzierung und Shortpositionen	101	10 %	81	9 %
Finanzierungsvehikel ²	6	1 %	12	1 %
Externe Finanzierungsquellen insgesamt	982	100 %	919	100 %

¹ „Sonstige Kunden“ enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).

² Enthält ABCP-Conduits.

Hinweis: Zum Abgleich zur Bilanzsumme sind zu berücksichtigen: Derivate- und Abwicklungssalden 582 Mrd € (660 Mrd €), Nettingeffekte für Margin- und Prime-Brokerage-Barsalden (auf Nettobasis) 74 Mrd € (75 Mrd €) und sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 57 Mrd € (54 Mrd €), jeweils zum 30. Juni 2015 und zum 31. Dezember 2014.

Der Anstieg von 22 Mrd € bei den Transaction-Banking-Einlagen und von 20 Mrd € im Bereich besicherte Refinanzierung und Shortpositionen spiegelt ein erhöhtes Geschäftsvolumen im Vergleich zum niedrigen Jahresendniveau wider. Höhere Einlagen von AWM-Kunden wurden in der 10 Mrd € Erhöhung im Privatkundenbereich reflektiert. Effekte in den Fremdwährungswechselkursen leisten einen Beitrag zur Erhöhung in den meisten Refinanzierungsquellen.

Im zweiten Quartal 2015 haben wir Mittel in Höhe von 5,5 Mrd € zu einem durchschnittlichen Spread von 59 Basispunkten gegenüber dem relevanten variablen Index, zum Beispiel LIBOR, aufgenommen. Insgesamt emittierten wir im ersten Halbjahr 2015 22,4 Mrd € aus dem gesamten Refinanzierungsplan für 2015 von 30 bis 35 Mrd €, was einer Erfüllungsquote von 69 % entspricht, 19 Prozentpunkte über dem anteiligen Jahreswert (die Prozentzahlen beziehen sich auf den mittleren Wert des Refinanzierungsplans). Der durchschnittliche Aufschlag in den ersten sechs Monaten des Jahres waren 51 Basispunkte gegenüber dem relevanten variablen Index, zum Beispiel LIBOR, mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 6,5 Jahren. Für das restliche Jahr beabsichtigen wir, den Rest unserer Anforderungen durch eine Vielzahl von Möglichkeiten einschließlich Emissionen gezielt an Privatanleger, Privatplatzierungen mit institutionellen Investoren und weiteren öffentlichen Benchmark-Emissionen sicherzustellen.

Regelmäßige Stresstestanalysen stellen sicher, dass wir zu jeder Zeit ausreichende Barreserven und liquide Aktiva zur Verfügung haben, um eine potenzielle Finanzierungslücke schließen zu können, die in einem kombinierten idiosynkratischen und marktbezogenen Stressszenario auftreten kann. Zu diesem Zweck halten wir Liquiditätsreserven vor, die verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (unter anderem Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte umfassen. Das Volumen der Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten Stresstest-Ergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so halten wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren. Somit schwankt das Gesamtvolumen der Liquiditätsreserven mit den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Diese Reserven werden in den wichtigsten Währungen und an den Hauptstandorten gehalten, an denen die Bank aktiv ist. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Gruppenebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. Die Größe und Zusammensetzung der Liquiditätsreserven unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch die Geschäftsführung. Die angewandten Sicherheitsabschläge spiegeln unsere Annahmen des aktuellen Liquiditätswerts wider, der pri-

mär durch besicherte Refinanzierung erzielt werden könnte, und berücksichtigen die Erfahrungen, die in den besicherten Refinanzierungsmärkten unter Stress gemacht wurden.

Zusammensetzung unserer Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften

in Mrd €	30.6.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	81	81	65	65
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	69	69	54	54
Tochtergesellschaften	12	12	11	11
Hochliquide Wertpapiere (enthalten Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	103	96	103	96
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	79	73	81	75
Tochtergesellschaften	24	23	23	20
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	15	11	16	11
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	13	10	14	10
Tochtergesellschaften	2	1	2	1
Gesamte Liquiditätsreserven	199	188	184	171
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	160	151	149	139
Tochtergesellschaften	39	36	35	32

Während der ersten sechs Monate im Jahr 2015 haben sich unsere Liquiditätsreserven um 15 Mrd € oder 8 % gegenüber dem Jahresende 2014 erhöht.

Kapitalmanagement

Die ordentliche Hauptversammlung 2014 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 101,9 Millionen Aktien bis Ende April 2019 zurückzukaufen. Davon können 51,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen der Hauptversammlung 2013. Wir haben von der BaFin die Zustimmung zur Umsetzung dieser Genehmigungen für das Jahr 2014 erhalten, wie es nach Vorschriften der CRR/CRD 4 erforderlich ist. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2014 bis zur Hauptversammlung 2015 (21. Mai 2015) haben wir 25,6 Millionen Aktien zurückgekauft. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet, so dass der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien zur Hauptversammlung 2015 0,2 Millionen betrug.

Unser Vorstand erhielt von der Hauptversammlung 2015 die Ermächtigung, bis zu 137,9 Millionen Aktien bis Ende April 2020 zurückzukaufen. Davon können 69,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Wir haben von der BaFin die Genehmigung für Aktienrückkäufe im Jahr 2015 gemäß neuen CRR/CRD 4-Regeln erhalten. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2015 bis zum 30. Juni 2015 wurden keine weiteren Aktien zurückgekauft. Der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien zum 30. Juni 2015 betrug 0,2 Millionen.

Bis zur Hauptversammlung 2015 betrug der Nennwert des dem Vorstand zur Verfügung stehenden genehmigten Kapitals 257 Mio € (100 Millionen Aktien). Das verfügbare bedingte Kapital betrug 486 Mio € (190 Millionen Aktien). Darüber hinaus hat die Hauptversammlung 2014 die Begebung von Genussscheinen als Zusätzliches Tier-1-Kapital genehmigt.

Neues genehmigtes Kapital in Höhe von 1.760 Mio € (688 Millionen Aktien), welches alte Genehmigungen ersetzt, wurde von der Hauptversammlung 2015 bewilligt. Das verfügbare bedingte Kapital bleibt unverändert 486 Mio € (190 Millionen Aktien).

Unsere ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente (im Wesentlichen alle nicht kumulativen Vorzugsaktien) werden unter CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln nicht mehr voll anerkannt – hauptsächlich, da sie über keinen Abschreibungs- oder Eigenkapitalwandlungsmechanismus verfügen. Allerdings werden sie während der CRR/CRD 4-Übergangsphase großteils als Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier-1) und unter den CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln teilweise als Ergänzungskapital anerkannt. Während der Übergangsphase reduziert sich der maximal anerkennbare Betrag an Zusätzlichen Kernkapital-Instrumenten aus Basel 2.5-konformen Emissionen zum 31. Dezember 2012 jeweils zum Jahresanfang um 10 % oder 1,3 Mrd € bis 2022. Zum 30. Juni 2015 führte dies zu anrechenbaren Zusätzlichen Kernkapital-Instrumenten in Höhe von 11,8 Mrd € (4,6 Mrd € der neu begebenen AT1-Anleihen sowie noch übergangsweise anrechenbare Hybride Kernkapital-Instrumente von 7,1 Mrd €). 5,8 Mrd € ehemals emittierter hybrider Kernkapital-Instrumente können unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung noch als Ergänzungskapital angerechnet werden.

Am 1. April 2015 haben wir neue festverzinsliche nachrangige Tier-2-Anleihen mit einem Nominalvolumen von 1,50 Mrd US-\$ begeben, die als Ergänzungskapital anrechenbar sind. Die Anleihen werden mit 4,50 % verzinst, haben eine Stückelung von 200.000 US-\$ sowie darüber hinausgehende ganze Vielfache von 1.000 US-\$ und werden am 1. April 2025 fällig. Sie wurden in Transaktionen unter den Registrierungsanforderungen des US Securities Act von 1933 emittiert.

Weiterhin haben wir am 10. April 2015 neue kündbare, festverzinsliche, nachrangige Tier-2-Anleihen mit einmaliger Zinsrücksetzung mit einem Nominalvolumen von 1,41 Mrd CNY begeben, die als Ergänzungskapital anrechenbar sind. Die Anleihen haben eine Stückelung von 1.000.000 CNY und werden am 10. April 2025 fällig. Sie wurden in Transaktionen außerhalb der USA emittiert und waren nicht Bestandteil der Registrierungsanforderungen des US Securities Act von 1933, in seiner geänderten Fassung, und wurden nicht in den USA angeboten oder verkauft.

Die Summe unserer Ergänzungskapital-Instrumente, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase anerkannt sind, betrug 7,0 Mrd € zum 30. Juni 2015. Es gibt zum 30. Juni 2015 keine ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente mehr, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase noch als Ergänzungskapital anerkannt werden. Der Nominalbetrag der ursprünglichen Ergänzungskapital-Instrumente beträgt 8,8 Mrd €. Seit dem 31. März 2014 wurden keine Ergänzungskapital-Instrumente gekündigt.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Seit dem 1. Januar 2014 wurden für die Ermittlung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4 oder „CRD 4“), die in deutsches Recht Eingang gefunden haben, berücksichtigt. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva“ basieren auf der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung.

Gemäß den CRR/CRD 4-Übergangsregeln werden Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechnungsfähig sind, schrittweise eliminiert, während die neuen Regeln zu den aufsichtsrechtlichen Anpassungen sukzessive eingeführt werden. Diese Übergangsregeln sind zur Erleichterung des Übergangs der Banken zu den vollständig umgesetzten Regeln zugelassen. Die CRR/CRD 4-Werte bei Anwendung der Vollumsetzung berücksichtigen die Übergangsregeln nicht, das heißt, alle nicht mehr anrechnungsfähigen Kapitalinstrumente werden eliminiert und alle neuen aufsichtsrechtlichen Anpassungen werden angewendet. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des final angestrebten Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. Gleichzeitig bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmun-

gen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken einschließlich Basel 2.5 eingeführt wurden, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesem Fall geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln Ende 2017 gemindert werden.

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Die für den Deutsche Bank-Konzern anwendbare Mindestkapitalanforderung für das Harte Kernkapital von 4 % der risikogewichteten Aktiva (RWA) im Jahr 2014 erhöhte sich und von 2015 an beträgt sie 4,5 % der RWA.

Im März 2015 wurde die Deutsche Bank von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank als global systemrelevantes Institut (G-SII) eingestuft, was zu einer zusätzlichen Anforderung von 2 % Hartem Kernkapital der RWA führt, die ab 2019 vollumfänglich in Kraft tritt. Dies steht im Einklang mit der vom Financial Stability Board (FSB) getroffenen Beurteilung der Systemrelevanz auf der Grundlage der Indikatoren, welche im Jahr 2014 veröffentlicht wurden. Diese zusätzliche Kapitalpufferanforderung wird auf Basis einer Übergangsregelung ab 2016 eingeführt.

Ferner kann die Europäische Zentralbank (EZB) gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) einzelnen Banken Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die strenger als die gesetzlichen Anforderungen sind. Am 20. Februar 2015 hat die EZB uns mitgeteilt, dass wir verpflichtet sind, eine Harte Kernkapitalquote von mindestens 10 % (basierend auf den Übergangsregelungen) zu jeder Zeit aufrechtzuerhalten.

Weitere Informationen zu den für uns anwendbaren Mindestkapitalanforderungen und zusätzlichen Kapitalpuffern sind in unserem Finanzbericht 2014 enthalten.

Zusammenfassung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten

in Mio €	30.6.2015		31.12.2014	
	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	68.293	68.544	65.750	66.175
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des harten Kernkapitals	- 20.932	- 9.451	- 19.674	- 6.072
Hartes Kernkapital	47.361	59.094	46.076	60.103
Zusätzliches Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	11.817	4.676	14.696
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	- 125	- 8.711	- 57	- 10.902
Zusätzliches Kernkapital	4.551	3.107	4.619	3.794
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	51.912	62.200	50.695	63.898
Ergänzungskapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	12.482	7.060	12.412	4.891
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2)	- 82	- 429	- 36	- 496
Ergänzungskapital	12.400	6.632	12.376	4.395
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	64.311	68.832	63.072	68.293
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	415.780	416.594	393.969	396.648
Kapitalquoten				
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,4	14,2	11,7	15,2
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,5	14,9	12,9	16,1
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	15,5	16,5	16,0	17,2

Überleitung der konsolidierten Bilanz nach IFRS zur aufsichtsrechtlichen Bilanz (nicht testiert)

in Mio €	30.6.2015			31.12.2014			Referenzen ¹
	Konzernbilanz lt. Konzernabschluss	Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	Aufsichtsrechtliche Konzernbilanz	Konzernbilanz lt. Konzernabschluss	Konsolidierungsentscheidung von Gesellschaften	Aufsichtsrechtliche Konzernbilanz	
Aktiva:							
Barreserve	25.641	- 133	25.507	20.055	- 246	19.809	
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	64.382	- 2.389	61.993	63.518	- 1.358	62.160	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	27.785	0	27.785	17.796	0	17.796	
Forderungen aus Wertpapierleihen	28.593	- 12	28.581	25.834	- 11	25.823	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	206.382	- 3.357	203.024	195.681	- 7.846	187.835	
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	539.665	- 77	539.588	629.958	421	630.379	
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	115.655	- 13.783	101.873	117.285	- 12.490	104.795	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	861.702	- 17.217	844.485	942.924	- 19.915	923.009	
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	71.768	455	72.223	64.297	434	64.731	
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	4.950	- 271	4.679	4.143	- 218	3.925	h
davon: Geschäfts- oder Firmenwert	468	0	468	430	0	430	e
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	425.019	- 1.037	423.981	405.612	- 3.348	402.264	
Sachanlagen	2.891	- 191	2.701	2.909	- 193	2.716	
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	15.689	- 1.739	13.950	14.951	- 1.817	13.134	e
Sonstige Aktiva	157.432	- 1.472	155.961	137.980	- 1.027	136.953	
davon: Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	955	0	954	961	0	961	g
Ertragsteuerforderungen ²	8.324	- 91	8.233	8.684	- 131	8.553	f
Summe der Aktiva	1.694.176	- 24.097	1.670.079	1.708.703	- 27.832	1.680.872	
Passiva:							
Einlagen	573.236	5.954	579.190	532.931	4.823	537.754	
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	7.917	0	7.917	10.887	0	10.887	
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.979	- 11	2.969	2.339	- 10	2.329	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelspassiva	50.664	- 142	50.522	41.843	- 200	41.643	
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	513.442	68	513.510	610.202	603	610.805	
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	41.894	- 2.384	39.510	37.131	- 2.315	34.816	
Investmentverträge	9.359	- 9.359	0	8.523	- 8.523	0	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	615.359	- 11.817	603.542	697.699	- 10.435	687.264	
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	32.543	- 3.884	28.659	42.931	- 8.780	34.151	
Sonstige Passiva	209.090	- 14.295	194.795	183.823	- 12.628	171.195	
Rückstellungen	7.406	- 81	7.325	6.677	- 81	6.596	
Ertragsteuerverbindlichkeiten ²	2.703	- 394	2.308	2.783	- 483	2.300	
Langfristige Verbindlichkeiten	160.255	1.450	161.706	144.837	772	145.609	
davon: Nachrangige Verbindlichkeiten ³	8.524	0	8.524	6.392	0	6.392	j, k
Hybride Kapitalinstrumente ³	6.952	379	7.332	10.573	516	11.089	j, k
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	
Summe der Verbindlichkeiten	1.618.440	- 22.698	1.595.742	1.635.481	- 26.308	1.609.173	
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	3.531	0	3.531	3.531	0	3.531	a
Kapitalrücklage	33.805	- 5	33.800	33.626	- 5	33.621	a
Gewinnrücklagen	29.185	- 1.007	28.178	29.279	- 1.107	28.171	b
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 9	0	- 9	- 8	0	- 8	a
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	a
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	4.249	- 253	3.996	1.923	- 306	1.617	c
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	70.762	- 1.265	69.497	68.351	- 1.419	66.932	
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile	4.675	0	4.675	4.619	0	4.619	i
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	300	- 134	166	253	- 105	148	d
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	75.736	- 1.399	74.337	73.223	- 1.523	71.699	
Summe der Passiva	1.694.176	- 24.097	1.670.079	1.708.703	- 27.832	1.680.872	

¹ Referenzen ordnen die aufsichtsrechtlichen Bilanzpositionen, die zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals angegeben werden, in der Spalte „Referenzen“ in der Tabelle „Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten (nicht testiert)“ ein. Gegebenenfalls werden weitere detaillierte Informationen im jeweiligen Fußnotenreferenz-Abschnitt zur Verfügung gestellt.

² Ertragsteuerforderungen und -verbindlichkeiten umfassen latente und laufende Steuern.

³ Anrechenbare Instrumente für Zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital sind in diesen Bilanzpositionen mit ihren Werten nach IFRS dargestellt.

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten (nicht testiert)

in Mio €	30.6.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen					
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	37.322	37.322	37.144	37.144	a
Davon: Aktien ²	37.322	37.322	37.144	37.144	a
Gewinnrücklagen	26.839	26.839	26.509	26.509	b
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen, nach Steuern	3.996	4.148	1.617	1.923	c
Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	0	0	0	
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (3) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im CET 1-Kapital ausläuft	N/A	0	N/A	0	
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A	N/A	
Anteile ohne beherrschenden Einfluss (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET 1)	0	99	0	118	d
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden ³	136	136	481	481	b
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	68.293	68.544	65.750	66.175	
Hartes Kernkapital: aufsichtsrechtliche Anpassungen					
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag) ⁴	0	0	0	0	
Immaterielle Vermögensgegenstände (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-13.814	-5.525	-12.979	-2.596	e
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	-2.938	-1.175	-2.620	-524	f
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	-172	-172	-181	-181	
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-673	-276	-712	-147	
Anstieg des Eigenkapitals durch verbrieft Vermögenswerte (negativer Betrag)	-39	-39	0	0	
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten ⁵	-552	-226	-544	-210	
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (negativer Betrag)	-955	-382	-961	-192	g
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag) ⁶	-66	-34	-54	-11	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁷	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1.250 % zuzuordnen ist, wobei das Institut die Abzugsalternative wählt	0	0	0	0	
Davon:					
Qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Vorleistungen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 % abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	0	0	-78	-16	f
Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	-1.375	-468	-1.199	-202	
Davon:					
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-662	-225	-499	-84	h
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	-713	-243	-700	-118	f
Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	0	0	0	0	

in Mio €	30.6.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	N/A	0	N/A	0	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	N/A	- 806	N/A	- 1.648	
Vom Harten Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CCR-Behandlung erforderlicher Abzüge ⁸	- 349	- 349	- 345	- 345	
Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	0	0	0	0	
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals (CET 1)	- 20.932	- 9.451	- 19.674	- 6.072	
Hartes Kernkapital (CET 1)	47.361	59.094	46.076	60.103	
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente					
Kapitalinstrumente und Emissionsagiotkonto	4.676	4.676	4.676	4.676	i
Davon:					
Gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	4.676	4.676	4.676	4.676	i
Gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	0	0	0	0	
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiotkonten, deren Anrechnung im AT1-Kapital ausläuft	N/A	7.142	N/A	10.021	j
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A	N/A	
Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals, die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	0	0	0	0	
Davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	N/A	0	N/A	0	
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	11.817	4.676	14.696	
Zusätzliches Kernkapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen					
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	- 125	- 47	- 57	- 57	i
Direkte, indirekte und synthetische Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁷	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß CRR gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	- 8.664	N/A	- 10.845	
Davon:					
Immaterielle Vermögensgegenstände	N/A	- 8.288	N/A	- 10.383	e
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	N/A	- 207	N/A	- 294	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	- 169	N/A	- 168	h
Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 475 CRR	N/A	0	N/A	0	
Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	N/A	0	N/A	0	
Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der	0	0	0	0	

in Mio €	30.6.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	
das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)					
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	- 125	- 8.711	- 57	- 10.902	
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	4.551	3.107	4.619	3.794	
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	51.912	62.200	50.695	63.898	
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen					
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto ⁹	11.676	5.841	11.505	2.942	k
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (5) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im T2-Kapital ausläuft	N/A	222	N/A	721	k
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A	N/A	
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente, die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	806	997	908	1.228	k
Davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	N/A	0	N/A	0	
Kreditrisikoanpassungen	0	0	0	0	
Ergänzungskapital (T2) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	12.482	7.060	12.412	4.891	
Ergänzungskapital (T2): aufsichtsrechtliche Anpassungen					
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)	- 82	- 53	- 36	- 34	k
Direkte, indirekte und synthetische Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁷	0	0	0	0	
Davon:					
Neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	N/A	N/A	N/A	N/A	
Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	N/A	N/A	N/A	N/A	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregeln gemäß CRR gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	- 376	N/A	- 462	
Davon:					
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	N/A	- 207	N/A	- 294	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	- 169	N/A	- 168	h
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 475 CRR	N/A	0	N/A	0	
Davon:					
Überkreuzbeteiligungen an Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals	N/A	0	N/A	0	
Direkte Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	N/A	0	N/A	0	
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	0	0	0	0	
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2)	- 82	- 429	- 36	- 496	
Ergänzungskapital (T2)	12.400	6.632	12.376	4.395	
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	64.311	68.832	63.072	68.293	
Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß CRR gelten (d.h. CRR-Restbeträge) ¹⁰	N/A	0	N/A	0	

in Mio €	30.6.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	
Davon:					
Nicht vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten (CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Nicht von Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten (CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Posten, die nicht vom T2 in Abzug gebracht werden (CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Davon:					
Indirekte und synthetische Positionen in eigenen T2-Instrumenten	N/A	0	N/A	0	
Indirekte und synthetische Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	N/A	0	N/A	0	
Indirekte und synthetische Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	0	N/A	0	
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	415.780	416.594	393.969	396.648	
Davon:					
Kreditrisiko (einschließlich Abwicklungsrisiko)	254.764	255.578	241.475	244.155	
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	19.074	19.074	21.203	21.203	
Marktrisiko	61.610	61.610	64.209	64.209	
Operationelles Risiko	80.332	80.332	67.082	67.082	
Kapitalquoten und -puffer					
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,4	14,2	11,7	15,2	
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,5	14,9	12,9	16,1	
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	15,5	16,5	16,0	17,2	
Institutspezifische Kapitalpufferanforderung (Mindestanforderungen an die harte Kernkapitalquote gemäß Art. 92 (1) (a) CRR zuzüglich eines Kapitalerhaltungspuffers und eines antizyklischen Kapitalpuffers, zuzüglich eines Systemrisikopuffers, zuzüglich des Puffers für systemrelevante Institute (G-SII- oder O-SII-Puffer), ausgedrückt als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiva)	9,0	4,5	9,0	4,0	
Davon:					
Kapitalerhaltungspuffer	2,5	0,0	2,5	0,0	
Antizyklischer Kapitalpuffer ¹¹	N/A	N/A	N/A	N/A	
Systemrisikopuffer	0,0	0,0	0,0	0,0	
Puffer für globale systemrelevante Institute (G-SII) oder Puffer für sonstige systemrelevante Institute (O-SII) ¹²	2,0	0,0	2,0	0,0	
Verfügbares Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiva) ¹³	6,5	8,5	6,9	9,2	
Beträge unterhalb der Schwellenwerte für Abzüge (vor Risikogewichtung)					
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt unter der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) ⁷	2.466	2.466	3.148	3.148	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt unter der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	3.420	3.519	2.877	2.956	
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 % abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind)	3.685	3.791	4.035	4.146	
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen im Ergänzungskapital					
Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0	0	0	0	
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	420	420	454	454	
Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0	0	0	0	
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	1.056	1.056	991	991	
Kapitalinstrumente, für die Auslaufregelungen gelten					
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des CET 1-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	0	N/A	0	
Vom CET 1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	0	N/A	0	

in Mio €	30.6.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des AT1-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	8.768	N/A	10.021	
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Überschuss über der Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	0	N/A	446	
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des T2-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	2.363	N/A	2.701	
Vom T2-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Überschuss über der Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	0	N/A	0	

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Referenzen ordnen die aufsichtsrechtlichen Bilanzpositionen, die zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals angegeben werden, in der Spalte „Referenzen“ in der Tabelle „Überleitung der konsolidierten Bilanz nach IFRS zur aufsichtsrechtlichen Bilanz (nicht testiert)“ ein. Gegebenenfalls werden weitere detaillierte Informationen im jeweiligen Fußnoten-referenz-Abschnitt zur Verfügung gestellt.

² Basierend auf der Liste der EBA gemäß Artikel 26 (3) CRR.

³ Berücksichtigt die Entscheidung (EU) (2015/4) der EZB vom 4. Februar 2015 über die Anrechnung von Jahresend- und Zwischengewinnen im Harten Kernkapital.

⁴ Der technische Regulierungsstandard der EBA wurde von der Europäischen Kommission noch nicht verabschiedet und veröffentlicht. Die Deutsche Bank schätzt den Betrag für die zusätzliche Bewertungsanpassung, die sich bei künftiger Anwendung des neuen Standards ergäbe, derzeit mit einem Wert zwischen 1,5 und 2,0 Mrd € ab, vor Berücksichtigung von ausgleichenden Effekten aus dem Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust in Höhe von circa 0,5 Mrd €.

⁵ Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten gemäß Artikel 33 (1) (b) CRR sowie Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts gemäß Artikel 33 (1) (c) CRR resultieren.

⁶ Ohne eigene Instrumente, die bereits im bilanziellen Ausweis der Kapitalinstrumente als Abzug berücksichtigt sind.

⁷ Basierend auf unserer gegenwärtigen Interpretation werden keine Abzüge erwartet.

⁸ Prudentielle Filter für Fonds zur baupartechnischen Absicherung.

⁹ Amortisationen werden berücksichtigt.

¹⁰ Nicht enthalten sind die risikogewichteten Aktiva von Positionen im Handelsbuch, die der Behandlung während der Übergangsphase unterliegen (d.h. CRR-Restbeträge), da die Kalkulation der risikogewichteten Aktiva auf Portfolioebene erfolgt.

¹¹ Antizyklische Pufferraten sind noch nicht verfügbar.

¹² G-SII-Puffer von der BaFin seit März 2015 gefordert, der auf Basis einer Übergangsregelung ab 2016 eingeführt wird.

¹³ Berechnet als Hartes Kernkapital abzüglich aller Harten Kernkapitalposten, die zur Erfüllung der Harten Kernkapital- und Gesamtkapitalanforderungen verwendet werden.

^a Stammaktien, Kapitalrücklage und Eigene Aktien im Bestand sind aufsichtsrechtlich als Hartes Kernkapital anrechenbar.

^b Die Position Gewinnrücklagen in der aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beinhaltet den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbare Konzernergebnis in Höhe von 1.339 Mio € (2014: 1.663 Mio €). Diese Komponente ist in der Position Gewinnrücklagen innerhalb dieser Tabelle zur Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals nicht enthalten und wird separat mit der Abgrenzung für Dividenden und AT1-Kupons in Höhe von 1.204 Mio € (2014: 1.182 Mio €) in der Position Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden ausgewiesen.

^c Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf prudentiellen Filtern für unrealisierte Gewinne und Verluste.

^d Phase-out, das heißt das schrittweise Auslaufen von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss, die nach den neuen Regeln nicht mehr anrechenbar sind, mit einem Prozentsatz von 60 % in 2015 (2014: 80 %).

^e Der aufsichtsrechtlich anrechenbare Betrag ist Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 13.950 Mio € (2014: 13.134 Mio €) sowie Geschäfts- oder Firmenwert für nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen in Höhe von 468 Mio € (2014: 430 Mio €), gemäß der aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz, abzüglich Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern für immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 604 Mio € (2014: 585 Mio €). Die Abzüge vom Harten Kernkapital werden mit einem Prozentsatz von 40 % in 2015 (20 % in 2014) stufenweise berücksichtigt. Der verbleibende Betrag wird vom Zusätzlichen Kernkapital abgezogen.

^f Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf aufsichtsrechtlichen Anpassungen gemäß Artikel 38 (2) bis (5) CRR (beispielsweise besondere Vorschriften zur Saldierung).

^g Phase-in, das heißt die schrittweise Berücksichtigung von aufsichtsrechtlichen Anpassungen mit einem Prozentsatz von 40 % in 2015 (2014: 20 %).

^h Hua Xia Bank Company Limited ist unsere wesentliche nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung und stellt den Großteil der wesentlichen Beteiligungen an den Harten Kernkapital-Instrumenten von Unternehmen des Finanzsektors, vorbehaltlich der Schwellenwert-Abzüge. Die Abzüge vom Harten Kernkapital werden mit einem Prozentsatz von 40 % stufenweise berücksichtigt. Der verbleibende Betrag wird vom Zusätzlichen Kernkapital und Ergänzungskapital abgezogen.

ⁱ Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile sind aufsichtsrechtlich als Zusätzliches Kernkapital anrechenbar.

^j Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf aufsichtsrechtlichen Anpassungen gemäß Artikel 51 bis 61 CRR (beispielsweise die aktuelle Obergrenze für Instrumente des Zusätzlichen Kernkapitals, für die Auslaufregelungen gelten).

^k Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf aufsichtsrechtlichen Anpassungen gemäß Artikel 62 bis 71 CRR (beispielsweise Restlaufzeit-Abschläge, Minderheitenanteile).

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

in Mio €	30.6.2015 CRR/CRD 4	31.12.2014 CRR/CRD 4
Eigenkapital per Bilanzausweis	70.762	68.351
Dekonsolidierung / Konsolidierung von Gesellschaften	- 1.265	- 1.419
Davon:		
Kapitalrücklage	- 5	- 5
Gewinnrücklage	- 1.007	- 1.107
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	- 253	- 306
Eigenkapital in der aufsichtsrechtlichen Bilanz	69.497	66.932
Anteile ohne beherrschenden Einfluss unter Anwendung der Übergangsregeln	99	118
Abgrenzung für Dividenden und AT1 Kupons	- 1.204	- 1.182
Umkehrereffekt der Dekonsolidierung/Konsolidierung der Position Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, während der Übergangsphase	152	306
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	68.544	66.175
Prudentielle Filter	- 1.242	- 2.039
Davon:		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	0	0
Anstieg des Eigenkapitals durch verbrieftete Vermögenswerte	- 39	0
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen und durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	- 397	- 391
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	- 806	- 1.648
Aufsichtsrechtliche Anpassungen	- 8.209	- 4.032
Davon:		
Immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	- 5.525	- 2.596
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche	- 1.418	- 657
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	- 276	- 147
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	- 382	- 192
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	- 225	- 84
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	0	0
Sonstiges ¹	- 383	- 356
Hartes Kernkapital	59.094	60.103
Zusätzliches Kernkapital	3.107	3.794
Zusätzliche Kernkapital-Anleihen	4.629	4.619
Gemäß Bilanz	4.675	4.619
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	- 46	0
Hybride Kapitalinstrumente	7.124	10.002
Gemäß Bilanz	6.952	10.573
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	379	516
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	- 208	- 1.087
Davon:		
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag	0	- 446
Sonstiges	- 208	- 640
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	17	19
Abzüge vom zusätzlichen Kernkapital	- 8.664	- 10.845
Kernkapital	62.200	63.898
Ergänzungskapital	6.632	4.395
Nachrangige Verbindlichkeiten	6.720	4.120
Gemäß Bilanz	8.524	6.392
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	- 1.804	- 2.272
Davon:		
Abschreibungen gemäß Art. 64 CRR	- 1.580	- 2.101
Sonstiges	- 223	- 171
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	287	737
Davon:		
Berücksichtigung des vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommenen Betrags	0	446
Sonstiges	287	291
Abzüge vom Ergänzungskapital	- 376	- 462
Gesamtkapital	68.832	68.293

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Bezieht sich im Wesentlichen auf prudentielle Filter für Fonds zur baupartechnischen Absicherung.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die RWA nach Modell und Geschäftsbereich. Sie beinhalten die aggregierten Effekte der segmentellen Reallokation von infrastrukturbezogenen Positionen, soweit anwendbar, sowie Reallokationen zwischen den Segmenten.

Die gezeigten Beträge basieren auf dem CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis der gültigen Übergangsregelungen.

Die Kategorie „Sonstige“ im Kreditrisiko im fortgeschrittenen IRBA enthält RWA aus Verbriefungspositionen im regulatorischen Bankbuch, spezifische Beteiligungspositionen und kreditrisikounabhängige Aktiva. Im Standardansatz entfällt der größte Teil der Kategorie „Sonstige“ auf RWA aus unseren Pensionsverpflichtungen und der Rest auf RWA aus Verbriefungen im regulatorischen Bankbuch sowie Positionen, welche weiteren Risikopositionswerten zugeordnet werden, ausgenommen solchen von Zentralstaaten, Zentralbanken, Instituten, Unternehmen und dem Mengengeschäft.

Risikogewichtete Aktiva nach Modell und Geschäftsbereich

30.6.2015

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	93.706	73.005	44.350	8.000	17.111	19.368	255.540
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	-2.907	518	4.208	346	78	-2.244	0
Fortgeschrittener IRBA	87.854	61.996	33.920	4.618	11.162	13.527	213.078
Zentralstaaten und Zentralbanken	4.111	120	1.125	0	13	203	5.572
Institute	9.141	1.545	3.828	123	566	156	15.359
Unternehmen	62.605	10.351	28.458	3.362	3.615	1.398	109.789
Mengengeschäft	193	38.633	23	135	728	0	39.712
Sonstige	11.805	11.346	486	998	6.241	11.769	42.645
IRB-Basis-Ansatz	2.113	3.327	163	0	0	0	5.603
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	2.113	3.327	163	0	0	0	5.603
Standardansatz	5.483	7.058	6.058	3.035	5.870	8.085	35.590
Zentralstaaten oder Zentralbanken	2	66	15	2	0	0	86
Institute	523	71	104	6	3	30	739
Unternehmen	3.034	1.603	3.971	1.117	1.163	687	11.576
Mengengeschäft	6	4.294	278	32	662	15	5.288
Sonstige	1.917	1.023	1.690	1.878	4.042	7.352	17.901
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.163	105	0	0	1	0	1.269
Abwicklungsrisiko	38	0	0	0	0	1	39
Kreditrisikobezogene							
Bewertungsanpassung (CVA)	14.879	366	1	201	3.409	218	19.074
Interner Modell-Ansatz (IMA)	14.796	343	1	193	3.408	1	18.742
Standardansatz	83	23	0	8	1	217	332
Marktrisiko	39.600	33	221	2.103	19.654	0	61.610
Interner Modell-Ansatz (IMA)	31.706	2	221	1.194	9.171	0	42.293
Standardansatz	7.894	31	0	909	10.483	0	19.317
Operationelles Risiko¹	53.774	5.440	7.100	10.267	3.750	0	80.332
Fortgeschrittener Messansatz	53.774	5.440	7.100	10.267	3.750	0	80.332
Insgesamt	201.997	78.845	51.672	20.570	43.924	19.587	416.594

¹ Die geschäftsbereichsbezogenen Veränderungen wurden durch eine Änderung der Allokationsmethode im ersten Quartal 2015 hervorgerufen.

	31.12.2014						
in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	83.548	69.584	41.740	7.310	19.280	22.666	244.128
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	- 2.200	520	3.327	330	94	- 2.071	0
Fortgeschrittener IRBA	77.263	58.786	31.763	3.910	13.062	14.638	199.422
Zentralstaaten und Zentralbanken	3.948	124	1.020	0	74	218	5.385
Institute	8.359	1.538	3.103	73	623	171	13.869
Unternehmen	55.678	9.938	26.916	2.740	5.062	1.199	101.533
Mengengeschäft	121	37.852	30	91	773	0	38.867
Sonstige	9.157	9.334	694	1.006	6.529	13.049	39.769
IRB-Basis-Ansatz	2.079	3.303	107	0	1	0	5.491
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	2.079	3.303	107	0	1	0	5.490
Standardansatz	4.804	6.884	6.542	3.070	6.122	10.099	37.522
Zentralstaaten oder Zentralbanken	21	63	27	3	0	0	114
Institute	593	124	51	4	3	35	810
Unternehmen	2.841	1.401	4.747	1.111	1.075	584	11.759
Mengengeschäft	7	4.064	422	45	1.141	18	5.697
Sonstige	1.341	1.232	1.296	1.908	3.903	9.462	19.142
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.601	90	1	0	1	0	1.693
Abwicklungsrisiko	25	0	0	0	0	1	27
Kreditrisikobezogene							
Bewertungsanpassung (CVA)	16.024	445	7	445	4.019	262	21.203
Interner Modell-Ansatz (IMA)	15.953	417	7	443	3.953	1	20.774
Standardansatz	71	28	0	2	66	261	428
Marktrisiko	44.469	92	199	2.483	16.967	0	64.209
Interner Modell-Ansatz (IMA)	31.439	0	199	1.339	8.625	0	41.602
Standardansatz	13.029	92	0	1.144	8.342	0	22.607
Operationelles Risiko	31.512	9.605	1.321	6.368	18.275	0	67.082
Fortgeschrittener Messansatz	31.512	9.605	1.321	6.368	18.275	0	67.082
Insgesamt	175.578	79.725	43.268	16.607	58.541	22.929	396.648

Die Entwicklung der RWA war in den ersten sechs Monaten 2015 im Wesentlichen beeinflusst durch die Veränderung der Fremdwährungsbewegungen. Der Anstieg im operationellen Risiko resultiert hauptsächlich aus einer Erhöhung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie aus der Erhöhung des operationellen Verlustrisikoprofils der kompletten Branche. Die erhöhten RWA im Kreditrisiko resultieren hauptsächlich aus gesteigener Geschäftsaktivität und Parameterkalibrierungen. Die Reduktion der RWA im Marktrisiko beruht in erster Linie auf einem geringeren Risikoniveau und Aktivitäten zur Risikoreduzierung, die teilweise durch Methodenänderungen in der Risikoberechnung kompensiert werden.

Die nachfolgenden Tabellen stellen eine Analyse der wesentlichen Einflussgrößen auf die RWA-Berechnungen für das Kredit-, Markt-, und operationelle Risiko sowie die kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung in der Berichtsperiode dar.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko

in Mio €	Jan. – Jun. 2015 CRR/CRD 4		Jan. – Dez. 2014 CRR/CRD 4	
	Kreditrisiko	Davon: Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte	Kreditrisiko	Davon: Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenanfang	244.128	41.117	202.186¹	29.454¹
Portfoliogröße	2.219	- 1.240	- 5.024	- 5.327
Portfolioqualität	1.263	36	- 2.348	1.841
Modellanpassungen	115	0	11.676	11.676
Methoden und Grundsätze	0	0	24.110	297
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	- 3.198	- 62
Fremdwährungsbewegungen	9.534	2.500	11.752	3.237
Sonstige	- 1.719	0	4.974	0
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenende	255.540	42.412	244.128	41.117

¹ Der RWA-Bestand am Jahresende 2013 basiert auf Basel 2.5.

Die Klassifizierung der Kategorien für die Entwicklung der RWA für das Kreditrisiko ist mit den Anforderungen aus der „Enhanced Disclosure Task Force“ (EDTF) vollständig abgestimmt. Die Kategorie „Portfolioqualität“ zeigt hauptsächlich Effekte aufgrund von Veränderungen der Bonitätseinstufungen, der Verlustquoten bei Ausfall, der regelmäßigen Parameter-Rekalibrierungen sowie zusätzlichen Anwendungen von Sicherheitenvereinbarungen. Die Kategorie „Portfoliogröße“ beinhaltet organische Veränderungen im Umfang wie auch in der Zusammensetzung der Portfolios. Die Kategorie „Modellanpassungen“ zeigt vornehmlich den Einfluss von Modellverbesserungen und der zusätzlichen Anwendung fortgeschrittener Modelle. RWA-Veränderungen aufgrund externer, aufsichtsrechtlich bestimmter Veränderungen, wie zum Beispiel der Anwendung neuer Regelwerke, werden in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ berücksichtigt. Die Kategorie „Akquisitionen und Verkäufe“ beinhaltet signifikante Veränderungen der Portfoliozusammensetzung, welche durch neue Geschäftsaktivitäten oder Veräußerungen von bestehenden Geschäften gekennzeichnet sind. Die Kategorie „Sonstige“ enthält alle weiteren Änderungen, welche nicht den zuvor genannten Positionen zugeordnet werden können.

Der RWA Anstieg für das Kreditrisiko um 11,4 Mrd € (4,7 %) seit dem 31. Dezember 2014 ergibt sich im Wesentlichen aus den Fremdwährungsbewegungen, insbesondere der Stärkung des US-Dollar. Der Anstieg in der Kategorie „Portfoliogröße“ reflektiert hauptsächlich die Ausweitung unserer Geschäftsaktivitäten im Kerngeschäft in anderen Produkten, welcher teilweise durch unsere Aktivitäten zum Risikoabbau im NCOU-Bereich wie auch von reduzierte Risikopositionswerte in Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften kompensiert wird. Die Erhöhung in der Kategorie „Portfolioqualität“ zeigt hauptsächlich die Auswirkung von Parameter-Rekalibrierungen der Verlustquoten bei Ausfall im zweiten Quartal. Effekte aus Veränderungen der Bonitätseinstufungen sowie Veränderungen in Besicherungsquoten tragen ebenso zum Anstieg bei. Der Rückgang in der Kategorie „Sonstige“ reflektiert vornehmlich den Effekt aus Veränderungen der Behandlung unseres leistungsorientierten Pensionsfondsvermögens im Zusammenhang mit den Übergangsregelungen.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)

in Mio €	Jan. – Jun. 2015 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2014 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für CVA am Periodenanfang	21.203	0¹
Veränderungen des Risikovolumens	- 2.249	2.017
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	- 1.470	- 1.914
Modellverbesserungen	0	7.400
Methoden und Grundsätze	- 77	12.330
Akquisitionen und Verkäufe	0	0
Fremdwährungsbewegungen	1.659	1.370
RWA-Bestand für CVA am Periodenende	19.074	21.203

¹ Der Wert für die RWA zum 31. Dezember 2013 war 0 €, da die Berechnung der kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen eine neue Anforderung aus dem CRR/CRD 4-Rahmenwerk ist, welche erst zum 1. Januar 2014 eingeführt wurde.

Auf Basis des CRR/CRD 4-aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks berechnen wir RWA für die CVA, welche die Kreditqualität unserer Kontrahenten berücksichtigt. Die RWA für die CVA bilden das Risiko von Marktwertverlusten auf das erwartete Gegenparteirisiko für alle OTC-Derivate ab. Wir berechnen den überwiegenden Teil der CVA auf Basis unseres eigenen internen Modells, das von der BaFin genehmigt wurde. Zum 30. Juni 2015 reduzierten sich die RWA für die CVA um 2,1 Mrd € oder 10,0 %. Damit ergibt sich der Betrag von 19,1 Mrd € gegenüber 21,2 Mrd € zum 31. Dezember 2014. Diese Reduzierung war im Wesentlichen auf den Rückgang unseres OTC-Derivate Portfolios zurückzuführen.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko

in Mio €	Jan. – Jun. 2015 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2014 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenanfang	64.209	47.259¹
Risikovolumen	- 11.070	- 10.161
Marktdaten und Rekalibrierungen	3.478	- 730
Modellverbesserungen	249	5.101
Methoden und Grundsätze	3.225	20.089
Akquisitionen und Verkäufe	0	- 81
Fremdwährungsbewegungen	1.519	2.732
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenende	61.610	64.209

¹ Der RWA-Bestand am Jahresende 2013 basiert auf Basel 2.5.

Die Analyse für das Marktrisiko umfasst Bewegungen in unseren internen Modellen für den Value-at-Risk, den Stress-Value-at-Risk, den inkrementellen Risikoaufschlag, den umfassenden Risikoansatz sowie Ergebnisse vom Marktrisiko-Standardansatz, zum Beispiel für Handelsbuchverbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate oder Handelspositionen der Postbank. Die Marktrisiko-RWA-Bewegungen, die sich durch Veränderungen in Marktdaten, Volatilitäten, Korrelationen, Liquidität und Bonitätseinstufungen ergeben, sind in der Kategorie „Marktdaten und Rekalibrierungen“ enthalten. Veränderungen in unseren internen Modellen für Marktrisiko-RWA, wie Methodenverbesserungen oder die Erweiterungen des Umfangs der erfassten Risiken, werden in die Kategorie „Modellverbesserungen“ einbezogen. In der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ werden aufsichtsrechtlich vorgegebene Anpassungen unserer RWA-Modelle oder -Berechnungen berücksichtigt. Signifikante neue Geschäftstätigkeiten und Verkäufe würden in der Zeile „Akquisitionen und Verkäufe“ einbezogen.

Der RWA-Rückgang für Marktrisiken um 2,6 Mrd € (4,0 %) seit dem 31. Dezember 2014 ergab sich im Wesentlichen aus einem Rückgang der Kategorie „Risikovolumen“, welcher aus Rückgängen der Komponenten Marktrisiko-Standardansatz, Stressed-Value-at-Risk und Value-at-Risk resultierte. Dieser wurde teilweise durch Anstiege in den Kategorien „Marktdaten und Rekalibrierungen“, „Methoden und Grundsätze“ sowie „Fremdwährungsbewegungen“ aufgewogen. Die Erhöhung in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ resultiert hauptsächlich aus dem Marktrisiko-Standardansatz aufgrund des Auslaufens des Übergangszeitraums, welcher in Artikel 337 (4) CRR gewährt wurde. Im Ergebnis basiert die nun geltende Berechnung auf der Summe der gewichteten Netto-Long-Positionen sowie der Summe der gewichteten Netto-Short-Positionen anstatt auf der größeren der beiden Summen. Des Weiteren ergab sich eine Zunahme in der Kategorie Fremdwährungsbewegungen, welche sich im Marktrisiko-Standardansatz widerspiegelt.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko

in Mio €	Jan. – Jun. 2015 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2014 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenanfang	67.082	50.891¹
Veränderungen des Verlustprofils (intern und extern)	13.222	9.345
Veränderung der erwarteten Verluste	- 1.663	37
Zukunftsgerichtete Risikokomponente	966	- 734
Modellverbesserungen	724	7.652
Methoden und Grundsätze	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	0	- 109
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenende	80.332	67.082

¹ Der RWA-Bestand am Jahresende 2013 basiert auf Basel 2.5.

Der Anstieg der risikogewichteten Aktiva um insgesamt 13,2 Mrd € resultierte vorrangig aus großen operationellen Risikoereignissen wie beispielsweise aufsichtlich bedingte Vergleichszahlungen von Finanzinstituten, die in unserem AMA-Modell berücksichtigt werden. Als Folge der proaktiven Berücksichtigung von Modelländerungen reagiert das AMA-Modell hinsichtlich der Entwicklung erwarteter Verluste risikosensitiver, was zu einem höheren erwarteten Verlustabzug führt. Im ersten Quartal 2015 erlaubte uns die gemeinschaftliche Aufsicht die Nutzung eines erweiterten divisionalen Allokationsschlüssels, der eine RWA-Zunahme in Höhe von 0,7 Mrd € zur Folge hatte.

Weitere in den Modellverbesserungen enthaltene Auswirkungen auf die übrigen RWA-Komponenten des operationellen Risikos werden sich voraussichtlich im Anschluss an die erwartete Genehmigung der gemeinschaftlichen Aufsicht und Umsetzung der Modelländerungen einstellen.

Bilanzmanagement

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee. Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks am 27. Juni 2013 haben wir die Berechnung unserer Verschuldungsquote an dieses Rahmenwerk angepasst. Unsere Berechnung des Risikomaßes der Verschuldungsquote berücksichtigt den am 10. Oktober 2014 von der Europäischen Kommission verabschiedeten und am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten delegierten Rechtsakt.

Verschuldungsquote gemäß dem CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung

Im Rahmen der CRR/CRD 4 wurde eine nicht risikobasierte Verschuldungsquote eingeführt, die neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden soll. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, in einer Krise zu mindern und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen, nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen.

Um die Offenlegung der Verschuldungsquote und ihrer Komponenten mit den Anforderungen basierend auf dem Basel-Komitee-Rahmenwerk und Offenlegungspflichten für die Basel 3-Verschuldungsquote in Einklang zu bringen, hat die European Banking Authority (EBA) gemäß Artikel 451 (2) CRR das Mandat erhalten, Entwürfe technischer Durchführungsstandards (ITS) zu entwickeln. Die vor diesem Hintergrund am 5. Juni 2014 veröffentlichten ITS-Entwürfe enthalten einheitliche Vorlagen zur Offenlegung der Verschuldungsquote und ihrer Komponenten. Wie zuvor beschrieben wurde durch die Europäische Kommission ein delegierter Rechtsakt verabschiedet und am 15. Juni 2015 wurden durch die EBA finale ITS-Entwürfe zur Offenlegung der Verschuldungsquote veröffentlicht. Da die finalen ITS-Entwürfe noch nicht von der Europäischen Kommission verabschiedet wurden, berichten wir die Risikomaße der Verschuldungsquote basierend auf den angepassten ITS-Entwürfen vom 5. Juni 2014.

Die folgenden Tabellen zeigen die Risikomaße der Verschuldungsquote auf Basis der gültigen CRR/CRD 4-Regeln:

Überleitung der Bilanzsumme nach IFRS zum Risikomaß der Verschuldungsquote

in Mrd €	30.6.2015	31.12.2014
Bilanzsumme gemäß dem veröffentlichten Konzernabschluss	1.694	1.709
Anpassungen für Unternehmen, die für Zwecke der Rechnungslegung konsolidiert werden, aber nicht in den Anwendungsbereich der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung fallen	-24	-28
Anpassungen bei derivativen Finanzinstrumenten	-237	-276
Anpassungen bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften	21	16
Anpassungen bei außerbilanziellen Positionen (z.B. Umrechnung der Kreditäquivalenzbeträge von außerbilanzielle Risikopositionen)	131	127
Andere Anpassungen	-124	-103
Risikomaß der Verschuldungsquote	1.461	1.445

Veröffentlichung der Schuldenquote

in Mrd € (soweit nicht anders angegeben)	30.6.2015	31.12.2014
Risikomaß aus Derivativen:		
Wiederbeschaffungswert im Zusammenhang mit Derivatetransaktionen nach Aufrechnung von in bar erhaltenen variablen Nachschusszahlungen	64	72
Aufschlag auf Wiederbeschaffungswerte im Zusammenhang mit Derivatetransaktionen	198	221
Nominalwert geschriebener Kreditderivate	45	65
Summe Risikomaß aus Derivativen	307	358
Risikomaß aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften:		
Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (brutto)	158	138
Aufschlag auf Wertpapierfinanzierungsgeschäfte für Kontrahentenrisiko	12	14
Summe Risikomaß aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften	169	152
Risikomaß aus außerbilanziellen Positionen:		
Mit 10 % Gewichtungsfaktor	4	4
Mit 20 % Gewichtungsfaktor	14	10
Mit 50 % Gewichtungsfaktor	67	69
Mit 100 % Gewichtungsfaktor	45	44
Summe Risikomaß aus außerbilanziellen Positionen	131	127
Sonstige Aktiva	874	827
Aktiva, die bei der Bestimmung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung abgezogen werden	-20	-19
Kapital und Summe Risikomaß:		
Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung	51,9	50,7
Summe Risikomaß	1.461	1.445
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung in Bezug auf das CRR/CRD 4-Kernkapital (Vollumsetzung) (in %)	3,6	3,5

Aufriss der Risikomaße der Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mrd €	30.6.2015	31.12.2014
Bilanzielles Risikomaß (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)	874	827
Davon:		
Risikomaß des Handelsbuchs nach Aufrechnung von in Bar gezahlten variablen Nachschusszahlungen	219	206
Risikomaß des Anlagebuchs	655	621
Davon:		
Gedekte Schuldverschreibungen	4	5
Staaten	162	147
Risikomaß gegenüber Regionalregierungen, multilateralen Entwicklungsbanken, internationalen Organisationen und Unternehmen öffentlichen Rechts, die nicht bereits in der Kategorie Staaten berücksichtigt wurden	3	2
Institute	22	19
Durch Immobilien besichert	162	159
Mengengeschäft	36	35
Unternehmen	184	170
Ausgefallene Positionen	11	11
Sonstige (z.B. Beteiligungspositionen, Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva)	72	73

Zum 30. Juni 2015 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote 3,6 % verglichen mit 3,5 % am 31. Dezember 2014, unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 51,9 Mrd € im Verhältnis zum anzuwendenden Risikomaß in Höhe von 1.461 Mrd € (50,7 Mrd € sowie 1.445 Mrd € per 31. Dezember 2014).

In den ersten sechs Monaten des Jahres stieg unser Risikomaß der Verschuldungsquote um 16 Mrd € unter Berücksichtigung von Währungseffekten in Höhe von 72 Mrd €. Ohne den bereits erwähnten Währungseffekt verringerte sich das Risikomaß der Verschuldungsquote um 56 Mrd €. Dies beinhaltet hauptsächlich Reduzierungen bei Derivaten (51 Mrd €) und dem Risikoabbau bei unserer NCOU (26 Mrd €). Dem Abbau standen Erhöhungen bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften, Forderungen aus dem Kreditgeschäft und übrige Aktive (25 Mrd €) gegenüber.

Unsere Verschuldungsquote berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 22 zum 30. Juni 2015 (23 zum 31. Dezember 2014).

Für die zentralen Treiber der Kernkapitalentwicklung verweisen wir auf den Unterabschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“ in Abschnitt „Vermögenslage“ dieses Berichts.

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Die Definition des Kapitalangebots ist an die Vorschriften des CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerks angepasst.

Interne Kapitaladäquanz

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben)

	30.6.2015	31.12.2014
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	70.762	68.351
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments, in Bezug auf eigenes Kreditrisiko ¹	- 552	- 544
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds ²	- 955	- 961
Aktive latente Steuern	- 6.773	- 6.865
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für umklassifizierte Finanzinstrumente ³	- 122	0
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ⁴	0	0
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	11.893	16.158
Tier-2-Kapitalinstrumente	8.769	6.620
Kapitalangebot	83.022	82.759
Kapitalanforderung		
Ökonomischer Kapitalbedarf	34.808	31.866
Immaterielle Vermögensgegenstände	15.689	14.951
Kapitalanforderung	50.496	46.817
Interne Kapitaladäquanzquote in %	164	177

¹ Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.

² Beinhaltet Netto-Vermögenswerte (Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten) leistungsdefinierter Pensionsfonds, im vorliegenden Beispiel angewandt auf den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen.

³ Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt. Positive Beträge werden nicht berücksichtigt.

⁴ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

Eine Quote von mehr als 100 % bestätigt, dass unser gesamtes Kapitalangebot ausreicht, die über die Risikopositionen ermittelte Kapitalanforderung abzudecken. Diese Quote betrug 164 % zum 30. Juni 2015 im Vergleich zu 177 % zum 31. Dezember 2014. Die Änderung der Quote resultierte aus dem erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf. Die Erhöhung des den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals um 2,4 Mrd € resultierte hauptsächlich aus einem Anstieg der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aufgrund von Wechselkursveränderungen. Der Rückgang der Hybriden Tier-1-Instrumente um 4,3 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus gekündigten Kapitalinstrumenten. Der Anstieg der Tier-2-Kapitalinstrumente um 2,1 Mrd € reflektiert vornehmlich die Neuemission von Kapitalinstrumenten. Der Anstieg der Kapitalanforderung resultiert hauptsächlich aus dem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf, der im Abschnitt „Risikoprofil“ näher erläutert ist, und einem Anstieg der immateriellen Vermögenswerte um 737 Mio €.

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Konzernzwischenabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernzwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 29. Juli 2015



John Cryan



Jürgen Fitschen



Stefan Krause



Stephan Leithner



Stuart Lewis



Henry Ritchotte



Marcus Schenck



Christian Sewing

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Kapitalflussrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2015, die Bestandteile des Halbjahresfinanzberichts nach § 37w WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) verlautbart worden sind, und des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom IASB verlautbart worden sind, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom IASB verlautbart worden sind, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden ist.

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frankfurt am Main, den 29. Juli 2015

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Beier
Wirtschaftsprüfer

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Zinsen und ähnliche Erträge	6.936	6.362	13.393	12.608
Zinsaufwendungen	2.815	2.696	5.062	5.567
Zinsüberschuss	4.122	3.666	8.332	7.041
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	151	250	369	496
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.971	3.417	7.963	6.545
Provisionsüberschuss	3.464	3.070	6.727	6.108
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	1.433	1.253	3.579	2.870
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	52	24	238	97
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	220	173	421	327
Sonstige Erträge	-114	-326	256	-190
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	5.056	4.194	11.221	9.212
Personalaufwand	3.447	2.991	6.880	6.339
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	4.335	3.566	9.404	6.575
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	10	80	163	132
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	6	57	29	113
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	7.798	6.693	16.476	13.159
Ergebnis vor Steuern	1.228	917	2.708	2.597
Ertragsteueraufwand	410	679	1.331	1.256
Gewinn nach Steuern	818	238	1.377	1.341
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	22	1	38	21
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	796	237	1.339	1.320

Ergebnis je Aktie

	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Ergebnis je Aktie:¹				
Unverwässert	0,41 € ²	0,21 €	0,80 € ²	1,20 €
Verwässert	0,40 € ²	0,21 €	0,78 € ²	1,17 €
Anzahl der Aktien in Millionen:¹				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	1.396,7	1.121,1	1.390,8	1.097,3
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert)	1.420,6	1.149,5	1.419,0	1.127,3

¹ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor Juni 2014 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

² Im Zusammenhang mit den im April 2015 gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis um 228 Mio € nach Steuern angepasst.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung (nicht testiert)

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn, nach Steuern	818	238	1.377	1.341
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung				
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden				
Neubewertungsgewinne/-verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	75	– 40	– 112	– 12
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	– 256	120	– 28	207
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	– 987	456	– 284	769
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	– 37	– 16	– 214	– 75
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	– 14	– 6	– 18	– 19
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	5	320	11	327
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	0	0	0	0
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	0	0	0	1
Anpassungen aus der Währungsumrechnung				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	– 999	282	2.643	153
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	0	2	0	– 1
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen				
Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	63	– 41	67	– 38
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	219	– 242	140	– 318
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	– 1.931	835	2.205	993
Gesamtergebnis, nach Steuern	– 1.113	1.072	3.582	2.332
Zurechenbar:				
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	13	2	57	21
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen	– 1.126	1.070	3.525	2.311

Konzernbilanz (nicht testiert)

Aktiva

in Mio €	30.6.2015	31.12.2014
Barreserve	25.641	20.055
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	64.382	63.518
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	27.785	17.796
Forderungen aus Wertpapierleihen	28.593	25.834
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	206.382	195.681
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	539.665	629.958
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	115.655	117.285
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	861.702	942.924
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	71.768	64.297
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	4.950	4.143
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	425.019	405.612
Sachanlagen	2.891	2.909
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	15.689	14.951
Sonstige Aktiva	157.432	137.980
Ertragsteuerforderungen ¹	8.324	8.684
Summe der Aktiva	1.694.176	1.708.703

Passiva

in Mio €	30.6.2015	31.12.2014
Einlagen	573.236	532.931
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	7.917	10.887
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.979	2.339
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelspassiva	50.664	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	513.442	610.202
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	41.894	37.131
Investmentverträge	9.359	8.523
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	615.359	697.699
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	32.543	42.931
Sonstige Passiva	209.090	183.823
Rückstellungen ²	7.406	6.677
Ertragsteuerverbindlichkeiten ¹	2.703	2.783
Langfristige Verbindlichkeiten	160.255	144.837
Hybride Kapitalinstrumente	6.952	10.573
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Summe der Verbindlichkeiten	1.618.440	1.635.481
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	3.531	3.531
Kapitalrücklage	33.805	33.626
Gewinnrücklagen	29.185	29.279
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	-9	-8
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ³	4.249	1.923
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	70.762	68.351
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ⁴	4.675	4.619
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	300	253
Eigenkapital insgesamt	75.736	73.223
Summe der Passiva	1.694.176	1.708.703

¹ Ertragsteuerforderungen und -verbindlichkeiten umfassen latente und laufende Steuern.

² Beinhalten Rückstellungen für operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten von 4,2 Mrd € zum 30. Juni 2015 und von 3,6 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

³ Ohne Neubewertungseffekte in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

⁴ Beinhalten Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziel- len Vermögenswerten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen ¹
Bestand zum 31. Dezember 2013	2.610	26.204	28.376	- 13	0	303
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	1.320	0	0	496
Begebene Stammaktien	921	7.587	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 765	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	0	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	195	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	61	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	393	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	- 32	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 47	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 5.156	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	4.771	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	- 8	0	0	0	0
Sonstige	0	- 69	0	0	0	0
Bestand zum 30. Juni 2014	3.531	33.696	29.126	- 5	0	798
Bestand zum 31. Dezember 2014	3.531	33.626	29.279	- 8	0	1.675
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	1.339	0	0	- 367
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 1.034	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	- 228	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 140	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	171	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	234	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	1	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 34	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 5.206	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	4.971	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Sonstige	0	41	- 31	0	0	0
Bestand zum 30. Juni 2015	3.531	33.805	29.185	- 9	0	1.307

¹ Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

² Ohne Neubewertungsgewinne/-verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern ¹	Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ²	Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ³	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital insgesamt
- 101	2	- 2.713	53	- 2.457	54.719	0	247	54.966
163	1	175	- 38	796	2.116	0	21	2.137
0	0	0	0	0	8.508	0	0	8.508
0	0	0	0	0	- 765	0	- 4	- 769
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	195	0	0	195
0	0	0	0	0	61	0	0	61
0	0	0	0	0	393	0	0	393
0	0	0	0	0	- 32	0	0	- 32
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 47	0	0	- 47
0	0	0	0	0	- 5.156	0	0	- 5.156
0	0	0	0	0	4.771	0	0	4.771
0	0	0	0	0	- 8	0	0	- 8
0	0	0	0	0	- 69	3.452 ⁴	- 2	3.381
62	3	- 2.538	15	- 1.661	64.686	3.452	263	68.401
79	0	151	18	1.923	68.351	4.619	253	73.223
- 6	0	2.633	67	2.326	3.665	0	57	3.722
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 1.034	0	0	- 1.034
0	0	0	0	0	- 228	0	0	- 228
0	0	0	0	0	- 140	0	0	- 140
0	0	0	0	0	171	0	0	171
0	0	0	0	0	234	0	0	234
0	0	0	0	0	1	0	0	1
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 34	0	0	- 34
0	0	0	0	0	- 5.206	0	0	- 5.206
0	0	0	0	0	4.971	0	0	4.971
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	11	56 ⁵	- 10	56
73	0	2.784	85	4.249	70.762	4.675	300	75.736

³ Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

⁴ Beinhaltet die Nettoerlöse aus der Ausgabe, dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

⁵ Beinhaltet die Nettoerlöse aus dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Konzern-Kapitalflussrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Jan. – Jun.	
	2015	2014
Gewinn nach Steuern	1.377	1.341
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	369	496
Restrukturierungsaufwand	29	113
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-347	-174
Latente Ertragsteuern, netto	481	833
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	372	1.158
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-415	-285
Gewinn nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	1.866	3.482
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	-7.319	-9.120
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	-10.648	-5.602
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	6.087	9.041
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-11.276	-10.581
Sonstige Aktiva	-15.452	-54.992
Einlagen	32.751	9.006
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge ¹	4.087	7.396
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	-3.197	1.648
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	-11.494	-3.254
Sonstige Passiva	18.408	40.420
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten ²	13.061	9.378
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	-3.028	3.939
Sonstige, per Saldo	-9.973	-642
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	3.873	119
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	7.408	7.590
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	2.891	5.156
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	19	93
Verkauf von Sachanlagen	92	14
Erwerb von:		
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-16.024	-19.208
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-39	-9
Sachanlagen	-211	-229
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	0	333
Sonstige, per Saldo	-558	-294
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	-6.422	-6.554
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	2.889	15
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	-957	-2.115
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	393	48
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	-4.600	-1.676
Begebene Stammaktien	0	8.508
Kauf Eigener Aktien	-5.206	-5.156
Verkauf Eigener Aktien	4.971	4.750
Nettoerlöse aus Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen ³	56	3.452
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	-228	0
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	-4
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-10	17
Gezahlte Bardividende	-1.034	-765
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-3.726	7.074
Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.871	127
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-3.404	766
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.960	56.041
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	48.556	56.807
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte Ertragsteuern, netto	428	-31
Gezahlte Zinsen	5.631	6.248
Erhaltene Zinsen und Dividenden	13.520	12.939
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserve	25.641	21.096
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 41.466 Mio € per 30. Juni 2015 und von 48.366 Mio € per 30. Juni 2014)	22.916	35.710
Insgesamt	48.557	56.806

¹ Einschließlich Emissionen von vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 4.833 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 4.519 Mio € bis zum 30. Juni 2015 (bis 30. Juni 2014: 4.417 Mio € und 4.472 Mio €).

² Einschließlich Emissionen in Höhe von 34.425 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 22.188 Mio € bis zum 30. Juni 2015 (bis 30. Juni 2014: 28.009 Mio € und 18.765 Mio €).

³ Beinhaltet die Nettoerlöse aus dem Rückkauf und dem Verkauf von zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften (zusammen der „Konzern“) und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Einige im Lagebericht enthaltene IFRS-Anhangangaben sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzernzwischenabschlusses. Diese sind die Segmentergebnisse in den Angaben zur Segmentberichterstattung, die im „Überblick zur Finanz- und Ertragslage: Segmentüberblick“ des Lageberichts dargestellt sind. Die Darstellung dieser Informationen erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 34 und IFRS 8, „Operating Segments“.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn- und Verlustrechnung, zur Bilanz und zu Sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2014 gelesen werden, der mit Ausnahme der in der Anhangangabe „Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden“ dargelegten erstmals angewandten Rechnungslegungsvorschriften nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen und wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen aufgestellt wurde.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen.

Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres gewertet werden.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses zur Anwendung kamen.

Änderungen der IFRS 2010–2012 und 2011–2013 („Improvements to IFRS 2010–2012 and IFRS 2011–2013 Cycles“)

Zum 1. Januar 2015 setzte der Konzern mehrere Änderungen bestehender IFRS um. Diese resultierten aus den IASB-Annual-Improvement-Projekten „Improvements to IFRS 2010–2012 and IFRS 2011–2013 Cycles“. Sie umfassen Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

IFRS 9, „Classification and Measurement“, „Impairment“ und „Hedge Accounting“

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9“). Der Standard ersetzt IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ („IAS 39“). IFRS 9 führt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten für Unternehmen ein, erfordert Änderungen der Bilanzierung der Effekte aus der Veränderung des eigenen Kreditrisikos für aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen, ersetzt die derzeitigen Regelungen zur Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten und ändert die Bilanzierungsvorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen.

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und –verpflichtungen

IFRS 9 verlangt, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens und die Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts die Klassifizierung und dessen Bewertung bestimmen. Zum erstmaligen Ansatz wird der jeweilige finanzielle Vermögenswert entweder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung“, als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen“ klassifiziert. Da die Anforderungen an die Klassifizierung von den bestehenden Beurteilungen unter IAS 39 abweichen, sind einige Unterschiede zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten unter IAS 39 zu erwarten.

Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen unter IFRS 9 bleibt weitgehend unverändert zu den derzeitigen Regelungen. Allerdings werden die aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten ausgegebenen Schuldverschreibungen unter IFRS 9 in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Die Regelungen zur Wertminderung unter IFRS 9 werden auf zu fortgeführten Anschaffungskosten oder auf zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bewertete Vermögenswerte und auf außerbilanzielle Kreditzusagen wie Kreditzusagen und Finanzgarantien angewandt. Das Wertminderungsmodell ändert sich von einem Modell, bei dem Kreditausfälle bei Eintritt eines auslösenden Ereignisses erfasst werden, hin zu einem Modell, bei dem Rückstellungen für Kreditausfälle bei Erstansatz des finanziellen Vermögenswerts (oder dem Zeitpunkt an dem der Konzern Vertragspartner der Kreditzusage oder der Finanzgarantie wird) auf Basis der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Erwartungen potentieller Kreditausfälle erfasst werden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei Erstansatz basiert auf den erwarteten Kreditausfällen für die ersten 12 Monate. Zu jedem Quartalsabschluss muss der Konzern anschließend beurteilen, ob sich das Kreditrisiko des Vermögenswerts signifikant erhöht hat. In diesem Fall muss die Risikovorsorge die über die Laufzeit zu erwartenden gesamten Kreditausfälle des finanziellen Vermögenswerts (üblicherweise als „lifetime expected losses“ bezeichnet) widerspiegeln. Als Folge der Regelungsänderungen zur Wertminderung kommt es unter IFRS 9 zu einer erhöhten Subjektivität, da die Risikovorsorge auf zukunftsorientierten und wahrscheinlichkeitsgewichteten Informationen basiert, die fortlaufend überwacht und über die Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts aktualisiert werden. Das steht im Gegensatz zur Erfassung von Wertminderungen unter IAS 39, dessen Regeln für die Erfassung einer Risikovorsorge den Eintritt eines oder mehrerer Verlustereignisse erfordern. Es wird erwartet, dass IFRS 9 insgesamt zu einer übergreifenden Erhöhung des Risikovorsorgelevels führen wird. Diese Einschätzung beruht auf der Anforderung zum Ansatz einer Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditausfälle für die ersten 12 Monate auch für solche Instrumente, bei denen sich das Kreditrisiko seit Erstansatz nicht wesentlich erhöht hat. Darüber hinaus beruht es auf der Einschätzung, dass der Bestand an Vermögenswerten, auf die der „lifetime expected loss“ angewendet wird, wahrscheinlich größer ist als der Bestand an Vermögenswerten, bei denen Verlustereignisse nach IAS 39 bereits eingetreten sind.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 beinhaltet auch neue Regeln zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen mit dem Ziel, die Bilanzierung mit dem Risikomanagement in Einklang zu bringen. Grundsätzlich sind einige der Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt worden, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar wird.

IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern beurteilt im Moment die Auswirkungen der Bilanzierungsvorschriften von IFRS 9. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“

Im Mai 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“ („IFRS 15“). Die Bilanzierungsvorschriften bestimmen, wie und wann Erträge vereinnahmt werden, haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsgebietes von IFRS 9/IAS 39 entstehen. IFRS 15 ersetzt mehrere andere IFRS-Vorschriften und -Interpretationen, die im Moment die Ertragsvereinnahmung unter IFRS bestimmen, und stellt ein einzelnes, auf Prinzipien basiertes Fünf-Stufen-Modell dar, das auf alle Kundenvereinbarungen angewendet wird. Zudem verlangen die Vorschriften von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben an die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 15. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Änderungen der IFRS 2012–2014 („Improvements to IFRS 2012–2014 Cycles“)

Im September 2014 veröffentlichte das IASB im Rahmen seines Annual-Improvement-Projektes „Improvements to IFRS 2012–2014 Cycles“ mehrere Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Es wird nicht erwartet, dass die Änderungen wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben werden. Die Änderungen bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IAS 1

Im Dezember 2014 veröffentlichte das IASB, als Teil einer Initiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen bezüglich Darstellung und Anhangangaben, Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“ („IAS 1“). Diese Änderungen stellen klar, dass das Prinzip der Wesentlichkeit auf den gesamten Finanzabschluss anzuwenden ist, dass professionelle Einschätzungen bei der Bestimmung von Anhangangaben anzuwenden sind und dass die Aufnahme von nicht materiellen Informationen zu einer reduzierten Effektivität der Anhangangaben führen kann. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen zu IAS 1 haben nur Einfluss auf die Anhangangaben des Konzerns. Die Änderungen bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Managementansatz“, demzufolge diese auf Basis der internen Managementberichterstattung darzustellen sind. Der Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker überprüft diese regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre Performance zu bewerten.

Zu Beginn des ersten Quartals 2014 wurde der Zinsüberschuss als Teil der Erträge, des Ergebnisses vor Steuern und darauf bezogener Kennzahlen für US-amerikanische steuerfreie Wertpapiere im Bereich CB&S als voll steuerpflichtig ausgewiesen. Dadurch kann das Management die Performance steuerpflichtiger und steuerfreier Wertpapiere in Corporate Banking & Securities vergleichen. Durch diese Modifizierung des Bilanzausweises erhöhte sich der Zinsüberschuss in CB&S im zweiten Quartal 2015 um 29 Mio € (im zweiten Quartal 2014: 14 Mio €) beziehungsweise 55 Mio € im ersten Halbjahr 2015 (im ersten Halbjahr 2014: 22 Mio €). Dieser Anstieg wird in den konsolidierten Konzernzahlen durch einen umgekehrten Betrag in Consolidation & Adjustments ausgeglichen. Der für die Ermittlung des Zinsüberschusses – bei einer unterstellten vollen Steuerpflicht – angewandte Steuersatz beträgt für den überwiegenden Teil der steuerfreien US-Wertpapiere 35 %. Die in der NCOU gehaltenen US-amerikanischen steuerfreien Wertpapiere werden aufgrund unterschiedlicher Methoden bei der Steuerung von zum Kerngeschäft und nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten als nicht voll steuerpflichtig ausgewiesen.

Mit Beginn des zweiten Quartals 2015 werden spezifische Ertrags- und Kostenpositionen, wie die Bankenabgabe, die bisher in C&A erfasst wurden, den Geschäftsbereichen zugewiesen. Die Bankenabgabe wird über das Geschäftsjahr hinweg allokiert. Der Steuersatz der bei der Berechnung der Eigenkapitalrendite nach Steuern zugrunde gelegt wurde, ist ebenfalls angepasst worden. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden angepasst, um diese Änderungen widerzuspiegeln.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichterstattungssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden bei geringfügigen organisatorischen Änderungen angepasst, wenn diese in den Managementberichterstattungssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Im zweiten Quartal 2015 haben wir die nachstehenden Investitionen oder Desinvestitionen getätigt:

Im Juni hat der Finanzinformationsdienstleister Markit eine Zweitplatzierung (Secondary Public Offering) durchgeführt. Im Rahmen dieses Angebots hat Markit zudem Eigene Aktien von zahlreichen Aktionären, darunter die Deutsche Bank, zurück erworben. Die Deutsche Bank hat rund 4 Millionen der 5,8 Millionen (2,7 %) ihrer Markit-Aktien angeboten.

Im April 2015 gab die Deutsche Bank ihre Absicht bekannt, die Deutsche Postbank AG („Postbank“) im Rahmen der Strategie 2020 zu entkonsolidieren. In einem vorbereitenden Schritt erwarb die Deutsche Bank zusätzlich 2,7 % der Postbank-Aktien und erhöhte damit ihre Beteiligung auf 96,8 %. Darüber hinaus bat die Deutsche Bank das Management der Postbank, alles Erforderliche zu tun, um Minderheitsaktionäre auszuschließen. Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem Abschnitt „Signifikante Transaktionen“ in diesem Zwischenbericht.

Allokation des durchschnittlichen Active Equity

Der zugewiesene Gesamtbetrag des durchschnittlichen Active Equity wird nach dem höheren Wert des ökonomischen Risikos und des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs des Konzerns bestimmt. Ab 2015 berücksichtigt der Konzern bei der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente die bekannt gegebenen Kapital- und Verschuldungsziele. Nach der neuen Methode wird der interne Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Basis einer angestrebten Tier-1-Kernkapitalquote von 10 % (11 % ab Juni 2015) und einer Zielverschuldungsquote nach CRD 4 von 3,5 % (5 % ab Juni 2015), jeweils auf Konzernebene, berechnet. Dabei wird für beide Quoten von einer Vollumsetzung der CRR/CRD 4-Vorschriften ausgegangen. Übersteigen die Tier-1-Kernkapitalquote und die Verschuldungsquote des Konzerns die Zielwerte, wird das überschüssige durchschnittliche Active Equity C&A zugeordnet. Das durchschnittliche Active Equity ist der Mittelwert aus den vorgenannten unterschiedlichen Zielen.

Segmentergebnisse

Weitere Informationen zu den Segmentergebnissen einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS enthält der Abschnitt „Lagebericht: Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Segmentergebnisse“ dieses Zwischenberichts.

Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Zinsüberschuss	4.122	3.666	8.332	7.041
Handelsergebnis ¹	1.555	1.303	3.544	3.002
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ²	- 122	- 50	36	- 133
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	1.433	1.253	3.579	2.870
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5.555	4.920	11.911	9.911
Sales & Trading (Equity)	815	543	1.654	1.146
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	1.963	1.700	4.639	3.752
Sales & Trading insgesamt	2.778	2.243	6.292	4.899
Kreditgeschäft	178	157	343	301
Übrige Produkte ³	202	43	437	- 19
Corporate Banking & Securities	3.158	2.442	7.073	5.181
Private & Business Clients	1.479	1.501	2.999	3.032
Global Transaction Banking ⁴	440	599	986	1.155
Deutsche Asset & Wealth Management	334	369	928	701
Non-Core Operations Unit	67	40	- 143	- 195
Consolidation & Adjustments	76	- 32	68	36
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	5.555	4.920	11.911	9.911

¹ Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten sowie aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

² Beinhaltet Gewinne von 3 Mio € für das zweite Quartal 2015 (zweites Quartal 2014: Verluste von 3 Mio €) und Gewinne von 7 Mio € für den Sechsmonatszeitraum 2015 (Sechsmonatszeitraum 2014: Verluste von 2 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von 4 Mio € für das zweite Quartal 2015 (zweites Quartal 2014: 17 Mio €) und von 3 Mio € für den Sechsmonatszeitraum 2015 (Sechsmonatszeitraum 2014: 45 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

³ Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

⁴ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie Sonstigen Produkten.

Provisionsüberschuss

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	1.127	896	2.186	1.769
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	1.242	1.082	2.325	2.053
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	1.095	1.092	2.216	2.286
Provisionsüberschuss insgesamt	3.464	3.070	6.727	6.108

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Dienstzeitaufwand	80	70	163	137
Nettozinsaufwand/-ertrag (-)	-1	2	-2	2
Gesamtaufwand leistungsdefinierter Pläne	79	71	161	139
Gesamtaufwand beitragsdefinierter Pläne	101	91	215	199
Pensionsaufwendungen insgesamt	180	162	376	338
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	55	54	116	116

Die erwarteten regulären Zuführungen des Konzerns zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne werden im Geschäftsjahr 2015 voraussichtlich 265 Mio € betragen. Rückübertragungen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2015 werden nicht erwartet.

Diskontierungszinssatz zur Bestimmung der leistungsdefinierten Verpflichtung

in %	30.6.2015	31.12.2014
Deutschland	2,3	2,0
Großbritannien	3,8	3,7
USA	4,3	3,9

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
EDV-Aufwendungen	858	897	1.723	1.701
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	515	454	978	1.006
Aufwendungen für Beratungsleistungen ¹	549	443	1.069	909
Kommunikation und Datenadministration ¹	202	177	405	352
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation ¹	139	132	243	246
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen ¹	150	157	285	325
Marketingaufwendungen ¹	71	65	135	124
Konsolidierte Beteiligungen	111	208	217	408
Sonstige Aufwendungen ^{1,2}	1.741	1.033	4.350	1.506
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	4.335	3.566	9.404	6.575

¹ Vorjahresangaben wurden angepasst, um Änderungen in der Kostenberichterstattung des Konzerns zu berücksichtigen.

² Einschließlich Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 1,2 Mrd € für das zweite Quartal 2015 (zweites Quartal 2014: Belastungen von 470 Mio €) und von 2,8 Mrd € für den Sechsmonatszeitraum 2015 (Sechsmonatszeitraum 2014: Belastungen von 470 Mio €) sowie Bankenabgaben von 17 Mio € für das zweite Quartal 2015 (zweites Quartal 2014: 51 Mio €) und von 577 Mio € für den Sechsmonatszeitraum 2015 (Sechsmonatszeitraum 2014: 85 Mio €).

Restrukturierung

Restrukturierung ist Teil des Operational Excellence (OpEx)-Programms des Konzerns. Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Verkürzung der zukünftigen Restdienstzeiten als auch Aufwendungen für vorzeitige Kündigungen von Immobilienmietverträgen.

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Bereichen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Corporate Banking & Securities	-7	-37	-29	-81
Private & Business Clients	2	-3	1	-6
Global Transaction Banking	2	-6	2	-9
Deutsche Asset & Wealth Management	0	-10	0	-14
Non-Core Operations Unit	-3	-1	-3	-3
Infrastructure/Regional Management	0	0	0	0
Consolidation & Adjustments	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand insgesamt	-6	-57	-29	-113

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Aufwandsart

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Restrukturierungsaufwand – Personalaufwand	-7	-49	-30	-104
davon:				
Abfindungsleistungen	-4	-39	-22	-84
Beschleunigte Amortisation aufgeschobener Vergütung	-4	-9	-8	-19
Sozialversicherung	1	-1	0	-1
Restrukturierungsaufwand – Sachaufwand ¹	1	-8	1	-9
Restrukturierungsaufwand insgesamt	-6	-57	-29	-113

¹ Aufwand für vorzeitige Vertragsbeendigung, vornehmlich für Mietverhältnisse für vom Konzern genutzte Gebäude und Technologien.

Die Restrukturierungsrückstellungen betragen am 30. Juni 2015 83 Mio € (31. Dezember 2014: 120 Mio €). Der überwiegende Teil der aktuellen Restrukturierungsrückstellung wird voraussichtlich im Jahr 2015 verbraucht werden.

Im ersten Halbjahr des Jahres 2015 wurde die Mitarbeiterzahl auf Basis von Vollzeitkräften durch Restrukturierungsmaßnahmen um 301 reduziert. Diese Reduzierungen betreffen die Bereiche wie folgt:

	Jan. – Jun.
	2015
Corporate Banking & Securities	66
Private & Business Clients	55
Global Transaction Banking	7
Deutsche Asset & Wealth Management	29
Non-Core Operations Unit	0
Infrastructure/Regional Management	144
Mitarbeiterzahl insgesamt	301

Effektive Steuerquote

Der Ertragsteueraufwand lag im Berichtsquartal bei 410 Mio €, verglichen mit 679 Mio € im zweiten Quartal 2014. Die effektive Steuerquote von 33 % im laufenden Quartal wurde durch Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sowie durch den Ansatz und die Bewertung latenter Steuern negativ beeinflusst. Zum Teil gegenläufig wirkten Ertragsteuern für frühere Jahre. Die effektive Steuerquote des Vorjahresquartals in Höhe von 74 % wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen, darunter Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, sowie Ertragsteuern für frühere Jahre beeinflusst.

Im ersten Halbjahr 2015 belief sich der Ertragsteueraufwand wie auch in der Vergleichsperiode auf 1,3 Mrd €. Die effektive Steuerquote von 49 % für das erste Halbjahr 2015 wurde im Wesentlichen durch Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst. Im Vergleichszeitraum 2014 belief sich die effektive Steuerquote auf 48 %.

Angaben zur Konzernbilanz (nicht testiert)

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	30.6.2015	31.12.2014
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands:		
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	187.913	177.639
Sonstige Handelsaktiva ¹	18.468	18.041
Handelsaktiva insgesamt	206.382	195.681
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	539.665	629.958
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands insgesamt	746.046	825.639
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	59.052	60.473
Forderungen aus Wertpapierleihen	18.434	20.404
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	14.452	15.331
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	23.716	21.078
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	115.655	117.285
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	861.702	942.924

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 16,6 Mrd € zum 30. Juni 2015 (31. Dezember 2014: 16,7 Mrd €).

in Mio €	30.6.2015	31.12.2014
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands:		
Handelsspassiva:		
Wertpapiere	49.544	41.112
Sonstige Handelsspassiva	1.120	731
Handelsspassiva insgesamt	50.664	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	513.442	610.202
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands insgesamt	564.106	652.045
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	24.970	21.053
Kreditzusagen	58	99
Langfristige Verbindlichkeiten	10.222	9.919
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	6.644	6.061
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	41.894	37.131
Investmentverträge ¹	9.359	8.523
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	615.359	697.699

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entsprechen bei diesen Investmentverträgen die Rückkaufswerte den beizulegenden Zeitwerten.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	30.6.2015	31.12.2014
Festverzinsliche Wertpapiere	65.946	59.132
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.128	1.283
Sonstiger Anteilsbesitz	1.046	976
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.649	2.906
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	71.768	64.297

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „Zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden gemäß den Änderungen qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	0,0	- 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungsstichtag:		
Obere Grenze	13,1 %	9,9 %
Untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungsstichtag	39,6	17,6

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte je Bilanzkategorie

in Mio €	30.6.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	2.032	2.157	1.983	2.124
Schuldtitle	682	695	1.067	1.160
Kredite	1.057	791	1.146	888
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	3.771	3.643	4.197	4.171
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	1.813	1.760	1.782	1.743
Schuldtitle	838	897	1.378	1.493
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	2.651	2.657	3.160	3.236
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	6.422¹	6.300	7.357¹	7.408

¹ Zusätzlich zu den Buchwerten der umgewidmeten Vermögenswerte, die in der Tabelle dargestellt werden, existiert ein dazugehöriger Effekt auf die Buchwerte der Derivate, die zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts, hier zur Absicherung gegen Marktinsänderungen, genutzt werden. Dieser Effekt führte zu einem Anstieg der Buchwerte um 79 Mio € zum 30. Juni 2015 (31. Dezember 2014: 86 Mio €).

Alle umgewidmeten Vermögenswerte werden in der NCOU verwaltet und Verkaufsentscheidungen über dieses Portfolio werden von der NCOU entsprechend ihrer Zuständigkeit, Entscheidungen zum Risikoabbau zu fällen, getroffen. Im ersten Halbjahr 2015 verkaufte der Konzern umgewidmete Vermögenswerte mit einem Buchwert von 1,2 Mrd €. Die Verkäufe haben im Berichtszeitraum zu einem Gewinn von 101 Mio € geführt und zu weiteren 30 Mio € in Zusammenhang mit Wertaufholungen verkaufter Positionen.

Zusätzlich zu den erwähnten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert umgewidmeter Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Handelsaktiva“ umgewidmet worden sind, aufgrund von Rückzahlungen um 188 Mio €. Der Buchwert der Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet worden waren, reduzierte sich aufgrund von Rückzahlungen um 115 Mio €. Die Buchwertminderung wurde in diesem Zeitraum teilweise durch gegenläufige Währungseffekte aufgehoben.

Unrealisierte Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, wenn keine Umwidmungen vorgenommen worden wären

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-67	71	-19	212
Wertminderungen (–) aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	0	-2	0	-9
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	-17	69	-5	142

Ergebnisbeitrag vor Steuern der umgewidmeten Vermögenswerte

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Zinserträge	36	38	79	76
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	27	-11	23	-38
Sonstige Erträge ¹	25	5	50	5
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	89	32	153	43
Zinserträge	22	19	43	38
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	1	0	-5
Sonstige Erträge ¹	27	0	51	0
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	49	20	94	32

¹ Dies ist auf Gewinne und Verluste aus der Veräußerung umgewidmeter Vermögenswerte zurückzuführen.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte: Buchwerte und beizulegende Zeitwerte je Bilanzkategorie

Alle gemäß IAS 39 umgewidmeten Vermögenswerte wurden in die NCOU übertragen, nachdem dieser neue Unternehmensbereich im vierten Quartal 2012 gegründet worden war. Die NCOU wurde damit beauftragt, den Risikoabbau zu beschleunigen, um den Kapitalbedarf und die bereinigte Bilanzsumme zu reduzieren. Zur Bestimmung, ob und wann Vermögenswerte verkauft werden sollen, werden zahlreiche Faktoren berücksichtigt. Dazu zählen die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung, das Aufsichtsrechtliche Eigenkapital und Auswirkungen auf die Verschuldungsquote. Die Veränderungen des Buchwerts und des beizulegenden Zeitwerts werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Buch- und Marktwerte von in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerten

in Mio €	30.6.2015			31.12.2014		
	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ (Verluste)	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ (Verluste)
Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere						
US-Kommunalschuldverschreibungen	1.363	1.436	72	2.302	2.503	201
Durch Studentenkredite besicherte Wertpapiere	1.598	1.654	56	1.464	1.529	65
CDO/CLO	662	625	-38	717	689	-28
Pfandbriefe	897	982	84	893	987	95
Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	173	178	5	187	192	5
Durch Wohn-Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	90	94	4	83	92	9
Andere ¹	580	540	-40	566	528	-38
Summe Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere	5.365	5.509	144	6.211	6.520	309
Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft						
Gewerbliche Hypothekendarlehen	118	114	-4	227	226	0
Wohn-Hypothekendarlehen	889	629	-260	871	616	-255
Andere	51	48	-3	49	46	-3
Summe Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.057	791	-266	1.146	888	-259
Summe Finanzielle Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	6.422	6.300	-122	7.357	7.408	51

¹ Enthält durch Wertpapiere abgesicherte Vermögenswerte der Luftfahrtindustrie und andere verbrieft Vermögenswerte und Schuldverschreibungen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Inventar des Konzerns zu bewertende ist.

Hierzu zählen Staatsanleihen, börslich gehandelte Derivate sowie Eigenkapitaltitel, die in aktiven und sehr liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige Credit Default Swaps (CDS), eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Hierzu zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, Private-Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente¹

in Mio €	30.6.2015			31.12.2014		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Handelsaktiva	87.198	105.620	13.564	82.020	100.505	13.155
Wertpapiere des Handelsbestands	86.878	92.725	8.311	81.789	86.894	8.957
Sonstige Handelsaktiva	320	12.895	5.254	232	13.611	4.198
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6.209	524.854	8.601	5.439	614.960	9.559
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	9.550	101.791	4.314	8.826	104.307	4.152
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	42.740	24.712	4.316	36.272	23.597	4.427
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	3.735 ²	0	0	4.335 ²	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	145.697	760.713	30.795	132.558	847.705	31.294
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Handelspassiva	37.000	13.630	33	25.290	16.510	43
Wertpapiere des Handelsbestands	36.966	12.544	33	25.244	15.826	43
Sonstige Handelspassiva	34	1.086	0	46	685	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.834	501.697	5.911	5.890	597.759	6.553
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	0	38.390	3.504	2	34.763	2.366
Investmentverträge ³	0	9.359	0	0	8.523	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	0	6.895 ²	-197 ⁴	0	5.561 ²	-552 ⁴
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	42.834	569.972	9.251	31.181	663.117	8.410

¹ Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ im Finanzbericht 2014 dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ im Finanzbericht 2014 für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

⁴ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

Im Berichtszeitraum gab es, basierend auf liquiditätsbezogenen Prüfverfahren, Umklassifizierungen in der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts von Level 2 in Level 1 bei den Wertpapieren des Handelsbestands (436 Mio € Vermögenswerte und 473 Mio € Verbindlichkeiten).

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel – Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts um die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS“) – Zu diesen Instrumenten gehören private und gewerbliche MBS sowie sonstige ABS einschließlich CDOs. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst ABS sind, wie dies beispielsweise bei vielen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchenüblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite – Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine aktuellen Markttransaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente – Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangs-

parameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktreferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option – Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der im Abschnitt „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen – Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere – In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie private und gewerbliche MBS, forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS. Der Rückgang im Berichtszeitraum war hauptsächlich auf eine Kombination aus Verkäufen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level-3-Derivate enthalten kundenspezifische Derivate forderungsbesicherter Schuldverschreibungen, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Der Rückgang im Berichtszeitraum war hauptsächlich auf eine Kombination aus Abwicklungen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente in der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beinhalten in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Level-3-Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Anstieg im Berichtszeitraum war im Wesentlichen durch Käufe und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente verursacht.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen – Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Der Anstieg der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruht hauptsächlich auf neuen Emissionen und Marktwertgewinnen aus diesen Instrumenten. Der Anstieg der Verpflichtungen war auf eine Kombination von neuen Emissionen und Umklassifizierungen zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthalten notleidende Kredite, für die keine Handelsabsicht besteht, sowie börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird. Der Rückgang der Vermögenswerte im Berichtszeitraum war hauptsächlich durch Abwicklungen verursacht.

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

	30.6.2015									
in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwicklungen ³	Umklassifizierungen in Level 3 ⁴	Umklassifizierungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Periodenende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	8.957	0	457	1.115	-1.884	0	-481	961	-814	8.311
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.559	0	-22	0	0	0	-749	558	-744	8.601
Sonstige Handelsaktiva	4.198	0	393	1.142	-964	275	-266	820	-345	5.254
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	4.152	0	280	0	0	1.199	-864	84	-539	4.314
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.427	0	186 ⁵	274	-220	0	-446	111	-18	4.315
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	31.294	0	1.294^{6,7}	2.531	-3.067	1.474	-2.806	2.535	-2.460	30.795
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	43	0	4	0	0	0	25	0	-39	33
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6.553	0	-153	0	0	0	-542	874	-822	5.911
Sonstige Handelsspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.366	0	133	0	0	1.168	-281	167	-49	3.504
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-552	0	-32	0	0	0	15	-11	383	-197
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	8.410	0	-48^{6,7}	0	0	1.168	-783	1.031	-526	9.251

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die obige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts im Berichtszeitraum werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Verlust von 11 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 4 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 526 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Verlust von 156 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁷ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

	30.6.2014									
in Mio €	Bestand am Jahres- anfang	Verände- rung des Konsoli- dierungs- kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwick- lungen ³	Umklassi- fizierungen in Level 3 ⁴	Um- klassifi- zierungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Perioden- ende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögens- werte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	6.960	0	120	1.398	-1.120	0	-242	1.597	-1.471	7.241
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10.556	0	-245	0	0	0	-311	1.715	-2.629	9.085
Sonstige Handelsaktiva	5.065	0	11	1.338	-1.125	549	-194	518	-997	5.165
Zum Zeitwert klassifi- zierte finanzielle Vermögenswerte	3.123	0	77	152	-108	870	-743	89	-58	3.401
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.329	0	57 ⁵	582	-104	0	-450	242	-54	3.603
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁶	1	-1	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögens- werte insgesamt	29.033	-1	20^{7,8}	3.470	-2.456	1.418	-1.940	4.161	-5.209	28.496
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflich- tungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	24	0	2	0	0	0	-2	1	-4	21
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	8.321	0	-141	0	0	0	-283	826	-2.233	6.489
Sonstige Handelsspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifi- zierte finanzielle Verpflichtungen	1.442	0	-102	0	0	62	-25	684	-33	2.028
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-247	0	-19	0	0	0	-36	-3	-95	-400
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflich- tungen insgesamt	9.539	0	-261^{7,8}	0	0	62	-346	1.507	-2.365	8.138

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die obige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts im Berichtszeitraum werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 19 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 5 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Beinhaltet eine Umklassifizierung aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen hinsichtlich der BHF-BANK.

⁷ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 116 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 22 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁸ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 30. Juni 2015 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 3,2 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 3,0 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2014 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 3,3 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 2,9 Mrd € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, bewertet der Konzern bestimmte Finanzinstrumente neu, indem bestmögliche alternative Parameter herangezogen werden, oder nutzt eine Bewertungsmethode, die Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne berücksichtigt. Die Wertanpassung für Kosten der Vertragsaufhebung basiert auf der Geld-/Briefspanne, die gezahlt werden muss, um eine gehaltene Position in Finanzinstrumenten oder eine Risikokomponente zu schließen, und spiegelt als solche Faktoren wie Illiquidität oder Unsicherheit am Markt wider.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben weder eine Vorhersage noch eine Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbleibenden Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern¹

in Mio €	30.6.2015		31.12.2014	
	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Wertpapiere:				
Schuldtitel	853	785	833	725
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	20	19	57	47
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	244	237	235	229
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	59	59	63	37
Unternehmensschuldtitel und andere Schuldtitel	531	470	478	412
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	46	146	124	224
Derivate:				
Kreditderivate	366	557	432	457
Aktienderivate	152	108	157	115
Zinsderivate	361	142	392	184
Wechselkursderivate	10	4	4	2
Sonstige	72	68	75	74
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.269	1.088	1.175	988
Kreditzusagen	4	4	6	5
Sonstige	79	74	79	79
Insgesamt	3.212	2.976	3.277	2.854

¹ Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

Quantitative Informationen zur Sensitivität wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter

Die nicht beobachtbaren Parameter für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Level-3-Vermögenswerten sind häufig voneinander abhängig. Ferner bestehen oft dynamische Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren und beobachtbaren Parametern sowie zwischen den Erstgenannten. Wirken sich diese wesentlich auf den beizulegenden Zeitwert eines bestimmten Instruments aus, werden sie explizit über Korrelationsparameter erfasst oder alternativ über Bewertungsmodelle und -verfahren überprüft. Basiert ein Bewertungsverfahren auf mehreren Parametern, schränkt die Wahl eines bestimmten Parameters häufig die Spanne anderer Parameter ein. Allgemeine Marktfaktoren (wie Zinssätze, Aktien-, Anleihe- oder Rohstoffindizes und Wechselkurse) können ebenfalls Auswirkungen haben.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert, der der Bewertung signifikanter Engagements in der Level-3-Kategorie zugrunde gelegt wird. Die Diversität der Finanzinstrumente, aus denen die Anhangangabe besteht, ist signifikant und deshalb können die Spannen bestimmter Parameter groß sein. Beispielsweise repräsentiert die Spanne der Bonitätsaufschläge auf hypothekarisch besicherte Wertpapiere nicht leistungsgestörte, liquide Positionen mit niedrigeren Aufschlägen als weniger liquide, leistungsgestörte Positionen mit höheren Aufschlägen. Diese umfasst die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente mit geringerer Liquidität. Die unten aufgeführte weite Spanne ist zu erwarten, da bei der Bewertung der verschiedenen Engagementarten eine starke Differenzierung erfolgt, um relevante Marktentwicklungen zu erfassen. Im Folgenden werden die wesentlichen Parameterarten kurz beschrieben und signifikante Zusammenhänge zwischen diesen erläutert.

Kreditparameter werden verwendet, um die Bonität eines Geschäftspartners durch die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Verluste zu bewerten. Der Bonitätsaufschlag ist die Hauptkennzahl zur Bewertung der Bonität. Er stellt die Prämie auf das referenzierte Benchmark-Instrument (üblicherweise den LIBOR oder das jeweilige Treasury-Instrument, abhängig vom bewerteten Vermögenswert) oder die im Vergleich zum referenzierten Benchmark-Instrument höhere Rendite dar, die ein Anleihehaber als Gegenleistung für den Bonitätsunterschied zwischen dem Vermögenswert und der entsprechenden Benchmark fordern würde. Höhere Bonitätsaufschläge sind ein Zeichen für geringere Bonität und senken den Wert von

Anleihen oder Krediten, die vom Kreditnehmer an die Bank zurückzuzahlen sind. Die Erlösquote entspricht einer Schätzung des Betrags, den ein Kreditgeber beim Ausfall eines Kreditnehmers beziehungsweise ein Anleiheinhaber beim Ausfall eines Anleiheemittenten erhalten würde. Eine höhere Erlösquote führt dazu, dass eine Anleiheposition besser bewertet wird, sofern die anderen Parameter unverändert bleiben. Die konstante Ausfallrate (Constant Default Rate – „CDR“) und die konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen (Constant Prepayment Rate – „CPR“) ermöglichen eine Bewertung komplexerer Kredite und Schuldtitel. Diese Parameter dienen zur Schätzung der kontinuierlichen Ausfälle bei geplanten Rück- und Zinszahlungen oder zeigen, ob der Kreditnehmer zusätzliche (normalerweise freiwillige) vorzeitige Rückzahlungen vornimmt. Sie sind bei der Schätzung des beizulegenden Zeitwerts von Hypotheken- oder anderen Krediten besonders relevant, die der Kreditnehmer über einen bestimmten Zeitraum zurückzahlt oder vorzeitig zurückzahlen kann, wie zum Beispiel bei einigen Wohnungsbaukrediten. Eine höhere CDR hat eine schlechtere Kreditbewertung zur Folge, da der Kreditgeber letztlich eine geringere Rückzahlung erhalten wird.

Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Inflationsraten, Wechsel- und Aktienkurse liegen einigen Optionsinstrumenten oder anderen komplexen Derivaten zugrunde, bei denen die Zahlung an den Derivateinhaber von der Entwicklung der zugrunde liegenden Referenzwerte abhängig ist. Volatilitätsparameter beschreiben wesentliche Attribute der Entwicklung von Optionen, indem sie eine Bewertung der Schwankungen bei den Erträgen aus dem zugrunde liegenden Instrument ermöglichen. Diese Volatilität ist ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung. Eine höhere Volatilität bedeutet eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ergebnis eintritt. Die zugrunde liegenden Referenzwerte (Zinssätze, Bonitätsaufschläge etc.) wirken sich auf die Bewertung von Optionen aus. Sie beschreiben die Höhe der Zahlung, die bei einer Option erwartet werden kann. Daher ist der Wert einer Option vom Wert des zugrunde liegenden Instruments und von dessen Volatilität abhängig, die die Höhe und Wahrscheinlichkeit der Zahlung bestimmt. Bei einer hohen Volatilität ist der Wert einer Option höher, da die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ertrags höher ist. Der Optionswert ist ebenfalls höher, wenn die entsprechende Zahlung signifikant ist.

Korrelationen werden verwendet, um Zusammenhänge zwischen zugrunde liegenden Referenzwerten zu beschreiben, wenn ein Derivat oder anderes Instrument mehr als einen Referenzwert hat. Einige dieser Zusammenhänge, zum Beispiel die Korrelation zwischen Rohstoffen sowie die Korrelation zwischen Zinssätzen und Wechselkursen, basieren üblicherweise auf makroökonomischen Faktoren wie den Auswirkungen der globalen Nachfrage auf die Rohstoffpreise oder dem Effekt der Zinsparität auf Wechselkurse. Bei Kreditderivaten und Aktienkorb-Derivaten können spezifischere Zusammenhänge zwischen Kreditreferenzwerten und Aktien bestehen. Kreditkorrelationen werden verwendet, um den Zusammenhang zwischen der Performance mehrerer Kredite zu bewerten. Aktienkorrelationen sollen den Zusammenhang zwischen den Renditen mehrerer Aktien beschreiben. Ein Derivat mit einem Korrelationsrisiko ist entweder eine Kauf- oder eine Verkaufsoption auf das Korrelationsrisiko. Eine hohe Korrelation legt nahe, dass ein starker Zusammenhang zwischen den zugrunde liegenden Referenzwerten besteht. Dadurch steigt der Wert dieser Derivate. Bei einer negativen Korrelation entwickeln sich die zugrunde liegenden Referenzwerte gegensätzlich, das heißt, ein Kursanstieg bei einem zugrunde liegenden Referenzwert führt zu einem Kursrückgang bei dem anderen.

Ein EBITDA („Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ – Ertrag vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) multipler Ansatz kann für die Bewertung weniger liquider Wertpapiere genutzt werden. Bei diesem Ansatz wird der Unternehmenswert einer Gesellschaft geschätzt, indem die Kennzahl von Unternehmenswert zu EBITDA einer vergleichbaren, beobachtbaren Gesellschaft mit dem EBITDA der Gesellschaft, für die eine Bewertung erfolgen soll, ins Verhältnis gesetzt wird. Hierbei wird eine Liquiditätsanpassung vorgenommen, um dem Unterschied in der Liquidität des notierten Vergleichsunternehmens gegenüber der zu bewertenden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ein höheres Vielfaches eines Unternehmenswerts/EBITDA resultiert in einem höheren beizulegenden Zeitwert.

Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden, und Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren Parametern

30.6.2015

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	148	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 180	103 % 1.834
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	2.288	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 33 0 % 0 % 0 %	107 % 1.500 90 % 13 % 88 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	2.436	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel	5.390	2.332	Kursverfahren	Kurs	0 %	315 %
Handelsbestand	5.057	33	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	34	865
Schuldtitel staatlicher und quasi-staatlicher Emittenten	793					
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel	4.265					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	331					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2	2.299				
Eigenkapitaltitel	1.712	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	40 % 1	100 % 18
Handelsbestand	817	0				
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	31					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	864		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	9 %	13 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.420	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	138 %
Handelsbestand	5.258	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	100	3.040
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	3.819			Konstante Ausfallrate	1 %	23 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.343			Erlösquote	0 %	67 %
Kreditzusagen	0	62	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Ausnutzungsgrad	3 20 % 0 %	900 75 % 100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	1.236 ²	1.143 ³	DCF-Verfahren	IRR	4 %	24 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	22.194	3.538				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten –4 Mio € sonstige Handelsaktiva, 462 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 778 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 122 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

31.12.2014						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere						
	342	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	106 %
			DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	246	1.375
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere						
	2.342	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	184 %
			DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	72	1.648
				Erlösquote	0 %	97 %
				Konstante Ausfallrate	0 %	13 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 %	22 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt						
	2.684	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere						
Schuldtitel						
	5.936	1.202	Kursverfahren	Kurs	0 %	286 %
Handelsbestand						
	5.477	43	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	32	1.629
Schuldtitel staatlicher und quasi-staatlicher Emittenten						
	835					
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel						
	4.643					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	459					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen						
	0	1.159				
Eigenkapitaltitel						
	1.719	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert	49 %	100 %
Handelsbestand						
	795	0		Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	1	18
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen						
	29					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	895		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	6 %	13 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft						
	10.648	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	137 %
Handelsbestand						
	4.148	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	95	3.040
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte						
	3.719			Konstante Ausfallrate	2 %	21 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	2.781			Erlösquote	0 %	67 %
Kreditzusagen						
	0	87	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	115	1.000
				Erlösquote	20 %	80 %
				Kreditpreismodell	0 %	100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen						
	748 ²	1.121 ³	DCF-Verfahren	IRR	2 %	24 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt						
	21.735	2.409				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 50 Mio € sonstige Handelsaktiva, 405 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 293 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 104 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

30.6.2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	3.522	2.184	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	8	905
				Zinssatz bei Inflationsswaps	0 %	8 %
				Konstante Ausfallrate	1 %	14 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	3 %	21 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %
				Zinsvolatilität	10 %	143 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	-2 %	100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	-70 %	95 %
Kreditderivate	3.159	1.727	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	2	17.383
				Erlösquote	0 %	100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 %	100 %
Aktienderivate	594	982	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	11 %	95 %
				Indexvolatilität	11 %	58 %
				Korrelation zwischen Indizes	50 %	92 %
				Korrelation zwischen Aktien	9 %	91 %
Devisenderivate	315	179	Optionspreismodell	Volatilität	1 %	24 %
Sonstige Derivate	1.011	641 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	350	1.500
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	1 %	122 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	-21 %	90 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt	8.601	5.714				

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

31.12.2014						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	3.324	2.211	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	42	2.418
				Zinssatz bei Inflationsswaps	- 1 %	8 %
				Konstante Ausfallrate	2 %	27 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2 %	21 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %
				Zinsvolatilität	1 %	101 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	- 2 %	100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	- 70 %	95 %
Kreditderivate	3.586	1.921	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	155	9.480
				Erlösquote	0 %	100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 %	96 %
Aktienderivate	1.118	1.258	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	8 %	84 %
				Indexvolatilität	8 %	99 %
				Korrelation zwischen Indizes	48 %	98 %
				Korrelation zwischen Aktien	9 %	95 %
Devisenderivate	264	242	Optionspreismodell	Volatilität	6 %	26 %
Sonstige Derivate	1.267	368 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	44	1.500
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 %	138 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	- 30 %	60 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt	9.559	6.001				

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die unrealisierten Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 13 nur die Gewinne und Verluste, die aus den am Bilanzstichtag gehaltenen, originären Level-3-Instrumenten resultieren. Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie ist sowohl im Zinsüberschuss als auch im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

in Mio €	2. Quartal	
	30.6.2015	30.6.2014
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	506	247
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	56	- 13
Sonstige Handelsaktiva	167	84
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	165	46
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	- 5	33
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	889	397
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	0	- 3
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7	- 19
Sonstige Handelspassiva	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	- 74	- 23
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	39	- 6
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	- 28	- 52
Insgesamt	860	345

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der Handelstaggewinne seit Jahresbeginn, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	30.6.2015	30.6.2014
Bestand am Jahresanfang	973	796
Neue Geschäfte während der Periode	274	314
Abschreibung	- 199	- 169
Ausgelaufene Geschäfte	- 92	- 64
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	- 30	- 56
Wechselkursveränderungen	7	0
Bestand am Periodenende	934	821

Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Dieser Abschnitt sollte in Zusammenhang mit der Anhangangabe 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“ im Finanzbericht 2014 des Konzerns gelesen werden.

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, entsprechen denen, die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Finanzberichts 2014 aufgeführt sind. Wie im Abschnitt „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus „zu Handelszwecken gehalten“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Finanzberichts 2014 erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente normalerweise nicht gehandelt werden.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente¹

in Mio €	30.6.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Finanzaktiva:				
Barreserve	25.641	25.641	20.055	20.055
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	64.382	64.382	63.518	63.518
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	27.785	27.785	17.796	17.796
Forderungen aus Wertpapierleihen	28.593	28.593	25.834	25.834
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	425.019	427.603	405.612	410.769
Sonstige Finanzaktiva	142.360	142.346	120.838	120.827
Finanzpassiva:				
Einlagen	573.236	573.016	532.931	532.581
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	7.917	7.917	10.887	10.887
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.979	2.979	2.339	2.339
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	32.543	32.538	42.931	42.929
Sonstige Finanzpassiva	183.138	183.138	159.930	159.930
Langfristige Verbindlichkeiten	160.255	160.359	144.837	146.215
Hybride Kapitalinstrumente	6.952	7.910	10.573	12.251

¹ Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ des Finanzberichts 2014 dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Der Konzern ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien im Sinne von Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ unseres Finanzberichts 2014 zum Nettowert in seiner Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

	30.6.2015						
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Vermögens- werte (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögens- werte (netto)	Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instrumenten ¹	Nettobetrag
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	25.439	- 5.493	19.945	0	0	- 19.877	68
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	7.840	0	7.840	0	0	- 7.306	534
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	13.192	0	13.192	0	0	- 12.783	409
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	15.401	0	15.401	0	0	- 14.835	565
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	206.804	- 422	206.382	0	- 11	- 738	205.632
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	653.207	- 135.155	518.053	- 429.121	- 56.115	- 12.689	20.128
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	21.612	0	21.612	0	0	0	21.612
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	91.789	- 31.811	59.978	- 8.519	- 1.300	- 40.708	9.451
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	55.677	0	55.677	0	0	- 32.170	23.507
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.029.089	- 167.388	861.702	- 437.640	- 57.426	- 86.306	280.330
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	425.038	- 19	425.019	0	- 16.975	- 49.248	358.796
Sonstige Aktiva	190.781	- 33.349	157.432	- 62.538	- 334	0	94.560
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.006	- 4.165	3.841	- 3.181	0	0	660
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	193.645	0	193.645	0	- 543	- 392	192.710
Summe der Aktiva	1.900.425	- 206.249	1.694.176	- 500.178	- 75.278	- 190.746	927.973

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

30.6.2015

in Mio €	Nicht bilanzierte Beträge						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz-instrumenten	Nettobetrag
Einlagen	573.255	- 19	573.236	0	0	0	573.236
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	8.544	- 5.493	3.051	0	0	- 3.051	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	4.866	0	4.866	0	0	- 4.170	696
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	2.166	0	2.166	0	0	- 2.166	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	814	0	814	0	0	- 331	482
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	51.605	- 941	50.664	0	0	0	50.664
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	621.399	- 135.577	485.822	- 425.548	- 59.357	- 917	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	27.620	0	27.620	0	0	- 11.884	15.736
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	45.202	- 30.869	14.332	- 2.033	0	- 12.299	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	36.921	0	36.921	0	- 12.228	- 12.628	12.065
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	782.747	- 167.388	615.359	- 427.581	- 71.585	- 37.729	78.464
Sonstige Passiva	242.438	- 33.349	209.090	- 69.623	0	0	139.467
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	10.919	- 4.165	6.754	- 6.754	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	209.859	0	209.859	0	0	0	209.859
Summe der Passiva	1.824.689	- 206.249	1.618.440	- 497.203	- 71.585	- 47.448	1.002.204

Vermögenswerte

	31.12.2014						
	Nicht bilanzierte Beträge						
in Mio €	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	Nettobetrag
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	17.051	- 2.419	14.632	0	0	- 14.602	29
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	3.164	0	3.164	0	0	- 2.386	779
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	11.891	0	11.891	0	0	- 11.406	485
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	13.943	0	13.943	0	0	- 13.294	649
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	196.157	- 476	195.681	0	- 11	- 1.049	194.621
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	823.578	- 217.158	606.421	- 519.590	- 61.518	- 15.330	9.982
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	23.537	0	23.537	0	0	0	23.537
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	101.845	- 37.075	64.770	- 2.782	- 1.924	- 50.245	9.819
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	52.516	0	52.516	0	0	- 31.358	21.158
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.197.633	- 254.708	942.924	- 522.373	- 63.453	- 97.982	259.117
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.673	- 61	405.612	0	- 16.259	- 46.112	343.242
Sonstige Aktiva	157.771	- 19.792	137.980	- 67.009	- 239	- 13	70.720
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	10.723	- 6.320	4.403	- 3.837	0	0	566
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	178.557	0	178.557	0	- 874	- 451	177.231
Summe der Aktiva	1.985.683	- 276.980	1.708.703	- 589.381	- 80.825	- 186.246	852.252

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

31.12.2014

in Mio €	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
				Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	
Einlagen	532.992	-61	532.931	0	0	0	532.931
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	5.673	-2.419	3.254	0	0	-2.966	288
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	7.633	0	7.633	0	0	-2.278	5.356
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1.791	0	1.791	0	0	-1.614	177
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	549	0	549	0	0	-209	339
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelspassiva	42.960	-1.117	41.843	0	0	0	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	803.073	-217.597	585.475	-518.364	-63.172	-3.939	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	24.726	0	24.726	0	0	-11.996	12.731
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	52.517	-35.994	16.523	-2.782	0	-13.741	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	29.132 ¹	0	29.132 ¹	0	-3.130	-5.718	20.283 ¹
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	952.408 ¹	-254.708	697.699 ¹	-521.146	-66.302	-35.394	74.856 ¹
Sonstige Passiva	203.614 ¹	-19.792	183.823 ¹	-71.645	0	0	112.178 ¹
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	11.383	-6.320	5.063	-5.063	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	207.801	0	207.801	0	0	0	207.801
Summe der Passiva	1.912.461	-276.980	1.635.481	-592.791	-66.302	-42.460	933.927

¹ Die Zahlen wurden angepasst, indem 67 Mrd € aus der Zeile Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar) in Sonstige Passiva verschoben wurden.

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ des Finanzberichts 2014 beschriebenen Kriterien aufgerechnet wurden.

In der Spalte „Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen zur Abwicklung auf Nettobasis/Simultanabwicklung oder weil die Rechte zur Aufrechnung abhängig vom Ausfall der Kontrahenten sind, nicht aufgerechnet wurden. Die Beträge für sonstige Aktiva und Passiva beinhalten Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Sicherheitsleistungen.

In den Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ sind die bezogen auf die Gesamtsumme der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erhaltenen beziehungsweise verpfändeten Beträge von Barsicherheiten und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ausgewiesen, einschließlich solcher, die sich auf Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beziehen, die nicht aufgerechnet worden sind.

Rechtlich nicht durchsetzbare Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen gelten für Verträge in Jurisdiktionen, in denen die Aufrechnungsansprüche nach Maßgabe des dort geltenden Konkursrechts möglicherweise nicht anerkannt werden.

Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den Sonstigen Passiva beziehungsweise Sonstigen Aktiva bilanziert.

Die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und die Barsicherheiten zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Jan. – Jun. 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	127	216	343	17	9	26	369
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	-31	-43 ¹	-74 ¹	0	0	0	-74 ¹
Nettoabschreibungen:	-222	-327	-549	0	0	0	-549
Abschreibungen	-246	-391	-637	0	0	0	-637
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	24	64	88	0	0	0	88
Sonstige Veränderungen	24	8	32	3	8	11	43
Bestand am Periodenende	2.293	2.746	5.039	104	159	263	5.302
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	-63	-67	-131	4	0	4	-127
In %	-33	-24	-28	32	-4	17	-26
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	418	-143	275	0	0	0	275
In %	-65	78	-33	0	0	0	-33

¹ Beinhaltet Auflösungen von 26 Mio € im Zusammenhang mit einem Verkauf, der im zweiten Quartal 2015 vereinbart aber in dritten Quartal 2015 ausgeführt wird (das heißt die entsprechende Abschreibung und die Ausbuchung des wertgeminderten Kredits wird erst in dritten Quartal 2015 abgebildet).

Jan. – Jun. 2014							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	
Bestand am Jahresanfang	2.857	2.732	5.589	102	114	216	5.805
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	191	283	474	13	9	22	496
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	-40	-4	-44	0	0	0	-44
Nettoabschreibungen:	-640	-184	-824	0	0	0	-824
Abschreibungen	-662	-230	-892	0	0	0	-892
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	23	46	69	0	0	0	69
Sonstige Veränderungen	-16	-6	-23	0	1	0	-22
Bestand am Periodenende	2.392	2.824	5.216	114	124	238	5.454
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	-341	3	-338	7	-1	6	-332
In %	-64	1	-42	142	-13	38	-40
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	-319	-73	-391	0	0	0	-391
In %	99	66	91	0	0	0	91

Sonstige Aktiva und Passiva

Sonstige Aktiva

in Mio €	30.6.2015	31.12.2014
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	59.050	65.096
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	14.441	10.785
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	4.855	4.741
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	57.445	34.432
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	135.791	115.054
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	2.732	2.791
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	460	180
Sonstige	18.449	19.955
Sonstige Aktiva insgesamt	157.432	137.980

Sonstige Passiva

in Mio €	30.6.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	71.497	70.558
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	35.904	33.985
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	4.062	3.473
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	53.524	35.195
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	164.987	143.210
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	2.486	2.953
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	52	0
Sonstige	41.565	37.659
Sonstige Passiva insgesamt	209.090	183.823

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	30.6.2015	31.12.2014
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	88.368	84.795
Mit variabler Verzinsung	35.703	34.651
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	4.583	2.689
Mit variabler Verzinsung	2.681	2.358
Sonstige	28.920	20.344
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	160.255	144.837

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	30.6.2015	31.12.2014
Ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Eigene Aktien im Bestand	0,3	0,3
Davon:		
Aktienrückkaufprogramm	0,2	0,1
Sonstige Bestände	0,2	0,2
Ausstehende Stammaktien	1.378,9	1.379,0

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, unter anderem auch Fronting Commitments, sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Für den Fall, dass der Konzern Zahlungen an einen Begünstigten von Fronting Commitments zu leisten hat, würde der Konzern sofort seine Rückgrifforderung an die anderen Kreditgeber des Konsortiums stellen. Die oben genannten Verträge werden jedoch berücksichtigt, indem der Konzern das Kreditrisiko überwacht. Zudem verlangt er gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Außerdem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen wären, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

in Mio €	30.6.2015	31.12.2014
Unwiderrufliche Kreditzusagen	174.808	154.446
Eventualverbindlichkeiten	60.783	62.087
Insgesamt	235.591	216.533

Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio €	Rückstellungen im Bauspargeschäft	Operationelle Risiken	Rechtsstreitigkeiten	Restrukturierung	Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten	Sonstige ¹	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2015	1.150	422	3.210	120	669	880	6.451
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0
Zuführungen zu Rückstellungen	101	53	2.811	28	1	579	3.573
Verwendungen von Rückstellungen	70	11	2.284	64	4	289	2.722
Auflösungen von Rückstellungen	3	33	40	8	226	55	365
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	-10	18	72	2	61	13	157
Transfers	0	-2	-8	4	14	-10	-2
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0
Bestand zum 30. Juni 2015	1.167	447	3.761	83	514	1.118	7.090

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf die Anhangangabe „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungsarten

Bausparrückstellungen entstehen im Bauspargeschäft der Deutsche Postbank-Gruppe und der Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft. Beim Bausparen schließt der Kunde einen Bausparvertrag ab, mit dem er berechtigt wird, ein Baudarlehen aufzunehmen, sobald der Kunde bei der kreditgebenden Bank einen bestimmten Geldbetrag angelegt hat. Im Zusammenhang mit dem Bausparvertrag werden Bearbeitungsgebühren verlangt und der angelegte Betrag wird zu einem Zinssatz verzinst, der üblicherweise unter dem Zinssatz anderer Geldeinlagen liegt. Im Fall, dass der Kunde sich entschließt, das Baudarlehen nicht in Anspruch zu nehmen, ist er zu einem rückwirkenden Zinsbonus berechtigt, der die Differenz zwischen dem niedrigen Zins des Bausparvertrags und einem Festzinssatz widerspiegelt, der momentan wesentlich über dem Marktzins liegt. Die Bausparrückstellungen entsprechen dem möglichen Zinsbonus und der Verpflichtung zur Rückzahlung der Bearbeitungsgebühr. Das Modell zur Berechnung des möglichen Zinsbonus beinhaltet Parameter für den Prozentteil der betroffenen Kunden, die anwendbare Bonusrate, den Kundenstatus und den Zeitpunkt der Zahlung. Andere Faktoren, die diese Rückstellung beeinflussen, sind verfügbare statistische Daten in Bezug auf das Kundenverhalten und das allgemeine Umfeld, das zukünftig diese Geschäftssparte beeinflussen könnte.

Operationelle Rückstellungen entstehen aus operationellen Risiken und beinhalten keine Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, die in einer separaten Rückstellungsart dargestellt werden.

Ein operationelles Risiko ist das Risiko eines Verlustes, welches durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entsteht. Die Definition im Rahmen dieser Ermittlung von operationalen Rückstellungen unterscheidet sich von der des Risikomanagements, da hier keine Rechtsstreitigkeiten enthalten sind. Im Risikomanagement ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil des operationellen Risikos, da Zahlungen an Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren und aufsichtsrechtlichen Verfahren Verlustereignisse aufgrund operationeller Defizite begründen, Geschäfts- und Reputationsrisiken sind jedoch ausgeschlossen.

Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren aufgrund von behaupteter Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren oder aufsichtsrechtlichen Verfahren führen oder führen könnten.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Der Konzern beabsichtigt, seine langfristige Wettbewerbsfähigkeit durch erhebliche Reduzierungen von Kosten, Redundanzen und Komplexität in den nächsten Jahren zu verbessern. Zu Einzelheiten siehe Anhangangabe „Restrukturierung“.

Rückstellungen für Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten entstehen im mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekenkreditgeschäft der Deutschen Bank in den Vereinigten Staaten. Von 2005 bis 2008 verkaufte die Deutsche Bank im Rahmen dieses Geschäfts Kredite in Form von Verbriefungen in Höhe von rund 84 Mrd US-\$ sowie in Höhe von rund 71 Mrd US-\$ über die Veräußerung von Krediten (Whole Loans). Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite von Käufern, Investoren oder Kreditversicherern zurückzukaufen beziehungsweise diese von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank besteht darin, begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit vertraglichen Rechten und Vereinbarungen geltend gemacht werden, zu erfüllen.

Zum 30. Juni 2015 bestanden gegenüber der Deutschen Bank Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten, auf die nicht im Rahmen einer Vereinbarung verzichtet wurde, in Höhe von circa 2,6 Mrd US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags). Diese bestehen in erster Linie aus Forderungen im Hinblick auf Verbriefungen mit einem Dritten seitens der Treuhänder oder deren Servicer. Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank zum 30. Juni 2015 Rückstellungen in Höhe von 573 Mio US-\$ (514 Mio €) bilanziert. Die Deutsche Bank ist Begünstigte in Haftungsübernahmevereinbarungen der Originatoren oder Verkäufer bestimmter Hypothekenkredite, auf die sich diese Forderungen beziehen. In diesem Zusammenhang hat die Deutsche Bank zum 30. Juni 2015 Ansprüche von 117 Mio US-\$ (105 Mio €) bilanziert. Die Nettorückstellungen für die Forderungen beliefen sich zum 30. Juni 2015 nach Abzug solcher Ansprüche auf 456 Mio US-\$ (409 Mio €).

Zum 30. Juni 2015 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Kreditbetrag in Höhe von rund 7,1 Mrd US-\$ Rückkäufe getätigt, Vereinbarungen über einen Verzicht erzielt, unrichtige und nicht fristgerecht eingereichte Klagen zurückgewiesen oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen, Vereinbarungen und Vergleichen ist die Deutsche Bank von möglichen Ansprüchen, die aus ihren oben geschilderten Kreditverkäufen resultieren könnten, in Höhe von circa 91,7 Mrd US-\$ freigestellt.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten gegen die Deutsche Bank angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Diese potenziellen Forderungen könnten eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben.

Die Deutsche Bank rechnet damit, dass zusätzliche Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten in Bezug auf die verkauften Hypothekenkredite gestellt werden. Deren Zeitpunkt und Höhe können jedoch nicht zuverlässig geschätzt werden. Der New York Court of Appeals hat am 11. Juni 2015 eine Entscheidung veröffentlicht, welche die Abweisung der Rückkaufforderungen von Hypothekengeschäften im Zusammenhang mit einem von der Deutschen Bank begebenen sogenannten Residential Mortgage-Backed Security (durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapier) bestätigt, da die Klage nicht fristgerecht erhoben worden sei. Diese Entscheidung kann Auswirkungen auf das Ausmaß zukünftiger Rückkaufforderungen an die Deutsche Bank sowie auf deren Erfolgsaussichten haben. Die Deutsche Bank fungierte nicht als Servicer für an Dritte als Whole Loans veräußerte Kredite (die rund die Hälfte aller zwischen 2005 und 2008 verkauften US-amerikanischen Wohnimmobilienkredite ausmachen) und hatte nach dem Verkauf keinen Zugang mehr zu deren Performancedaten. Zur Performance der verbrieften Hypothekenkredite stehen öffentliche Informationen zur Verfügung. Es ist jedoch keine direkte Korrelation zwischen der Performance und den gestellten Rückkaufforderungen zu beobachten. Es sind Forderungen in Bezug auf ausgefallene, laufende und vollständig zurückgezahlte Kredite eingegangen.

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene andere Rückstellungen, die aufgrund unterschiedlicher Umstände entstehen. Zu diesen gehören Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren und Abschlussgebühren für Kunden, die Rückstellungen für Bankenabgaben sowie eine Rückstellung im Zusammenhang mit der Kooperation im Kreditkartengeschäft zwischen Deutscher Bank und Hua Xia Bank.

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten können aus gegenwärtigen Verpflichtungen und möglichen Verpflichtungen, die aus Ereignissen in der Vergangenheit resultieren, entstehen. Der Konzern bildet Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten nur, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und verlässlich geschätzt werden kann. Für wesentliche Eventualverbindlichkeiten, bei denen die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich, aber kleiner als wahrscheinlich ist, schätzt der Konzern den möglichen Verlust, wenn er der Auffassung ist, dass eine Schätzung vorgenommen werden kann.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. In den vergangenen Jahren wurden Bankenregulierung und -aufsicht auf vielen Gebieten verschärft. Es kam zu einer verstärkten Aufsicht und Überwachung von Finanzdienstleistern durch Aufsichtsbehörden, Verwaltungs- und andere Behörden. Dies führte zu zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Untersuchungen und Vollstreckungsmaßnahmen, welchen oft Zivilverfahren nachfolgen. Dieser Trend wurde durch die globale Finanzkrise und die europäische Staatsschuldenkrise deutlich beschleunigt.

Die rechtlichen und aufsichtsbehördlichen Verfahren, für die der Konzern wesentliche Rückstellungen gebildet hat oder für die wesentliche Eventualverbindlichkeiten bestehen, bei denen die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich ist, werden nachfolgend beschrieben. Vergleichbare Verfahren werden zu einer Gruppe zusammengefasst, und einige Verfahren umfassen mehrere Ansprüche. Die für diese Verfahren jeweils geschätzten Verluste, soweit eine Schätzung möglich ist, wurden nicht einzeln ausgewiesen, da der Konzern davon ausgeht, dass diese Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinträchtigen würde. Wenn für einen bestimmten Anspruch eine Rückstellung gebildet wurde, ist keine Eventualverbindlichkeit erfasst worden.

Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist, und den möglichen Verlust zu schätzen, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung des Konzerns und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, Vergleiche Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten. Es gibt andere offengelegte Verfahren, bei denen die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist, für die jedoch eine solche Schätzung nicht vorgenommen werden kann. Für die signifikanten Verfahren der Bank, bei denen eine Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 30. Juni 2015 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt mehr als unwahrscheinlich, aber weniger als wahrscheinlich ist, auf insgesamt rund 3,2 Mrd € (31. Dezember 2014: 2,0 Mrd €) belaufen. Diese Zahl schließt Eventualverbindlichkeiten für Verfahren ein, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet beziehungsweise erwartet, dass eine solche Haftung von Drittparteien übernommen wird.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen basieren auf derzeit verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekanntem Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen, insbesondere in frühen Verfahrensstadien, umfassen. Ferner können sich Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie zu den wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern später als unrichtig herausstellen. Außerdem eignen sich Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig nicht für die Anwendung statistischer oder anderer quantitativer Analyseverfahren, die vielfach bei Beurteilungen und Schätzungen verwendet werden, und unterliegen noch größeren Unsicherheiten als andere Gebiete, auf denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich ist, ändern sich von Zeit zu Zeit. Dasselbe gilt für die Verfahren, für die eine Schätzung vorgenommen werden kann, und für den geschätzten möglichen Verlust aus diesen Verfahren. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzlich können Verluste aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren oder Untersuchungen vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Dies kann insbesondere geschehen, um Kosten, Verwaltungsaufwand, negative Geschäftsauswirkungen sowie aufsichtsrechtliche Folgen oder Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass berechnete Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien ihre Verluste auch in Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Laufende Einzelverfahren

Kartellrechtliche und zivilrechtliche Verfahren und Untersuchungen zu Kreditausfall-Swaps. Am 1. Juli 2013 richtete die Europäische Kommission eine Mitteilung der Beschwerdepunkte („die Mitteilung“) an die Deutsche Bank, die Markit Group Limited (Markit), die International Swaps and Derivatives Association, Inc. (ISDA) sowie zwölf andere Banken. In dieser hat sie wettbewerbswidriges Verhalten gemäß Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sowie gemäß Artikel 53 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum („EWR-Abkommen“) behauptet. Die Mitteilung legt vorläufige Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission dar, denen zufolge (i) Versuche bestimmter Unternehmen, im Geschäft mit börsengehandelten ungedeckten Kreditderivaten tätig zu werden, durch unzulässiges kollektives Verhalten im Zeitraum 2006 bis 2009 vereitelt wurden und (ii) das Verhalten von Markit, der ISDA, der Deutschen Bank und zwölf anderen Banken eine einzelne und fortgesetzte Verletzung von Artikel 101 AEUV und Artikel 53 EWR-Abkommen darstellte. Sollte die Europäische Kommission letztlich zu dem Ergebnis gelangen, dass eine Verletzung vorgelegen hat, könnte sie die Verhängung von Bußgeldern oder andere Maßnahmen gegen Markit, die Deutsche Bank, ISDA und die zwölf anderen Banken anstreben. Im Januar 2014 gab die Deutsche Bank eine Stellungnahme ab, in der sie die vorläufigen Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission anfecht. Die Deutsche Bank und andere Banken, an die die Mitteilung ergangen ist, haben die Kernelemente ihrer Stellungnahmen bei einer mündlichen Anhörung im Mai 2014 vorgetragen. Anschließend hat die Europäische Kommission angekündigt, eine weitere Untersuchung des Sachverhalts durchzuführen.

Gegen die Deutsche Bank, zahlreiche andere Banken, die Kreditausfall-Swaps ausgegeben haben, sowie Markit und die ISDA sind derzeit distriktübergreifend als zivilrechtliche Sammelklagen bezeichnete Verfahren beim United States District Court for the Southern District of New York anhängig. Die Kläger reichten am 11. April 2014 eine zweite zusammengeführte und erweiterte Sammelklage ein, derzufolge die Banken mit Markit und der ISDA konspiriert hätten, um den Handel mit börsengehandelten Kreditausfall-Swaps zu verhindern und dadurch die Preise für außerbörslich gehandelte Kreditausfall-Swaps in die Höhe zu treiben. Die Kläger wollen natürliche und juristische Personen in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern vertreten, die vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2013 direkt Kreditausfall-Swaps von den Beklagten in den Vereinigten Staaten gekauft oder dort an diese verkauft haben. Die Beklagten beantragten am 23. Mai 2014 die Abweisung der zweiten zusammengeführten und erweiterten Sammelklage. Am 4. September 2014 hat das Gericht dem Antrag auf Klageabweisung teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Das Beweisverfahren (Discovery) zu den übrigen Klagen wird fortgesetzt.

Kreditkorrelationen. Am 26. Mai 2015 verfügte die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC) im Rahmen eines abgeschlossenen Ordnungswidrigkeitenverfahrens eine Unterlassungsanordnung gegen die Deutsche Bank AG. Die Angelegenheit bezog sich auf die Art und Weise, auf die die Deutsche Bank im vierten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009, das heißt auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, das sogenannte Gap-Risiko für die im synthetischen CDO-Buch enthaltenen Leveraged Super Senior (LSS)-Transaktionen ausgewiesen hatte. Gap Risk ist das Risiko, dass der Marktwert einer Transaktion den Wert der hinterlegten Sicherheit übertreffen könnte. In den beiden betreffenden Quartalen berücksichtigte die Deutsche Bank bei der Bewertung der LSS-Transaktionen nicht das Gap-Risiko, sondern bewertete es mit null. Trotz eines fehlenden Standardansatzes in der Branche zur Bewertung des Gap-Risikos und der komplexen Bewertung dieser Instrumente war die SEC der Auffassung, dass die Deutsche Bank in diesen Zeiträumen den Wert der LSS-Transaktionen nicht angemessen um das Gap-Risiko bereinigt hatte. Dies hatte zu falschen Angaben in den betreffenden Quartalsabschlüssen geführt. Die SEC kam ferner zu dem Schluss, dass die Deutsche Bank keine adäquaten Systeme und Kontrollen für den Bewertungsprozess vorgehalten hatte. Sie stellte Verletzungen gemäß Section 13(a) (Anforderung an die Einreichung korrekter regelmäßiger Berichte bei der SEC), Section 13(b)(2)(A) (Anforderung an das Führen korrekter Bücher und Aufzeichnungen), und Section 13(b)(2)(B) (Anforderung an die Durchführung angemessener interner Kontrollen der Rechnungslegung) des Exchange Act fest. Die Deutsche Bank zahlte eine Geldstrafe von 55 Mio US-\$ und hat die Feststellungen weder bestätigt noch bestritten.

Dole Food Company. Die Deutsche Bank Securities Inc. („DBSI“) und die Deutsche Bank AG, Filiale New York („DBNY“) sind gemeinsam Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem Delaware Court of Chancery, das von ehemaligen Aktionären der Dole Food Company, Inc. („Dole“) angestrengt wurde. Die Kläger behaupten, dass der Beklagte David H. Murdock und bestimmte Mitglieder des Board und Managements der Dole (die ebenfalls als Beklagte benannt wurden) ihre treuhänderischen Verpflichtungen verletzt sowie dass die DBSI und die DBNY diese Verstöße im Zusammenhang mit der Privatisierung der Dole durch Herrn Murdock, die am 1. November 2013 abgeschlossen wurde (die „Transaktion“), unterstützt und gefördert haben. Die Kläger fordern von allen Beklagten Schadensersatz in Höhe von rund 642 Mio US-\$, die Zubilligung von Zinsen, die Herausgabe jeglicher Gewinne der DBSI und der DBNY aus der Transaktion sowie die Erstattung von Kosten und Aufwendungen. Die Verhandlung in dieser Angelegenheit fand bis 9. März 2015 statt. Die Phase der Erläuterung des Urteils („Post-trial Briefing“) und die Phase der Erörterung von Argumenten („Post-trial Argument“) ist abgeschlossen. Die Parteien warten zurzeit auf eine Entscheidung nach der Verhandlung des Gerichts. Die DBSI und die DBNY haben im Zusammenhang mit der Transaktion eine handelsübliche Freistellungsvereinbarung mit der Dole (und einigen ihrer Tochtergesellschaften) geschlossen sowie die Dole (und ihre relevanten Tochtergesellschaften) darüber informiert, dass sie eine Freistellung verlangen.

Esch-Fonds-Rechtsstreit. Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA („Sal. Oppenheim“) war vor dem Erwerb durch die Deutsche Bank im Jahr 2010 an der Vermarktung und Finanzierung von Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds beteiligt. Diese Fonds waren als Personengesellschaften bürgerlichen Rechts in Deutschland organisiert. In der Regel führte die Josef Esch Fonds-Project GmbH die Planung und Projektentwicklung durch. Sal. Oppenheim war über ein Joint Venture indirekt an dieser Gesellschaft beteiligt. In Bezug darauf wurden zahlreiche zivilrechtliche Klagen gegen Sal. Oppenheim eingereicht. Einige dieser Klagen sind auch gegen ehemalige geschäftsführende Gesellschafter von Sal. Oppenheim und andere Personen gerichtet. Die gegen Sal. Oppenheim erhobenen Ansprüche betreffen Investitionen von ursprünglich rund 1,1 Mrd €. Die Investoren verlangen eine Rücknahme ihrer Beteiligung an den Fonds und eine Haftungsfreistellung für mögliche Verluste und Schulden aus der Investition. Die Ansprüche basieren teilweise auf der Behauptung, Sal. Oppenheim habe nicht ausreichend über Risiken und andere wesentliche Aspekte informiert, die für die Anlageentscheidung wichtig gewesen seien. Auf Grundlage der Fakten der Einzelfälle haben manche Gerichte zugunsten von Sal. Oppenheim entschieden, andere die Haltung der Gegenseite bestätigt. Die Berufungsurteile stehen noch aus.

Untersuchungen und Verfahren im Devisenhandel. Die Deutsche Bank hat weltweit Auskunftersuchen von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die den Devisenhandel und andere Aspekte des Devisenmarkts untersuchen, erhalten. Die Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Hierzu führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen des Devisenhandels und anderer Aspekte ihres Devisengeschäfts weltweit durch. Im Zusammenhang mit dieser Überprüfung hat die Bank, sofern entsprechende Tatsachen oder Umstände vorlagen, disziplinarische Maßnahmen gegen Mitarbeiter eingeleitet und wird dies auch künftig tun. Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in mehreren als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurden und in denen auf Kartellrecht sowie den Bestimmungen des US Commodity Exchange Act basierte Ansprüche im Zusammenhang mit der angeblichen Manipulation von Devisenkursen geltend gemacht werden. Am 28. Januar 2015 gab der für die Sammelklagen zuständige Richter auf bundesstaatlicher Ebene dem Klageabweisungsantrag ohne Recht auf erneute Klageerhebung in beiden Klagen seitens Nicht-US-Klägern statt, wies ihn jedoch für die Klage von US-amerikanischen Klägern ab. Seit dem Gerichtsurteil vom 28. Januar 2015 wurden weitere Klagen eingereicht. In drei Fällen, in denen die Deutsche Bank Beklagte ist, wird behauptet, dass Transaktionen im Devisenhandel infolge von Spot- und Futures-Marktaktivitäten der beklagten Banken manipuliert wurden. In einer Klage wird der Deutschen Bank und weiteren Beklagten vorgeworfen, dass sie ihre treuhänderischen Pflichten gemäß dem „Employment Retirement Income Security Acts of 1974“ verletzt hätten, indem sie angeblich bei Transaktionen mit Bezug auf die WM/Reuters Closing Spot Rate unerlaubt zusammengewirkt haben und somit Transaktionen im Auftrag der Kläger zu künstlichen Preisen ausgeführt wurden.

Hochfrequenzhandel/Dark-Pool-Handel. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichtsbehörden Auskunftersuchen in Bezug auf den Hochfrequenzhandel und den Betrieb ihres alternativen Handelssystems („ATS“ bzw. „Dark Pool“) SuperX erhalten. Die Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Auskunftersuchen. Die Deutsche Bank war zunächst Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, in denen mit Blick auf den Hochfrequenzhandel Verstöße gegen die US-amerikanischen Wertpapiergesetze geltend gemacht werden. In der am 2. September 2014 eingereichten zusammengeführten und erweiterten Klage haben die Kläger die Deutsche Bank jedoch nicht als Beklagte benannt.

Interbanken-Zinssatz. Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in Europa, Nordamerika und der Region Asien/Pazifik Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten Untersuchungen bezüglich der Festsetzung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Wie bereits bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 4. Dezember 2013 als Teil eines Gesamtvergleichs mit der Europäischen Kommission eine Vereinbarung zum Abschluss der Untersuchungen bezüglich des wettbewerbswidrigen Verhaltens im Handel mit Euro-Zinssatz-Derivaten und Yen-Zinssatz-Derivaten erzielt. Im Rahmen des Vergleichs hat die Deutsche Bank zugestimmt, insgesamt 725 Mio € zu zahlen.

Die Deutsche Bank hat am 23. April 2015 separate Vergleichsvereinbarungen mit dem U.S. Department of Justice (DOJ), der U.S. Commodity Futures Trading Commission (CFTC), der U.K. Financial Conduct Authority (FCA) und dem New York State Department of Financial Services (NYDFS) zur Beendigung von Untersuchungen wegen Fehlverhaltens bezüglich der Festlegung von LIBOR, EURIBOR und TIBOR getroffen. In den Vereinbarungen hat die Deutsche Bank zugestimmt, Strafzahlungen in Höhe von 2,175 Mrd US-\$ an das DOJ, die CFTC und das NYDFS und 226,8 Mio GBP an die FCA zu leisten. Die Vereinbarungen enthalten des Weiteren Bestimmungen über verschiedene Verpflichtungen im Hinblick auf künftige Übermittlungen von Benchmark Rates durch die Deutsche Bank sowie Regelungen, welche die Ernennung eines unabhängigen Aufsehers betreffen. Die Deutsche Bank ist weiterhin verpflichtet, disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Mitarbeiter zu ergreifen, die zur Zeit der Vereinbarung in der Bank tätig waren.

Als Teil der Vereinbarung mit dem DOJ akzeptiert die Deutsche Bank ein sogenanntes „Deferred Prosecution Agreement“ mit dreijähriger Laufzeit. Dieses beinhaltet neben anderen Punkten, dass die Deutsche Bank der Einreichung einer Anklage in zwei Punkten im United States District Court für den District of Connecticut zustimmt, in welcher der Deutschen Bank „Wire-Fraud“ und ein Verstoß gegen den Sherman-Act im Zusammenhang mit Preisfixings vorgeworfen wird. Als weiteren Teil sieht die Vereinbarung vor, dass die DB Group Services (UK) Ltd. (eine indirekt gehaltene, hundertprozentige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank) mit dem DOJ eine Schuldanerkenntnisvereinbarung trifft, in der die Gesellschaft sich verpflichtet, sich in einer im selben Gericht erhobenen Anklage wegen „Wire-Fraud“ schuldig zu bekennen. Die Deutsche Bank übermittelte ein Vergleichsangebot an die CFTC, das akzeptiert wurde, um eine Entscheidung über ein Verfahren gemäß Section 6(c) und 6(d) des Commodity Exchange Acts, die Feststellungen von Tatsachen und die Auferlegung von Sanktionen zu erledigen. Die FCA hat eine Entscheidung im Zusammenhang mit dem Abschluss ihrer Untersuchungen erlassen, und die NYDFS hat mit der Deutschen Bank einen Vergleich unter Section 44 und 44-a des New York Banking Law geschlossen.

Andere regulatorische Untersuchungen gegen die Deutsche Bank, welche die Festsetzungen verschiedener weiterer Interbankenzinssätze betreffen, bleiben anhängig, und die Deutsche Bank bleibt weiteren regulatorischen Maßnahmen und Zivilklagen ausgesetzt.

Gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Banken wurde eine Reihe zivilrechtlicher Klagen einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren beim United States District Court for the Southern District of New York (SDNY) eingereicht. Alle bis auf fünf dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten auf US-Dollar lautende LIBOR-bezogene Finanzderivate oder andere Finanzinstrumente gehalten oder mit diesen gehandelt und aufgrund angeblicher Manipulationen bei der Festsetzung des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Verluste erlitten.

Mit einer Ausnahme werden alle zivilrechtlichen US-Dollar-LIBOR-Klagen, die beim SDNY anhängig sind, in einem distriktübergreifenden Rechtsstreit (US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation) behandelt. Im März 2013 und Juni 2014 hat das Gericht Klageabweisungsanträgen teilweise stattgegeben und sie teilweise abgelehnt, die sich auf einige der ursprünglich eingereichten Klagen beziehen. Das Gericht hat einigen Ansprüchen unter dem Commodity Exchange Act (CEA) sowie bestimmten landesrechtlichen Ansprüchen und Ansprüchen wegen ungerechtfertigter Bereicherung stattgegeben, während es bestimmte Ansprüche unter dem CEA als verjährt abwies sowie alle Ansprüche, die auf Bundes- und Landeskartellrecht und auf dem Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) basieren, ablehnte.

Eine Gruppe von Klägern in der US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation, deren landeskartellrechtliche Ansprüche abgewiesen wurden oder deren Anträge auf einstweilige Verfügung vom District Court zugelassen wurden, legten Berufung vor dem U.S. Court of Appeals for the Second Circuit ein. Der Second Circuit hat dem Antrag auf Zusammenführung der Beklagten stattgegeben, und die Erläuterung der Gerichtsentscheidung soll am 17. August 2015 abgeschlossen sein. (Der Second Circuit hat den Antrag einer getrennten Gruppe von Klägern abgelehnt, ihre Klage wiederaufzunehmen, die im Jahr 2013 ursprünglich vom Second Circuit als nicht fristgerecht erhoben abgewiesen worden war. Die betreffenden Kläger haben beim U.S. Supreme Court einen Revisionsantrag (Petition for Certiorari) gegen die Entscheidung des Second Circuit gestellt, gegen den die Beklagten Berufung eingelegt haben. Diese Kläger haben ebenfalls erneut Berufung eingelegt, gegen die die Beklagten einen Abweisungsantrag gestellt haben.)

Zahlreiche in eigenem Namen handelnde Kläger haben erweiterte Klagen eingereicht. Die Parteien haben Anträge auf Klageabweisung vorbereitet, über die vor Gericht mündlich verhandelt wurde. Kläger in dem von Hauseigentümern und Kreditgebern angestregten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren haben ebenfalls erweiterte Klagen eingereicht. Die Parteien haben Anträge auf Klageabweisung vorgetragen. Auch die Bank hat einen Klageabweisungsantrag wegen fehlender persönlicher Zuständigkeit eingereicht. Diese beziehen sich auf einen Anspruch von Klägern in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die behaupten, sie hätten mit auf US-Dollar lautenden LIBOR-bezogenen börsengehandelten Finanzinstrumenten gehandelt (die „Börsenhandel-Kläger“). Dieser Antrag wurde vollständig vorgetragen. Das Gericht hat für den 20. August 2015 eine mündliche Verhandlung angesetzt, um die Klageabweisungsanträge bezüglich der Klagen der Hausbesitzer und Kreditgeber sowie der Klagen bezüglich der LIBOR-bezogenen Finanzinstrumente zu verhandeln.

Am 29. Juni 2015 ersuchten die Börsenhandel-Kläger um das Recht, ihre Klage zu erweitern und insbesondere neue Vorwürfe in Bezug auf die Vergleichsvereinbarungen zum IBOR zu machen, welche die Deutsche Bank am 23. April 2015 mit dem DOJ, der CFTC, dem NYSDFS und der FCA geschlossen hatte. In der vorgeschlagenen erweiterten Klage würden auch zwei Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, die DB Group Services (UK) Ltd. und die DBSI, als Beklagte genannt. Die Beklagten planen, Berufung gegen den Antrag der Börsenhandel-Kläger einzureichen.

Das Gericht hat in einem zusätzlichen Verfahren zum US-Dollar-LIBOR, das getrennt vor dem SDNY anhängig ist, den Klageabweisungsanträgen der Beklagten stattgegeben. Der Kläger hat einen Antrag auf Erweiterung seiner Klage eingereicht, über den bis 10. August 2015 abschließend verhandelt werden soll.

Die Bank wurde darüber hinaus als Beklagte in einer im Central District of California anhängigen US-Dollar-LIBOR-Klage benannt. Das Gericht hat dem Klageabweisungsantrag der Bank stattgegeben und ebenfalls die Ansprüche gegen die anderen Beklagten in dem Fall abgewiesen. Der Kläger legt zurzeit Berufung vor dem Court of Appeals for the Ninth Circuit ein, und die Erläuterung der Gerichtsentscheidung soll am 8. Oktober 2015 abgeschlossen sein.

Gegen die Deutsche Bank und andere Banken wurde eine Sammelklage wegen des Vorwurfs der Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR eingereicht. Am 28. März 2014 hat der SDNY den Klageabweisungsanträgen der Beklagten auf Grundlage des US-amerikanischen Bundeskartellrechts und der ungerichtfertigten Bereicherung stattgegeben. Gleichzeitig wurden jedoch die Anträge der Beklagten in Bezug auf Ansprüche unter dem CEA abgelehnt. Am 31. März 2015 lehnte das Gericht Anträge ausländischer Beklagter mit Niederlassungen in New York (einschließlich der Deutschen Bank) auf Klageabweisung wegen fehlender persönlicher Zuständigkeit ab. Diese Beklagten hatten keine Vereinbarungen mit dem Kläger geschlossen, die ihr Recht auf das Stellen solcher Anträge regelt. Am 24. Juli 2015 hat das Gericht einen Antrag der Beklagten (einschließlich der Deutschen Bank), das Gericht möge seine Entscheidung überdenken oder alternativ einen unmittelbaren Antrag auf Zulassung der einstweiligen Verfügung vor dem Second Circuit zulassen, zurückgewiesen. Am 31. März 2015 hat das Gericht einem Antrag des Klägers, seine Klage zu erweitern, teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Ferner hat das Gericht für die Bank relevante Anträge des Klägers auf Geltendmachung von Ansprüchen gemäß RICO sowie auf die Aufnahme zweier weiterer namentlich

genannter Kläger, die vorgeblich mit auf Yen lautenden Devisenfutures und Devisenterminkontrakten gehandelt hatten, abgewiesen. Bezüglich dieser Entscheidung hat das Gericht am 24. Juli 2015 den Antrag der Kläger auf Zulassung der einstweiligen Verfügung zurückgewiesen. Der Kläger hat ferner seine Klage erweitert und einen dritten namentlich genannten Kläger aufgenommen, der vorgeblich mit einigen Beklagten, einschließlich der Bank, Geschäfte in auf Yen lautenden Terminkontrakten abgeschlossen hat, und im Namen des neuen Klägers landesrechtliche Ansprüche und Ansprüche wegen ungerechtfertigter Bereicherung geltend zu machen, die zurzeit noch geprüft werden. Zusätzlich hob das Gericht am 15. Mai 2015 eine Aussetzung des Beweisverfahrens auf und verwies Beweisfragen an einen Richter zur weiteren Verhandlung.

Am 24. Juli 2015 wurde beim SDNY eine zweite Sammelklage gegen die Deutsche Bank AG und eine Tochtergesellschaft, die DB Group Services (UK) Ltd., sowie gegen andere Banken und „Interdealer“-Broker eingereicht. Den Beklagten wird Manipulation des Yen-LIBOR und des Euroyen-TIBOR vorgeworfen.

Gegen die Deutsche Bank wurde ebenfalls ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren wegen des Vorwurfs der Manipulation des EURIBOR angestrengt, das beim SDNY anhängig ist. Das Gericht hat eine Aussetzung des Beweisverfahrens am 13. Mai 2015 modifiziert und den Klägern die Möglichkeit zu einer erneuten erweiterten Klageerhebung bis zum 11. August 2015 eingeräumt. Termin für einen Antrag auf Klageabweisung ist derzeit der 10. September 2015.

Die Deutsche Bank wurde am 6. Mai 2015 als Beklagte in einer beim SDNY anhängigen Sammelklage wegen des Vorwurfs der Manipulation des GBP LIBOR benannt. Der Kläger hat am 24. Juli 2015 eine erweiterte Klage eingereicht. Ein Antrag auf Abweisung der Klage kann bis 25. September 2015 eingereicht werden.

Am 19. Juni 2015 wurden die Bank und eine Tochtergesellschaft, DB Group Services (UK) Ltd., als Beklagte in einer Sammelklage beim SDNY wegen des Vorwurfs der Manipulation des CHF LIBOR benannt. Termin für Anträge auf Abweisung der Anklage ist der 18. August 2015.

Die Schadensersatzforderungen in diesen Rechtsfällen wurden auf verschiedene Rechtsgrundlagen gestützt, einschließlich der Verletzung des CEA, kartellrechtlicher Vorschriften der Bundesstaaten und der USA, des RICO sowie anderer Bundes- und einzelstaatlicher Gesetze.

Kaupthing CLN. Im Juni 2012 hat die Kaupthing hf, eine isländische Aktiengesellschaft, (vertreten durch den Winding-up-Ausschuss) auf isländisches Recht gestützte Anfechtungsklagen über circa 509 Mio € (plus Zinsen) gegen die Deutsche Bank in Island und England erhoben. Die geltend gemachten Ansprüche stehen im Zusammenhang mit Credit Linked Notes auf Kaupthing, welche die Deutsche Bank im Jahr 2008 an zwei British Virgin Island Spezialvehikel („SPVs“) herausgegeben hat. Diese SPVs gehörten letztlich sehr vermögenden Privatpersonen. Kaupthing behauptet, dass die Deutsche Bank gewusst habe oder hätte wissen müssen, dass Kaupthing selbst den Risiken aus den Transaktionen ausgesetzt war, weil sie die SPVs finanziert habe. Es wird behauptet, dass Kaupthing die Transaktionen aus verschiedenen Gründen anfechten könne, da die Transaktionen unter anderem deshalb unzulässig waren, weil es Kaupthing so möglich war, direkten Einfluss auf die Quotierung eigener CDS (Credit Default Swaps) und damit eigener börsennotierter Anleihen zu nehmen. Im November 2012 wurde eine weitere, auf englisches Recht gestützte Klage (gestützt auf Vorwürfe, die den Vorwürfen der auf isländisches Recht gestützten Klagen vergleichbar sind) gegen die Deutsche Bank in London erhoben. Die Deutsche Bank hat ihre Klageerwiderungen für die isländischen Verfahren im Februar 2013 eingereicht und verteidigt sich weiter. Im Februar 2014 wurden die beiden in England anhängigen Verfahren bis zur endgültigen Entscheidung in den isländischen Verfahren ausgesetzt. Darüber hinaus wurden der Deutschen Bank von den SPVs und deren Abwicklern im Dezember 2014 weitere Klagen zugestellt, die sich auf eine weitgehend vergleichbare Anspruchsbegründung stützen, sich auf CLN-Transaktionen beziehen und sich gegen die Deutsche Bank und weitere Beschuldigte in England richten. Die Bank erwartet nicht, dass die von den SPVs erhobenen Klagen die Höhe der möglichen Verpflichtungen der Deutschen Bank im Zusammenhang mit CLN-Transaktionen, über die bereits von Kaupthing unmittelbar erhobenen Ansprüche hinaus, erhöhen.

Kirch. Im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren ermittelte und ermittelt die Staatsanwaltschaft München I weiterhin gegen mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG sowie gegen die aktuellen Vorstandsmitglieder Jürgen Fitschen und Dr. Stephan Leithner. Das Kirch-Verfahren umfasste mehrere zivilrechtliche Verfahren zwischen der Deutschen Bank AG und Dr. Leo Kirch beziehungsweise dessen Medienunternehmen. Die zentrale Streitfrage in den Zivilverfahren war, ob der damalige Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG, Dr. Rolf Breuer, durch seine Äußerungen in einem Interview mit dem Fernsehsender Bloomberg im Jahre 2002 die Insolvenz der Kirch Unternehmensgruppe herbeigeführt habe. In diesem Interview äußerte sich Dr. Rolf Breuer zu der mangelnden Finanzierungsmöglichkeit der Kirch Unternehmensgruppe. Im Februar 2014 schlossen die Deutsche Bank und die Erben von Dr. Leo Kirch einen umfangreichen Vergleich, der sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien beendete.

Das Ermittlungsverfahren gegen Jürgen Fitschen und mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder ist abgeschlossen. Anfang August 2014 hat die Staatsanwaltschaft Anklage beim Landgericht München gegen Jürgen Fitschen und diese ehemaligen Vorstandsmitglieder erhoben. Die Staatsanwaltschaft hat die Anordnung der Nebenbeteiligung der Deutschen Bank in Bezug auf eine mögliche Ordnungswidrigkeit gemäß § 30 OWiG beantragt. Die Anklageschrift wurde den ehemaligen Vorstandsmitgliedern, Jürgen Fitschen und der Deutschen Bank AG im September 2014 zugestellt. Am 2. März 2015 hat das Landgericht München die Anklage zugelassen und das Hauptverfahren gegen alle Angeschuldigten eröffnet. Des Weiteren wurde die Nebenbeteiligung der Deutschen Bank AG angeordnet. Die Hauptverhandlung begann am 28. April 2015 und ist derzeit bis Ende September 2015 für grundsätzlich jeweils einen Tag pro Woche terminiert.

Die Ermittlungen gegen Dr. Stephan Leithner dauern noch an.

Die Staatsanwaltschaft wirft den derzeitigen Vorstandsmitgliedern vor, versäumt zu haben, Tatsachenbehauptungen, die von den für die Deutsche Bank in dem Kirch-Verfahren tätigen Rechtsanwälten in Schriftsätzen an das Oberlandesgericht München und den Bundesgerichtshof vorgebracht wurden, rechtzeitig zu korrigieren, nachdem sie angeblich Kenntnis erlangt hatten, dass diese Ausführungen nicht korrekt gewesen sein sollen. Nach deutschem Recht haben die Parteien eines Zivilverfahrens die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass alle vor Gericht abgegebenen Erklärungen über tatsächliche Umstände vollständig sind und der Wahrheit entsprechen. Die Untersuchung gegen Dr. Stephan Leithner und die Anklage gegen Jürgen Fitschen werden geführt, weil ihnen – im Gegensatz zu ihren derzeitigen Vorstandskollegen – vorgeworfen wird, dass sie Spezialwissen oder -verantwortung im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren gehabt haben sollen. Das Verfahren gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder beruht auf dem Vorwurf, dass diese vor dem Oberlandesgericht München falsch ausgesagt haben sollen.

Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Deutschen Bank AG haben Gutachten von einer internationalen Rechtsanwaltskanzlei sowie von einem ehemaligen Präsidenten eines führenden deutschen Berufungsgerichts eingeholt. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass für die strafrechtlichen Vorwürfe der Staatsanwaltschaft gegen Jürgen Fitschen und Dr. Stephan Leithner keine Grundlage besteht. Die Deutsche Bank kooperiert vollumfänglich mit der Staatsanwaltschaft.

Auflösung einer Position auf den KOSPI-Index. Nachdem der Korea Composite Stock Price Index 200 („KOSPI 200“) während der Schlussauktion am 11. November 2010 um rund 2,7 % gefallen war, leitete die koreanische Finanzdienstleistungsaufsicht („FSS“) eine Untersuchung ein und äußerte die Sorge, der Fall des KOSPI 200 sei darauf zurückzuführen, dass die Deutsche Bank einen Aktienkorb im Wert von rund 1,6 Mrd € verkauft hatte, der Teil einer Indexarbitrage-Position auf den KOSPI 200 gewesen war. Am 23. Februar 2011 prüfte die koreanische Finanzdienstleistungskommission (Korean Financial Services Commission), die die Arbeit der FSS beaufsichtigt, die Ermittlungsergebnisse und Empfehlungen der FSS und beschloss, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Erstatte von Strafanzeige bei der südkoreanischen Staatsanwaltschaft gegen fünf Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen des Verdachts auf Marktmanipulation und gegen die Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Securities Korea Co. („DSK“) wegen Haftung für fremdes Verschulden sowie (ii) Verhängen eines sechsmonatigen Eigenhandelsverbots zwischen 1. April 2011 und 30. September 2011 gegen die DSK, das sich auf den Handel mit Aktien am Kassamarkt und mit börsenge-

handelten Derivaten sowie auf den Aktien-Kassahandel über DMA-Systeme (Direct Market Access) erstreckte, und Verpflichtung der DSK, einen bestimmten Beschäftigten für sechs Monate zu suspendieren. Eine Ausnahme vom Eigenhandelsverbot wurde insofern gewährt, als es der DSK weiterhin erlaubt sein sollte, Liquidität für bestehende an Derivate gekoppelte Wertpapiere bereitzustellen. Am 19. August 2011 teilte die koreanische Staatsanwaltschaft ihre Entscheidung mit, gegen die DSK und vier Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen mutmaßlicher Spot-/Futures-Marktmanipulationen Klage zu erheben. Das Strafverfahren hat im Januar 2012 begonnen. Ein Urteil in dieser Strafsache gegen die DSK und eine der vier Einzelpersonen wird voraussichtlich Anfang September 2015 erwartet. Darüber hinaus strengten Parteien, die behaupten, durch den Fall des KOSPI 200 am 11. November 2010 Verluste erlitten zu haben, vor koreanischen Gerichten eine Vielzahl von zivilrechtlichen Verfahren gegen die Deutsche Bank und die DSK an. Die Kläger machen Schadensersatzforderungen von insgesamt rund 270 Mio € (zum aktuellen Umrechnungskurs) zuzüglich Zinsen und Kosten geltend. Diese Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Phasen. Bei einigen könnten im Jahresverlauf 2015 eine Entscheidung fallen.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities. Die Deutsche Bank und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen in diesen Absätzen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, einschließlich Mitgliedern der Residential Mortgage-Backed Securities Working Group der U.S. Financial Fraud Enforcement Task Force. Diese Auskunftersuchen beziehen sich auf ihre Aktivitäten bei der Ausreichung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und/oder dem Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapieren (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS), durch Grundpfandrechte auf Gewerbeimmobilien besicherten Wertpapieren (Commercial Mortgage Backed Securities – CMBS), forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset Backed Securities (ABS) und Kreditderivaten. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer vom US-Bundesstaat Virginia erhobenen Zivilklage, in der Ansprüche wegen Betrugs und Verstoßes gegen den Virginia Fraud Against Taxpayers Act geltend gemacht werden, nachdem der Rentenfonds des Staates Virginia (Virginia Retirement System – VRS) durch die Deutsche Bank emittierte oder garantierte RMBS gekauft hatte. Die Deutsche Bank ist eines von dreizehn als Beklagte benannten Finanzinstituten. In der Klageschrift werden die von den Beklagten jeweils geforderten Entschädigungssummen nicht detailliert angegeben, jedoch Schadensersatzansprüche von insgesamt 1,15 Mrd US-\$ geltend gemacht. Die Klageschrift wurde ursprünglich von einer Privatperson versiegelt eingereicht. Nachdem der Attorney General des US-Bundesstaates von Virginia beschlossen hatte, der Klage beizutreten, wurde sie am 16. September 2014 entsiegelt. Die Deutsche Bank ficht die Behauptung des VRS an, dass das Gericht des Bundesstaates Virginia persönlich für die Angelegenheit zuständig ist. Das Verfahren ist ausgesetzt, solange sich die Parteien im Mediationsverfahren befinden.

Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen Rollen einschließlich als Emittent und Platzeur von RMBS und anderen ABS benannt. Zu diesen im Folgenden beschriebenen Verfahren gehören als Sammelklagen bezeichnete Verfahren, Klagen von einzelnen Erwerbern der Wertpapiere und Klagen von Treuhändern im Namen von RMBS-Treuhandvermögen. Obwohl sich die Vorwürfe in den einzelnen Verfahren unterscheiden, wird allgemein behauptet, dass die Angebotsprospekte der RMBS in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig gewesen seien oder verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die sich auf ihre Rolle und die anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der IndyMac MBS, Inc. begebener RMBS beziehen. Am 8. September 2014 vereinbarten die Deutsche Bank und bestimmte weitere Finanzinstitute als Beklagte sowie die Hauptkläger, das Verfahren mit einem Vergleich beizulegen. Am 30. September 2014 erging ein gerichtlicher Entscheid zur Genehmigung und Bekanntmachung des Vergleichs. Am 23. Februar 2015 erließ das Gericht eine Anordnung, wonach der Vergleich genehmigt und die Klage abgewiesen ist. Laut Vergleichsvereinbarung haben die Beklagten insgesamt 340 Mio US-\$ gezahlt. Die von der Deutschen Bank anteilig zu leistende Vergleichszahlung ist nicht wesentlich. Pacific Investment Management Company, LLC („PIMCO“) reichte am 25. März 2015 eine Beschwerde gegen die Anordnung des Gerichtes vom 23. Februar 2015 ein, zog die Beschwerde jedoch am 11. Juni 2015 wieder zurück.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren, das sich auf ihre Rolle und die anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Novastar Mortgage Corporation begebener RMBS bezieht. Am 4. Februar 2015 hob das Gericht per Urteil seine frühere Entscheidung auf, mit der fünf der sechs RMBS-Angebote von der Klage ausgeschlossen worden waren. Das Gericht ordnete an, dass die Kläger ihre Klage um die zuvor abgewiesenen Angebote erweitern. Das Beweisverfahren (Discovery), das während des laufenden Antrags der Kläger ausgesetzt worden war, wurde wieder aufgenommen.

Am 18. Dezember 2013 wies der United States District Court for the Southern District of New York die Ansprüche gegen die Deutsche Bank in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren in Bezug auf die von der Residential Accredited Loans, Inc. und ihren verbundenen Unternehmen begebenen RMBS ab.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen nicht als Sammelklage bezeichneten Verfahren und Schiedsverfahren, die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen einschließlich Aozora Bank, Ltd., Commerzbank AG, Federal Deposit Insurance Corporation (als Verwalterin für Colonial Bank, Franklin Bank S.S.B., Guaranty Bank, Citizens National Bank und Strategic Capital Bank), Federal Home Loan Bank of Boston, Federal Home Loan Bank of San Francisco, Federal Home Loan Bank of Seattle, HSBC Bank USA, National Association (als Treuhänder für bestimmte RMBS-Treuhandvermögen), Knights of Columbus, Mass Mutual Life Insurance Company, Phoenix Light SF Limited (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der ehemaligen WestLB AG entweder geschaffen oder geführt werden), Royal Park Investments (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die geschaffen wurden, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben), Sealink Funding Ltd. (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der Sachsen Landesbank und ihren Beteiligungen entweder geschaffen oder geführt werden), Texas County & District Retirement System und The Charles Schwab Corporation eingeleitet wurden.

Am 18. Dezember 2014 wurde eine Vereinbarung eingereicht, gemäß der die Ansprüche gegen die Deutsche Bank endgültig abgewiesen wurden, die Mass Mutual Life Insurance Company im Zusammenhang mit Angeboten seitens mit Countrywide verbundener Unternehmen geltend gemacht hatte. Nach Dafürhalten der Deutschen Bank wurde die Klage in Bezug auf diese Angebote infolge einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung abgewiesen, an der die Deutsche Bank nicht beteiligt war. Die Deutsche Bank ist weiterhin Beklagte in einem getrennten Verfahren, das Mass Mutual Life Insurance Company zu Zertifikaten angestrengt hat, die nicht von mit Countrywide verbundenen Unternehmen begeben wurden. Am 22. Juli 2015 schlossen die Deutsche Bank und Mass Mutual Life Insurance Company eine Vergleichsvereinbarung, mit der alle anhängigen Klageverfahren beigelegt wurden. Gemäß der Vergleichsvereinbarung werden alle Klagen nach der Zahlung der Vergleichssumme durch die Deutsche Bank zurückgenommen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen für die Deutsche Bank waren nicht materiell.

Am 14. Januar 2015 gab das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank auf Abweisung der Klage seitens Aozora Bank, Ltd. in Bezug auf eine forderungsbesicherte Schuldverschreibung (Collateralized Debt Obligation – CDO) der Blue Edge ABS CDO, Ltd. statt. Am 31. März 2015 wies das Gericht den Antrag seitens Aozora Bank, Ltd., die Klage erneut zu verhandeln oder als Alternative eine erweiterte Klage einzureichen, ab. Am 29. April 2015 reichte die Aozora Bank, Ltd. Beschwerde hiergegen ein. Die Deutsche Bank ist weiterhin gemeinsam mit der UBS AG und verbundenen Unternehmen Beklagte in einem von der Aozora Bank, Ltd. angestregten Verfahren in Bezug auf eine CDO der Brooklyn Structured Finance CDO, Ltd. Hier ist ein Antrag auf Klageabweisung aktuell vor Gericht anhängig.

Am 22. Januar 2015 stimmte die Federal Home Loan Bank of San Francisco gemäß einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung mit der Deutschen Bank zu, Ansprüche, die sie gegen die Deutsche Bank in Bezug auf sieben RMBS-Angebote geltend gemacht hatte, ohne Recht auf erneute Klageerhebung fallen zu lassen. Am 26. Januar 2015 erließ die Federal Home Loan Bank of San Francisco gemäß einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung zwischen der Federal Home Loan Bank of San Francisco und Countrywide die Anweisung, laut der Ansprüche gegen die Deutsche Bank seitens der Federal Home Loan Bank of San Francisco in Bezug auf 15 Angebote von mit Countrywide verbundenen Unternehmen rechtskräftig eingestellt werden. Nach Dafürhalten der Deutschen Bank wurde die Klage in Bezug auf diese 15 Angebote infolge einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung abgewiesen, an der die Deutsche Bank nicht beteiligt war. Die Deutsche Bank ist nach wie vor Beklagte in einem Verfahren zu einem RMBS-Angebot und zwei Angeboten, die als Weiterverbriefung von RMBS-Zertifikaten beschrieben wurden. Die Klage befindet sich im Stadium des Beweisverfahrens („Discovery“).

Die Deutsche Bank und Monarch Alternative Capital LP sowie bestimmte von dessen Beratungskunden und verwaltete Investmentvehikel (Monarch) einigten sich am 18. Dezember 2014 darauf, der HSBC Bank USA, National Association (HSBC) eine Vergleichsvereinbarung zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten zu drei RMBS-Treuhandvermögen anzubieten. Nachdem die Mehrheit der Zertifikateinhaber zugestimmt hatte, stimmte HSBC am 13. Juli 2015 der Vergleichsvereinbarung zu und die Klagen wurden am 27. Juli 2015 zurückgezogen. Ein wesentlicher Teil der von der Deutschen Bank gezahlten Vergleichsgelder wurde von einer nicht an dem Verfahren beteiligten Drittpartei zurückerstattet. Die wirtschaftlichen Nettoauswirkungen des Vergleichs waren nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Am 17. Juni 2015 hat das Gericht dem Antrag der Beklagten, die RMBS-bezogenen Ansprüche der Commerzbank AG gegen die Deutsche Bank und einige andere Finanzinstitutionen abzuweisen, stattgegeben. Dagegen hat die Commerzbank AG am 23. Juli 2015 Beschwerde eingelegt. Die Residential Funding Company hat eine Klage auf Rückkauf der Darlehen gegen die Deutsche Bank eingereicht. Gegenstand der Klage ist die Verletzung von Garantien und Gewährleistungen betreffend Darlehen, die an die Residential Funding Company verkauft wurden, sowie Schadenersatz für Schäden, die der Residential Funding Company als eine Folge von RMBS-bezogenen Klagen und Ansprüchen, die gegen die Residential Funding Company geltend gemacht wurden, entstanden sind. Am 8. Juni 2015 hat das Gericht den Antrag der Deutschen Bank, einige der Ansprüche abzuweisen, abgewiesen. Ebenfalls am 8. Juni 2015 hat die Deutsche Bank die Abweisung weiterer Ansprüche beantragt. Dieser Antrag ist noch anhängig und die vorprozessuale Beweiserhebung („Discovery“) findet gerade statt.

Im März 2012 haben die RMBS Recovery Holdings 4, LLC und die VP Structured Products, LLC eine Klage im Staat New York gegen die Deutsche Bank eingereicht, die auf angeblichen Verletzungen von Garantien und Gewährleistungen seitens der Deutschen Bank im Zusammenhang mit Hypothekendarlehen in der ACE Securities Corp. 2006-SL2 RMBS Emission („offering“) beruht. Am 13. Mai 2013 hat das Gericht (der ersten Instanz) den Antrag der Deutschen Bank auf Klageabweisung als verspätet zurückgewiesen. Am 19. Dezember 2013 hat das Berufungsgericht die Entscheidung des Gerichts (der ersten Instanz) aufgehoben und die Klage abgewiesen. Am 11. Juni 2015 hat der New York Court of Appeals die Entscheidung des Berufungsgerichts bestätigt. Das Gericht hat ausgeführt, dass das für die Klägerin klagebegründende Ereignis mehr als sechs Jahre, bevor die Ansprüche geltend gemacht wurden, stattfand und dass die Klage deshalb verjährt sei.

Im Jahr 2012 hat die Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) als Zwangsverwalter („receiver“) für die Colonial Bank, die Franklin Bank S.S.B., die Guaranty Bank, die Citizens National Bank und die Strategic Capital Bank einige Klagen gegen verschiedene Underwriter, unter anderem die Deutsche Bank, in unterschiedlichen Bundesgerichten eingereicht. Die Klagen basieren auf angeblichen Ansprüchen nach Section 11 und 12(a)(2) des 1933 Securities Act, sowie Article 581-33 des Texas Securities Act. Jede dieser Klagen wurde als verjährt abgewiesen. Die FDIC hat gegen diese Entscheidungen beim Zweiten, Fünften und Neunten Circuits Courts of Appeal Rechtsmittel eingelegt. Die Verfahren sind noch anhängig.

In den Klagen gegen die Deutsche Bank allein wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung gegenüber diesen Emittenten. Diese können sich jedoch in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind oder werden, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Klagen gegen die Deutsche Bank im Zusammenhang mit verschiedenen Angeboten von RMBS und ähnlichen Produkten angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Es ist möglich, dass diese potenziellen Klagen eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben. Zusätzlich hat die Deutsche Bank mit einigen dieser juristischen Personen Vergleiche abgeschlossen, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind.

Die Deutsche Bank National Trust Company („DBNTC“) und die Deutsche Bank Trust Company Americas („DBTCA“) wurden in Bezug auf ihre Rollen als Treuhänder für bestimmte RMBS-Treuhandvermögen in einem Zivilverfahren von Investoren verklagt. Am 18. Juni 2014 erhob eine Gruppe von Investoren eine Zivilklage gegen die DBNTC und DBTCA vor dem New York State Supreme Court, vorgeblich im Namen und zugunsten von 544 im Private-Label-Verfahren verwalteten RMBS-Treuhandvermögen. Dabei werden Ansprüche wegen der behaupteten Verletzung des Trust Indenture Act von 1939 (TIA), Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Verpflichtungen und Fahrlässigkeit seitens der DBNTC und DBTCA wegen der angeblichen Nichterfüllung ihrer Pflichten als Treuhänder für die Treuhandvermögen geltend gemacht. Die Kläger haben inzwischen ihre Klage vor dem State Court zurückgezogen und eine erweiterte Klage beim U.S. District Court for the Southern District of New York (SDNY) eingereicht, was unter anderem zur Erhebung einer Sammelklage führte. Ebenfalls am 18. Juni 2014 strengte Royal Park Investments SA/NV gegen die DBNTC ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren im Namen von Investoren in 10 RMBS-Treuhandvermögen an. Bei dem Verfahren, das vor dem SDNY anhängig ist, werden Ansprüche wegen behaupteter Verstöße gegen den TIA, Vertragsbruchs sowie Vertrauensbruchs aufgrund der angeblichen Nichterfüllung treuhänderischer Pflichten seitens der DBNTC gegenüber den Treuhandvermögen geltend gemacht. Am 7. November 2014 reichte das National Credit Union Administration Board als Investor in 121 RMBS-Treuhandvermögen eine Klage gegen DBNTC als Treuhänder dieser Vermögen beim SDNY ein. Darin wird der DBNTC wegen der behaupteten Nichterfüllung angeblicher gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen die Verletzung des TIA und des New York Streit Act vorgeworfen; am 5. März 2015 wurde von den Klägern eine erweiterte Anklageschrift im Zusammenhang mit 97 Trusts und damit zusammenhängenden Ansprüchen für Vertragsbruch, sowie Vertrauensbruch und Fahrlässigkeit geltend gemacht. Am 23. Dezember 2014 reichten bestimmte CDO-Investmentvehikel (darunter die Phoenix Light SF Ltd.), die von 21 RMBS-Treuhandvermögen begebene RMBS-Zertifikate halten, eine Klage gegen die DBNTC als Treuhänder der Vermögen vor dem SDNY ein. Darin wurden Ansprüche wegen der Verletzung des TIA und Streit Act, Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Verpflichtungen, Fahrlässigkeit, grober Fahrlässigkeit und fahrlässiger Falschangaben und der angeblichen Nichterfüllung der Pflichten als Treuhänder der Vermögen geltend gemacht. Am 10. April 2015 haben die CDO-Kläger eine erweiterte Klage erhoben, durch die sich die Anzahl der zu RMBS-Treuhandvermögen anhängigen Rechtsstreitigkeiten auf 55 erhöht hat. Am 24. März 2015 reichten sechs Versicherungsgesellschaften einschließlich Western & Southern Life Insurance am Ohio State Court Klage gegen DBNTC und HSBC ein in ihrer Eigenschaft als RMBS Treuhänder von 18 Trusts (davon 12, die von DBTNC verwaltet werden) wegen Schadensersatzanspruch von TIA und Streit Act wegen Vertragsbruch, Vertrauensbruch und Fahrlässigkeit ein, basierend auf DBNTC's Unfähigkeit, seinen Pflichten als Treuhänder für die Trusts nachzukommen. Die Deutsche Bank hat Anträge auf Abweisung aller dieser fünf Klagen gestellt.

Untersuchungen und Rechtsstreitigkeiten im Bereich Edelmetalle. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Auskunftersuchen in Bezug auf den Handel mit und einige andere Aspekte zu Edelmetallen erhalten. Die Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. In diesem Zusammenhang führt die Deutsche Bank eigene Untersuchungen zum Handel mit Edelmetallen und anderen Aspekten ihres Edelmetallgeschäfts durch. Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in verschiedenen als Sammelklage bezeichneten Verfahren vor dem United States District Court for the Southern District of New York, in denen die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen der USA und des U.S. Commodity Exchange Act aufgrund angeblicher Manipulationen bei der Ermittlung des Gold- und Silberpreises über das Londoner Gold- und Silberfixing behauptet wird.

Unangemessene Einstellungspraktiken. Einige Aufsichtsbehörden untersuchen zurzeit unter anderem, inwieweit die Deutsche Bank bei der Einstellung von Kandidaten, die von bestehenden oder potenziellen Kunden und Staatsbediensteten empfohlen worden waren, sowie bei der Beauftragung von Beratern in der Region Asien-Pazifik den Foreign Corrupt Practices Act und andere Gesetze eingehalten hat. Die Deutsche Bank liefert die erforderlichen Informationen und kooperiert auch weiterhin bei diesen Untersuchungen.

Untersuchung der Handelsgeschäfte in russischen/britischen Aktien. Die Deutsche Bank führt derzeit Untersuchungen im Zusammenhang mit Aktienhandelsgeschäften zwischen Kunden und der Deutschen Bank in Moskau und London, die sich gegenseitig entsprochen haben, durch. Das Gesamtvolumen der zu untersuchenden Transaktionen ist erheblich. Die fortlaufenden Untersuchungen beinhalten auch die Klärung der Frage, inwieweit dabei gegen Gesetze, Regularien oder interne Vorschriften verstoßen wurde. Darüber hinaus werden die entsprechenden internen Kontrollverfahren bei der Deutschen Bank untersucht. Die Deutsche Bank hat die zuständigen Aufsichts- und Ermittlungsbehörden in mehreren Zuständigkeitsbereichen (inklusive Deutschland, Russland, Großbritannien und USA) über die Untersuchungen informiert. Die Deutsche Bank hat disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Personen eingeleitet und wird weiterhin auch gegen andere Personen vorgehen, falls dies gerechtfertigt ist.

US-Embargo. Die Deutsche Bank hat seitens bestimmter Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Informationsanfragen hinsichtlich ihrer historischen Abwicklung von Zahlungsaufträgen in US-Dollar erhalten, die sie durch US-amerikanische Finanzinstitute für Vertragsparteien aus Ländern abgewickelt hat, die US-Embargos unterlagen. Die Anfragen richten sich darauf, ob diese Abwicklung mit US-amerikanischem Bundes- und Landesrecht in Einklang standen. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank freiwillig entschieden, dass sie keine US-Dollar-Geschäfte mit Kontrahenten im Iran und Sudan, in Nordkorea und auf Kuba sowie mit einigen syrischen Banken tätigen wird. Ferner hat sie beschlossen, aus US-Dollar-Geschäften mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Im Jahr 2007 hat die Deutsche Bank entschieden, dass sie kein Neugeschäft in jeglicher Währung mit Kontrahenten im Iran und Sudan sowie in Syrien und Nordkorea eingehen wird beziehungsweise aus dem bestehenden Geschäft in allen Währungen mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Darüber hinaus hat sie beschlossen, ihr Nicht-US-Dollar-Geschäft mit Kontrahenten auf Kuba zu beschränken. Die Deutsche Bank stellt Informationen zur Verfügung und kooperiert in jeder Hinsicht mit den Ermittlungsbehörden.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und, es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten wie für vergleichbare Geschäfte mit fremden Dritten.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten des Deutsche Bank Konzerns direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 30. Juni 2015 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 9 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 26 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2014 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 3 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 16 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei der Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Begebene Kredite und gewährte Garantien

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2015	31.12.2014
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	321	357
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	246	596
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	275	657
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	- 1
Wechselkursveränderungen/Sonstige	9	27
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand¹	302	321
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	4	5
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	0	0
Garantien und sonstige Verpflichtungen	127	45

¹ Davon waren zum 30. Juni 2015 3 Mio € Forderungen überfällig (31. Dezember 2014: 3 Mio €). Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 30. Juni 2015 Sicherheiten in Höhe von 128 Mio € (31. Dezember 2014: 70 Mio €).

Erhaltene Einlagen

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2015	31.12.2014
Einlagen, Anfangsbestand	128	167
Einlagenzuflüsse	376	245
Einlagenabflüsse	380	244
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 3	- 43
Wechselkursveränderungen/Sonstige	2	4
Einlagen, Endbestand	123	128

Sonstige Geschäfte

Zum 30. Juni 2015 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 15 Mio € (31. Dezember 2014: 87 Mio €). Zum 30. Juni 2015 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 0 Mio € (31. Dezember 2014: 0 Mio €).

Geschäfte im Rahmen von Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank AG halten oder mit diesen handeln. Zum 30. Juni 2015 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Wesentliche Transaktionen

Die Deutsche Bank ist zu der Überzeugung gelangt, dass, unabhängig von der endgültigen Entscheidung in Bezug auf die zu wählende Strategie 2020, ein Squeeze-out der Minderheitsaktionäre der Postbank alle in Betracht gezogenen strategischen Optionen unterstützt.

Dementsprechend und um die 95 %-Schwelle für den Squeeze-out zu erreichen, hat die Deutsche Bank am 22. April 2015 einen Vertrag zum Erwerb zusätzlicher 5,9 Millionen (2,7 %) Postbank-Aktien unterzeichnet. Damit steigt der Anteil des Konzerns an der Postbank von 94,1 % auf 96,8 %. Die Transaktion führte zu einer teilweisen Ausbuchung der Verbindlichkeit, die zuvor im Jahr 2012 für die Verpflichtung zum Erwerb von Postbank-Aktien oder für eine an Minderheitsaktionäre der Postbank im Rahmen des Barabfindungsangebots zu leistende Ausgleichszahlung gebildet worden war. Darüber hinaus wurde eine Rückstellung für Grunderwerbsteuerverpflichtungen erfasst. Insgesamt führte die Transaktion zu einem Verlust vor Steuern in Höhe von rund 92 Mio €, der in C&A im zweiten Quartal 2015 erfasst wurde.

Am 27. April 2015, nachdem die 95 %-Schwelle überschritten wurde, gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie die Postbank gebeten hat, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vorbereitung eines Squeeze-out der Minderheitsaktionäre gemäß § 327a ff. AktG zu ergreifen.

Am 7. Juli 2015 hat die Deutsche Bank ihr Squeeze-out-Verlangen der Postbank gegenüber konkretisiert, einschließlich der Höhe der Barabfindung, die auf 35,05 € je Postbank-Aktie festgelegt wurde. Der Squeeze-out wird voraussichtlich zu einem Verlust vor Steuern von rund 69 Mio € führen, der im dritten Quartal 2015 erfasst werden wird.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

In der Bilanz werden die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva ausgewiesen. Dieser Abschnitt erläutert die Art der zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und deren finanzielle Auswirkungen zum 30. Juni 2015.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum Bilanzstichtag

Zum 30. Juni 2015 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 460 Mio € (31. Dezember 2014: 180 Mio €) und die Veräußerungsgruppen enthielten Verbindlichkeiten in Höhe von 52 Mio € (31. Dezember 2014: 0 Mio €).

Im ersten Quartal 2015 hat der Konzern seine Beteiligung am Fairview Container Terminal in Port of Prince Rupert, Kanada, als eine zum Verkauf gehaltene Veräußerungsgruppe innerhalb der Non-Core Operations Unit klassifiziert. Das Fairview Container Terminal gehört zu Maher Terminals, einem der weltweit größten Betreiber von Containerhäfen. Gemäß der vorgesehenen Veräußerungstransaktion wird DP World, ein Seehäfen-Betreiber mit Sitz in Dubai, 100 % des Fairview Container Terminals für 417 Mio € (580 Mio CAD) übernehmen. Die Transaktion unterliegt noch der Genehmigung durch die entsprechenden Aufsichtsbehörden und wird voraussichtlich innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden. Die Klassifizierung als eine zum Verkauf gehaltene Veräußerungsgruppe führte nicht zu einer Wertminderung.

Zum 30. Juni 2015 und zum 31. Dezember 2014 wurden keine unrealisierten Gewinne im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen.

Veräußerungen

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Infrastructure	Stückweise Veräußerung von Teilen der Informationstechnologie (IT) Infrastruktur für das Groß- und Firmenkundengeschäft an Hewlett Packard.	Keine.	2. Quartal 2015

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen von vorgenommenen Wertminderungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns hatten.

Sonstige Informationen (nicht testiert)

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen

Dieses Dokument und auch andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichen wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Größen des historischen oder zukünftigen Erfolgs, der Vermögenslage oder der Cashflows des Konzerns, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter eingeschlossener oder ausgeschlossener Beträge im Vergleich zu den am besten passenden und gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden.

Vollumgesetzte CRR/CRD 4-Verschuldungsquote

Als Teil seines Bilanzmanagements verwendet der Konzern eine CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis der Vollumsetzung, die das Kernkapital auf Basis der Vollumsetzung im Verhältnis zum CRR/CRD 4-Risikomaß setzt. Das Risikomaß wird durch Anpassungen der Bilanzsumme gemäß IFRS ermittelt. Diese Kennzahl wird in diesem Bericht im Abschnitt "Lagebericht: Risikobericht: Bilanzmanagement" erläutert.

Eigenkapitalrendite vor Steuern und nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity (eine nicht nach IFRS ermittelte Messgröße) basiert auf dem prozentualen Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern am durchschnittlichen Active Equity des Konzerns. Beide werden nachfolgend definiert.

Für den Konzern werden die Eigenkapitalrenditen nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital, dem durchschnittlichen Active Equity und dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für das zweite Quartal 2015 33 % (zweites Quartal 2014: 74 %) und im Sechsmonatszeitraum 2015 49 % (Sechsmonatszeitraum 2014: 48 %) betrug. Für die Segmente wird für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity für das zweite Quartal 2015 eine Steuerquote von 35 % (zweites Quartal 2014: 35 %) und für den Sechsmonatszeitraum 2015 ein Steuerquote von 35 % (Sechsmonatszeitraum 2014: 35 %) angewendet.

Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern: Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis vor Steuern wie folgt.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Ergebnis vor Steuern	1.228	917	2.708	2.597
Abzüglich das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis vor Steuern	-22	-1	-38	-21
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern	1.206	916	2.670	2.576

Durchschnittliches Active Equity: Der Konzern berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu vereinfachen, und verweist auf das Active Equity bei der Berechnung verschiedenster Kennziffern. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Unterschiede bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Der Konzern bereinigt das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital um die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung ausgezahlt wird.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	71.865	58.125	71.299	56.877
Durchschnittliche Dividendenabgrenzungen	-905	-703	-998	-757
Durchschnittliches Active Equity	70.960	57.422	70.302	56.120

Die Eigenkapitalrenditen vor Steuern und nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity werden nachfolgend dargestellt. Zum Vergleich werden die Eigenkapitalrenditen vor Steuern und nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) dargestellt. Diese sind als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern beziehungsweise des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses nach Steuern an dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital definiert.

in %	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	6,7	6,3	7,5	9,1
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	6,8	6,4	7,6	9,2
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	4,4	1,6	3,8	4,6
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	4,5	1,6	3,8	4,7

Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren materiellen Eigenkapital

Die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital wird als den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis nach Steuern, dividiert durch das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare materielle Eigenkapital, ermittelt. Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis nach Steuern ist als Ergebnis nach Steuern, abzüglich des den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis nach Steuern, definiert. Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare materielle Eigenkapital wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital in der Bilanz subtrahiert wird.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2015	2014	2015	2014
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital ¹	71.865	58.125	71.299	56.877
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte	- 15.697	- 14.029	- 15.548	- 14.003
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares materielles Eigenkapital	56.168	44.096	55.751	42.874
Ergebnis vor Steuern ²	818	238	1.377	1.341
Abzüglich Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis nach Steuern	- 22	- 1	- 38	- 21
Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis nach Steuern	796	237	1.339	1.320
Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital (in %)	5,7	2,1	4,8	6,2

¹ Das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare materielle Eigenkapital wird für das zweite Quartal als Durchschnitt der letzten vier Monatswerte und für den Sechsmonatszeitraum als Durchschnitt der letzten sieben Monatswerte ermittelt.

² Für den Konzern basiert die Berechnung auf einer Steuerquote die unter „Eigenkapitalrendite vor Steuern und nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“ beschrieben ist.

Nettovermögen und materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)

Das Nettovermögen und das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) sind finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Sie werden von Investoren und Analysten als verlässliche Kennzahlen zur Beurteilung der Kapitaladäquanz genutzt. Das Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert). Das materielle Nettovermögen errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital abzüglich der Position „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“. Das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) entspricht dann dem materiellen Nettovermögen dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert).

Materielles Nettovermögen

in Mio €	30.6.2015	31.12.2014
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (Nettovermögen)	70.762	68.351
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 15.689	- 14.951
Materielles Nettovermögen	55.073	53.400

Ausstehende Stammaktien (unverwässert)

in Mio (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2015	31.12.2014
Anzahl ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Aktien im Eigenbestand	- 0,3	- 0,3
Gewährte Aktienrechte (unverfallbar)	18,3	6,8
Ausstehende Stammaktien (unverwässert)	1.397,2	1.385,8
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	50,64	49,32
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	39,42	38,53

Bewertungsanpassungen

In der Beschreibung unserer divisionalen Performance im Abschnitt „Lagebericht: Überblick über die Geschäftsentwicklung: Deutsche Bank-Konzern: Unternehmensbereiche: Corporate Banking & Securities (CB&S)“ des vorliegenden Zwischenberichts werden die kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, CVA), forderungsbezogene Bewertungsanpassung (Debt Valuation Adjustment, DVA) und refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment, FVA) aufgeführt.

Wie im Finanzbericht 2014 in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ erläutert, wird die CVA auf Derivatepositionen angewandt und durch Einschätzung der potenziellen Kredit-schulden gegenüber einem Kontrahenten bestimmt. Bei der Ermittlung der CVA werden alle gehaltenen Sicherheiten, die Effekte von Aufrechnungsvereinbarungen, die erwarteten Verluste bei Ausfall sowie die Kreditrisiken auf Basis der vorliegenden Marktinformationen, einschließlich Prämien für Kreditabsicherungen (CDS-Spreads), berücksichtigt.

Die CVA gemäß den CRR/CRD 4-Kapitalvorschriften erhöht die risikogewichteten Aktiva (RWA) des Konzerns. Der Konzern versucht diese CVA RWA durch Absicherungen über Kreditderivate-Swaps zu reduzieren. Diese regulatorische Absicherung der CVA RWA erfolgt zusätzlich zur Absicherung für CVA-Exposures gemäß den IFRS-Vorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften und führt daher zu Marktwertschwankungen in der Gewinn- und Verlustrechnung, die als Ertragsposten ausgewiesen werden.

Die DVA berücksichtigt die Auswirkungen des Kreditrisikos des Konzerns bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Verpflichtungen (einschließlich Derivatekontrakten).

Die FVA wird auf nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegte Derivatepositionen angewandt. Sie reflektiert die marktimplizierten Refinanzierungskosten für Aktiva und Passiva und berücksichtigt bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegter Derivatepositionen den Barwert der Finanzierungskosten.

Impressum

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10-00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Der Zwischenbericht im Internet:
www.deutsche-bank.de/2Q2015

Veröffentlichung
Veröffentlicht am 30. Juli 2015.

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 20. März 2015 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt.

2015

Wichtige Termine

28. Oktober 2015

Zwischenbericht zum 30. September 2015

2016

Wichtige Termine

28. Januar 2016

Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2015

11. März 2016

Geschäftsbericht 2015 und Form 20-F

28. April 2016

Zwischenbericht zum 31. März 2016

19. Mai 2016

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

20. Mai 2016

Dividendenzahlung

28. Juli 2016

Zwischenbericht zum 30. Juni 2016

27. Oktober 2016

Zwischenbericht zum 30. September 2016